

---

**Zugänge zu  
historischen Meistererzählungen**

**Herausgegeben von  
Matthias Middell, Monika Gibas  
und Frank Hadler**



**Leipziger Universitätsverlag 2000**

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Comparativ** : Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung / hrsg. im Auftr. der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e.V. – Leipzig : Leipziger Univ.-Verl.

Früher Schriftenreihe. – Früher außerdem hrsg. vom Interdisziplinären Zentrum zur Vergleichenden Erforschung Gesellschaftlicher Transformationen (IZT) i.G. an der Universität Leipzig.

ISSN 0940-3566

Jg. 10, H. 2. Zugänge zu historischen Meistererzählungen. – 2000

**Zugänge zu historischen Meistererzählungen** / hrsg. von Matthias Middell, Monika Gibas und Frank Hadler. – Leipzig : Leipziger Univ.-Verl., 2000

(Comparativ ; Jg. 10, H. 2)

ISBN 3-934565-60-3

© Leipziger Universitätsverlag GmbH, Leipzig 2000

COMPARATIV. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung 10 (2000) 2

ISSN 0940-3566

ISBN 3-934565-60-3

---

## Inhaltsverzeichnis

<i>Matthias Middell, Monika Gibas, Frank Hadler</i>	Sinnstiftung und Systemlegitimation durch historisches Erzählen: Überlegungen zu Funktionsmechanismen von Repräsentationen des Vergangenen	7
<i>Árpád v. Klimó</i>	Nationale Geschichtskulte als Teile einer Geschichtskultur: Ungarn im europäischen Kontext	36
<i>Martina Winkler</i>	„In unteilbarer Einheit mit unserer Geschichte“: Die <i>Geschichte der KSC</i> als neue Meistererzählung	61
<i>Frank Hadler</i>	Meistererzählungen über die erste Jahrtausendwende in Ostmitteleuropa. Deutungen des Jahres 1000 in Gesamtdarstellungen zur polnischen, ungarischen und tschechischen Nationalgeschichte	81
<i>Cathrin Friedrich</i>	Die Konstituierung von Regionalgeschichte in Sachsen und der Bretagne und ihre Rolle für regionale Identifikation	93
Forum		
<i>Árpád v. Klimó</i>	„Runde“ Jahrestage in der DDR und in Ungarn. Überlegungen zu einem Vergleich staatssozialistischer Gründungsfeiertage	108

### Mitteilungen und Berichte

Der Konstitutionalismus im letzten Drittel des langen 19. Jahrhunderts und die Herausforderung der Massengesellschaft im europäischen Vergleich. Überlegungen zu einer Tagung ( <i>Martin Kirsch</i> )	119
--	-----

### Buchbesprechungen

Friedemann Neuhaus, *Geschichte im Umbruch – Geschichtspolitik, Geschichtsunterricht und Geschichtsbewußtsein in der DDR und*

den neuen Bundesländern 1983–1993, Frankfurt a. M. u.a. 1998 ( <i>Friedemann Scriba</i> )	132
Siegfried Jäger, Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Duisburg 1999 ( <i>Wolfgang Lutz</i> )	139
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	146

## Sinnstiftung und Systemlegitimation durch historisches Erzählen. Überlegungen zu Funktionsmechanismen von Repräsentationen des Vergangenen

In den letzten Jahren hat es einen erstaunlichen Boom von Einführungen in Methoden und Theorien der Historiographie gegeben<sup>1</sup>, der von der Vermutung einer Rückkehr der Großtheorien in der Geschichtswissenschaft<sup>2</sup>, von der Beunruhigung über die Schwierigkeiten mit dem Wahrheitsbegriff<sup>3</sup> und von dem Bedürfnis nach einer Diskussion des Verhältnisses von Fakten und Fiktionen<sup>4</sup> getragen ist. Pessimisten sehen die Geschichte bereits von verantwortungslosen Literaturkritikern und Sozialwissenschaftlern ermor-det<sup>5</sup>, während offensivere Geister dafür plädieren, keine Angst vor dem *linguistic turn* zu zeigen<sup>6</sup>. In dieser Debatte verschränken sich sicher auch Elemente eines Generationswechsels und Verschiebungen in den internationalen Rezeptionsprozessen, aber ihre Grundlage findet sie vor allem in

- 
- 1 Eine ausführliche Literaturübersicht bis zur Mitte der neunziger Jahre bietet: C. Lorenz, Konstruktion der Vergangenheit. Eine Einführung in die Geschichtstheorie, Köln/Weimar/Wien 1997; daneben jetzt allein im deutschsprachigen Raum: D. Rothermund, Geschichte als Prozeß und Aussage. Eine Einführung in Theorien des historischen Wandels und der Geschichtsschreibung, München 1994; C. Simon, Historiographie. Eine Einführung, Stuttgart 1996; K. E. Müller/J. Rüsen (Hrsg.), Historische Sinnbildung. Problemstellungen, Zeitkonzepte, Wahrnehmungshorizonte, Darstellungsstrategien, Reinbek b. Hamburg 1997; H.-J. Goertz (Hrsg.), Geschichte. Ein Grundkurs, Reinbek b. Hamburg 1998; C. Cornelißen, Geschichtswissenschaften. Eine Einführung, Frankfurt a. M. 2000. Weiterhin angekündigt: Eibach/G. Lottes (Hrsg.), Geschichtskompaß, Göttingen 2000. Es würde zu weit führen, hier Vollständigkeit anzustreben, zumal die Grenze zwischen Einführungen und Forschungsbeiträgen fließend ist.
  - 2 Q. Skinner, The return of grand theories.
  - 3 J. Appleby/L. Hunt/M. Jacob, Telling the truth about history, New York/London 1994; A. B. Spitzer, Historical Truth and Lies about the Past, Chapel Hill 1996; C. B. McCullagh, The Truth of History, London 1998.
  - 4 R. J. Evans, Fakten und Fiktionen. Über die Grundlagen historischer Erkenntnis, Frankfurt a. M./New York 1999; R. E. Frykenberg, History and Belief. The Foundations of Historical Understanding, Grand Rapid/Cambridge 1996; W. H. McNeill, Mythistory, or Truth, History, and Historians, in: American Historical Review 91 (1986).
  - 5 K. Windschuttle, The Killing of History. How a Discipline is being Murdered by Literary Critics and Social Theorists, Paddington 1994.
  - 6 J. Vernon, Who's Afraid of the „Linguistic Turn“? The Politics of Social History and its Contents, in: Social History 19 (1994), S. 81-97; P. Schöttler, Wer hat Angst vor dem „linguistic turn“, in: Geschichte und Gesellschaft 24 (1997), S. 134-151.

einer das Fach mehr und mehr beunruhigenden Erfahrung des Auseinanderfallens von öffentlichen Bedürfnissen nach Geschichtsvergewisserung und disziplininternem Methodenstreit. Allerdings zeigt sich bei näherem Hinsehen, daß dies keineswegs eine Diskussion ist, die überall auf der Welt nach den gleichen Mustern abläuft. Das Zentrum ihrer Intensität liegt eindeutig in Nordamerika und in Westeuropa, während beispielsweise Historiker in Ostmittel- und Osteuropa von anderen Sorgen umgetrieben zu werden scheinen, die sich eher auf die (Wieder-)Herstellung einer „wahren“ Geschichte beziehen. Auch die Geschichtsschreibung in Asien schließt keineswegs selbstverständlich an die Agenda ihrer Kollegen im Westen an, sondern betont abweichende Problemlichkeiten.<sup>7</sup>

Eine durchaus beträchtliche, wenn nicht gar anwachsende Nachfrage des Publikums nach Darstellungen der Vergangenheit gründet sich – trotz oder gerade wegen der widersprüchlichen Zuschreibung mangelnder Vermittlungskompetenz in die Öffentlichkeit und hoher Zuverlässigkeit bei der Einhaltung wissenschaftlicher Standards – auf eine Erwartung an wahrheitsgetreue Berichte über das Früher. Fakten gelten als Grundlage dieses Wahrheitsbegriffes, da sie eine Überprüfbarkeit von Darstellung und Dargestelltem suggerieren.<sup>8</sup> Dieser naive, wenig reflektierte Wahrheitsbegriff bleibt keineswegs auf ein außeruniversitäres Publikum beschränkt, wie ein Blick in Vorlesungsmitschriften von Studierenden (nicht nur) niederer Semester belegt. Historiker sehen sich mit einer Anforderung, die „Wahrheit“ über die Vergangenheit zu schreiben, konfrontiert, die nicht nur ihre Rolle in der Gesellschaft zu definiieren sucht, sondern auch zum Kriterium in der Konkurrenz mit anderen Berufsgruppen wird, die in der Gesellschaft zentrale Deutungskompetenz beanspruchen. Hieraus ergibt sich der zunehmende Druck, Ergebnisse der Forschung möglichst schnell nicht nur fachintern zu kommunizieren, sondern in einen gesellschaftlichen Diskurs zu integrieren, der sich als die „Wahrheit“ präsentiert.

Die geschichtstheoretischen Debatten der letzten Jahre sind dagegen von einer erheblichen Skepsis gegenüber dieser Position, der die meisten Kommentatoren wie Produzenten historischer Darstellungen beipflichten würden, durchdrungen.<sup>9</sup> Die These, wonach Geschichtsschreibung nichts anderes als ein bestimmter Typus fiktionaler Texte sei, der sich kaum von anderen Fiktionen unterscheidet, hat sich zwar nicht durchgesetzt, ist aber auch nicht mehr einfach durch den Verweis auf traditionelle Standards der Wissen-

7 Vgl. dazu jetzt den Überblick bei R. Torsteadahl, *An Assessment of Twentieth-Century Historiography*, Stockholm 2000.

8 Vgl. zu den theoretischen Herleitungen und Problemen dieser Wahrheitsauffassung Lorenz (Anm. 1), S. 35ff. und S. 130ff. sowie Evans (Anm. 4), S. 78ff.

9 Vgl. dafür als Beispiel jetzt die Debatte zwischen M. Fulbrook, *Fact, Fantasy, and German History*, in: *German Historical Institute* (Hrsg.), *Bulletin* 26 (2000), S. 3-34 und K. H. Jarausch, *The Limits of Common Sense: (Post-)Postmodern Problems or Opportunities? A Comment on Mary Fulbrook*, in: ebenda, S. 35-43.

schaftlichkeit aus dem Feld zu schlagen.<sup>10</sup> Es hat sich herausgestellt, daß ältere Unterscheidungskriterien zwischen fiktionalen und nichtfiktionalen Texten eher die These bestätigt haben, daß wichtige Produkte der Geschichtsschreibung nahe an über fiktionalen Literatur stehen. Dies gilt insbesondere für Unterscheidungen nach Stilmitteln, die im Anschluß an Hayden Whites Vorschläge näher untersucht worden sind.<sup>11</sup> Dagegen dürfte das überzeugendste Argument für eine Unterscheidung zwischen Historikern und Schriftstellern in dem positional begründeten Anspruch der Historiker auf Wissenschaftlichkeit und eine entsprechende Erwartung des Publikums, die „Wahrheit“ gesagt zu bekommen, liegen. Diese Plausibilität hat ihr Fundament in einer Reihe von Verfahren, die zur Beweisführung der Faktizität von Vorgängen und strukturellen Kausalitäten herangezogen werden: die Anerkennung der Vetomacht der Quellen sowie der Zwang zur Berücksichtigung aller für eine Aussage relevanten und zugänglichen Quellen neben der Verpflichtung auf die Regeln zumindest der elementaren Logik und des widerspruchsfreien Schließens. Diese Verfahren sind im Laufe der Verwissenschaftlichung von Historiographie im 19. Jahrhundert formuliert, ausgebaut und kodifiziert worden. Ihre Anerkennung wurde dadurch gesichert, daß der Zugang zu den Spitzenämtern der Profession an ihre Einhaltung oder jedenfalls an das Bekenntnis zu ihrer Einhaltung gekoppelt wurde. Es ist diese Vorgehensweise, die den Status einer wissenschaftlichen, nichtfiktionalen Aussage über historische Sachverhalte begründet und damit die Position des Historikers als eines wissenschaftlich vorgehenden Autors festigt, an den sein Publikum entsprechende Erwartungen knüpft.

Hier setzt nun allerdings die postmoderne Kritik in der Narrativitätsdebatte an, indem sie darauf hinweist, daß dieses Fundament insoweit brüchig ist, als die aus solchen (durch Verwissenschaftlichung und Professionalisierung stabilisierten) Verfahren hervorgehende Autorität den problematischen Teil im Charakter historiographischer Produkte gar nicht oder nur unvollständig erfaßt<sup>12</sup>: Das Problem der Fiktionalität liegt nicht in der Faktizität von Ereignissen und Kausalzusammenhängen geringer Reichweite, sondern vielmehr in ihrer Einbettung in umfassende Erzählungen, die in

---

10 Es ist in dieser Debatte wenig bewußt gemacht worden, daß einerseits ältere Positionen, etwa Droysens, wiederaufgegriffen wurden, daß andererseits die Narrativitätsdiskussion der frühen achtziger Jahre Unterschiede zu Droysens Ideen aufwies. Den eingangs genannten theoretischen Arbeiten kommt das Verdienst zu, nun – gewissermaßen nachholend – die theoretischen Grundlegungen vieler Äußerungen aufzudecken. Dies hindert natürlich die Mehrheit der Historiker nicht daran, auf die Geschichtstheorie als etwas Überflüssiges herabzuschauen.

11 H. White, *Metahistory. Die historische Einbildungskraft im 19. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 1991 (das amerikanische Original bekanntlich 1973); A. Rigney, *The Rhetoric of Historical Representation*, Cambridge 1990.

12 F. R. Ankersmit, *History and Tropology. The Rise and Fall of metaphor*, Berkeley 1994 sowie die Beiträge in J. Topolski (Hrsg.), *Historiography between modernism and postmodernism*, Amsterdam/Atlanta 1994.

sich kohärent sind und insoweit (nach Ankersmit) eine „subjektive Wahrheit“ produzieren. Während die ältere, teilweise vom Marxismus inspirierte Literatur die Strukturen dieser „subjektiven Wahrheit“ mehr oder minder überzeugend auf die Bindung der Historiker an gesellschaftliche Interessen zurückgeführt hat, hat Hayden White die Zwänge der Form hervorgehoben: „Problematisch wird diese Beziehung [zwischen narrativem Diskurs und der Darstellung der Geschichte – M.M.] für die Geschichtstheorie mit der Erkenntnis, daß die Erzählung nicht nur eine neutrale diskursive Form ist, die bei der Darstellung realer Ereignisse im Sinne von Entwicklungsprozessen angewandt oder auch nicht angewandt werden kann, sondern vielmehr ontologische und epistemologische Wahlmöglichkeiten mit eindeutig ideologischen und sogar spezifisch politischen Implikationen nach sich zieht.“ Die narrative Form sei gerade kein neutrales Medium, sondern erzeuge eine „mythische Sicht der Wirklichkeit“, die den dargestellten Ereignissen „eine trügerische Kohärenz verleiht und sie mit einem Sinn befrachtet, der eher zum Traumdenken als zum wachen Denken gehört.“<sup>13</sup> Es ist gegen die Argumentation von White vorgebracht worden, daß er sich nur auf einen bestimmten Typ historiographischer Produktion konzentriere und zu stark auf die Autoren des 19. Jahrhunderts fixiert bleibt. Tatsächlich findet sich bei ihm die Annahme, Historiographie müsse narrativ sein, zwar ausführlich in ihren Konsequenzen erörtert, aber in ihrer Begründung allzu schnell auf universelle anthropologische Voraussetzungen zurückgeführt: „Als globale kulturelle Fakten sind Erzählung und Erzählen weniger ein Problem als einfach Gegebenheiten.“ Es handle sich um einen relativ kulturunabhängigen „Metacode“, eine „menschliche Universalie“. Diese übersetze Wissen und Sprache, bringe menschliche Erfahrung in „eine den eher allgemein menschlichen als kulturspezifischen Sinnstrukturen assimilierbare Form“.<sup>14</sup> Ohne Erzählung sei die Produktion von Sinn unmöglich, die Zurückweisung der Narrativität sei eine Zurückweisung von Sinn und Sinnbildung.

Man muß sich aber keineswegs mit einer solch universalistischen Feststellung begnügen. Vielmehr zeigt ein Blick auf die Untersuchung von Identifikationsprozessen die Bedeutung von narrativen Strukturen. Die verschiedenen Codes der kollektiven Kommunikation werden nicht nur durch ihre Narrativität ineinander übersetzbar<sup>15</sup>, sondern diese spielt auch für die individuelle Identitätsformierung eine zentrale Rolle: Die Identifikation des Einzelnen mit einer Gruppe, mit einer Situation, mit einem Ziel sozialer Entwicklung, kann als „Passungsleistung“ durch den Abgleich zwischen

13 H. White, Die Bedeutung der Form. Erzählstrukturen in der Geschichtsschreibung, Frankfurt a. M. 1990, S. 7.

14 Ebenda, S. 11.

15 A. Megill, *Recounting the Past. „Description“, Explanation, and Narrative in Historiography*, in: *American Historical Review* 94 (1989), S. 627-653.

vorliegenden Erzählmustern und der individuellen Selbsterzählung unter Berücksichtigung der verfügbaren Ressourcen interpretiert werden.<sup>16</sup>

Die Vergewisserung einer Geschichte, die über die Zwischenstufen des individuellen, des kollektiven und des kulturellen Gedächtnisses<sup>17</sup> geformt wird, hat in den Identifikationsprozessen gerade deshalb eine so eminente Bedeutung, weil und insoweit sie die errungene Qualität bei der Übersetzung der Codes verschiedener Gesellschaftssphären in einen Metacode und die Spannbreite der in einer Gesellschaft als akzeptiert geltenden individuellen „Passungsarbeiten“ in narrativen Mustern abbildet. Dadurch kann sie zum „Motor der Entwicklung“ oder zum „Fundament der Kontinuität“ werden, „in keinem Falle aber wird die Vergangenheit ‚um ihrer selbst willen‘ erinnert“, wie Jan Assmann schlußfolgert und daran anschließt, daß sich aus dieser Tatsache ergebe, eine Gegenüberstellung von „Fiktion (Mythos) gegen Realität (Geschichte) und wertbesetzte Zweckhaftigkeit (Mythos) gegen zweckfreie Objektivität (Geschichte)“ stehe seit längerem zur Verabschiedung an.<sup>18</sup> Vielmehr sei interessant, wie die Funktionsstellen in der Erinnerung besetzt werden: Assmann unterscheidet zwischen „heißen“ Gesellschaften und Erinnerungen einerseits, die ihr geschichtliches Werden verinnerlicht haben, und „kalten“ Gesellschaften bzw. Erinnerungen, bei denen die Vergegenwärtigung der sog. „absoluten Vergangenheit“<sup>19</sup> „im Modus der zyklischen Wiederholung“ geschieht.<sup>20</sup> Innerhalb der „heißen“ Erinnerung könne wiederum zwischen fundierendem Mythos und „kontrapräsentischen“ Mythos unterschieden werden. Der eine begründet die Herkunft der Gegenwart auf direkte Weise, der andere markiert den Unterschied zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart indirekt, über das „jetzt“ „Fehlende, Verschwundene, Verlorene“ gegenüber einem heroischen Zeitalter.

Diese „Mythomotorik der Erinnerung“ ist in ihrem Funktionieren an narrative Muster gebunden. Die Historiographie wird in der neueren Geschichtstheorie nicht mehr diesen Erinnerungsweisen als durch wissenschaftliche Verfahren kontrollierende Instanz gegenübergestellt, sondern stärker als ein – wenn auch distinkter – Teil des kollektiven und kulturellen Gedächtnisses behandelt.

16 Vgl. zur näheren Begründung dieser hier nur knapp wiederzugebenden Auffassung und ihren theoretischen Wurzeln: J. Straub (Hrsg.), *Erzählung, Identität und historisches Bewußtsein. Die psychologische Konstruktion von Zeit und Geschichte (=Erinnerung, Geschichte, Identität 1)*, Frankfurt a. M. 1998.

17 Zu diesen Stufen vgl. J. Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, München 1999, S. 29-55.

18 Ebenda., S. 75.

19 E. Cassirer, *Philosophie der symbolischen Formen II. Das mythische Denken*, Darmstadt 1958, S. 130.

20 Assmann (Anm. 18), S. 78.

Eine solche Zuspitzung wird von den praktizierenden Historikern jedoch zumeist nicht für die Produkte ihrer eigenen Zeit akzeptiert, interessanterweise aber durchaus kritisch gegen frühere historiographische Erzeugnisse in Stellung gebracht. Es gehört beispielsweise zu den Begründungskontexten der neueren Sozialgeschichtsschreibung in der Bundesrepublik, daß sie sich heftig gegen den Meistererzählungscharakter der Historiographie des Kaiserreiches und der nachfolgenden Jahrzehnte abzusetzen versuchte.<sup>21</sup> Ihrem eigenen Anspruch nach ist sie jedoch gegen die Schwierigkeiten, die sich aus der narrativen Form der Geschichtsschreibung ergeben, insoweit gefeilt, wie sie sich einer theoriegeleiteten Kategorienbildung und sprachlichen Gestaltung bedient. Des weiteren verringere ein Explizieren der eigenen Erkenntnisinteressen des Historikers, für den im Begriff der „Orientierungsleistung“ eine beschränktere Funktion reklamiert wird, die Gefahr einer Sinnstiftung „hinter dem Rücken“ der Autor-Publikum-Beziehung.<sup>22</sup>

Wir befinden uns also bei der Analyse der Rolle von historischen Erzählungen in einer in mehreren Hinsichten widersprüchlichen Situation. Erwartungen des Publikums an eine sehr simple Relation von Fakten und ihre Interpretation korrespondieren nicht mit der stärker reflexiven Position der Geschichtstheoretiker in bezug auf den „doppelten Boden“ der Historiographie, welche die Realgeschichte immer zugleich mit der ebenso realen Erinnerung im Blick behalten muß. Zugleich betätigen sich Historiker immer stärker traditionskritisch und dekonstruierend gegenüber ihren Vorläufern, weigern sich aber mit guten Gründen, daraus den Schluß zu ziehen,

21 Einflußreich waren dabei vor allem das Buch von G. G. Iggers, *Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart*, München 1978 (mit einem Nachwort versehener ND Köln/Weimar/Wien 1998) und die von H.-U. Wehler konzipierte Reihe „*Deutsche Historiker*“ (Göttingen 1971–1982).

22 Wehler hat diese Kriterien für eine moderne Erzählung der deutschen Geschichte als Gesellschaftsgeschichte im ersten Band seines *Großunternehmens* ausführlich dargestellt. Vgl. auch seinen Aufsatz „Geschichtswissenschaft heutzutage: Aufklärung und ‚Sinnstiftung‘“, in: *Zwischenbetrachtungen. Im Prozeß der Aufklärung*, Frankfurt a. M. 1989, S. 775–793. Mit der Feststellung, man wolle nur Orientierungswissen bereitstellen, ist keineswegs eine Kontrolle über das „Funktionieren“ des dieses Wissen enthaltenden Textes, einer Narration, gesagt. Dies gilt um so mehr, wenn die idealtypische, d.h. fiktive Unterscheidung in eine Forschungsphase, eine verwissenschaftliche Präsentation und eine pädagogische bzw. politische Vermittlung mit der Haltung einer „engagierten“ Historiographie verbunden wird.

Die von vielen Kommentatoren als Konkurrenzunternehmen zu Wehlers großem Panorama interpretierte Darstellung Nipperdeys hat demgegenüber verzichtet, dem „narrativen Diskurs“ (White) eine distanzierende Erörterung voranzustellen. Der Vergleich der Texte ergibt dann allerdings, so hat kürzlich Paul Nolte argumentiert, weit geringere Unterschiede, als man sie von diesen konzeptuell differierenden Begründungen her hätte erwarten können. Vgl. den Bericht zu seinem Vortrag auf dem Kolloquium „Historiographien vergleichen“ am Zentrum für vergleichende europäische Geschichte, Berlin, Juni 1999 in: [www.fu-berlin.de/zvge/enter-tagungen.htm](http://www.fu-berlin.de/zvge/enter-tagungen.htm) oder <http://hszkult.geschichte.hu-berlin.de/beitrag/tagber/coch0899.htm>.

sie selbst seien ihrerseits nichts anderes als Mythenproduzenten. Es ist mit dem Habitus des wissenschaftlichen Wahrheitsforschers schwer vereinbar, im selben Moment zum Objekt einer erinnerungsgeschichtlichen Analyse zu werden.<sup>23</sup>

Eine Reihe von Entwicklungen, die als methodische Verfeinerungen und Erweiterungen der Aufgaben, die sich die Historiker stellen, beschrieben werden können, die aber auch einen sehr konkreten politisch-sozialen Kontext während der achtziger und neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts haben, vertiefen diese Widersprüche einerseits, sind aber zugleich auch Bestandteil der Suche nach zeitgemäßen Lösungen.

Die Zunahme von Tendenzen der Historisierung in modernen Gesellschaften<sup>24</sup> hat zu größerer Aufmerksamkeit für die Verschiedenheit der Formen geführt, in denen sich Gesellschaften über ihre Vergangenheit verständigen. Neben Studien zur Geschichtswissenschaft sind in verstärktem Maße solche zur Vergangenheits- bzw. Geschichtspolitik<sup>25</sup>, zur Denkmalkultur<sup>26</sup> und zum Streit der Gedächtniskulturen<sup>27</sup> getreten. Damit taucht aber überhaupt erst die Frage auf, was diese Dimensionen zusammenhält, welche Beziehungen zwischen ihnen bestehen. Die Tendenz zur massiven Historisierung ist zuerst in Frankreich im Projekt von Pierre Nora über die *lieux de mémoire* analytisch aufgeschlüsselt worden, was erhebliche Folgen für die Praxis der Geschichtsschreibung über diese Phänomene hatte: Vertraute Orte wie das Archiv, das Denkmal, die Bibliothek, die Schule usw. wurden jetzt als Erinnerungsorte wahrgenommen und die von ihnen ausge-

23 Diese Widersprüchlichkeit durchzieht bereits die scharfen Kontroversen des Kalten Krieges, als sich „marxistische“ und „bürgerliche“ Historiker gegenseitig schonungslos auf ihre Gebundenheit, auf ihre Legitimierungsfunktion und damit auf ihre Rolle in der politisch determinierten Erinnerungsarbeit der jeweiligen Gesellschaften hingewiesen haben, ohne Anwendung der in der Beobachtung des anderen sehr scharfsinnig entwickelten Kriterien auf sich selbst jedoch energisch zurückwiesen. Dies dürfte bis heute einer der mentalen, oft nur im Unterbewußtsein präsenten Gründe für die Verweigerung systemvergleichender Arbeiten ohne vorherige Festlegung der Ergebnisinterpretation sein, weil mit dem Verlust der normativen Vorannahmen zugleich die eigene Rolle in Gefahr zu geraten droht.

24 H. Lübke, *Modernisierung und Folgekosten. Trends kulturellen und politischer Evolution*, Berlin/Heidelberg/New York u.a. 1997.

25 P. Reichel, *Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit*, München/Wien 1995; N. Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996; E. Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999.

26 Aus einer ebenfalls zahlreichen Literatur sei nur verwiesen auf C. Tacke, *Denkmal im sozialen Raum. Nationale Symbole in Deutschland und Frankreich im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1995; R. Koselleck/M. Jeismann (Hrsg.), *Der politische Totenkult. Kriegerdenkmäler in der Moderne*, München 1994.

27 Einen Überblick zu den neueren Entwicklungen in einem breiteren, nicht nur auf eine nationale Gedächtniskultur fixierten Sinne gibt H. Rousso (Hrsg.), *Stalinisme et nazisme. Histoire et mémoire comparée*, Brüssel 1999.

strahlte Geschichte eruiert. Kritisiert wurde an diesem beeindruckenden Vorhaben vor allem seine eigene Fixierung auf eine (noch) intakte Nationalgeschichte, die es praktisch mit Mitteln der Erinnerungsgeschichte gegen einen Verlust von Kohärenz und Sinn zu verteidigen suchte. Die Annahme einer kontinuierlich verlaufenden Geschichte der französischen Nation als Objekt und Subjekt der Erinnerung war zweifellos eine günstige Voraussetzung für das Vorhaben einer Untersuchung der *lieux de mémoire*.

Eine Übertragung des Vorhabens auf andere, sich gerade ihrer Diskontinuität bewußten historischen Erinnerungsgemeinschaften erweist sich als schwierig.<sup>28</sup> Die deutsche Vereinigung von 1990 z. B. hat gerade nicht zur (von manchen gewünschten) Verwischung der Diskontinuitäten geführt, sondern sowohl den gravierenden Bruch von 1933/45 als aueli die Unterschiede in der Nachkriegsgeschichte eher noch verstärkt ins Bewußtsein gerückt.<sup>29</sup> Daran schloß sich gerade in Deutschland während der neunziger Jahre eine Diskussion an, die das soziale Erinnern selbst zu historisieren versucht.<sup>30</sup> Die Ergebnisse der Oral History-Forschungen zum Verhältnis von narrativen Angeboten als öffentlichen Vorstrukturierungen und individuellem Erinnern sind dabei mit eingeflossen.<sup>31</sup>

Nachdem lange Zeit unter der Vorstellung von einer zunehmend verwissenschaftlichten Geschichtsbetrachtung lediglich die Annäherung an eine historische Realität erörtert wurde, die Formen dagegen vernachlässigt blieben, in denen Geschichte vergegenwärtigt wird, hat seit Anfang der achtziger Jahre eine umfangreiche Diskussion über Narrativität eingesetzt. Damit wurden literaturwissenschaftliche Methoden für die Historiogra-

28 Hierzu die Überlegungen von E. François, *Ecrire une histoire des lieux de mémoire allemands: pourquoi? comment?*, Berlin 1997 (Ms.); ders. (Hrsg.), *Lieux de Mémoire. Erinnerungsorte. D'un modèle français à un projet allemand*, Berlin 1996; jetzt: H. Schulze/E. François (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, München 2000.

29 J. Danyel (Hrsg.), *Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten*, Berlin 1995 (mit ausführlicher Bibliographie), J. Herf, *Divided Memory. The Nazi Past in the Two Germanys*, Cambridge/London 1997; T. Herz/M. Schwab-Trapp, *Umkämpfte Vergangenheit. Diskurse über den Nationalsozialismus seit 1945*, Opladen 1997; C. Kleßmann/H. Misselwitz/G. Wichert (Hrsg.), *Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte*, Berlin 1999; A. Assmann/U. Frevert, *Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945*, Stuttgart 1999.

30 Neben den oben zitierten Studien von Jan Assmann vgl. A. Assmann, *Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*, München 1999; dies./H. Friese (Hrsg.), *Identitäten. Erinnerung, Geschichte, Identität 3*, Frankfurt a. M. 1999; D. Harth/J. Assmann (Hrsg.), *Revolution und Mythos*, Frankfurt a. M. 1992.

31 L. Niethammer (Hrsg.), *Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der „Oral History“*, Frankfurt a. M. 1985; H. Welzer, *Erinnern und Weitergeben. Überlegungen zur kommunikativen Tradierung von Geschichte*, in: *BIOS 11* (1998) H. 2, S. 155-170; A. von Plato, Alexander, *Geschichte und Psychologie – Oral History und Psychoanalyse. Problemaufriß und Literaturbericht*, in: ebenda, S. 171-200.

phiegeschichte interessant, mit denen Instrumente zur Operationalisierung der genannten Fragen überhaupt erst gesucht werden konnten. Hayden Whites „Metahistory“ ist deshalb wohl ein vielzitiertes Buch geworden, weil der Autor auf eingängige Weise die neuen analytischen Hilfsmittel plot-Struktur, Motiv, Szene usw. vorgeführt hat, die lange Zeit für die Historiker allzu nebensächlich geblieben waren.

Methodische Voraussetzungen dieser Art für eine grundsätzliche Neuorientierung in der Geschichtswissenschaft blieben jedoch solange „stumpf“, wie nicht die Objektivismus-Frage<sup>32</sup> derart massiv aufgeworfen wurde, daß die Fiktion einer Geschichtswissenschaft, die lediglich Mythen zerstört, aber keinesfalls neue produziert, nicht länger beibehalten werden konnte. Innerhalb von nur einem Jahrzehnt hat sich verschiedenen Widerständen zum Trotz ein neuer mainstream-Konsens unter den Historikern in Richtung eines gemäßigten Relativismus durchgesetzt. Dabei traf der Impuls eines *cultural turn* mit der Wende in der Nationalismusforschung zur Theorie von den *invented communities*<sup>33</sup> zusammen, die Anfang der neunziger Jahre aus sehr aktuellen Anlässen in Deutschland intensivere Aufmerksamkeit erfuhren.

Diese Veränderungen der Interessenschwerpunkte und methodischen Orientierungen in der Historiographie trafen auf mehrere Tendenzen, für die sich 1989 als Zäsur eingepreßt hat:

Das Ende der Spaltung Europas in zwei sehr unterschiedliche Geschichtskulturen hat die Frage nach dem Verhältnis der ost- zu den westeuropäischen Geschichtsbildern aufgeworfen, wodurch die Relativierung des Vertrauten weiter voranschritt. Als jüngstes Beispiel hat eine hochrangig besetzte Konferenz in Stockholm für öffentliches Aufsehen gesorgt, in der die Prioritäten der östlichen und der westlichen Erinnerungsarbeit aufeinanderstießen, indem die These von der Einzigartigkeit des Holocaust und die Erfahrung des Gulag als erinnerungsbestimmende Traumata gegeneinander gestellt wurden.

Eng im Zusammenhang mit dieser Konfrontation der Erinnerungsweisen vornehmlich in bezug auf das 20. Jahrhundert steht die Diskussion um die Rolle professioneller Historiker in den Staaten des Ostblocks. Auf der einen Seite steht die völlige Exkommunizierung aus der Gemeinschaft wissenschaftlich vorgehender Fachvertreter zumeist unter dem Signum der Legitimationswissenschaft. Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit werden

---

32 P. Novick, *That Noble Dream. The „Objectivity Question“ and the American Historical Profession*, New York/Melbourne 1988.

33 In dieser bewußt hybridisierten Kategorie könnte man die Vorschläge zusammenziehen von: E. Hobsbawm/T. Ranger (Hrsg.), *The Invention of Tradition*, Cambridge 1983 und B. Anderson, *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London 1983.

in dieser Perspektive schroff gegenübergestellt.<sup>34</sup> In den „gespaltenen Historiographien“ Ostmitteleuropas lebten die einen „in der Lüge“, während die anderen aus Untergrund und Emigration für die Wahrheit eintraten.<sup>35</sup> Hieraus ergibt sich eine einfache Lösung für die Frage, an welche Tradition anzuknüpfen ist. Diffiziler ist es von diesem Standpunkt aus, die Frage nach den Identifikationsprozessen für die ehemaligen staatssozialistischen Gesellschaften und die Rolle der Historiographie in ihnen zu beantworten.

Eine eher kulturgeschichtliche Perspektive nehmen die DDR-bezogenen Studien zu „Geschichte als Herrschaftsdiskurs“ ein, die am Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschungen seit 1992 vorangetrieben worden sind. Hier wird die Historiographie zum einen in den Kontext anderer historischer Repräsentationen (wie Radio, Film, schöngeistige Literatur usw.) gestellt, und ihr zum anderen eine gewisse Eigenlogik bei der Auflösung des Spannungsverhältnisses von Parteilichkeit und Wissenschaftlichkeit zugestanden.<sup>36</sup> Von hier aus konkretisiert sich für einen spezifischen Kontext das Verhältnis von kommunikativem und kulturellem Gedächtnis unter den Bedingungen einer Gesellschaft, in der die politische Führung eine weitgehende Durchherrschaft der Gesellschaft (Kocka) anstrebte.<sup>37</sup> Innerhalb dieser Interpretationsrichtung lassen sich gleichwohl erhebliche Unterschiede zwischen den Auffassungen einzelner Autoren ausmachen, die von einer weitgehenden Exotisierung bis zu historisierender Distanzierung reichen.<sup>38</sup> Angesichts der Leidenschaft, mit der in der bisherigen Diskussionen Essentialisierungen auf der Suche nach einer eindeutigen Definition der „DDR-Geschichtswissenschaft“ vorgetragen wurden, fanden Vorschläge, nach Schulen, Standorten und Perioden zu differenzieren, bisher kaum

34 Vgl. zu den verschiedenen Diskussionssträngen die Einleitung zu G. G. Iggers/K. H. Jarausch/M. Middell/M. Sabrow (Hrsg.), *Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem*, München 1998.

35 F. Hadler/G. G. Iggers, *Überlegungen zum Vergleich der DDR-Geschichtswissenschaft mit den „gespaltenen“ Historiographien Ostmitteleuropas nach 1945*, in: ebenda, S. 433-444.

36 M. Sabrow (Hrsg.), *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR*, Köln/Weimar/Wien 2000.

37 Vgl. dazu H. Münkler, *Das kollektive Gedächtnis der DDR*, in: D. Vorsteher (Hrsg.), *Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR*, Berlin 1996, S. 458-468. Die verschiedenen Dimensionen des Umgangs mit historischer Zeit führt jetzt vor allem vor: R. Gries, *Die runden „Geburtstage“ – künstlicher Pulsschlag der Republik. Zeitkultur und Zeitpropaganda in der DDR*, in: M. Gibas/R. Gries/B. Jacoby/D. Müller (Hrsg.), *Wiedergeburten. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR*, Leipzig 1999, S. 285-304. Siehe allgemeiner: A. Assmann, *Zeit und Tradition: kulturelle Strategien der Dauer*, Köln/Weimar/Wien 1998.

38 Vgl. etwa M. Sabrow, *„Beherrschte Normalwissenschaft“: Überlegungen zum Charakter der DDR-Historiographie*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 24 (1998), S. 412-445 sowie R. Possekel, *Kuriositätenkabinett oder Wissenschaftsgeschichte? Zur Historisierung der DDR-Geschichtswissenschaft*, in: ebenda, S. 446-462.

Anerkennung. Sie entsprechen nicht dem Bedürfnis nach abgrenzender oder Kontinuität verheißender Identifikation.<sup>39</sup>

Für den zuweilen mit Heftigkeit ausgetragenen Streit darüber, wie die östlichen Geschichtsschreibungen einzuordnen und zu analysieren seien, hat indes bereits die Tatsache, daß man ihnen nur noch im Gestus der Analyse begegnen kann, erhebliche epistemologische Folgen: Das oben skizzierte Problem, daß Historiker die von ihnen selbst entwickelten Kategorien der Untersuchung historischer Erzählungen nur unter größten Schwierigkeiten auf die Produkte ihrer eigenen Epoche anwenden können, ist hier wenigstens teilweise aufgehoben. Durch einen Systembruch verkürzt sich die Zeit radikal, in der die Historiographie selbst in das kulturelle Gedächtnis transportiert wird. Dieser Umstand kann nicht ohne Folgen für die Diskussion über die „aktive“ Geschichtsschreibung bleiben, die in der Systemauseinandersetzung als legitime Konsequenz übrig geblieben ist.<sup>40</sup>

Eine ganz andere Dimension stellen die seit Anfang der neunziger Jahre mit kriegerischen Mitteln ausgetragenen Konflikte auf dem Balkan dar. Sie haben (scheinbar) die Debatte um das Ende des Nationalismus ad absurdum geführt, so daß gerade am Beispiel Serbiens nach der Rolle historischer Mythen für die Stabilität heutiger Gesellschaften gefragt wurde.<sup>41</sup> Während so der Osten und Südosten Europas vorwiegend mit den analytischen Kategorien, mit denen das Verhältnis der Historiographie zur nationalen Integration beschrieben worden ist, entschlüsselbar erscheint, entfaltet sich für den Westen des Kontinents neben einer neuen Ausrichtung auf die europäische Geschichte zugleich eine Debatte, inwieweit diese Art von Historiographie am Ausbau der „Festung Europa“ mitwirke oder eher an einem Mythendefizit leide.<sup>42</sup> Auf der anderen Seite wurden mit der ver-

39 M. Middell, *Wissenschaftliche Schulen in der Historiographie der DDR?*, in: Martin Sabrow (Hrsg.), *Verwaltete Vergangenheit. Geschichtsliteratur und Herrschaftslegitimation in der DDR*, Leipzig 1997, S. 67-116; ders., *Geschichtswissenschaft in der DDR – Strukturgefängnis oder indirekte Handlungsmöglichkeiten? Eine chronologische Perspektive*, in: Iggers/Jaraus/Middell/Sabrow (Hrsg.), *Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem*, München 1998, S. 159-204.

40 Dieser Umstand führt naturgemäß zu erheblichen Auseinandersetzungen, ja geradezu zu Abwehrkomplexen gegenüber der Idee eines Vergleiches östlicher und westlicher Historiographien bzw. Geschichtskulturen, die mit dem Verdacht einer Gleichsetzung oder der Äquidistanz gegenüber moralischen Wertsetzungen diskreditiert und damit unmöglich gemacht werden soll. So etwa Martin Sabrow, der auf der Berliner Konferenz „Historiographien vergleichen“ 1999 jede Möglichkeit des Vergleichs zwischen ost- und westdeutscher Geschichtswissenschaft in Abrede stellte und dafür vor allem das unterschiedliche Verhältnis zum westlichen Wissenschaftsverständnis des 20. Jahrhunderts heranzog. Siehe den bereits in Anm. 22 zitierten Bericht von Christoph Conrad und Sebastian Conrad.

41 Vgl. W. Höpken (Hrsg.), *Öl ins Feuer? Schulbücher, ethnische Stereotypen und Gewalt in Südosteuropa*, Hannover 1996.

42 W. Schmale, *Europäische Geschichte schreiben ...*, in: *Comparativ* 3 (1993), 4, S. 40-48; ders., *Europäische Geschichte als historische Disziplin. Überlegungen zu einer Europäi-*

stärkt einsetzenden Wahrnehmung der Globalisierung Diskussionen über den Imperialismus der Denkformen (Said) oder die Kultur als Dimension der nächsten globalen Konflikte (Huntington) virulent. Universalismus und seine historische Begründung wurde damit fragwürdig.<sup>43</sup> Die scheinbar so radikalen Gegensätze, die ein diktaturgeschichtlich ausgerichteter Ost-West-Vergleich unterstreicht, verlieren in einer von Globalisierung und Postkolonialismus angestoßenen Debatte, die außereuropäische Gebiete und Diskussionen mit einbezieht, deutlich an Schärfe.<sup>44</sup>

\* \* \*

Aus dem Zusammentreffen von methodischen Veränderungen innerhalb und aktuellen Tendenzen außerhalb des Fachs entsteht heute eine wachsende Aufmerksamkeit für das Phänomen der historischen Meistererzählungen. Für Jörn Rüsen wird daraus diejenige Kategorie, die über alle Differenzen westlicher, östlicher und nichtwestlicher Geschichtskulturen hinweg als Universalie funktionieren kann, weil sie die allgemeinere kulturelle Funktion der Vergewisserung von Vergangenheit für identifikatorische Zwecke erfüllt: „Diese weiteste und zugleich tiefste Prägung von Identität, die wir mit dem Ausdruck ‚Zivilisation‘ oder eben ‚Kultur‘ versehen, drückt sich in einer ganz spezifischen Weise aus: durch ‚Meistererzählungen‘ (*master narratives*). Meistererzählungen sind Antworten auf die Frage nach der kulturellen Identität. Im Westen gibt es seit geraumer Zeit im Namen der Postmoderne eine radikale Kritik solcher Meistererzählungen. Das hier verkündete Ende der Meistererzählungen ist ein Symptom einer Identitätskrise im Selbstverständnis der westlichen Kultur. Ich glaube nicht, daß es keine Meistererzählungen des Westens mehr geben wird, und zwar einfach deshalb, weil es keine kulturelle Identität ohne Meistererzählungen gibt. Aber nichtsdestoweniger ist diese Kritik berechtigt: Wir benötigen neu angelegte Erzählungen, die sagen können, wer wir jetzt sind, da wir das nicht bleiben können und wollen, was wir einmal waren.“<sup>45</sup> Rüsen schließt hieran Vorschläge an, wie zwischen dem Universalismus von Meistererzählungen, zumal solchen, die mit dem wissenschaftlichen Anspruch

---

stik, in: ZfG 46 (1998), H. 5, S. 389-406; W. Burgdorf, „Chimäre Europa“. Antieuropäische Diskurse in Deutschland (1648-1999), Bochum 1999.

43 J. Rüsen (Hrsg.), Westliches Geschichtsdenken – eine interkulturelle Debatte, Göttingen 1999.

44 Dies zeigt deutlich Peter Burkes Versuch, westliches von nichtwestlichem Geschichtsdenken abzugrenzen, wobei in einer solch globalen Perspektive der Unterschied zwischen ost- und westeuropäisch keine Rolle mehr zu spielen scheint. Vgl. P. Burke, Westliches historisches Denken in globaler Perspektive – zehn Thesen, in: ebenda, S. 31-54.

45 J. Rüsen, Einleitung: Für eine interkulturelle Kommunikation in der Geschichte, in: ders./M. Gottlob/A. Mittag (Hrsg.), Die Vielfalt der Kulturen. Erinnerung, Geschichte, Identität 4, Frankfurt a. M. 1998, S. 23.

auf Objektivität bewehrt sind, und dem Partikularismus der Identifikation kultureller Gemeinschaften zu vermitteln sei. Das Bekenntnis zum „Prinzip der wechselseitigen Anerkennung von Unterschieden“ aus dem Multikulturalismus Charles Taylors geht mit einer Absage an den kontrastiven Vergleich als Grundlage der Ich-Andere-Unterscheidung einher. Der Ausweg einer Abstraktion von den allein kontrastiven Unterschieden durch Idealtypenbildung scheint dagegen weniger überzeugend, weil in erheblichem Maße aufgeladen mit Techniken der Weltaneignung, wie sie eine bestimmte Kultur hervorgebracht hat. Nicht die Unterschiede werden in dieser Art, die Dinge zu sehen, universalisiert, wohl aber die Grundlagen ihrer Wahrnehmung.<sup>46</sup>

Aus Funktion und Charakter dieser Meistererzählungen folgert Rösen, es könne sich nur um Universalgeschichten handeln, die teleologisch auf die eigene Lebensform hinführen müßten.<sup>47</sup> Demzufolge würden sie Differenz zum Anderen zur Voraussetzung haben, aber dieses Andere entweder zur Vorgeschichte der eigenen Kultur herabstufen oder als Grenzfall der Reichweite eigener, aber universalisierter Regeln marginalisieren.

Es scheint, als steuere die Theoriedebatte von sehr verschiedenen Ausgangspunkten her auf ein gegenwärtig noch schwer zu bestimmendes Phänomen zu, das mit dem nach wie vor sehr unscharfen Begriff der *historischen Meistererzählung* umschrieben wird. Die Spannung zwischen dem Anspruch an eine identifikatorische Leistung der Historiker in Form von solchen *master narratives* und der zunehmenden Reflexion der kulturellen Folgen und methodischen Dilemmata, die sich aus eben der Praxis einer Befriedigung dieses Anspruchs ergab, ist den Historikern mehr und mehr bewußt geworden. Zunächst äußerte sich dies in einer Ablehnung von Großtheorien und dem Versuch einer Abkehr von den Großerzählungen. Inzwischen ist hier eine Verschiebung erkennbar; die Notwendigkeit synthetisierender Darstellungen wird ungeachtet der damit verbundenen Probleme wieder anerkannt, denn „it is the historical synthesis that helps to overcome the alienation between the historian and the public and the fragmentation of the discipline.“ Dabei gilt aber: „the great narrative as the only valid great story is a myth“, so daß die Konklusion zwangsläufig auf Pluralisierung und das Lob der Heterogenität hinauslaufen muß: „The great narrative is dead. Long live grand narratives.“<sup>48</sup>

46 Einen Ausweg aus dem in der Rösen'schen Fassung nicht aufhebbaren Dilemma könnte der in anderen Kontexten entwickelte Kulturtransfer-Ansatz bieten. Eine Diskussion des Verhältnisses zwischen kontrastivem Vergleich und Kulturtransfer-Forschung bieten die Aufsätze in Heft 1 des Jahrgangs 10 (2000) von *Comparativ*.

47 Zur Kritik des Universalismus u.a. B. Giesen/K. Junge, *Der Mythos des Universalismus*, in: H. Børding (Hrsg.), *Mythos und Nation (= Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit 3)*, Frankfurt a. M. 1996, S. 34-64.

48 E. Fuchs, *Global Human Experience, Capitalism, and Nature: The Construction of New Grand Narratives in History*, in: *GHI, Bulletin*, 26 (2000), S. 129-135, hier S. 134f.

Die Kapitulation vor dem Dilemma, daß Historiker einen erheblichen Teil ihrer sozialen Bedeutung der Tatsache verdanken, daß sie umfassende Narrationen produzieren und daß sie gleichzeitig deren problematischen Status mehr und mehr durchschauen, hat sich als nicht zureichend herausgestellt. Das Heil in der Flucht zu suchen, indem die Narrativität so weit wie möglich in den Hintergrund gedrängt und dafür eine stark theoriegeleitete Präsentation eingesetzt wurde, hat am Ende lediglich den Aufstieg erfolgreicher Konkurrenten vor allem über das Medium Fernsehen begünstigt.<sup>49</sup> Ein naives Fortschreiben der älteren *master narratives* ist aber aus verschiedenen Gründen ebenfalls nicht möglich.

\* \* \*

Dieses Heft entspringt dem noch sehr experimentellen Bemühen, auf die skizzierte Situation mit einer Erforschung der Konstruktionsmechanismen und Produktionsumstände von historischen Meistererzählungen zu reagieren.<sup>50</sup> Überlegungen zu Begrifflichkeit und Operationalisierbarkeit in einer komparatistischen Untersuchung werden durch Fallstudien ergänzt, die für den Moment neben interessanten Einblicken in die jeweiligen Geschichtskulturen vor allem die Schwierigkeiten ahnen lassen, ein sehr komplexes Phänomen so zu ordnen, daß über die einzelne Entwicklung hinaus Generelleres ausgesagt werden kann. Ungeachtet dieser absehbaren Schwierigkeiten scheint die allgemeine Kategorie der *historischen Meistererzählung* – entsprechende definatorische Eingrenzungen vorausgesetzt – dann geeignet, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der östlichen und westlichen Geschichtssysteme<sup>51</sup> beschreibbar zu machen, wenn wir zwei Dimensionen zusammenziehen:

- 
- 49 Der Erfolg einer inzwischen durchaus die Größenordnung von Forschungsinstituten annehmenden Produktion dokumentarischer Geschichtspräsentationen im deutschen Fernsehen kann ebenso wie die Verstörung professioneller Historiker angesichts der Medialität der Goldhagen-Debatte als Zeichen gedeutet werden, daß gerade in der deutschen Geschichtswissenschaft diesem Aspekt allzu lange keine genügende Aufmerksamkeit vor allem in der Ausbildung gewidmet wurde.
- 50 Entsprechende Teilprojekte werden gegenwärtig am Institut für Kultur- und Universalgeschichte Leipzig e.V., dem Historischen Seminar der Leipziger Universität, dem Geisteswissenschaftlichen Zentrum für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas Leipzig und dem Zentrum für Zeithistorische Forschungen Potsdam in Angriff genommen. Das Ziel der Zusammenarbeit zwischen diesen Projekten ist eine vergleichende Darstellung der nationalen historischen Meistererzählungen für Ostmittel- und Westeuropa nach 1945. Vgl. dazu auch den Projektantrag von M. Middell und M. Sabrow „Konjunkturen und Krisen nationalgeschichtlicher Meistererzählungen im Vergleich“, Potsdam 2000 (Ms.)
- 51 Als Geschichtssysteme könnte man die Gesamtheit der – im Sinne Roger Chartiers – historischen Repräsentationen und der sie tragenden Infrastrukturen bezeichnen. Erzählungen bringen diese Strukturen und Ausdrucksformen über die Absicht der Sinnstiftung in einen Zusammenhang und zu gesellschaftlicher Wirkung.

Zum einen gehen wir von der Annahme aus, daß die Verwandlung von Vergangenheit in Geschichte als eine von den jeweiligen Sinnhorizonten abhängige Konstruktionsleistung in beiden Geschichtssystemen notwendig an narrative Strategien gebunden ist.

Zum anderen spiegeln sich in den institutionellen Produktionsbedingungen und den (wissenschaftlichen, politischen und Identifikation oder Orientierung stiftenden) Zwecken der historischen Narrationen die Hegemonieverhältnisse und politischen Organisationsformen der unterschiedlichen Gesellschaften, die das Entstehen von historischen Meistererzählungen entscheidend beeinflussen und ihren unterschiedlichen Platz in den kulturellen Systemen bestimmen. Der Vergleich historischer Meistererzählungen, wie er uns vorschwebt, beabsichtigt also gerade nicht, eine Äquidistanz zu neutralen narrativen Mustern zu konstruieren, sondern will deren gesellschaftliche Relevanz und Prägung als unterscheidenden Faktor zentral berücksichtigen.

### Definitivische Eingrenzungen

Der amerikanische Terminus *master narrative* erscheint im selben Moment bereits eigentümlich vertraut und doch fremd. Er verspricht eine gelungene Zusammenfassung sehr differenzierter Tatbestände und läßt sich doch nicht richtig verorten. Beinahe wie ein Irrlicht taucht er auf, wie eine von allen anerkannte Münze, die sich bei näherem Hinsehen doch nicht einem einzelnen Finanzsystem eindeutig zuordnen läßt. Auf fatale Weise könnte sich genarrt fühlen, wer eine autoritative Liste der Belege zu einem ausgearbeiteten Konzept sucht. Und doch finden wir Beschreibungen von Historiographien und Geschichtskulturen, die mit bemerkenswerter Selbstverständlichkeit davon ausgehen, die Rekonstruktion der nationalen Meistererzählung(en) zu betreiben.<sup>52</sup> Häufig handelt es sich um eine metaphorische Umschreibung für das, was in anderen terminologischen Systemen als „vorherrschende Paradigmen der Geschichtsschreibung“ oder als „dominierende Geschichtsbilder“ bezeichnet wird.

Dort, wo der Begriff verwendet wird, scheint er durchaus seinen Gebrauchswert zu besitzen.<sup>53</sup> Trotzdem findet sich in der Literatur kaum eine konzeptionelle Auffächerung.

Die nächste Verwandtschaft besteht zu zwei theoretischen Richtungen: Einmal geht es um die bereits erwähnte und vor allem von Michel Foucault, Jean-François Lyotard und Jacques Derrida auf je eigene Weise mit dem Begriff der Meistererzählung des Westens beschriebene Kohärenz des

<sup>52</sup> Einen gelungenen Überblick zu diesen Anstrengungen für die deutsche Geschichte hat Konrad H. Jarausch erarbeitet: *A Return to National History? The Master Narrative and Beyond*, Potsdam 1999 (Ms.).

<sup>53</sup> R. H. Canary/H. Kozicki, *The Writing of History. Literary Form and Historical Understanding*, Madison 1978.

okzidental Selbstverständnisses.<sup>54</sup> Hier dominierte zunächst die Kritik und Dekonstruktion der Fortschrittsemphase des Westens, die sich seit dem 18. Jahrhundert an die Stelle der heilsgeschichtlichen Erwartungen gesetzt hatte.<sup>55</sup> Später trennten sich die radikalen Dekonstruktivistinnen, die mit Lyotard das grundsätzliche Ende einer kohärenten Geschichtserzählung forderten, von jenen, die bei Foucault neben der fundamentalen Kritik am liberalen historischen Entwurf den Vorschlag einer neuen Großnarration von der „carceral society“ orteten und daran ihr Plädoyer für die Flexibilisierung umfassenderer Entwürfe der geschichtlichen Entwicklung angeschlossen. Während die einen historische Meistererzählungen unter dem Signum postmoderner Pluralisierung überhaupt ablehnen, treten die anderen dafür ein, die verdrängten und ausgegrenzten Dimensionen in eine neue *grand narrative* oder auch *master narrative* einzubeziehen.<sup>56</sup> Auch wenn eine Ambivalenz im Begriffsgebrauch nicht zu übersehen ist, dient der Terminus *master narrative* in dieser Richtung doch zumeist der kritischen Betrachtung einer kohärenten, mit einer eindeutigen Perspektive versehenen (meist auf den Nationalstaat ausgerichtet<sup>57</sup>) und meist um einen kollektiven Akteur zentrierten Erzählung.<sup>58</sup> Dabei bleibt die historiographiegeschichtliche Analyse bisher allerdings mit wenigen Ausnahmen eher vage und dient im Grunde genommen lediglich der Verstärkung des jeweiligen Arguments, wie künftige Geschichtsschreibung aussehen solle.

Zum anderen besteht eine Beziehung zur häufig bei Sozialwissenschaftlern anzutreffenden Vorstellung von „Metaerzählungen“, d.h. synthetisierenden Präsentationen von Gesellschaft, in denen die vielen kleinen Geschichten, die über einzelne Dimensionen von Gesellschaft hergestellt werden, ihre Gemeinsamkeit finden.

Der von Lyotard eingeführte Begriff des *méta récit* verbindet die beiden Argumentationsrichtungen und verweist auf die beiden konkurrierenden

54 M. Foucault, Die Archäologie des Wissens, Frankfurt a. M. 1969; J.-F. Lyotard, Das postmoderne Wissen. Ein Bericht, Graz 1986, S. 110ff.

55 P. H. Reill, Das Problem des Allgemeinen und des Besonderen im geschichtlichen Denken und in den historiographischen Darstellungen des späten 18. Jahrhunderts, in: K. Achar/W. Schulze (Hrsg.), Teil und Ganzes. Zum Verhältnis von Einzel- und Gesamtanalyse in Geschichte und Sozialwissenschaften, München 1990, S. 141-168; H. Zedlmaier, Die Marginalisierung der Historia sacra in der frühen Neuzeit, in: Storia della Storiografia 35 (1999), S. 15-26.

56 Neben Appleby/Hunt/Jacob, Telling the Truth (Anm. 3) auch W. J. Mommsen, Geschichte und Geschichten. Über Möglichkeiten und Grenzen der Universalgeschichtsschreibung, in: Saeculum 43 (1992), S. 124-136.

57 M. Dümpelmann, Zeitordnung. Aufklärung, Geschichte und die Konstruktion nationaler Semantik in Deutschland 1770-1815, Berlin 1997.

58 K. Hausen, Die Nicht-Einheit der Geschichte als historiographische Herausforderung. Zur historischen Relevanz und Anstößigkeit der Geschlechtergeschichte, in: H. Medick/A.-C. Trapp (Hrsg.), Geschlechtergeschichte und Allgemeine Geschichte. Herausforderungen und Perspektiven, Göttingen 1998, S. 9-41; siehe auch schon J. Kelly, Did Women have a Renaissance?, in: dies., Women, History, and Theory, Chicago 1984, S. 19-52.

Denkformen der auf Kant bzw. Hegel zurückgehenden Großerzählungen der Neuzeit. Damit ist ein Ausgangspunkt gewonnen. Die Einlösung in empirischen Untersuchungen zur Rolle der Geschichtsdarstellungen für die Identifikationsprozesse verlangt allerdings eine Abgrenzung, die zugleich eine Eingrenzung und eine Erweiterung ist.

Die Eingrenzung betrifft die Konzentration auf einen Begriff der *historischen* Meistererzählung, da sowohl Lyotards westliche Meistererzählung als auch die Vorstellung von einer gesellschaftstheoretischen Metaerzählung nicht spezifisch eine Vergewisserung über Geschichte ist, sondern eine allgemeine Gesellschaftsbeschreibung, die auch in systematischer und nicht in historischer Absicht verfaßt sein kann.

Selbstverständlich bestehen zwischen diesen beiden Phänomenen enge Beziehungen, aber sie sind nicht identisch. Daraus ergibt sich auch, daß der Lyotardsche Begriff eine erhebliche philosophische Bedeutung hat, sich aber in konkreten Untersuchungen über Geschichtsbilder und Geschichtskulturen nur schwer operationalisieren läßt, weil er auf eine Verbindung mit den elaborierten Theorien über die narrativen Muster von Darstellungen mit explizit historischem Anspruch (fundierende Mythen, Strukturierung der Entwicklung in der Zeit usw.) verzichtet.

Demgegenüber hat Lynn Hunt stärker die Diskussion um die *master narratives* mit den aktuellen Verschiebungen in der Praxis der Historiographie verbunden, indem sie deren grundsätzliche Erweiterung um folgende drei Strategien vorschlägt: Rekonzeptualisierung der zentralen Kategorien, einschließlich der Vorstellung von Modernität; Reperiodisierung, indem die Erfahrung der Kontinuität gegenüber der Konzentration auf die großen Umbrüche stärker berücksichtigt wird; Einbeziehung der nichtwestlichen Geschichten als Maßstab für Vergleich und Differenz. Für eine so erweiterte Meistererzählung schlägt sie den Begriff des *meta-narrative* vor.<sup>59</sup>

Die von uns intendierte Erweiterung gegenüber den bisherigen Überlegungen zu den *master narratives* und *méta récits* betrifft vor allem das Überschreiten einer allein in der Ideengeschichte und Textinterpretation verharrenden Betrachtung in Richtung einer Verknüpfung mit der Analyse von kulturellen und politischen Hegemonieverhältnissen innerhalb einer Gesellschaft.<sup>60</sup>

59 L. Hunt, *The Challenge of Gender. Deconstruction of Categories and Reconstruction of Narratives in Gender History*, in: Medick/Trapp (Anm. 58), S. 57-98 sowie dies., *Geschichte jenseits von Gesellschaftstheorie*, in: C. Conrad/M. Kessel (Hrsg.), *Geschichte schreiben in der Postmoderne*, Stuttgart 1994, S. 98-122.

60 Diesen Ansatz berücksichtigen bisher vor allem Argumentationen aus der Sicht der Geschlechtergeschichte, in denen der Zusammenhang zu den sozialen Herrschaftsverhältnissen explizit betont wird: „Durchmustert man die allgemeine Geschichte im Hinblick auf das, was eingeschlossen und was ausgeschlossen wurde, so ist sie unschwer identifizierbar als ein Produkt und ein Medium der Selbstverständigung über kulturelle Hegemonie.“ (Hausen [Anm. 58], S. 36).

Deshalb wird der Begriff der *historischen Meistererzählung* von uns ausdrücklich für die Beschreibung der Etablierung und Ablösung der in einer Gesellschaft *dominierenden* Deutungsmuster der Vergangenheit verwendet. Er meint demnach die in einer kulturellen Gemeinschaft zu einer gegebenen Zeit vorherrschende Erzählweise des Vergangenen. Der Begriff läßt sich von hier aus in verschiedene Dimensionen entfalten, die sich ineinander verschränken:

- Er hat eine *stoffliche Seite* und bezieht sich auf die Ereignisse, Personen, Strukturzusammenhänge, die zu einer geschichtlichen Erzählung verbunden werden;
- er hat eine *theoretisch-methodische Dimension* und meint dabei die Kriterien, nach denen die für eine Gesellschaft plausible(n) Geschichte(n) erzählt werden können;
- er hat eine *semantische Komponente* und richtet sich sowohl auf den Begriffshaushalt wie auf die narratologischen Prinzipien der jeweiligen Vergangenheitsaneignung;
- er thematisiert die *diskursive Grundstruktur*, die auf die Denkkordnung zielt, in der historische Wirklichkeit jeweils konstituiert wird.
- Schließlich läßt sich ein *Bezug zu den sozialen Praxen* der Traditionsstiftung und der Geschichtspolitik ermitteln, d.h. die Meistererzählung materialisiert sich und fordert zugleich durch ihre Struktur die Konzentration auf bestimmte Elemente heraus, bei deren Wahl die Akteure unter der Dominanz einer Meistererzählung keineswegs völlig freie Wahl haben.

Die Stabilität historischer Meistererzählungen beruht nicht zuletzt auf ihrer Definition des Eigenen und des Fremden; sie konstituieren Gemeinschaften und integrieren durch Ausgrenzung.

„Meisterstatus“ erhalten historische Vergewenwärtigungen des Vergangenen, wenn ihre Geltungskraft unbestritten ist oder sie zumindest öffentliche Dominanz besitzen und gleichsam ein Magnetfeld bilden, das die unterschiedlichen Partikel der historischen Repräsentationen zu integrieren und einheitlich auszurichten vermag. Insoweit und so lange diese Meistererzählungen die Identifikationsbedürfnisse in der Gesellschaft befriedigen, wirken sie sozial integrierend und reagieren auf deren Wandel mit dem Auf- und Abstieg dominanter Deutungsmuster.

Es ist sinnvoll, historische Meistererzählungen nach ihrer unterschiedlichen Existenzform und Wirksamkeit zu gruppieren. So wäre idealtypisch zu unterscheiden zwischen jenem Fall, in dem sich eine Erzählweise durchsetzt und rivalisierende Gegenerzählungen weitgehend oder gänzlich aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt werden, und jener Konstellation, in der mehrere Erzählungen in einer Gesellschaft öffentlich nachvollziehbar um soziale Dominanz ringen.

Eine zweite Unterscheidung stellt den Fall, daß dieselbe Erzählung alle historischen Repräsentationen durchdringt, dem alternativen Auseinanderfall der verschiedenen Sphären einer Geschichtskultur gegenüber.

Eine dritte Ebene typologischer Unterscheidung ergibt sich aus der Tatsache, daß das Prinzip historischer Meistererzählung selbst ein Produkt der Moderne ist. Dieses Prinzip, kulturelle Gemeinschaften über eine dominante historische Meistererzählung zu integrieren, wird heute in den westlichen Gesellschaften zunehmend in Frage gestellt, so daß sich zwischen Konstellationen unterscheiden läßt, in denen der verbindliche Geltungsanspruch einer einheitlichen historischen Meistererzählung bei allem Streit über Inhalte und Formen dem Prinzip nach allgemein anerkannt wird, und solchen Konstellationen, in denen das Prinzip einer gemeinsamen Vergewisserung selbst in Zweifel gerät und eine Fragmentierung des Geschichtsdiskurses Eigenwert erhält. Die Erzählung von der Heterogenität der Moderne kann mithin selbst den Charakter einer historischen Meistererzählung annehmen.<sup>61</sup>

Historische Meistererzählungen haben eine bis auf die Begründung der entsprechenden kulturellen Gemeinschaft reichende Tiefenstruktur, sie geben damit eine grundsätzliche Ordnung der Zeit vor.<sup>62</sup> Dies unterscheidet sie von zahlreichen sozialwissenschaftlichen Selbstbeschreibungen von Gesellschaften, mit denen sie im öffentlichen Bewußtsein konkurrieren, aber auch kooperieren.<sup>63</sup>

Um einprägsam zu sein, müssen Meistererzählungen über herausragende Akteure und Ereignisse organisiert werden. Hieraus ergibt sich die Querverbindung zum Erinnerungskalender der Gesellschaft, die sich auf die jeweilige Meistererzählung stützt.

Aus der zeitlichen Gliederung folgen Periodisierungen, in denen sich die Anlage der Erzählung und die Bewertung ihres Verlaufes spiegeln (Ursprungsmythen; Aufstiegsgeschichten; Inszenierung von wesensbestimmenden Höhepunkten; Niedergangsphasen oder solche der Immobilität usw.) Die einzelnen Positionen in der Kurve der historischen Entwicklung können, müssen aber nicht unbedingt durch Ereignisse markiert sein. Insbesondere für die Frühgeschichte ersetzen Strukturumbrüche häufig Ereignisse.

---

61 Auf diese Schlußfolgerungen laufen etwa die Analysen von Jarausch, Hausen oder Hunt hinaus, die oben bereits zitiert wurden.

62 Eine vergleichende Betrachtung der Zeitkonzepte in Rußland, Afrika, Ostasien, Westeuropa und Israel gestartet jetzt: S. Richter (Hrsg.), *Zeitfeld 2000* (=Comparativ 10 [2000], H. 3), Leipzig 2000.

63 P. Burke, *Soziologie und Geschichte*, Hamburg 1989 (engl. Fassung London 1980) beginnt seine Betrachtungen über die wechselseitigen Anregungen beider Perspektiven nach Fernand Braudels Diktum provozierend mit einem Kapitel über den „Dialog zwischen Tauben“.

Meistererzählungen beziehen sich auf einen bestimmten Raum, der nach politischen, kulturellen oder naturräumlichen Kriterien abgegrenzt wird. Hieraus ergibt sich die hauptsächliche Inszenierung von Wir-Gruppe und Anderen. Typologisch läßt sich zwischen solchen Meistererzählungen unterscheiden, die in einer Art universalgeschichtlicher Einbettung hauptsächlich auf die Charakterisierung der Wir-Gruppe im Vergleich mit anderen gerichtet sind, und solchen, die das Schwergewicht auf die inneren Konflikte der Wir-Gruppe als Explikation für deren Entwicklung legen.

Historische Meistererzählungen unterscheiden sich erstens von anderen historischen Erzählungen dadurch, daß sie beanspruchen, die zentrale Entwicklungslinie der sozialen Gemeinschaft, auf die sie sich beziehen, befriedigend zu erklären und eine Orientierungsfunktion für die Zukunft zu erfüllen, und zweitens durch die verbreitete Akzeptanz, die darin begründet liegt, daß sie wichtige Bedürfnisse der Bevölkerung erfüllt.

Damit sind die zwei Seiten des Untersuchungsgegenstandes angesprochen. Denn Meistererzählungen lassen sich nur durch die kombinierte Analyse von Textstrukturen einerseits und sozialer Geltung andererseits untersuchen und damit für den Vergleich aufbereiten.

Historische Meistererzählungen haben die Funktion, national bzw. staatlich verfaßten Gesellschaften eine Identifikations- und eine Orientierungshilfe zu bieten. Damit ist auch schon gesagt, daß sie im Ensemble von Identifikationsprozessen einen bestimmten Platz haben und mit anderen Orientierungsangeboten im Wettbewerb stehen. Sie bedürfen zur Erfüllung ihrer Funktion demnach einer ausreichenden Verbreitung, wobei diese Verbreitung nicht nur im quantitativen Sinne als beeindruckende Auflagenhöhe entsprechender Bücher verstanden werden darf, sondern sich in einem qualitativen Sinne auf die Omnipräsenz in den verschiedenen Medien und in unterschiedlichen Formen (wie Text, Bild, Metapher usw.) bezieht. Gerade die Anwesenheit und Wirkung historischer Meistererzählungen in Bereichen, die vom Publikum nicht mit der Erwartung der Belehrung über historische Gegenstände befrachtet sind, wie etwa die Werbung, die Inszenierung von Festen u.ä., macht ihre Stärke aus und bringt ihre stabilisierende Rolle in den kulturellen Hegemonieverhältnissen zum Ausdruck.

Hierin liegt aber auch eine Gefahr. Würden alle in einer Gesellschaft kursierenden Anspielungen auf geschichtliche Vorgänge umstandslos der Wirkung der *master narratives* zugerechnet, so geriete einerseits die auf eine Nation oder eine Gesellschaft bezogene Unterscheidung in Versuche, Meistererzählungen zu installieren und tatsächlich erfolgreiche Meistererzählungen ans dem Blick. Zum anderen würde damit eine Wirkungsweise im Alltagshewußtsein einfach angenommen, statt sie nachzuweisen.

Als Untersuchungsdimensionen bieten sich deshalb an:

- *erstens* die Narrativität historischer Darstellungen<sup>64</sup>;
- *zweitens* die Konstellationen der Produktion historischer Darstellungen und des Aufgreifens durch politische oder/ und mediale Verbreitungsinstanzen;
- *drittens* die Ausbreitung einer historischen Erzählung in der Gesellschaft und ihre Transformation in allgegenwärtiges „historisches Wissen“ sowie schließlich
- *viertens* die Zuerkennung eines quasi-offiziellen Status und die Aufnahme in den Fest- und Feiertagskalender einer Gesellschaft sowie weitere Bezugnahmen in der politisch verantworteten Inszenierung historischer Verankerungen und in der staatlich definierten Form historischer Überlieferung (besonders bei Schullehrplänen, aber auch in der offiziellen Ikonographie).

### Wie lassen sich Meistererzählungen vergleichen?

All jene kulturelle Gemeinschaften, die den Historisierungsschub des 18. und 19. Jahrhunderts aufgegriffen haben<sup>65</sup>, versichern sich gerade über eine geschichtliche Herleitung ihrer Existenz der Einzigartigkeit, die sie von anderen, angrenzenden oder weit entfernten Gemeinschaften unterscheidet. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, den Vergleich über die Strukturelemente dieser historischen Fundierungen zu organisieren. Es kann zunächst vermutet werden, daß die historischen Meistererzählungen ebenso notwendig ein Produkt wie ein Faktor des neuen Typs sozialer Integration im 19. Jahrhundert geworden sind, der mit dem Aufstieg von Nationalstaat und Nationalismus zusammenhing. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges blieb diese enge Bindung der Meistererzählung an die Idee der Nation für die Geschichtsschreibung der europäischen Staaten prägend.<sup>66</sup> Die Geschichte der eigenen Nation bot den zentralen interpretatorischen Rahmen, innerhalb dessen sich historisches Wissen zu einer sinnvollen Großerzählung zusammenfügen ließ. Die Nation wurde zum unwidersprochenen Sinnhorizont und erhielt ihre Legitimität durch die Konstruktion einer kontinuierli-

64 Siehe dazu H. Eggert (Hrsg.), *Geschichte als literarische Form und Grenzen der Repräsentation von Vergangenheit*, Stuttgart 1990.

65 Damit ist auch gesagt, daß hier vorläufig der universalhistorische Vergleich für die Zeit vor der Aufklärung in Europa außer Betracht bleibt. Die theoretischen Probleme der Konstruktion von Unterschieden auf der Basis einer einheitlichen *Historia sacra* innerhalb Europas und der Differenzverfahren zu anderen Begründungen zivilisatorischer Besonderheit verlangen eine gesonderte ausführliche Erörterung. Siehe dazu die Beiträge in Rilsen/Gottlob/Mittag, *Die Vielfalt der Kulturen* (Anm. 45); F. M. Clover/R. S. Humphreys (Hrsg.), *Tradition and Innovation in Late Antiquity*, Wisconsin 1989.

66 Das folgende verdankt wesentliche Anregungen der Diskussion mit Ralph Jessen (Berlin), der seinerseits der Geschichte der Zeitgeschichtsschreibung vergleichend nachgeht.

chen Entwicklung von mythischen Ursprüngen bis in die Gegenwart.<sup>67</sup> Diese *nationalgeschichtlichen Meistererzählungen* waren in den meisten europäischen Ländern nach 1945 besonderen Belastungen ausgesetzt:

Nach Krieg und bedingungsloser Kapitulation, mit der immer stärker bewußt werdenden Verantwortung für den Holocaust und der Teilung infolge der Blockkonfrontation stellte sich in Deutschland vielleicht am radikalsten die Frage, wie sich die Nachkriegserfahrungen mit dem Ideal des Nationalstaats in Verbindung bringen ließen. Die Historiker sahen sich mit einem weitverbreiteten Unbehagen gegenüber der Geschichte konfrontiert, wie Hermann Heimpel in seiner Eröffnungsrede auf dem Historikertag 1956 in Ulm feststellte. Zwar war schon unter den Zeitgenossen strittig, ob damit tatsächlich ein nachlassendes Interesse an der Geschichte gemeint sein konnte, aber in jedem Fall war die gewohnte kontinuierliche Herleitung der Gegenwart aus der Vergangenheit, die das Prestige der Historiker im 19. und frühen 20. Jahrhundert befestigt hatte, hinfällig geworden.<sup>68</sup>

Beide deutsche Teilstaaten erhoben wechselseitige Ansprüche darauf, die „wahre“ Kontinuität der nationalen Geschichte zu repräsentieren. Die Misere-Konzeption im Osten und die Katastrophenliteratur im Westen<sup>69</sup>, die für eine bestimmte Phase nach 1945 dominierten, wiesen bei weitem nicht die Stabilität der nationalgeschichtlichen Meistererzählung aus den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg auf. Damit öffnete sich ein Feld alternativer Entwürfe, die sowohl die universalhistorischen Dimensionen innerhalb des Marxismus für die SBZ/DDR<sup>70</sup> als auch die verschiedenen die Nationalgeschichte überschreitenden Perspektiven einer Betrachtung gemeinsamer Grundlagen des „Abendlandes“ (Franz Schnabel u.a.) und die komparatistischen Aspekte der Sonderwegstheese betonen konnten.<sup>71</sup> Die Rhythmen dieser Öffnung<sup>72</sup> und ihrer ebenso raschen wie widersprüchlichen Schließung unter dem Disziplinierungsdruck eines Monopolanspruchs für die marxistisch-leninistische Geschichtsdeutung in der DDR der

67 Vgl. K. H. Jarausch, *A Return to National History? The Master Narrative and Beyond*, Potsdam 1999 (Ms.).

68 Vgl. dazu Jin-Sung Chun, *Das Bild der Moderne in der Nachkriegszeit. Die westdeutsche „Strukturgeschichte“ im Spannungsfeld von Modernitätskritik und wissenschaftlicher Innovation 1948–1962*, München 2000, Kap. 2, bes. S. 56–58.

69 W. Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 21993, S. 46–76.

70 M. Middell, *Jenseits unserer Grenzen? Zur Trennung von deutscher und allgemeiner Geschichte in der Geschichtswissenschaft und Geschichtskultur der DDR*, in: K. H. Jarausch/M. Middell, *Nach dem Erdbeben. (Re-) Konstruktion ostdeutscher Geschichte und Geschichtswissenschaft*, Leipzig 1994, S. 88–120.

71 Vgl. A. Schildt/A. Sywottek (Hrsg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der fünfziger Jahre*, Bonn 1993.

72 W. Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft (Anm. 69)*, S. 207–227, S. 266–280.

späten fünfziger und frühen sechziger Jahre<sup>73</sup> sind erst in Ansätzen erforscht.

Die historiographische Selbstbeschreibung in den osteuropäischen Staaten fand nach ihrer Zwangsintegration in das sowjetische Hegemonialsystem in einer Konstellation statt, die ebenfalls erhebliche Anforderungen an nationalgeschichtliche Großinterpretationen stellte: Das Territorium mancher Länder war als Folge des Krieges und der Nachkriegsordnung neu geschnitten worden, und gewaltige Bevölkerungsbewegungen hatten die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung homogenisiert. Manche Länder, wie Polen, entsprachen weitgehend dem Modell des Nationalstaats, andere, wie die Tschechoslowakei oder Jugoslawien, blieben multinationale Staaten. Allen gemeinsam war der Verlust an Souveränität durch ihre Integration in den sowjetischen Machtbereich (Ausnahme Jugoslawien) und der Anspruch der jeweiligen kommunistischen Parteien nicht nur auf das Machtmonopol, sondern auch auf die Deutungshoheit gegenüber der Geschichte.<sup>74</sup>

In Westeuropa waren die Belastungen, denen das nationalgeschichtliche Deutungsmuster nach 1945 ausgesetzt war, sicherlich weniger intensiv. Weder kam es als Folge des Krieges zu territorialen Neuordnungen, noch trat eine ideologische Hegemonialmacht wie die kommunistische Bewegung auf den Plan.<sup>75</sup> Allerdings galt es auch hier, die Erfahrung des Krie-

73 M. Sabrow/P. Th. Walther (Hrsg.), *Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR*, Leipzig 1995; I.-S. Kowalczyk, *Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961*, Berlin 1997. Zur Periodisierung von Öffnung und Schließung in Richtung einer marxistischen Internationale anhand einer Auswertung der Themenschwerpunkte der ZfG: M. Middell, *Autoren und Inhalte. Die Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1953–1989*, in: ders. (Hrsg.), *Historische Zeitschriften im internationalen Vergleich*, Leipzig 1999, S. 235–296.

74 N. Naimark, *Politik und Geschichtswissenschaft im osteuropäischen Kontext*, in: K. H. Jarausch (Hrsg.), *Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR*, Berlin 1991, S. 125–138. J. Topolski, *Zwischen Dogma und Pluralismus. Die Historiker und der Staat in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: ders. (Hrsg.), *Historisches Bewußtsein und politisches Handeln in der Geschichte*, Poznan 1994, S. 121–127; V. Precan (Hrsg.), *Acta Creationis. Unabhängige Geschichtsschreibung in der Tschechoslowakei 1969–1980*, Bukarest 1980 sowie das Themenheft der *American Historical Review* 97 (1992), S. 1011–1117 mit Beiträgen über Polen (P. Wandycz), die Tschechoslowakei (J. Kořalka), Ungarn (I. Deák), Jugoslawien (I. Banac), Bulgarien (M. Todorova), Rumänien (K. Hitchins). A. Marès (Hrsg.), *Histoire et pouvoir en Europe médiane*, Paris 1996. Jetzt für das belorussische Beispiel sehr detailliert: R. Lindner, *Historiker und Herrschaft. Nationsbildung und Geschichtspolitik in Weißrußland im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1999;

75 Zu beobachten ist allerdings die Herausbildung einer mehr oder minder stark an die Kommunistischen Parteien angelehnte marxistische Historiographie, so daß wir – wiederum in einer asymmetrischen Analogie zu Osteuropa – ebenfalls für viele westeuropäische Länder eine „gespaltene Historiographie“ ausmachen können, in der die einzelnen Stränge jeweils eigenen Logiken in der Produktion von nationalhistorischen

ges, der Besetzung und der Kollaboration in die nationale Geschichtserzählung zu integrieren.<sup>76</sup> Neue Herausforderungen stellten sich mit dem Bedeutungsverlust des Nationalstaats im Zeichen beginnender europäischer Integration<sup>77</sup> und kultureller „Amerikanisierung“.<sup>78</sup>

Hieraus ergibt sich nicht nur für die unmittelbare Nachkriegszeit die Frage, wie sich Historiker und die anderen „Erfinder“ historischer Repräsentationen unter den sehr verschiedenen Systembedingungen in Ost und West einem strukturell durchaus ähnlichen Problem stellten: Die Glaubwürdigkeit, Integrations- und Legitimationskraft der nationalen Meistererzählung schien in Frage oder doch zumindest auf die Probe gestellt. Zugleich blieb die nationalgeschichtliche Erzählung überall der Kern historischer Deutungskonstruktionen, und selbst alternative Deutungen waren vielfach auf das nationalgeschichtliche Muster bezogen – und sei es negativ gewendet wie im Fall der Sonderwegthese.<sup>79</sup>

Welche Konsequenzen hatten der Ausgang des Zweiten Weltkrieges, die anschließende Blockbildung, der ideologische Hegemonialanspruch des Marxismus-Leninismus, die staatliche Teilung Deutschlands und die beginnende „Amerikanisierung“ in Westeuropa für das historiographische Modell der nationalen Geschichte? Bewies die nationalgeschichtliche Meistererzählung immer noch oder erneut Integrationskraft, paßte sie sich neuen Anforderungen wie den Legitimationsbedürfnissen der neuen Regime in Osteuropa an, wurde sie durch konkurrierende Deutungen verdrängt? Wie weitgehend behauptete sich die nationalgeschichtliche Erzählung in einer Situation, in der vieles auf die Auflösung bzw. die abneinende Bedeutung und schwindende Glaubwürdigkeit nationaler Kategorien hinzuwirken schien – von internationalistischer Ideologie und übernationaler Blockbildung bis hin zur Erschütterung des Glaubens an die „Sinnhaftigkeit“ der nationalen Entwicklung angesichts der Erfahrung des „Dritten Reiches“ in

---

Meistererzählungen verfolgten. Vgl. M. Middell, *Marxistische Geschichtswissenschaft*, in: J. Eibach/G. Lottes (Hrsg.), *Geschichtskompaß*. Göttingen 2000 (i.E.).

76 Um nur zwei Titel für den französischen Fall zu nennen: H. Rousso, *Le syndrome de Vichy*, Paris 1987; C. Florin, Philippe Pétaïu und Pierre Laval, *Das Bild zweier Kollaborateure im französischen Gedächtnis. Ein Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung in Frankreich von 1945 bis 1995*, Frankfurt a. M. 1997.

77 Eine vorzügliche Übersicht zu den Mythen, auf die sich eine europäische Perspektivierung der Geschichte stützt, bietet J. Fontana, *Europa im Spiegel. Eine kritische Revision der europäischen Geschichte*, München 1995.

78 F. Ringer/J. McVeigh (Hrsg.), *Amerika und die Deutschen*, Darmstadt 1986; T. Molnar, *The Emerging Atlantic Culture*, New Brunswick 1994; A. Lüdke/I. Maršolek/A. von Saldern (Hrsg.), *Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 1996; K. H. Jarausch/H. Siegrist (Hrsg.), *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970*, Frankfurt a. M./New York 1997; H. Bude/B. Greiner (Hrsg.), *Westbindungen. Amerika in der Bundesrepublik*, Hamburg 1999.

79 M. Middell, *Metzerzählungen. Verglethende Revolutionsgeschichte und Sonderwegsthe- se*, in: *Berliner Debatte* Initial 9 (1998), H. 5, S. 59–76.

Deutschland? Erwies sich das nationalgeschichtliche Paradigma als anpassungsfähig und flexibel, um auch neuen Legitimationsbedürfnissen der neuen Diktaturen gerecht zu werden, oder eher als ein Hindernis beim Umschreiben der Geschichte nach marxistisch-leninistischer Blaupause?

Dies könnten Fragen sein, denen eine komparatistische Erforschung historischer Meistererzählungen, die sich zunächst auf europäische Fälle im 20. Jahrhundert konzentriert<sup>80</sup>, nachzugehen hätte. Vorläufig gilt es dafür die Analysekategorien auszuarbeiten und geeignete Quellenkorpora für eine serielle Untersuchung zu testen, denn anders läßt sich das Kriterium der sozialen Dominanz kaum verifizieren.

Die Beiträge dieses Heftes wenden sich dieser Aufgabe von sehr verschiedenen Ausgangspunkten aus zu. Arpád von Klimó fragt am ungarischen Beispiel nach der Rolle von Geschichtskulten, in denen die Nation repräsentiert wird, für die Geschichtskultur eines Landes. Er rekonstruiert dabei ein Beziehungsnetz, in dem die ungarischen Eliten des 19. Jahrhunderts ihre nationale Meistererzählung situierten. Auf der einen Seite spielte Frankreich als Vorreiter bei der Ausprägung neuer Formen der politischen Kultur und ihrer historischen Illustrierung eine wichtige Rolle. Wie auch für andere Länder inzwischen genauer nachgewiesen werden konnte<sup>81</sup>, spielte in Europa bereits seit der Mitte des 18. Jahrhunderts zunehmend ein Dreieck von Referenzen aus „Frankreich“ und „England“ auf der einen und der jeweiligen nationalen Geschichtskultur auf der anderen Seite eine wichtige identifikatorische Rolle. Im Fall der ungarischen Aristokratie war es der konservativ eingehegte Parlamentarismus, der die englische Komponente besonders attraktiv machte. Den zweiten Bezug stellten Deutschland und die Habsburgermonarchie dar, von denen sich ein ungarischer Nationalismus abgrenzen mußte, wollte er seinem Anspruch auf Eigenständigkeit historische Tiefe verleihen. Eine dritte Ebene bildeten schließlich jene Nationalkulturen, die sich – wie etwa die italienische und die polnische – in einer ähnlich schwierigen Konstruktionsphase befanden und aufgrund dieser Analogien nach Entwicklungsstand, Motivauswahl und äußerer Konstellation von den Ungarn als „verwandt“ interpretiert wurden.

Hieraus ergibt sich verallgemeinert gesprochen bereits für die Konstituierungsphase nationalhistorischer Meistererzählungen die Notwendigkeit, die vielfachen Fremdreferenzen zu eruieren und zu vergleichen. Sie erzeugten eine Reihe von Gemeinsamkeiten in den Geschichtskulturen europäischer Länder. Gerade indem die Nationalisten die Unterschiede zwischen

80 Für einen europäisch-asiatischen Vergleich siehe S. Conrad, Auf der Suche nach der verlorenen Nation. Geschichtsschreibung in Westdeutschland und Japan 1945–1960, Göttingen 1999.

81 Vgl. J. Garber, Peripherie oder Zentrum? Die „europäische Triarchie“ (Deutschland, Frankreich, England) als transnationales Deutungssystem der Nationalgeschichte, in: M. Espagne/M. Werner (Hrsg.), Transferts. Les relations interculturelles dans l'espace franco-allemand (XVIIIe–XIXe siècle), Paris 1988, S. 97–162.

den Völkern und Staaten betonten, waren sie auf ähnliche Begründungen und narrative Realisierungen dieser Differenzbehauptung angewiesen, suchten regelrecht danach, sich die effektivsten Muster anzueignen und wiederum mit der Vorstellung von der Einzigartigkeit ihrer eigenen Kultur zu verknüpfen.<sup>82</sup>

Ein besonders eindrucksvolles Beispiel für diese Kulturtransfer-Prozesse ist die Rolle Ernst Moritz Arndts, der in der Regel als Stammvater einer radikal antifranzösisch zugespitzten Nationalbewegung in Deutschland angeführt wird, dies jedoch gerade dadurch werden konnte, indem er die Modernität der symbolischen Politik im revolutionären Frankreich und die Konstruktionsprinzipien eines neu begründeten Nationalismus erkannte und seinen eigenen Strategien inkorporierte.<sup>83</sup> Vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum der untersuchte ungarische Einzelfall jene Strukturelemente zeigen kann, die für die Typologie historisch fundierter Kulte insgesamt herangezogen werden können: Die nach Repräsentationsform und Argumentation sichtbare Modernisierung nicht nur eines gegen das Ancien Régime gerichteten liberalen Anspruches auf die Nationalgeschichte, sondern auch der nationalkonservativen Gegenseite, deren Rekurs auf historische Dauer als Grundlage für Legitimität gleichermaßen das moderne historische Bewußtsein des 19. Jahrhunderts beeinflusste. Sozialistische und völkische bzw. ethnozentrische Argumentationen versuchten am Ende des 19. Jahrhunderts die zentrale Rolle der Nation in der historischen Selbstvergewisserung zu unterlaufen, amalgamierten jedoch eher mit den nationalkonservativen bzw. nationalliberalen Vorstellungen, als daß sie sie wirklich hätten ablösen können.

Dies zeigt Martina Winkler mit ihrem Beitrag über die Bemühungen um eine neue Meistererzählung in der ČSSR nach 1948. Anhand zweier Darstellungen zur Geschichte des Landes und der Kommunistischen Bewegung führt sie den widersprüchlichen Prozeß der Neuformierung von Traditionen vor, die – wie ein Blick auf Akteure, Zeitstrukturen und Erzählweisen belegt – nur deshalb und nur dort erfolgreich sein konnten, wo sie auf die Plausibilitätsstrukturen vorhandener Muster der Geschichtserzählung zurückgriffen, eine etablierte Codierung auf neue Objekte und Akteure übertrugen: „Die tschechoslowakische Historiographie entwickelt kein Programm der vollkommenen Ablehnung der Kategorie Nation – wie es in der DDR der Fall ist –, sondern bemüht sich um Modifikation und Anpassung. Begriff und Idee der Nation werden durch Verämierung dem

82 Dies zeigen sehr eindrucksvoll: M. Jeismann, *Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792–1918*, Stuttgart 1992; J. Vogel, *Nationen im Gleichschritt. Der Kult der „Nation in Waffen“ in Deutschland und Frankreich 1871–1914*, Göttingen 1997.

83 H. J. Lüsebrink, *Ein Nationalist aus französischer Inspiration: Ernst Moritz Arndt (1769–1860)*, in: M. Espagne/W. Greiling (Hrsg.), *Frankreichfreunde. Mittler des französisch-deutschen Kulturtransfers (1750–1850)*, Leipzig 1996, S. 221–242.

bürgerlichen historischen Code entzogen und für die neue, marxistische Geschichte verfügbar gemacht.“

Frank Hadler unternimmt in seinem Beitrag den Versuch, Gesamtdarstellungen zur polnischen, ungarischen und tschechischen Nationalgeschichte daraufhin zu vergleichen, wie die für die Geschichte Ostmitteleuropas in der Zeit um das Jahr 1000 zentralen Personen und Ereignisse gedeutet werden. Die gewählten Beispiele werden in drei Abschnitten untersucht. Am Beginn stehen Syntheseentwürfe, die in den ostmitteleuropäischen Nationalgesellschaften des 19. Jahrhunderts zur nationalhistorischen Segmentierung der jeweiligen Landesgeschichten führten. Die in der Regel von einzelnen „Meistern“ des Faches realisierten Werke konnten nicht zuletzt aufgrund ihrer Veröffentlichung in den einzelnen Nationalstaaten zu *nationalgeschichtlichen Meistererzählungen* werden. Historiker wurden hier zu *nationbuilders*. Gesamtdarstellungen, die in den Nationalstaaten der Zwischenkriegszeit entstanden, werden im zweiten Teil behandelt. Bei ihnen fällt auf, daß sie die erste Jahrtausendwende unter direktem Bezug auf den nach 1918 in Ostmitteleuropa entstandenen staatsnationalen Ist-Zustand interpretierten. Diese zum Teil kollektiv erarbeiteten Werke können als Ergebnisse intensiver politischer Versuche gewertet werden, Meistererzählungen zu installieren, die einem „New Europe“ entsprachen, das nach dem „principle of nationality“ geordnet worden war. Den dritten Teil seines Aufsatzes widmet Hadler den durchgängig von großen Autorenteamen produzierten Überblickswerken, die in den ostmitteleuropäischen Volksdemokratien unter der Ägide der in allen Hauptstädten existierenden Historischen Akademie-Institute erschienen sind. Geleitet vom marxistischen Formationsmodell, versuchten die Autoren der hier interessierenden Passagen, die ehemals nationalen Helden des Jahres 1000 in den gesellschaftlichen Kontext des Frühfeudalismus einzuordnen. Die mit klassenkampfgeschichtlichen Interpretationsbemühungen verbundenen Verzerrungen der „marxistischen“ Meistererzählungen sollten durch spätere Spezialmonographien ebenso überwunden werden, wie die nationalgeschichtlich bedingten Bedeutungsüberhöhungen „bürgerlicher“ Historiker.

Auch hier zeigt sich, daß die (jubiläumsveranlaßte) Aufmerksamkeit für ein lediglich durch wenige Dokumente belegtes Ereignis erst im Kontext von Narrationen, die mit den Identifikationsmustern in den jeweiligen Gesellschaften verknüpft sind, anwächst. Die Ambivalenz des Ereignisses, das für verschiedene historische Herleitungen tauglich gemacht werden kann, wird im Moment des Einbaus in eine übergreifende Erzählung reduziert, kann aber für die Integration in eine andere (möglicherweise entgegengesetzte) Narration wieder mobilisiert werden. Insofern kann die vergleichende Betrachtung eines Ereignisses als Indikator für den Wandel historischer Meistererzählungen benutzt werden.

Mit dem Beitrag von Cathrin Friedrich kommt in den Blick, daß keineswegs nur auf nationalem Niveau Identitätsstiftung durch historisches Erzählen versucht wird. Sie untersucht die Ebene des Regionalen an zwei Beispielen, die einerseits in sehr verschiedenen Kontexten stehen – der 1990 auch in Ostdeutschland wieder hergestellte Föderalismus und der in Frankreich heute trotz aller Dezentralisierungsbemühungen vorherrschende Unitarismus des Nationalstaates könnten kaum gegensätzlicher erscheinen –, andererseits aber eine Reihe von Übereinstimmungen in den Argumenten für die (Wieder-)Belebung regionalhistorischer Narrationen aufweisen. Die Verfasserin vergleicht aber nicht nur zwei Territorien an der Ost- und Westgrenze der Europäischen Union, sondern auch die regionalpädagogische Selbstmandatierung der Historiker im ausgehenden 20. Jahrhundert mit derjenigen ihrer Kollegen ein Jahrhundert zuvor. Eine analoge Verflechtung von Laien- und Expertenarena ist auszumachen, der Dekonstruktivismus hat die Landes- oder Regionalgeschichte in weit geringerem Maße als die Nationalgeschichte erreicht. Selbstreflexive Historiographie, die den doppelten Boden von Rekonstruktion der Historie und Dekonstruktion der Erinnerung mitdenkt, ist im regionalen Kontext deutlich seltener anzutreffen, zuweilen unter Verweis auf die sich aus dem kleineren Raum ergebende „Ursprünglichkeit“ der regionalen Geschichte, die die Deckung von historischen Fakten und historiographischer Narration noch garantiert, wo sie der Nationalgeschichte verloren gegangen sei. Zuweilen geschieht das auch unter Verweis auf die Harmlosigkeit der im Westen weitgehend (sieht man von Ausnahmen der immer wieder durch militanten Separatismus geschnittenen Regionen in Südwest- und Nordwesteuropa ab) pazifizierten regionalen Ebene. Regionalhistorische Meistererzählungen fänden deshalb keine umfangreiche Resonanz, weil sie sich (noch?) nicht mit entsprechenden politischen Projekten verbunden haben, nachdem der Einbau der Regionen in die Nationen im späten 19. Jahrhundert vollzogen worden sei.<sup>84</sup> Es zeigt sich jedoch, daß wenigstens eine Latenz zu beobachten ist, die sich heute mit der rhetorischen Zielfigur des „Europas der Regionen“ praktisch verknüpfen kann, oder im Fall Sachsens zur Herstellung einer neu perspektivierten nationalen Einheit in Deutschland durch Marginalisierung der konkurrierenden ostdeutschen Identität dienen soll.<sup>85</sup>

84 Vgl. dazu jetzt G. Kunz, *Verortete Geschichte. Regionales Geschichtsbewußtsein in den deutschen Historischen Vereinen des 19. Jahrhunderts*, Göttingen 2000.

85 So formulierte der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf in der Debatte zum 10. Jahrestag der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion im Deutschen Bundestag am 30. Juni 2000, er halte es für einen Fehler, weiterhin von Ostdeutschland zu sprechen, da die Menschen eine Identifikation mit ihren Ländern Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg sowie Berlin und danach mit Deutschland, jedoch nicht mit Ostdeutschland entwickelt hätten bzw. dies tun sollten, „weswegen ich nicht glaube ... daß das Suchen nach einem ostdeutschen Selbstverständnis und einem ostdeutschen

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen um die historischen Erzählungen, die die europäischen Gesellschaften dominieren, steht heute die Spannung von Nationalem und Internationalität. Darin erschöpft sich das Problem aber keineswegs, universalhistorische, europäische und regionale Dimensionen sind als konkurrierende oder flankierende Faktoren zu berücksichtigen, gewinnen nach Meinung vieler Kommentatoren zunehmend an Gewicht.

Die in diesem Heft versammelten Beispiele können diese Komplexität nicht erschöpfend erfassen. Unser Ziel ist deshalb auch bescheidener. Es wäre bereits erreicht, wenn mit den vorliegenden Anregungen eine Debatte in Gang gesetzt würde, die als Gegenteil zur zunehmenden Fragmentierung der Forschungen über die Erinnerungsmodi moderner Gesellschaften wirkt und sich auf gemeinsame Kategorien und Fragestellungen fokussiert, damit die in den letzten Jahren in erstaunlichem Umfang in Gang gekommenen empirischen Studien aufeinander bezogen werden können.

---

Leitbild zu den wichtigsten Aufgaben gehört, die uns gestellt sind.“ (zit. nach Das Parlament Nr. 28 vom 7. Juli 2000, S. 12).

---

Árpád v. Klimó

## Nationale Geschichtskulte als Teile einer Geschichtskultur: Ungarn im europäischen Kontext<sup>1</sup>

Seit dem 18. Jahrhundert läßt sich überall in Europa und in den auf Europa bezogenen amerikanischen Nationalstaaten und Japan eine neuartige Verbindung von Politik, Wissenschaft und historischer Erinnerung beobachten.<sup>2</sup> Geschichte entwickelte sich zu einem „sozialen Leitbegriff“ (Koselleck), kollektive Erinnerung war konstitutiv für jegliche politische Handlungseinheit geworden.<sup>3</sup> Nach Wolfgang Hardtwig bezeichnet Geschichtskultur „die Gesamtheit der Formen, in denen Geschichtswissen in einer Gesellschaft präsent ist“.<sup>4</sup> Jörn Rüsen unterscheidet eine ästhetische, politische und kognitive Dimension von Geschichtskultur.<sup>5</sup> Dieses Phänomen ist – nicht zuletzt durch den Eindruck des Mai '68 in Frankreich – in den letzten Jahrzehnten zu einem beliebten Objekt historischer Studien geworden. Doch bisher ist es noch nicht gelungen, die geistigen Strömungen zu verfolgen, die von der Französischen Revolution ausgehend, sich über Mitteleuropa verbreiteten und verwandelten, und deren Wirkung auf die Handlungen der dortigen Nationalbewegungen aufzuzeigen. *Daß* es solche geistigen Bewegungen gab, ist seit langem bekannt, aber nicht, *wie* sie auf ihren langen und verschlungenen Pfaden Wirkungen erzielen konnten. Im folgenden soll versucht werden, am Beispiel einer der zentralen (vermeintlichen) „Erfindungen“<sup>6</sup> der Französischen Revolution: des mo-

---

1 Das folgende wurde erstmals auf der Tagung des Schwerter Arbeitskreises für Katholizismusforschung im Dezember 1999 vorgestellt. Ich danke besonders Antonius Liedhegener (Jena) und Martin Papenheim (Augsburg) für ihre kritischen Anmerkungen. Besonderer Dank schulde ich Alexa Geisthövel (Berlin).

2 Nach Benedict Anderson kam die Neue Welt der Alten Welt zuvor. Das mag, was den Transfer der Idee des Nationalismus angeht, richtig sein. Bei genauer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß es im einzelnen Fall sehr schwer zu bestimmen ist, wer „zuerst“ welche Idee hatte. Ungarn war in jedem Fall „spät“ dran und daher noch deutlicher von Frankreich, natürlich auch den USA beeinflusst. B. Anderson, *Die Erfindung der Nation*. Erw. Ausg., Berlin 1998.

3 R. Koselleck, Art. 'Geschichte, Historie', in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 2, Stuttgart u.a. 1975, S. 593-717. Rein geistesgeschichtlich betrachtet, könnte man „Geschichte“ als „absoluten Begriff“ betrachten, der an die Stelle der Religion tritt. Vgl. W. Schmidt-Biggemann, *Geschichte als absoluter Begriff*, Frankfurt a. M. 1991.

4 W. Hardtwig, *Geschichtskultur und Wissenschaft*, München 1990, S. 8.

5 J. Rüsen, *Historische Orientierung*, Köln u.a. 1994, S. 219.

6 Tatsächlich übernahmen die Revolutionäre fast alles vom katholischen Kultus, dem Hofzeremoniell und übertünchten dies mit ein wenig römisch-republikanischen Symbolen, wie Rutenbündel, Adlern, Allegorien jeglicher Art usw.

dernen politischen Kultes, eine solche Wirkungsgeschichte zu entwickeln. Das Beispiel Ungarn eignet sich deshalb hervorragend dafür, weil es nicht nur französischen, sondern sehr stark auch deutschen Einflüssen ausgesetzt war. Aufgrund seiner dominierenden Hauptstadt ist die *nationale* Geschichtskultur überschaubar: ihre ästhetischen Aspekte prägen das Stadtbild Budapests. Eine europäische Perspektive fällt auch leichter, weil man sich nicht im Zentrum der Welt wähnt. Schließlich erlebte die im 19. Jahrhundert modernisierte ungarische Sprache bestimmte Schlüsselwörter zurückzuerfolgen.

Die Eliten Ungarns begannen seit dem 18. Jahrhundert eine nationale Geschichtskultur zu schaffen, die nicht ohne Bezugnahme auf andere europäische Länder zu verstehen ist. Besonders wichtig war für sie der Blick nach Frankreich als Pionierland in Sachen politischer Kultur, nach Österreich und Deutschland, die aufgrund ihrer unmittelbaren politischen und kulturellen Präsenz nur durch große Konstruktionsanstrengungen als „fremde“ Bezugsgrößen gegenüber der „eigenen“ Nation abgegrenzt werden konnten, aber auch nach Italien und Polen als „gedachte“ und auch wirkliche „Verbündete“ im „nationalen Befreiungskampf“ sowie nicht zuletzt nach Großbritannien, dessen parlamentarische Monarchie lange Zeit als Ideal der ungarischen Aristokratie galt. Ohne Vollständigkeit anzustreben, soll an entscheidenden Stellen auf die verschiedenen europäischen Einflüsse und Einwirkungen erinnert werden, wenn im folgenden die Entwicklung der ungarischen Geschichtskultur beschrieben wird.

Dazu muß zunächst der Begriff „nationaler Geschichtskult“ genauer definiert und beschrieben (1.) und ihre historische Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert kurz skizziert werden (2.). Im darauffolgenden Abschnitt wird die Geschichte des Wortes „Kult“ seit der Aufklärung (3.) nachgezeichnet und die Übertragung desselben ins Ungarische untersucht (4.). Im Schlußteil werden, ausgehend von den vorhergehenden Überlegungen, zwei Idealtypen nationaler Geschichtskulte vorgestellt, anhand derer die Genese der ungarischen Geschichtskultur im 19. Jahrhundert beschrieben wird (5.).

### 1. Definition „Nationaler Geschichtskult“

Im folgenden soll unter einem „nationalen Geschichtskult“ eine Summe repräsentierender Handlungen und Texte verstanden werden. Diese zielen darauf ab, bestimmte Ereignisse, Gestalten oder Symbole herausragende Bedeutung für eine gegebene Nationalgeschichte zuzuschreiben. Nationalgeschichte wiederum meint hier eine die Vergangenheit eines je unterschiedlich vorgestellten Kollektivs interpretierende Erzählung. Die Förderer und Anhänger eines Geschichtskultes streben Regelmäßigkeit und

Dauerhaftigkeit ihrer Handlungen an, zumeist in Form von Gedenktagen und Denkmälern.<sup>7</sup>

Der Begriff „nationaler Geschichtskult“ schränkt „Kult“ zweifach ein, durch das hinzugefügte Adjektiv „national“ und das Subjekt „Geschichte“. Erstens soll es im folgenden ausschließlich um solche Kulte gehen, die bestimmte Erzählungen nationaler Vergangenheit und Identität repräsentieren. Die zweite Einschränkung bezieht sich auf die eingangs genannte moderne Funktion von „Geschichte“ im Gegensatz zur vormodernen „Historie“. Schwieriger ist die Abgrenzung gegenüber anderen nationalen Kulturen, die teilweise zeitgleich mit den Geschichtskulturen entstanden, wie Helden- oder Künstlerkulte.<sup>8</sup> Denn auch diese bezogen sich in der Regel auf die Nationalgeschichte. In Sándor Petöfi vereinen sich die verschiedenen Kulte in einer Figur. Er war Nationaldichter, Revolutionsheld, Märtyrer des nationalen Befreiungskrieges und für einige auch, wie Kossuth, ein herausragender Repräsentant der protestantischen Kirche. Die Polyfunktionalität dieser Gestalt erklärt seine Attraktivität, macht aber auch deutlich, daß „Geschichtskult“ ein übergreifendes Konzept ist, daß verschiedene Kulte zusammenfaßt.

7 Damit verwende ich den Begriff „Kult“ bewußt offener als die Theologie oder die Kultur- und Sozialwissenschaften. So versteht man in der heutigen Religionswissenschaft unter „Kult“ „das gesamte rituelle Leben einer bestimmten Religion“. B. Lang, Art. „Kult“, in: Handbuch religionswissenschaftlicher Grundbegriffe, Bd. III, Stuttgart u.a. 1993, S. 474-488, hier S. 475. Ethnologen definieren „Kult“ als „das rituelle sakrale Tun nach festgelegten Normen im Auftrag und zum Nutzen einer Gemeinschaft.“ J. F. Thiel, Art. „Kult“, in: Neues Wörterbuch der Völkerkunde, Berlin 1988, S. 269. Beide Begriffsbestimmungen sind für unsere historische Studie problematisch, im ersten Fall wegen des Religionsbegriffs, im zweiten Fall wegen des Gemeinschaftsbegriffs, die jeweils zentral sind. Im Mittelpunkt dieser Studie steht die *politische Bedeutung von Kulturen*. Denn wenn eine Definition sowohl „Religion“ als auch ein Kollektiv bereits enthält, wird es schwierig, das dynamische, sich ständig wandelnde Verhältnis der christlichen Kirchen und anderer Religionsgemeinschaften bzw. politischer und gesellschaftlicher Gruppen gegenüber dem historischen Phänomen „Geschichtskult“ zu untersuchen.

8 Eine Forschungsgruppe von Literaturhistorikern der Ungarischen Akademie um Péter Dávidházi untersucht seit einigen Jahren ungarische Literaturkulte. Die Forschungsgruppe betont in ihrer Definition drei Aspekte von „Kultusz“: 1) Eine spezifische Einstellung, Gesinnung; eine nicht an geistigen oder materiellen Interessen geknüpfte, völlige und bedingungslose Hingabe; 2) eine bestimmte Ordnung von Bräuchen; wie das Aufsuchen als heilig angenommener Orte, die Sammlung von Reliquien, die Feier heiliger Zeitpunkte, die Teilnahme an Zeremonien; und 3) einen bestimmten Sprachgebrauch: ein Korpus von Ausdrücken, die nicht bewiesen sind und überprüfbare detaillierte Kontrolle nicht zulassen. Die Definition dieser Forschungsgruppe enthält Aspekte, die auch für politische Kulte relevant sind. Die Betonung von Mentalität und Sprache verweist jedoch auf andere historiographische Ziele, die im folgenden nicht im Vordergrund stehen sollen. Siehe M. Praznovszky, „A szellemi diadal ünnepe!“. A magyar irodalom kultikus szokásrendje a XIX. század közepén, Budapest 1998, S. 7.

Vier Aspekte nationaler Geschichtskulte bedürfen einer genaueren Erörterung: erstens die Kulthandlung; zweitens die Förderer des Kultes und die Kultgemeinschaft; drittens der Kultort; viertens die Kultzeit. Hierbei soll die Abgrenzung gegenüber anderen möglichen analytischen Ansätzen und zugleich notwendige Anleihen aus Kultdefinitionen anderer Wissenschaften begründet werden.<sup>9</sup>

1) Im Zentrum aller Kultdefinitionen steht die *Kulthandlung*. Sie stellt einen Zusammenhang zwischen Inhalt (Dogma) und äußerem Kult (Zeremonien, Riten) her. Im Unterschied zum Begriff „Tradition“ enthält „Kult“ keinen essentialistischen Kern, da „Tradition“ im Sinne von „Übergabe, Überlieferung“ voraussetzt, daß es ein zu überlieferndes Objekt gibt.<sup>10</sup> Bei „Kult“ sind die Akteure in gewissem Sinne frei das Objekt zu wählen, das sie dem Vergessen entreißen wollen. Ähnlich verhält es sich mit dem Begriff „Erinnerungsort“.<sup>11</sup> Auch hier steht das erinnerte *Objekt* im Vordergrund der Betrachtung. Ein weiterer Nachteil von „Erinnerungsort“ besteht darin, daß der Begriff die Beziehung des Phänomens zum religiösen Feld nicht transportiert, weil er aus der säkularisierten republikanischen Erinnerungskultur Frankreich stammt. Viele Historiker verwenden Begriffe von Durkheim, Halbwachs oder Geertz und sprechen nicht über die Deutungskämpfe, deren Resultat sie sind. Zudem scheinen sie zu vergessen, daß Soziologen *andere* Interessen an der Vergangenheit haben und daher auch andere Methoden verwenden.

2) Stifter von Kulturen sind schwierig zu ermitteln. Wir kennen oft die Auftraggeber, Geldgeber und Förderer öffentlicher Denkmäler, oder die Parlamentarier, die sich für bestimmte Feiertage einsetzen. Doch umschreibt „Kult“ einen ganzen Komplex von einzelnen Kulthandlungen, deren „Urheber“ nicht immer und ohne weiteres auszumachen sind. Mit der Suche nach den „Kultstiftern“ kann man sich außerdem nicht zufrieden geben, da Kulte spontaner Kultgemeinschaften bedürfen, die nicht unbedingt „manipuliert“ wurden. Ideologiekritische Ansätze, die zu sehr nach den Interessen der Handelnden fragen, eignen sich nicht so sehr für die Untersuchung von „Kulturen“. Andererseits ist das Vorhandensein von Deutungseliten, die Interessen an der Förderung von Geschichtskulturen haben, etwa

9 Auf die Historizität der religionswissenschaftlichen Begriffe und die Gefahr, in die man sich als Wissenschaftler begibt, wenn man aus diesen universale, a-historische Begriffe macht, hat Talal Asad in seiner Kritik an Clifford Geertz betont. T. Asad, *The Genealogy of Religions*, Baltimore/London 1993, bes. S. 28f.; C. Geertz, Dichte Beschreibung, Frankfurt a. M. 81999, S. 48f.

10 S. Wiedenhofer, „Tradition, Traditionalismus“, in: *Geschichtliche Grundbegriffe* 6, Stuttgart u.a. 1990, S. 607-649. Ähnlich auch im Ungarischen das Wort „Hagyomány (traditio)“, vgl. Art. „Hagyomány“, in: A Pallas Nagy Lexikona, 8, 1894, S. 515f.

11 P. Nora, *Entre Mémoire et Histoire*, in: ders. (Hrsg.), *Les lieux de mémoire*, Paris 1984, S. XV-XLII.

um die Etablierung und Legitimation ihrer Disziplin zu begleiten (Historiker und Literaturwissenschaftler), konstitutiv für die modernen Kulte.

3) Am Beispiel der Denkmalsbewegung zeigt sich der Willen, besondere, dem Kult geweihte Orte zu schaffen. Allerdings ist hier zu bemerken, daß die Denkmalsenthüllungen in der Regel die einzige Kulthandlung blieb, die meisten Denkmäler selbst mit der Zeit ihren Charakter als Kultorte verloren. Die Orte, die von den nationalen Geschichtskulten geschaffen wurden, dienten selten ausschließlich dem Kult: Monumente, Denkmäler und Plätze hatten stets auch eine städtebanliche Funktion, die sie auch behielten, als der Kult längst verschwunden war. So wie in Paris die ersten modernen politischen Kulte geschaffen wurden, so entstand auch unter Napoléon III. der Plan eine Metropole zu schaffen, die einerseits durch die Ordnungsmächte kontrolliert werden kann, andererseits der staatlichen Repräsentation dient: Kaiser Franz Joseph, 1848 inthronisiert und traumatisiert, verwirklichte dieses Modell, indem er die Wiener Ringbahn schuf, an der Hofburg und Parlament, aber auch zwei Kavalleriekasernen standen.<sup>12</sup> Nach 1867 wurde schließlich auch Pest und Buda bis zu einem gewissen Grade „hausmanisiert“: die beiden zusammengefüigten Hälften wurden kontrollierbarer und repräsentativer.<sup>13</sup> Der Charakter dieser Plätze und Stadtviertel, welche die Kult-Orte umgaben, prägt auch deren Atmosphäre, oder wurden sogar deswegen ausgewählt, weil sie sich zur Akzentuierung bestimmter Kulthandlungen und Botschaften besonders zu eignen schienen.

4) Kulte bedürfen einer aus dem Alltag herausgehobenen Zeit, zu der die politische und soziale Ordnungsvorstellung des Kultes symbolisch und rituell repräsentiert werden kann. Dies gelingt dadurch, daß ein bestimmtes Datum mit Bedeutung für den Geschichtskult aufgeladen wird. Zumeist wird der „heilige Anfang“ oder das symbolische Ende eines nationalhistorischen Ereignisses, oder aber der Geburts- bzw. Todestag eines nationalen Helden, als bedeutsames Datum ausgewiesen und für den Kult genutzt. Hier wird das Vorbild des christlichen Heiligenkultes deutlich, der auf dem römischen Staatskult aufbauend, die Zeit mit historischer Bedeutung aufhild.<sup>14</sup> Oft ist die Erhebung eines Datums zum Nationalfeiertag mit der Absicht verbunden, einen nationalen Geschichtskult dem Feld der politischen Auseinandersetzungen zu entziehen. Allgemein akzeptierte Feiertage stellen gewissermaßen „erloschene“ Kulte dar. Das Spannungsverhältnis zwischen Gesellschaft (genauer: nationaler Bewegung) und Nationalstaat zeigt sich in den Diskursen über Nationalfeiertage besonders anschaulich.

12 Die Anregungen für diese Passage gehen zurück auf einen Vortrag von Jiri Pešek (Universität Prag) am 19. Juni 2000 am ZVGE Berlin.

13 Differenzierter: G. Gyáni, *Az utca és a szalon. Társadalmi térhasználat Budapesten*, Budapest 1999, S. 39f.

14 S. Kracauer, *Geschichte – Vor den letzten Dingen*, Frankfurt a. M. 1971, S. 162f.

## 2. Nationale Geschichtskulte als historisches Phänomen des 19. und 20. Jahrhunderts

Nachdem der Begriff „nationaler Geschichtskult“ definiert ist, muß ein damit verbundenes Problem thematisiert werden: „Kult“ wird hier als analytischer Begriff verwendet, doch ist er auch ein Begriff der Zeitgenossen, ein historischer Begriff, der seine Bedeutung veränderte, als das Phänomen der nationalen Geschichtskultur sich in Europa etablierte.

„Kult“ entspringt dem selben Wortstamm wie „Kultur“, dem lateinischen Verb „colere“ (bebauen, pflegen, schmücken).<sup>15</sup> Der Begriff wurde aus dem Bereich der christlichen, besonders katholischen Kirche im Laufe des 18. Jahrhunderts übertragen auf universal-religiöse Phänomene (im Rahmen der entstehenden Altertums- und Religionswissenschaften) und Phänomene jenseits der Religion (Kunst und Politik). Noch 1913 ist davon die Rede, daß „Kult und Kultus [...] *neuerdings* auch von übertriebener Verehrung großer Dichter usw. gebraucht“ würde.<sup>16</sup>

Die erste Phase der Ausdehnung des Begriffsfeldes von „Kult“ aus dem religiösen Bereich endete endgültig im Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg, als der Begriff zur Bezeichnung von Phänomenen gebraucht wurde, die mit Populärkultur, Freizeitindustrie und Medien zu tun haben. Der Bruch bestand darin, daß es einen erneuten Pluralisierungsschub gab, der – wie im 18. Jahrhundert mit den religiösen geschehen – nun die nationalen Kulte entsakralisierte. In beiden Fällen ist das Ergebnis nicht, wie viele dachten, ein „Verschwinden“ der zuvor sakralen Kulte, sondern lediglich deren Dezentrierung und damit auch: Relativierung.

Lucian Hölscher betont, daß seit 1960 auch die Zukunftsprognosen zunehmend skeptischer und kurzfristiger wurden, d. h. die gesellschaftlichen Zeithorizonte generell „geschrumpft“ sind.<sup>17</sup> Auf der anderen Seite wird eine zunehmende „Besessenheit von der Vergangenheit“ festgestellt.<sup>18</sup> David Lowenthal beobachtet eine Inflation von persönlichen und öffentlichen „cults of heritage“. Zahlreiche Museen sind entstanden, der Tourismus die persönliche Hinwendung zum „heritage“ nimmt zu, was mit Popularisierung, einer Neigung zur „Geschichte von unten“ usw. zusammenhängt. Lowenthal führt dies u.a. auch mit dem von Hölscher konstatierten Schwund an Zukunftsvertrauen der Nachkriegsgenerationen in den westlichen Ländern zurück: Je unsicherer dem Einzelnen die Zukunft erscheint, desto mehr versucht er sich durch das „Erbe“ der Vergangenheit abzusi-

15 F. Rodi, „Kultur“, in: TRE XX, Berlin [u.a.] 1990, 176-187.

16 Deutsches Fremdwörterbuch, I. Band, Straßburg 1913, S. 409.

17 Dies kann allerdings auch damit zusammenhängen, daß Hölscher zu sehr nach einem Phänomen des 19. Jahrhunderts sucht, dessen Verschwinden er konstatiert, ohne daß er nach einem funktionalen Äquivalent fragt.

18 D. Lowenthal, *Possessed by the Past. The Heritage Crusade and the Spoils of History*, New York u.a. 1996.

chern: wobei dieses jedoch nicht mehr so sehr national, sondern immer häufiger regional, ethnisch, subkulturell oder individuell definiert ist.<sup>19</sup>

Das unterstreicht meine These, daß Geschichtskulte seit etwa 1960 nicht mehr wie früher in erster Linie der Politik dienen, sondern zu einem Teil der Popkultur wie auch des Privaten geworden sind.<sup>20</sup> Ein besonders anschauliches Beispiel für die beschriebene Entwicklung bietet der deutsche Hermannskult. Nach der Errichtung des Denkmals durch die deutsche Nationalbewegung um die Mitte des 19. Jahrhunderts, einer Verschiebung seiner Bedeutung nach dem Ersten Weltkrieg hin zu einem gegen die Republik gerichteten Symbol, verwandelte es sich seit den fünfziger Jahren mehr und mehr in eine entpolitisierte und regionalisierte Sehenswürdigkeit.<sup>21</sup>

### 3. Zur Geschichte des Wortes „Kult“ seit der Aufklärung

Wie vollzog sich die Verschiebung des Kultbegriffes aus dem Bereich des Religiösen in den der Politik und Kunst? Eine wichtige Rolle spielte dabei die pejorative Konnotation, die dem Begriff seit seiner Einführung in der Aufklärung anhaftete.<sup>22</sup> Kant unterschied in „Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft“ (1793) zwischen der „rein moralischen Religion“ der Aufklärung, die keines Kultes bedürfe und der „gottesdienstlichen Religion (cultus)“, wie sie für Kirchen typisch sei.<sup>23</sup> „Cultus“ ist nämlich „nicht (so wie Religion) Zweck an sich selbst [...], sondern (hat) nur als Mittel einen Werth.“<sup>24</sup> Dies ist die Radikalisierung einer Tendenz zur „Vergeistigung“ des Begriffes, die schon im Neuen Testament angelegt war.<sup>25</sup>

Ähnlich wie die Auslassungen anderer Aufklärer richtete sich Kants Kritik in erster Linie gegen den weltlichen und v. a. geistigen Machtanspruch der katholischen Kirche. Aus „Kult“ wurde ein antikatholischer Kampfbegriff. In scheinbar nicht gegen die christlichen Kirchen gerichte-

19 Ebenda, S. 52-54.

20 Dieser Trend fällt schließlich wieder auf die Geschichtswissenschaft zurück. Offenbar ist in den Verlagen in den 1990er Jahren die Auffassung weit verbreitet, das Wort „Kult“ erhöhe den Verkaufserfolg eines wissenschaftlichen Werks: Peter Gay's „The Bourgeois Experience. The Cultivation of Hatred“ wurde übersetzt als „Kult der Gewalt“, während das Buch des schwedischen Historikers Oredsson „Sverige och Trettioårige Kriget“ [Schweden und der Dreißigjährige Krieg] auf Deutsch unter dem Titel „Geschichte und Kult“ erschien!

21 A. Dörner, Politischer Mythos und symbolische Politik. Der Hermannmythos: zur Entstehung des deutschen Nationalbewußtseins, Reinbek b. Hamburg 1996.

22 Lang, Art. „Kult“, S. 479.

23 Kant's gesammelte Schriften. Hrsg. von der königlich-preußischen Akademie der Wissenschaften, Berlin 1914, S. 152f.

24 Vorrede zur zweiten Auflage, in: ebenda, S. 14.

25 W. Schmidt-Biggemann, Art. 'Kult', in: Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 4, Darmstadt 1976, Sp. 1300-1309, hier Sp. 1300.

ten, gelehrten religionswissenschaftlichen Studien legten aufgeklärte Philosophen zunächst die Historizität des rein „äußerlichen“ Gottesdienstes frei, um anschließend deren Nähe zu „unaufgeklärten“ Formen von Glauben festzustellen.<sup>26</sup> So konnten auch die Enzyklopädisten die katholische Kirche kritisieren, ohne sie beim Namen zu nennen.<sup>27</sup>

Im Französischen bezeichnete „culte“ erstmals 1699 auch die nicht nur religiöse „Verehrung von Personen“.<sup>28</sup> Dennoch beschränkte sich der Autor des Artikels „Culte“ in der *Encyclopédie* (1754) auf den religiösen Bereich. Unter Verwendung der Unterscheidung von Thomas von Aquin<sup>29</sup> bezeichnet er den „culte extérieur“ als ebenso „notwendig“ für die „société civile“ wie den „culte intérieur“, „obwohl dieser manchmal von den Orten und Zeiten abhängt.“<sup>30</sup> Durkheims Neigung, Religion utilitaristisch zu fassen, ist bereits hier zu finden.

Der äußere Kult sei zwar häufig „mißbraucht“ worden, so der Enzyklopädist weiter, besonders aufgrund von Fanatismus und Tyrannei, doch bedürfe die Gesellschaft seiner weiterhin; da der größte Teil der Menschheit ungebildet („ignorans“) und zu einem rein geistigen, allein auf die Vernunft gegründeten Gottesdienst nicht fähig sei: „Es bedarf der Objekte, welche die Sinne anregen, welche die Aufmerksamkeit wecken; es bedarf repräsentativer, ständig erneuerter Zeichen und Symbole, ohne die man die

- 26 „In der jetz. christl. Religionswissenschaft bezeichnet C.[ultus] nicht das gesammte religiöse Leben, sondern nur die äußere Erscheinung desselben in bestimmten Formen“ stellte fest: Pierer's Universal-Lexikon, Bd. 17, Altenburg 1841, S. 421. Noch weiter geht der Artikel in Meyers Conversations-Lexikon, 1851, Bd. 19, I. Abt., S. 415: „Auf der untersten Stufe steht der K. [hier wird bereits die Form „Kultus“ verwendet], der sich nur auf äußere Objekte, die als Ursache des Wohls oder Wehes angesehen werden, bezieht und Fettsdienst liegt nur ein Begehren oder Verabscheuung, Furcht oder Hoffnung zum Grunde, ohne auf die Sittlichkeit einzuwirken.“
- 27 Robert Darnton beschreibt die perfiden Tricks Diderots und d'Alemberts, gegen die katholische Kirche vorzugehen. So verorteten sie in ihrem Wissenschaftsbaum den Ast „Offenbarungstheologie“ zwischen Wissensgebieten wie „Aberglauben“, „Wahrsageerei“, „Schwarze Magie“ usw. „Berüchtigt“ nennt er auch einige Querverweise, wie etwa im Artikel „Anthropophagie [Menschenfresserei]“: „Siehe Hostie, Kommunion, Altar etc.“ Vgl. R. Darnton, *Philosophen stutzen den Baum der Erkenntnis: Die erkenntnistheoretische Strategie der Encyclopédie*, in: *Kultur & Geschichte*, hrsg. von Ch. Conrad und M. Kessel, Stuttgart 1998, S. 209-241. Zitate S. 221, 235.
- 28 „Cultus. Anbetung“, in: *Französisches Etymologisches Wörterbuch*, Basel 1946, S. 1505; Robespierre sagte „mon culte, c'est celui de la justice et de l'humanité“ Nach: J. Jaurès, *Histoire socialiste...*, Bd. IV, S. 37. Zit. n. „Culte“, in: *Le Grand Robert de la Langue française*, Paris 1989, S. 106f. Dagegen lassen die Enzyklopädisten den Begriff nur für religiöse Phänomene gelten. Art. „Culte“, in: *Encyclopédie IV* (1754), Faks. Stuttgart/Bad Cannstatt 1988, S. 550f.
- 29 Thomas greift dabei Gedanken von Paulus auf, wonach „im AT mangels christlicher Offenbarung der äußere K., im NT der christliche cultus interior“ vorherrschte. Schmidt-Biggemann, Art. 'Kult', Sp. 1301.
- 30 Art. „Culte“, in: *Encyclopédie*, Bd. 4 (1754), Nachdr. Stuttgart/Bad Cannstatt 1966, S. 550.

Gottheit leicht vergessen würde.<sup>31</sup> Denn „der vernünftigste und würdigste Mensch (ist) jener, dem ohnehin religiöser Eifer [enthousiasme] und Aberglauben äußerst fremd ist.“<sup>32</sup>

Voltaire forderte eine Abschaffung des katholischen Kultes, während Friedrich II. skeptisch blieb: „Wenn die Philosophen eine Regierung bildeten, so würde das Volk sich ein halbes Jahrhundert später einen neuen Aberglauben erfinden und sich einen neuen Gegenstand, der seine Sinne fesselt, für seinen Kult suchen. Entweder würde es sich kleine Idole schaffen, oder es würde die Gräber von Landesvätern verehren oder die Sonne anbeten, oder irgendein Unsinn würde den einfachen Kult des höchsten Wesens verdrängen. Der Aberglauben ist eine Schwäche des menschlichen Geistes; er gehört dazu; er war immer und wird immer vorhanden sein.“<sup>33</sup>

Rousseau rief hingegen im „Contrat“ (1762) zur Schaffung einer „religion civile“ auf, die den katholischen Kult ersetzen sollte.<sup>34</sup> Das Beispiel des antiken Rom zeige, daß erst das Christentum zu einer Trennung von Politik und Religion geführt habe, aus der dann durch religiöse Unduldsamkeit (besonders des Katholizismus) Religionskriege und staatsbürgerliche Unzuverlässigkeit resultierten. Auch in seiner Schrift „Betrachtungen über die Regierung von Polen“ (1771) verweist er auf Rom: Numa habe „durch jene scheinbar läppischen und abergläubischen Riten“ die Römer erst zu Staatsbürgern gemacht, daher sei er der „wahrhafte Gründer Roms.“<sup>35</sup> Die einzige Möglichkeit, Polen zu erhalten, sieht Rousseau darin, nach dem Vorbild der Antike seinen Bürgern „glühende Vaterlandsliebe“ einzufloßen, und dies durch die Abhaltung öffentlicher Feiern.<sup>36</sup> Wenn auch nicht so bewußt wie bei Rousseau haben die Aufklärer mit ihrer Kritik des katholischen Kultes und ihrer Idealisierung der Antike den Weg bereitet für die Schaffung neuer, jedoch nicht notwendigerweise antikatholischer und säkularisierter Kulte. Für die Polen, für die später ausgerechnet die katholische Kirche zur wichtigsten Institution zur Beförderung der Vaterlandsliebe werden sollte, kam der Rat Rousseaus zunächst zu spät. Immerhin erhoben sie später (1919) den 3. Mai, in Erinnerung an die erste

31 Ebenda, S. 551.

32 Ebenda.

33 Zit. n. W. Durant/A. Durant, Kulturgeschichte der Menschheit Bd. 28, Lausanne o. J., S. 402.

34 J.-J. Rousseau, *Du contrat social*, Paris 1966, S. 170-180; dt.: *Der Gesellschaftsvertrag*, Leipzig 1988, S. 154-163. [In dieser Ausgabe ist „civile“ mit „staatsbürgerlich“ übersetzt!]

35 J.-J. Rousseau, *Betrachtungen über die Regierung von Polen* [...], in: *Kultarkritische und politische Schriften*, Bd. 2, Berlin 1989, S. 431-530.

36 Ebenda, S. 442. Hinweise auch bei M. Mitterauer, *Anniversarium und Jubiläum. Zur Entstehung und Entwicklung öffentlicher Gedenktage*, in: E. Brix/H. Stekl (Hrsg.), *Der Kampf um das Gedenktage. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa*, Wien u.a. 1997, S. 23-89, hier S. 14.

geschriebene Verfassung Europas, ihren „Gesellschaftsvertrag“ von 1791, zum höchsten Nationalfeiertag.<sup>37</sup>

Die französischen Revolutionäre beriefen sich bei der Schaffung ihrer Staatskulte, die bis 1792 noch im Einklang mit dem katholischen Klerus begangen wurden, auf den Genfer Philosophen. Später versuchten einige Fanatiker den katholische Kult durch säkulare Kulte zu ersetzen.<sup>38</sup> In der nachrevolutionären Zeit wurde der Begriff nun gegen diese revolutionären Gegner der katholischen Kirche gewendet. Im Brockhaus von 1844 etwa wird Hébert bezichtigt, er habe „den crassesten Materialismus gepredigt und die Einführung des sogenannten Cultus der Vernunft betrieben. [...] Gleichzeitig begann diese ultrarevolutionaire, vom Pöbel getragene Partei [...] die Verfolgung und Verdächtigung der sogenannten Gemäßigten.“<sup>39</sup> Dies geschah, nachdem Hébert sich gegen den „katholischen Cultus“ erhoben hätte. Zur selben Zeit hat Hegel einen positive Neubewertung des Kultes als „Teilnahme am Absoluten“ vorgenommen; zugleich rückt er wie Schleiermacher den Kult in die Nähe der Kunst.<sup>40</sup> Nur in einer entpolitisierten Form traut man sich in Deutschland mit dem Kultbegriff umzugehen.

Wenn seither über „Kulte“ politischer Gegner gesprochen wurde, dann zumeist in der Absicht, deren Handlungen als eitle, pompöse Zeremonien zu verunglimpfen, als Rituale, die auf eine Manipulation von Massen abzielen und Ausdruck von deren inhaltlichen Defiziten sowie ungehemmtem Machtstreben sind. Dahinter verbirgt sich eine religiöse Vorstellung: Der Gegner wolle einen sakralen Raum schaffen, womit er den Frevel begehe, die Schwelle zum Sakralen zu überschreiten.<sup>41</sup>

1907 empörte sich Franz Ninold in einer Broschüre über den „Kossuth-Kultus“ der Ungarn. Zu den Vorbereitungen für die Errichtung des Kossuth-Mausoleums meinte Ninold: „Will Ungarn dem großen Agitator ein Denkmal weihen, so wird die Nachwelt die Dankbarkeit des Landes nur

37 Bereits 1891 wurde der 3. Mai in Erinnerung an die Verfassung in Krakau, Lemberg und einigen Orten Galiziens öffentlich gefeiert. Papst Leo XIII. hatte der katholischen Kirche Polens dadurch Definitionsmacht über den Tag gegeben, indem er ihn zum „Fest der Königin der Polnischen Krone“ ernannte. Vgl. den informativen, aber unkritischen Art. v. S. Grodziski, Nationalfeiertag und öffentliche Gedenktage Polens, in: E. Brix/H. Stekl (Hrsg.), *Der Kampf um das Gedächtnis* (Anm. 36), S. 205-230, hier S. 209.

38 Was nicht generell für alle Staatskulte der Zeit galt wie behauptet wird von: Ch. Buchholz, *Französischer Staatskult 1792-1813 im linksrheinischen Deutschland mit Vergleich zu den Nachbardepartements der habsburgischen Niederlande, Frankfurt a. M. u. a. 1997*, S. 32-46.

39 *Conversations-Lexikon*, 9. Originalausgabe, 6. Bd., Leipzig 1844, S. 723f.

40 Schmidt-Biggemann, Art. 'Kult', Sp. 1305.

41 Diese Idee findet sich etwa in Scillières' Kritik am romantischen Künstler, der seit Rousseau bereit sei „über die Grenzen des Vernünftigen, d.h. der seit Generationen aufgespeicherten Erfahrung hinauszugehen, sich einen Gott als metaphysischen Alliierten zu schaffen und mit Hilfe dieser Illusion andere zu unterjochen.“ So die Lesart von Carl Schmitt, *Politische Romantik*. 5. Aufl. ND n. d. 2. Aufl. v. 1924, Berlin 1991, S. 38.

bewundern aber es hieße die Geschichte fälschen, wollte man in Kossuth auch einen großen Patrioten und Staatsmann ehren.<sup>42</sup> Die Kritik des österreichischen Publizisten richtete sich nicht gegen die Verehrung eines großen Staatsmannes an sich, sondern dagegen, daß eine Person verehrt wird, die nicht „würdig“ ist. Die Übertreibung, die Schaffung eines „Götzen“ bezeichnet er daher negativ mit „Kultus“.

Wenig später erkannte Karl Mannheim die Wurzeln der Auffassung eines „falschen Bewußtseins“ und damit des modernen Ideologiebegriffs im Religiösen: Seit Napoleon trat bei der Bewertung politischen Denkens an die Stelle der göttlichen eine innerweltliche Instanz: der „Pragmatismus“ des Politikers wird „sozusagen zur natürlichen Weltanschauung“.<sup>43</sup>

Für den deutschen Fall ist in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg eine verstärkte Eindeutschung, von „Kultus“ zu „Kult“ festzustellen. Betrachtet man die entsprechenden Artikel in „Meyers Lexikon“ von 1908, 1927 und 1939, so ist auffallend, daß das „deutscher“ klingende Wort „Kult“ erstmals 1939 „Kultus“ ersetzt, während der lateinische Ausdruck nun in Klammern steht.<sup>44</sup> In diesem Artikel wird Rosenbergs „Mythus“ in der Bibliographie an erster Stelle angegeben und der religiöse Aspekt tritt hinter der Begegnung mit dem „Schicksal der Natur“ zurück. Dieser ausgeweitete Kultbegriff der neuheidnischen Bewegung macht deutlich, daß einige Nationalsozialisten sich als Religionsstifter empfanden.<sup>45</sup> Bereits die Völkischen des 19. Jahrhunderts hatten an die vergleichende Religionswissenschaft und Völkerkunde angeknüpft, wo Kult in die Nähe des Mythos gerückt war.<sup>46</sup> Es wird später noch darauf eingegangen, wie sehr die Ereignisse von 1918 auch die Konservativen in Deutschland auf das bereits 1813 erstmals formulierte, völkisch-mythische Modell moderner Politik geworfen hatten, da ihnen der Rückzug zum Prinzip einer „christlich“ verstandenen monarchischen Legitimität verbaut war.<sup>47</sup> In Ungarn konnten dagegen „konservative Revolutionäre“, wie der Historiker Gyula Szekfű, die nur äußerlich restaurierte Monarchie ohne König zunächst als Chance auf eine christlich-nationale Erneuerung feiern.

42 F. Ninold, *Der Kossuthkultus in Ungarn*, Linz, S. 134.

43 K. Mannheim, *Ideologie und Utopie*, Bonn 1929, S. 27.

44 Die hält Bd. 14 der 9. Auflage von 1975 (Erscheinungsorte nun: Mannheim/Wien/Zürich) bei, allerdings rückt hier wieder der religiöse Aspekt („Umgang mit dem Göttlichen“ in den Vordergrund. Siehe: Art. 'Kult', S. 435, Art. 'Kultgemeinschaft' S. 436; usw.; die früheren Artikel: Meyers Großes Konversations-Lexikon, 6. Aufl., Bd. 11, Leipzig/Wien 1908, S. 793-5 (Art. 'Kultus'); Meyers Lexikon, 7. Aufl., Bd. 7, Leipzig 1927, Sp. 307f. ('Kultus'); Meyers Lexikon, 8. Aufl., Bd. 7, Leipzig 1939, Sp. 15f. 'Kult').

45 S. Behrenbeck, *Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole 1923 bis 1945*, Vierow bei Greifswald 1996, S. 18ff.

46 Schruldt-Biggemann, Art. 'Kult', Sp. 1309.

47 A. Dörmer, *Politischer Mythos und symbolische Politik. Der Hermannmythos: Zur Entstehung des deutschen Nationalbewußtseins*, Reinbek bei Hamburg 1996.

#### 4. Das ungarische Wort „kultusz“ im „Pallas-Lexikon“ (1893–1897)

Die Entkirchlichung und Politisierung des Kultbegriffes vollzog sich gerade, als das Wort in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch in die ungarische Sprache Aufnahme fand.<sup>48</sup>

Im Pallas-Lexikon, dem bedeutenden ungarischen Nachschlagewerk, das zwischen 1893 und 1897 in 16 Bänden erschien, läßt sich die Einführung des Begriffs „kultusz“ in Bedeutungsfelder außerhalb des engeren kirchlichen Bereichs genauer beobachten.<sup>49</sup> Das Pallas-Lexikon wurde 22.000 mal verkauft, so daß auf 400 Einwohner ein Lexikon kamen.<sup>50</sup> In insgesamt 285 (von über 110.000) Artikeln wird der Begriff verwendet. Im Artikel „Kultusz“ wird festgestellt, es habe „zu jeder Zeit bei allen Völkern“ Kulte gegeben, die als „Gottesdienste, Religionsausübungen“ zu verstehen sind. Hier wird der Gebrauch des Wortes also strikt auf den religiösen Bereich beschränkt, wenn auch anthropologisch erweitert.<sup>51</sup> Genau ein Zehntel der Artikel weichen von dieser engen Definition ab, indem sie den Begriff für nichtreligiöse Phänomene verwenden.<sup>52</sup> Im Révai-Lexikon von 1915, findet sich, ähnlich wie in Trübners „Deutschen Fremdwörterbuch“ von 1913, bereits die erweiterte Gebrauchsweise des Wortes: „(lat. cultus, colo, i. allg. durch Gebet ehren) i. allg. Verehrung und zwar Gottesverehrung, Gottesanbetung. [...] K. in mehr oder weniger entwickelter Form, auf geistiger oder materieller Grundlage, gab und gibt es zu allen Zeiten und bei allen Völkern. Der K. setzt Gott voraus, aber *in weltlichem Sinne*

48 Auch im Ungarischen bedeutete das lateinische Lehnwort „kultusz“ zunächst nur „Gottesdienst, Religionsausübung“ und bezog sich vornehmlich auf die christlichen Kirchen. Seit 1848 gehörte auch „die Pflege der kulturellen Erziehung durch Kirche und Staat“ dazu, als erstmals ein ungarisches „Kultuszminisztérium“ nach französischem Vorbild gegründet wurde. A Magyar nyelv történeti-etimológiai szótára. Bd. 2, Budapest 1970, S. 666f. Die „zur Beaufsichtigung, Leitung und Förderung aller geistigen Kulturmittel in einem Lande bestellte oberste Behörde“: Meyers Conversations-Lexikon, Bd. 19, I. Abt., Hildburghausen 1851, S. 417. Das erste auch als solches bezeichnete Kultusministerium entstand in Frankreich 1804 aus einer 1799 ins Leben gerufenen Kultusverwaltung. vgl. Geschichte der Kirche. Bd. IV, Zürich 1966, S. 192.

49 Mit Hilfe der CD-ROM-Ausgabe „A Pallas Nagy Lexikona“ der Firma Arcanum Adatbázis, Budapest, die eine vollständiges Erfassen aller Artikel, in denen der Begriff verwendet wird, wurden alle Erwähnungen von „kultusz“ und zusammengesetzte Wörter dieses Grundwortes (agglutinierte Suffixe) ermittelt.

50 Z. Horváth, Die Jahrhundertwende in Ungarn, Budapest 1966, S. 95.

51 A Pallas Nagy Lexikona Bd. 11.

52 Von diesen beziehen sich 222 auf die Antike bzw. vorchristliche Zeit in Europa und außereuropäische Kulturen; 20mal wird er im Zusammenhang mit Kultusministerien; 16mal in seiner früheren Bedeutung (christliche Kirche), 14 mal in Artikeln zu Kunst bzw. Literatur und zwölf mal in Artikeln vorwiegend politischen Inhalts gebraucht. Im Új Idők Lexikona [Lexikon der neuen Zeit], erschienen bei Singer & Wolfner in Budapest, von 1939 wird „kultusz“ schließlich weiter definiert, als „i. allg. Pflege, Verehrung, bes. religiöse Verehrung und deren äußere Manifestation“, Bd. 9, S. 4055.

pflegen wir auch vom K. der Vernunft, des Genies, der Schönheit usw. zu sprechen.“<sup>53</sup>

Die Verwendung des Wortes „kultusz“ in den Artikeln des Pallas-Lexikon, die sich mit politischen Themen beschäftigen, gibt jedoch mehr Aufschluß über den Zusammenhang zwischen den Begriffen und den historischen Phänomenen.

4a.) Der Verfasser des Artikels über Frankreich war der bedeutende Historiker Lajos Mangold (1850–1912).<sup>54</sup> Mangold schrieb im Abschnitt „Große Französische Revolution“, daß Robespierre, der eine Diktatur anstrebte, beim „Fest des höchsten Wesens“ die Hauptrolle des von ihm eingeführten „neuen Kultes“ spielte.<sup>55</sup> Der moderate Befürworter des französischen Staatskultes grenzte sich gegenüber den revolutionären „Fanatikern“ ab: „Der von Hébert geführte Pariser Gemeinderat schaffte jedoch das Christentum und selbst Gott ab, und erschuf den Kult der Vernunft. Sie zerstörten und setzten alles herab, was Frankreich seit 700 Jahren heilig war. Dazwischen arbeitete die Guillotine ohne Pause.“<sup>56</sup>

„Kult“ stand bei Mangold im Kontext der politischen Geschichte im nachrevolutionären Frankreich zur Beschreibung von Strategien der Machtaneignung bzw. -sicherung (Napoleon III. läßt den Napoleonkult fördern) durch öffentliche Manifestationen der Pflege bestimmter Ideen (Demokratie) oder historischer Gestalten. Er übertrug das Wort vermutlich aus der französischen Literatur, die er jeweils ausführlich angibt (in einigen Artikeln sogar ausschließlich). Auch im Artikel zum „Theophilantropismus“, der deistische Gesellschaft, die sich „nach den Übertreibungen der Großen Französischen Revolution“ dem „Kult“ Gottes, der Unsterblichkeit, der Moral und der Natur und der Überwindung der „historischen“ Religion und ihrer Kulte widmete, weist alles auf eine Übertragung des Wortes aus dem Französischen hin, mit allen damit verbundenen Implikationen.<sup>57</sup>

4b) Im Gegensatz zu den Artikeln über die modernen Demokratien Frankreichs oder der USA, wo „Kult“ oft eine anmaßende, pseudo-demokratische oder radikale Politik bezeichnet, hat das Wort in den Artikeln, die sich mit der ungarischen politischen Geschichte bzw. Literatur

53 Réval Nagy Lexikona. XII. Band, Budapest 1915, S. 343.

54 L. Mangold (Preßburg 1850–Reichenhall 1912), Historiker, Bibliograph, Staatsexamen in Wien, Lehrer in Arad, seit 1881 an einem Budapester Gymnasium und Privatdozent an der Universität; Verfasser zahlreicher Schulbücher; Mitarbeiter der HZ und anderer wichtiger deutscher Fachzeitschriften; MÉL II, 1969, S. 133f.

55 Art. „Franciaország. Története“, in: A Pallas Nagy Lexikona 7 (1894), S. 535–577. In der umfangreichen Bibliographie zu diesem Art. sind die französischen Klassiker (Mignet, Thiers, Louis Blanc) und die „kritischen Werke“ (Sybel, Taine, Ranke, usw.) in französisch, deutsch, englisch und ungarisch aufgeführt.

56 A Pallas Nagy Lexikona 7 (1894), S. 542. Ähnlich negativ seine Einschätzung des „Demagogen“ Hébert in: Art. 'Hébert', in: A Pallas Nagy Lexikona 8 (1894), S. 794f.

57 J. Farkas, Art. „Teofilantropizmus“, in: A Pallas Nagy Lexikona, 16 (1897), S. 97.

beschäftigen, ausnahmslos eine positive Wertung. Über den Historiker und Sprachforscher István Horvát (1784–1846), der u.a. als Lehrer des liberalen Reformers Széchenyi tätig war, ist zu lesen „daß er in den Jahren der Unterdrückung und Stagnation den *Kult des Ruhms und der Größe des Ungartums* aufrechterhielt.“<sup>58</sup> Im Artikel „Ungarische Literatur“ (Magyar irodalom) beschreibt der Literaturwissenschaftler und Pädagoge László Négyesi<sup>59</sup> die Funktionen der ungarischen Literatur folgendermaßen: „In den Werken unserer großen Dichter und Denker erschließt sich der Geist unseres Volkes, wie er in der Vergangenheit war und wie er sich in der Gegenwart gestaltet. Dies nährt die nationale Einheit, das Bewußtsein der historischen Vergangenheit und allgemein den *Kult des ungarischen Geistes*.“<sup>60</sup> Négyesi vertrat wie seine Kollegen eine national-liberale Geschichtsauffassung.<sup>61</sup> Der Politiker, Jurist und Schriftsteller Lőrinc Tóth<sup>62</sup> verwendete das Wort „Kult“ ebenfalls in einem positiven Sinn. In seinem Artikel über den nationalkonservativen Staatsmann und Parlamentarier Graf Pál Semssich (1811–1888), schrieb Tóth, daß dieser „sein ganzes Leben den Kult der politischen und historischen Wissenschaften [...] betrieb.“<sup>63</sup> Bei Tóth bedeutet „Kult“ somit eine besonders intensive Form der Verehrung für eine Person oder Sache, die im lockeren Zusammenhang mit der „nationalen“ Sache steht.

Der Blick auf die Artikel des Pallas-Lexikon zeigt, daß Vertreter der ungarischen Eliten (Politiker, Akademiker, Schulbuchautoren), die dem national-liberalen Lager nahestanden, Ende des 19. Jahrhunderts einen positiven Kultbegriff verwendeten, um die Verehrung, Identifikation mit bestimmten Sichtweisen auf die eigene nationale Geschichte zu beschreiben. Sie betrachteten Kulte als Teil eines nationalen Erziehungsprogramms, an

58 A Pallas Nagy Lexikona 9 (1895), S. 377.

59 L. Négyesi (1861–1933), Literaturhistoriker, studierte in Budapest und Wien. Arbeitete zunächst als Gymnasiallehrer (Zisterziensergymnasium in Eger) und Privatdozent; o. Prof. in Budapest seit 1911 Akademie-Mitglied, seit 1921 Präsident der Ungarischen Literaturhistorikergesellschaft; schrieb zahlreiche Schulbücher, Hauptwerke: *Magyar verstan* (Ung. Verslöhre) 1886; *Egyetemes Irodalomtörténet* (Allg. Literaturgeschichte), V. Bd.; MÉL 2, 1969, S. 285. N. Ladislaus, in: *Das geistige Ungarn*, Bd. 2, W. Braumüller: Wien u. Leipzig 1918, S. 309f. A magyar legujabb kor Lexikona, Budapest 1932, S. 821.

60 A Pallas Nagy Lexikona 12 (1896), S. 31-51, hier S. 31.

61 Ebenda, S. 31-51.

62 Lőrinc Tóth (1814–1903), Sohn eines reformierten Pfarrers, saß bereits von 1848 als Abgeordneter in der ungarischen Ständeversammlung und fungierte während der Revolution als hoher Beamter im Justizministerium. Nach seiner Begnadigung von der Todesstrafe war er nicht nur mit den bedeutenden Dichtern befreundet, sondern auch als Sekretär der Kisfaludy- und Ehrenmitglied der Petöfi-Gesellschaft aktiver Organisator von nationalen Dichterkulten. Biographische Angaben in: *Magyar Irók. Verf. v. József Szinnyei*, Bd. 14, Hornyánszky: Budapest 11914, S. 419-427; MÉL, II, 1969, S. 896-897; Révai Nagy Lexikona. Bd. 18, Budapest 1925, S. 386.

63 Art. „Somssich“, in: A Pallas Nagy Lexikona 15 (1897), S. 80-82, hier S. 81.

dem sie selbst teilnahmen. Der Begriff, der für das Feld der Politik aus dem Französischen übertragen wurde, und zur negativen Bewertung bestimmter Phänomene demokratischer Systeme (inhaltsleere Zeremonien, antiklerikaler Fanatismus, Korruption) erhielt hier eine positive Konnotation. Im ungarischen Kontext wurde somit kein Gegensatz zwischen Nationalkult und katholischem Kult gesehen. Dies hing mit der Genese der ungarischen nationalen Geschichtskulte, um deren Spezifik besser herausarbeiten zu können, wird im folgenden ein idealtypisches Modell eingeführt.

### 5. Zwei Idealtypen nationaler Geschichtskulte und die Genese der ungarischen Geschichtskultur im 19. Jahrhundert

Heuristisch kann man drei Idealtypen nationaler Geschichtskulte unterschieden werden, um leichter die Fülle der realen Geschichtskulte systematisieren zu können. Da Geschichtskulte hier v.a. als *politische* Phänomene betrachtet werden, die in einer Zeit entstanden, als die religiöse und traditionale Legitimationsbasis der alteuropäischen Monarchien zunehmend in Frage gestellt wurden, bietet sich eine Typenbildung an, die Idealtypen in Bezug auf diese politische und religiöse Ordnung definiert. Dies schließt nicht aus, daß Geschichtskulte zu ganz anderen Zwecken geschaffen wurden, etwa zur Legitimation einer bestimmten Kunstrichtung oder Institution. Es wird aber vermutet, daß solche für andere Zwecke geschaffenen Geschichtskulte im Laufe der Zeit in das politische Feld hineingezogen und dort zur Legitimation des einen oder anderen politischen Standpunktes benutzt wurden. Eine Unterscheidung der Idealtypen nach Kultobjekten wäre wesentlich schwieriger, da die unterschiedlichen Geschichtskulte dazu neigen, sich Kultobjekte anderer Geschichtskulte anzueignen, um ihre, auf ihr jeweiliges politisches Endziel ausgerichteten nationalen Geschichtserzählungen, zu komplettieren.

Im Unterschied zu Hayden White soll es hier auch nicht darum gehen, das gesamte Geschichtsdenken des 19. Jahrhunderts nach Idealtypen zu unterscheiden.<sup>64</sup> Es geht nur um die Beschreibung der politisch erfolgreichsten Geschichtskulte Ungarns im europäischen Kontext. Die historiographischen Richtungen, die mit ihnen zusammenhängen, werden nicht eingehend behandelt. Bezüglich ihres Verhältnisses zum jeweiligen Ancien Régime (Monarchie, Ständestaat) lassen sich zwei Idealtypen nationaler Geschichtstypen unterscheiden, die jeweils eine neu errichtete

64 Vgl. etwa dessen Typologie historiographischer Stile: H. White, *Metahistory. The Historical Imagination in Nineteenth-Century Europe*, Baltimore/London 1975, S. 29-31. Munslow betont, daß bei White nicht ganz klar wird, ob die ideologische Position eines Historikers oder die Trope über sein narratives Produkt entscheidet. A. Munslow, *Deconstructing History*, London/New York 1997, S. 160.

oder gewünschte politische Ordnung für den Nationalstaat legitimieren sollten.

Als erster ist der *national-revolutionäre Idealtyp* von Geschichtskulten zu nennen. Er zielt auf die völlige Beseitigung des Ancien Régime und damit zusammenhängend, die Trennung von Staat und Kirche, auf die Schaffung einer modernen, säkularen Republik ab, die ihre Legitimation in erster Linie durch ein emanzipatorisches und harmonisches Zukunftsideal („Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“) bezieht. Diesem Idealtyp am nächsten kommen demokratische und sozialistische Geschichtskulte des 19. und 20. Jahrhunderts, die sich zumeist auf die „Große Französische Revolution“ von 1789 oder die jeweilige nationale Revolution (meistens 1848) bezogen und deren „Vollendung“ anstrebten. Un den „Umsturz“ des Ancien Régime zu legitimieren, ist der Träger der Geschichte beim revolutionären Geschichtskult die „Nation“ oder das „Volk“. Seine historischen Helden sind dessen „Repräsentanten“, die Revolutionäre der Neuzeit, seine Idealepoche die Moderne.

Das sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts herausbildende moderne ungarische „Nationalbewußtsein“, wie George Barany feststellte, fußte wie das polnische und kroatische auf einem überarbeiteten aristokratischen Standesbewußtsein: die *natio hungarica* war bis dahin der Adel.<sup>65</sup> Es war besonders die protestantische „48er- und Unabhängigkeitspartei“, eine vom Kleinadel dominierte liberale Gruppierung, die den Märzcult forcierte. Dieses Ereignis markiert den Beginn der modernen politischen Kultur in Ungarn. In Deutschland waren es dagegen die Befreiungskriege gegen Napoleon, die eine ähnliche Bedeutung für die nationale politische Kultur bekommen sollten: Dies manifestierte sich 1814, als erstmals eine breite, staatenübergreifende Öffentlichkeit in Deutschland den Sieg bei der Völkerschlacht von Leipzig im Zeichen bürgerlich-monarchischer und nationaler Solidarität feierte.<sup>66</sup>

Die Kultorte des ungarischen 1848 sollten besonders das Nationalmuseum und sein Garten (1846), der südlich daneben liegende Platz (seit 1874 Kalvinplatz), die dert stehende reformierte Kirche (1830) und später das Petöfi-Denkmal (1882) werden. Die ersten drei Orte entstanden zwischen 1830 und 1846 am östlichen Rand der Pester Innenstadt, wo die ehemalige Stadtmauer einer Ringstraße weichen mußte. In diesem Teil der Josephstadt (Józsefváros) entstanden zahlreiche aristokratische Stadtpalais, daneben gab es dort Kleinhändler und Handwerker. In direkter Nachbarschaft befindet sich die Franzensstadt (Ferencváros), ein dicht besiedeltes Gebiet, das zunächst von Nahrungsmittel-, später auch von Schwerindu-

65 G. Barany, Hungary: From Aristocratic to Proletarian Nationalism, in: P. F. Sugar/I. J. Lederer (Hrsg.), *Nationalism in Eastern Europe*, Seattle/London 1969, S. 259-309.

66 D. Düding, Einleitung, *Politische Öffentlichkeit – politisches Fest – politische Kultur*, in: ders./P. Friedemann/P. Münch (Hrsg.), *Öffentliche Festkultur*, Reinbek b. Hamburg 1988, S. 16.

strie geprägt war. Diese Umgebung eignete sich vom ersten Drittel des 19. bis zur Jahrhundertwende hervorragend sowohl für revolutionäre Mobilisierungen als auch für repräsentative Auftritte der Magnaten. Die Innenstadt mit dem Rathaus und anderen politisch und administrativ bedeutenden Orten lag nicht allzu weit westlich davon.

Die 'Geburtsstunde' des Märzfeiertages schließlich, der 15. März 1860, macht deutlich, wie sehr besonders zwei sehr unterschiedliche Gruppen an der Etablierung des 48er Kultes interessiert waren: radikale Demokraten und die kalvinistische Kirche.

Die demokratische Linie läßt sich zurückverfolgen bis zu Petöfi selbst. Der Dichter begeisterte sich für die Französische Revolution. In sein Tagebuch notierte er: „Seit Jahren ist die Geschichte der französischen Revolution fast meine ausschließliche Lektüre, mein Morgen- und Abendgebet, mein tägliches Brot, das neue Evangelium der Welt, in dem der zweite Erlöser der Menschheit, die Freiheit, ihre Lehren verkündet.“<sup>67</sup> Petöfi, der Lutheraner, fieberte der kommenden Revolution mit religiöser Inbrunst entgegen. Er machte sich Gedanken über die Aufgabe der Dichter, historische Vorbilder für die Gegenwart zu schaffen. Seine grundsätzliche Abneigung gegen die Monarchie machen folgende Zeilen deutlich, die er 1847 einem Dichterfreund schickte: „Nimm dir nur keinen König zum Helden, [...] Wenn wir schon die Idee der Freiheit dem Volk nicht frei einimpfen können, führen wir ihm zumindest die Bilder der Knechtschaft nicht vor, am wenigsten die durch die Farben der Dichtkunst angenehm und anziehend gemalten Bilder.“<sup>68</sup> Petöfi hatte einen großen Anteil daran, daß der 15. März zum „Heiligen Anfang“ der Revolution, und, Ursprungsmythisch aufgeladen: zum Symbol für die Rückkehr der Nation zu ihrer ursprünglichen Freiheit, die sie im Mittelalter verloren hatte.<sup>69</sup> Im Garten des Nationalmuseums deklarierte er vor einer Volksversammlung sein Gedicht „Nationallied“. Dasselbe wurde ohne vorherige Prüfung durch den Zensor noch am selben Tag in Pest gedruckt und in einer Auflage von mehreren Tausend verbreitet. Stolz schrieb der Dichter unter eines der gedruckten Gedichte: „Nach der am 15. März 1848 ausgemfenen Pressefreiheit das erste gedruckte Exemplar und damit *der erste Atemzug der ma-*

67 Zit. n. Z. Kalla, An der Spitze der Märzjugend: Petöfis politisches Bild, in: Die ungarische Revolution von 1848/49: Vergleichende Aspekte der Revolutionen in Ungarn und Deutschland, hrsg. von H. Fischer, Hamburg 1999, S. 93–108, hier S. 97.

68 Zit. n. G. Illyés, Feuer ist mein Wesen. Ein Petöfi-Bildnis, Budapest 1980, S. 165.

69 Die Denkfigur der „ursprünglichen Freiheit“ vor dem Mittelalter findet sich ausgeprägt bei Rousseau, in der Französischen Revolution und importiert von der Besatzungsmacht, auch im eroberten Rheinland. Bevor die deutschen Befreiungskrieger die Römer zu den Vorfahren der Franzosen machten, wurden sie von deutschen Jakobinern zu Vorfahren der katholischen Kirche erklärt. So sprach 1798 ein Munizipalbeamter des Saar-Departements von den „freien Trevirem“, die von den „Römern“ „in Fesseln“ geschlagen wurden und der Staat von der Kirche „verschlungen“ wurde. Siehe: Buchholz, Französische Staatskuh (A. e. m. 38), S. 53.

*gyarischen Freiheit.*<sup>70</sup> Wenig später grünete ein Freund Petôfis eine wichtige radikale Zeitung mit dem Namen „15. März“. Der Dichter und seine Freunde bemühten sich darum, dem Tag eine herausragende Bedeutung zu geben. Doch wurde der Tag erst zwölf Jahre später von weiten Teilen der politisch aktiven Bevölkerung als nationaler Gedenktag anerkannt. Nach dem Sieg der italienischen Einigungsbewegung gegen österreichische Truppen, versuchten Studenten der Pester Universität und Handwerksgesellen, insgesamt etwa 500 Personen, den 15. März 1860 feierlich zu begehen. Die Demonstration war keine spontane Aktion. Mihály Táncsics, ein erst 1857 begnadigter Revolutionär, der „durch das Volk“ am 15. März 1848 befreit worden war, hatte die Veranstaltung organisiert.<sup>71</sup> Als die Demonstranten den Zentralfriedhof erreichten, eröffnete Militär das Feuer, ein Student starb dabei. Die Trauerfeiern zwei Wochen darauf wurden von Tausenden besucht: der Tote von 1860 wurde als Opfer des immerwährenden ungarischen „Befreiungskampfes“ gegen seine Unterdrücker empfunden. Ohne die geistige Vorbereitung durch Dichter wie Petôfi hätten weder die Ereignisse von 1848, noch die von 1860 zu einem Ursprungsmythos werden können.

Doch reichte die Arbeit der Demokraten am nationalen Mythos bei weitem nicht aus. Noch viel wichtiger, besonders in den 1850er Jahren, als die österreichischen Behörden jegliche Erinnerung an die Revolution von 1848 unterdrücken ließen, rückte eine wichtige nationale Institution in den Vordergrund: die kalvinistische Kirche. Für die Reformierten, die etwa ein Fünftel der ungarischen Gläubigen repräsentierten und besonders im Kleinadel ihren Rückhalt hatten, war 1848 nicht nur deshalb so wichtig, weil die Märzregierung die Gleichheit der großen christlichen Konfessionen gesetzlich verankert hatte, sondern auch, weil zahlreiche liberale Theologen schon lange zuvor das magyarische „Reformiertentum“ als bedeutendsten Träger der nationalen Unabhängigkeit gegenüber dem katholischen Habsburg dargestellt hatten. In den 1850er Jahren konnten einige prominente reformierte Pfarrer diese Behauptung dadurch unterstreichen, daß sie Begräbnisfeiern für verstorbene 48er zu Manifestationen nationaler Unabhängigkeit umfunktionierten. 1859, im Jahr der Niederlage Österreichs in Italien, eskalierte der Konflikt zwischen dem reformierten Kleinadel, der Kirche und Wien, da Franz Joseph versuchte, der kalvinistischen Kirche eine neue Verwaltungsstruktur zu übertragen: Dies wurde als Angriff auf die Freiheit der Kirche und der Nation kommuniziert, um den Widerstand gegenüber Wien zu bündeln. Besonders der Pfarrer der Kirche am späteren Kalvinplatz, wenige Schritte vom Nationalmuseum entfernt, verband die eigene Sache mit der nationalen. Er veranstaltete am 15. März 1860 einen Gedenkgottesdienst für die Opfer von 1848/49. Dort trafen sich

70 Eig. Hervorhebung. *Magyarország története képekben*, Budapest<sup>4</sup>1985, S. 369.

71 G. Szabad, *Az önkényuralom kora*, in: *Magyarország Története*, Bd. 6/1, 1979, S. 649.

die demonstrierenden Studenten und Handwerker, bevor sie zum Zentralfriedhof marschierten.

Das Beispiel macht deutlich: Ohne das Engagement der reformierten Kirche in der Zeit nach der Revolution wäre die Erinnerung auf kleine Kreise radikaler Demokraten beschränkt geblieben. Da die Nationalstaatsgründung im Ausgleich von 1867 nicht durch die Heere eines protestantischen Monarchen wie Wilhelm I., sondern durch zähe Verhandlungen durchgesetzt wurden, behielt 1848 eine so herausragende Bedeutung für die ungarische politische Kultur, die sie in Preußen-Deutschland (im Gegensatz zu Südwestdeutschland!) 1870 auf dem Schlachtfeld von Sedan verlor. In Italien wurde 1848 in die längere Geschichte des Risorgimento eingeordnet. Ähnlich wie in Ungarn schmückten sich weiterhin zahlreiche Liberale damit, „dabei“ gewesen zu sein, in schroffem Unterschied zu Preußen.<sup>72</sup> Doch natürlich mußten auch sie versichern, daß für sie die Ziele der Revolution durch den Ausgleich von 1867 erfüllt wären und sie sich mit dem König, der wie Wilhelm I. die Revolutionäre hätte zusammenschießen lassen, versöhnt hätten. Dieser Zwang zum Kompromiß bei Gedenken machte den Weg frei für andere, die sich als „wahre“ Erben von 1848 ausgeben konnten.

In allen drei zwischen 1860 und 1870 entstandenen Nationalstaaten Italien, Ungarn und Deutschland wurde die Erinnerung an 1848 daher auch von der Arbeiterbewegung gepflegt. In Wien gedachten die Sozialisten am 13. März Robert Blums und veranstalteten Trauerfeiern auf dem Zentralfriedhof.<sup>73</sup> Der Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein veranstaltete zum 18. März 1872 eine Versammlung in Berlin, um *sowohl* 1848 als *auch* der Ausrufung der Kommune von 1871 zu gedenken.<sup>74</sup> Nach der Versammlung zogen die Teilnehmer zu den Gräbern der Märzgefallenen im Friedrichshain, während die „Marseillaise“ erklang.<sup>75</sup> In Italien und Ungarn, wo liberale Honoratiorenparteien die Parlamente bis 1918 dominierten, war die Distanz der Arbeiterparteien zu 1848 vor dem Ersten Weltkrieg wesentlich größer. In Italien wurde die Erinnerung an die Kommune zusammen mit dem Todestag von Marx (14. März) begangen, so etwa 1893 (10. Todestag), womit die Sozialisten ihren besonders revolutionären Charakter

72 In der Beurteilung von Beamten und hohen Funktionären läßt sich dies besonders gut beobachten. In Italien wurde „1848“ wie ein Orden in den Lebensläufen erwähnt, in Preußen dagegen als „Jugendsünde“ möglichst relativiert. Vgl. A. v. Klimó, *Staat und Klientel im 19. Jahrhundert*, Köln 1997, S. 148-163.

73 B. Rásky, *Arbeiterfesttage. Die Fest- und Feiernkultur der sozialdemokratischen Bewegung in der Ersten Republik Österreich 1918-34*, Wien/Zürich 1992, S. 55f.

74 Th. Lindenberger, *Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900 bis 1914*, Berlin 1995, S. 308-316; M. Hettling, *Totenkult statt Revolution. 1848 und seine Opfer*, Frankfurt a. M. 1998, S. 188-198.

75 Lindenberger, *Straßenpolitik*, S. 309.

unterstreichen wollten.<sup>76</sup> Ähnlich in Ungarn, wo Ervin Szabó nach der Jahrhundertwende den adligen Charakter von 1848 herausstellte und nur Petöfi als „plebejisches“ Vorbild für die Arbeiterbewegung gelten ließ.<sup>77</sup>

Der zweite Idealtyp nationaler Geschichtskulte ist der *national-konservative*, der in Reaktion auf den national-revolutionären entstand. Nach Karl Mannheim „verlebendigte“ die „gegen das revolutionäre und historische Denken aufkommende Reaktion [...] das vitale Interesse und den Impuls zum vertieften Erleben des Historischen.“<sup>78</sup> So entstand, vorausgesetzt durch und in Auseinandersetzung mit der subjektiven Bewußtseinsideologie der Aufklärung (welche die „mittelalterlich-christliche objektive Welteinheit“ überwand) erst der „totale Ideologiebegriff“.<sup>79</sup> Das „reaktionär geworden(e)“ Königtum „flüchtete [...] zu theokratischen Ideen“.<sup>80</sup>

Ziel der Konservativen war die „Bewahrung“ aller noch verbliebenen Elemente der traditionellen und religiösen Legitimationsbasis des jeweiligen Ancien Régime, da eine Rückkehr zu diesem nicht mehr möglich ist. Sie bemühen sich, dem revolutionären Willensakt die Geschichtlichkeit, das natürlich „Gewachsene“, „Organische“ einer politischen Ordnung entgegenzuhalten.<sup>81</sup> Sie klagen die Zerstörung der göttlichen Ordnung durch die Revolution an, auch, wie gesehen, indem sie deren „gottlose Kulte“ verdammen. Beiden Idealtypen ist aber gemeinsam, daß sie Geschichte von der Gegenwart her konstruieren und als einheitliches Gebilde, als „Pluralsingular“ auffassen, sie sind hierin gleich „modern“.<sup>82</sup>

Im Gegensatz zum revolutionären Idealtyp verteidigen die Anhänger des konservativen Kultes die Monarchie, verehren Könige und Heiligen, idealisieren das Mittelalter als eine Epoche der Harmonie zwischen Kirche und Staat, zwischen König und Volk.

76 F. Cordova, *Il PSI e la nascita del partito di massa. 1892–1922*, Rom/Bari 1992, S. 206.

77 Szabó schrieb zwei Tage vor den Feiern anlässlich Kossuths 100. Geburtstag am 18. September 1902: „Das selbstbewußte Arbeitervolk feiert nicht mit den Feiernden! Ihre Feiern sind nicht seine Feiern! Ihre Großen sind nicht seine Großen!“ *Zit. nach G. I. Kalmár, Szociáldemokrácia, nemzeti és nemzetiségi kérdés Magyarországon*, Budapest 1976, S. 37.

78 K. Mannheim, *Ideologie und Utopie* (Anm. 43), S. 20f.

79 Ebenda, S. 19. Der „letzte und wichtigste Schritt zur Schaffung des modernen totalen Ideologiebegriffes“ entstand nach Mannheim aus der „historisch-sozialen Bewegung“ (des Proletariats).

80 Ebenda, S. 20f.

81 Burke plädierte für eine evolutionäre, „organische“ Weiterentwicklung der „gewachsenen“ politischen Strukturen. Vgl. F. Jaeger/J. Rüsen, *Geschichte des Historismus*, München 1992, S. 28.

82 Schmitt weist in seiner Abhandlung „Politische Romantik“ darauf hin, daß auch die reaktionären Denker des 19. Jahrhunderts auf dem Boden der Aufklärung standen. C. Schmitt, *Politische Romantik*. 5. Aufl., unver. ND d. 2. Aufl. v. 1924, Berlin 1991.

Die Liberalen des 19. Jahrhunderts, insbesondere, wenn sie sich wie etwa in Deutschland oder Italien gegenüber demokratischen und radikalen Strömungen absetzen mußten, versuchten eine Versöhnung der beiden Positionen, ihr Verfassungsideal war der archimedische Punkt zwischen Volkssouveränität und monarchischem Prinzip.<sup>83</sup> In Ungarn war dies komplizierter. Hier waren die Liberalen, die bis Ende des 19. Jahrhunderts die politische Landschaft dominierten, gespalten in Anhänger und Gegner der Habsburgermonarchie.

Dem nationalkonservativen Idealtyp am nächsten kommt der ungarische Sankt-Stephanskult. Noch deutlicher als beim 48er Kult wird hier, wie wichtig die großen Kirchen bei der Etablierung nationaler Geschichtskulte in Ungarn waren. Denn auch die katholische Kirche, die etwas mehr als die Hälfte der ungarischen Christen vertrat, mußte sich in der entstehenden nationalen Geschichtskultur an maßgeblicher Stelle positionieren. Auch dazu bedurfte es intellektueller Vorarbeiten und einer Auseinandersetzung mit Ideen, die ihren Ursprung in Frankreich hatten. Nach der Niederschlagung der Revolution, als die katholische Kirche aufgrund der ausgleichenden Haltung einiger ihrer obersten Vertreter als eine Institution dargestellt wurde, die sich angeblich nicht der nationalen Sache verschrieben hätte, obwohl zahlreiche katholische Geistliche aufgrund ihrer prorevolutionären Haltung zu Gefängnisstrafen, einige sogar zum Tode verurteilt worden waren, tat dies besonders der universalgebildete Geistliche Nepomuk János Danielik (1817–1888). Dieser hatte sich als Herausgeber der Zeitschrift „Religio“ einen Namen als katholischer Volkserzieher gemacht, aber auch enge Verbindungen zur national-liberalen Bewegung gehalten. 1851 war er sogar kurzzeitig wegen der Veröffentlichung patriotischer und freisinniger Artikel in seiner Zeitung zu einer Haftstrafe verurteilt worden. Doch der neue katholische Primas, der den Ausgleich mit Österreich suchte, stellte sich hinter Danielik. Dieser hatte sich besonders mit den Schriften Montalemberts beschäftigt. Im Jahr 1856, als das Konkordat, das Franz Joseph mit dem Vatikan ausgehandelt hatte, und das die Privilegien des ungarischen Primas durch die Schaffung einer einheitlichen Reichskirche gefährdete, sagte Danielik auf einer Versammlung der 1848 gegründeten „Sankt-Stephans-Gesellschaft“ in Pest: „Wenn ein Engländer oder Franzose stolz auf die eigene Nation ist: dann lenkt ihn das auch von seiner religiösen Pflicht ab, das halte ich für natürlich; denn diese Nationen sind so weltlich, daß die Interessen ihrer Söhne nicht anders gesichert werden können. [...] Die Treue zur Nation ist nur dann eine legitime Pflicht, wenn ich sie als Gabe Gottes betrachte, welche folglich zu vernachlässigen, betrügen, brechen nicht nur verboten ist, sondern wie alle anderen göttlichen Gaben zu erhalten, auszubilden [ist] und welche Gott nicht bind

83 M. Fioravanti, *Le dottrine dello Stato e della costituzione*, in: *Storia dello Stato italiano dall'Unità a oggi*, hrsg. von R. Romanelli, Bologna 1995, S. 407-57.

verschenkt, die ich zu dem von Ihm festgelegten Ziel gebrauchen und anstreben muß. In dieser Glaubensansicht steckt überall Kraft, aber am stärksten in solchen Nationen, welche nicht mächtig genug sind, ihrer materiellen Stellung Glanz verleihen zu können, aber auch nicht so bedeutungslos, daß die mächtigen [Nationen] ihre Eifersucht gegenüber ihnen verbergen könnten.“<sup>84</sup>

Daniellks Auffassung, der Nationalismus stehe, anders als in den verweltlichten Ländern Frankreich oder England, in kleinen, „unterdrückten“ Nationen nicht im Gegensatz zur religiösen Pflicht, markierte eine Abkehr von der bisherigen katholischen Haltung. Mit dem modernen Stephanskult sollte das Nationale dem Religiösen untergeordnet und zugleich ein religiös fundierter Nationalismus geschaffen werden: der antiklerikale Liberalismus sollte auf seinem ureigensten Terrain, dem des Nationalismus, überwunden werden. Am 20. August 1860 hielt der Primas der katholischen Kirche auf der jährlich stattfindenden Sankt-Stephansprozession, die auf Maria Theresia zurückging, eine Rede, in der sich die katholische Kirche erstmals an die Spitze der ungarischen Nationalbewegung stellte. Der Druck, den die Wiener Regierung, der Militärgouverneur und indirekt der Vatikan im Vorfeld auf den ungarischen Primas ausübten, scheint diesen in seinem nationalen Engagement bestärkt zu haben.<sup>85</sup> Im Unterschied zur Märzdemstration desselben Jahres konnte Wien im Fall der Stephansfeiern aber nicht mehr einfach mit brutalem Polizeieinsatz einschreiten.

Der zentrale Kultort des Stephanskult war bis zur Errichtung der Kathedrale in Pest die königliche Burg in Buda. Dort lag die „Heilige Rechte“, die Handreliquie des Gründerkönigs bis 1945 in einer Kapelle im Inneren der königlichen Burg, die am Sankt-Stephanstag (20. August) alljährlich in einer Prozession zur Krönungskirche (heute: Matthiaskirche), ebenfalls auf dem Hügel des Burgviertels gelagen, getragen wurde.<sup>86</sup> Diese Kultorte sind teilweise mittelalterlichen, teilweise barocken Ursprungs. Erst 1906 wurde neben der Matthiaskirche noch ein Reiterstandbild König Stephans aufgestellt. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts war Buda (Ofen) ein vor allem von deutschen Kaufleuten besiedeltes katholisches Städtchen. Je dynamischer Pest wuchs, desto mehr prägte sich im Laufe des 19. Jahrhundert der „konservative“, herrschaftliche und katholische Charakter des Burgviertels heraus.

84 Zit. nach A. Notter, *A Szent-István-Társulat története, A Szent-István-Társulat kiadása: Budapest 1904*, S. 71f.

85 *The Vatican and Hungary 1846–1878. Reports and Correspondence on Hungary of the Apostolic Nuncios in Vienna.* By Lajos Lukács, Budapest 1981, S. 71ff.

86 Ausführlich dazu: A. v. Klimó, *The King's Right Hand. A Religious Relic and the Conflict between the Communist Party and the Catholic Church in Hungary (1945–48)*, in: K. Friedrich (Hrsg.), *Festive Culture in Germany and Europe*, Lewiston u.a. 2000, S. 343–62.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts entstanden zwei neue politische Strömungen, denen gemeinsam war, daß sie vollkommen ohne christliche Fundierung auskamen. Rassismus und Sozialismus setzten ihre Kategorien „Rasse“ bzw. „Klasse“, die sie aus biologischen bzw. ökonomischen Weltanschauungen ableiteten, an die Stelle von „Kultur“ bzw. „Geschichte“ um die Zugehörigkeit zu der von ihnen imaginierten Gemeinschaften zu bestimmen. Aber auch Anhänger des Idealismus, der Lebensphilosophie nietzscheanischer Prägung oder der politische Katholizismus, die allesamt Gegner materialistischen Denkens waren, begannen, sich von historistischen Vorstellungen zu lösen und nach einem nicht mehr historisch faßbaren, sondern nur noch „erfühlbaren“ „Kern“ des Magyarentums zu suchen. Besonders deutlich wird diese Tendenz in der bildenden Kunst und Architektur. Künstler und Kunstlehrer bemühten sich in Ungarn etwa, den Jugendstil als nationales Kunstwollen zu entwickeln und nicht wie im Historismus, Heroen oder Ereignisse historisch zu rekonstruieren, sondern das Nationale, das jetzt „völkisch“ verstanden wurde, durch „urmagyarische“ Zeichen und Symbole bzw. „urmagyarische“ Typen, die man im „Bauerntum“ zu finden hoffte, zu repräsentieren.<sup>87</sup>

Der Maikult der Arbeiterbewegung wurde bewußt in Anlehnung an 1789 ins Leben gerufen. Die II. Internationale beschloß am 14. Juli 1889 in Paris die Einrichtung eines internationalen proletarischen Festes.<sup>88</sup> Doch zu einer Dekonstruktion der nationalen Gemeinschaft war die marxistische Theorie niemals fähig. Ervin Szabó bestätigte unbewußt völkische Vorstellungen, als er 1848 als „die beginnende Phase des Klassenkampfes des mittleren Adels gegen die Großgrundbesitzer“ interpretierte.<sup>89</sup> Während der mittlere Adel seine Klasseninteressen durch die nationale Ideologie verschleierte, deutete er die *wahre Nation, die magyarischen Leibeigenen* aus. So blieb der marxistische Internationalismus in Wahrheit Internationalismus: Individuen blieben an ihr nationalen Kollektiv gebunden. Gerade in den drei neu entstandenen bzw. erneuerten Nationalstaaten Italien, Deutschland und Ungarn ging von der Sozialdemokratie auch ein

87 Vgl. T. Hofer, Construction of the 'Folk Cultural Heritage' in Hungary and Rival Versions of National Identity, in: ders. (Hrsg.), Hungarians between „East“ and „West“, Budapest 1994, S. 27-52. Den Kampf zwischen Liberalen und Völkischen zeichnet nach: Z. Tóth, Liberale Auffassung der Ethnizität in der „Ethnographie von Ungarn“ von Pál Hunfalvy, in: C. Kiss u.a. (Hrsg.), Nation and Nationalismus in wissenschaftlichen Standardwerken Österreich: Ungarns ca. 1867-1918, Wien u.a. 1997, S. 57-64.

88 Zum 14. Juli als französischem Nationalfeiertag vgl. Ch. Amalvi, Le 14 Juillet. Du Dies irae à Jour de fête, in: P. Nora (Hrsg.), Les lieux de mémoire, Bd. I, Paris 1984, S. 421-472. Karl Marx hatte ein eher ambivalentes Verhältnis zum Gedenken an die „Große Französische Revolution“: vgl. J. Seigel, Politics, Memory, Illusion: Marx and the French Revolution, in: The French Revolution and the Creation of Modern Political Culture. Bd. 3, hrsg. von F. Furet und M. Ozouf, Oxford u. a. 1989, S. 625-637.

89 E. Szabó, Jegyzetek a magyar forradalomról, in: Huszadik Század, V/10 (1904), S. 404-414, hier S. 405.

deutlicher Nationalisierungsschub: aus: die politische Kommunikation wurde nationalisiert und bisher von diesem ausgeschlossene soziale Gruppen wurden integriert.<sup>90</sup>

Beide Strömungen sprengten aber auch den nationalen Rahmen, den das liberale politische Denken vorgab und damit stellten sie auch das Staatswesen in Frage bzw. sie bezogen sich nicht mehr darauf. Im Umkreis dieser neuen, wissenschaftlich-säkularen politischen Strömungen entstanden auch politische Kulte, die in Konkurrenz zu den beiden etablierten nationalen Geschichtskulte traten bzw. zu deren radikaler Umgestaltung führten. Vereinfacht gesagt, könnte man den sozialistischen Kult als Antwort auf das Scheitern des national-revolutionären, den völkischen jedoch als Antwort auf das Scheitern des national-konservativen bezeichnen. Als wichtigster Kultort völkischer Strömungen und Bewegungen muß das ab 1896 entstandene Milleniumsdenkmal gelten: Es wurde erst 1926 fertiggestellt und diente nach dem Ersten Weltkrieg als zentrales Heldendenkmal. Seine relativ späte Entstehungszeit korrespondiert mit dem, gemessen an den anderen beiden Geschichtskulten, relativ späten Erscheinen des völkischen Kultes. Ganz in der Nähe des Milleniumsdenkmals, im dahinter liegenden Stadtpark, trafen sich ab 1890 die Anhänger der Arbeiterbewegung. Beide Kultorte lagen damit weit entfernt von den Stadtzentren Budas und Pests, wo die beiden Nationalkulte zelebriert wurden.

Das 20. Jahrhundert brachte keinen neuen Idealtyp nationaler Geschichtskulte hervor.<sup>91</sup> Sowohl bei den totalitären Diktaturen, die monumentale Staatskulte eigener Form ausbildeten, als auch bei den liberalen Demokratien rückten Zukunfts- bzw. Verfassungsentwürfe in den Vordergrund ihrer Legitimationsfeiern. Das schließt nicht aus, daß die konservativ-national gesinnten Eliten, die sich im Nationalsozialismus einrichteten, weiterhin an ihren alten Idealen, etwa dem Mythos der mittelalterlichen Reichsidee, festhielten. Intellektuell scheint ihre Vormacht auch nicht durch radikal-völkisch gesinnte Einzelgänger gefährdet worden zu sein. Bestimmend war eine Geschichtskultur, die neben konservativen auch vereinzelt völkische und sogar am Rande sozialistische Elemente enthielt.

Die kommunistische Bewegung vereinnahmte, besonders in Deutschland und Ungarn, zunehmend den 48er Kult, um sich als „nationale“ Bewegung dem Verdacht des „Internationalismus“ zu entziehen. Nach 1945 wurden diese älteren Kulte in den nun dominierenden „antifaschistischen“ Kult integriert. Der „antifaschistische Gründungsmythos“ bildete bis 1989 die Grundlage der nationalhistorischen Legitimation der staatssozialisti-

90 Vgl. F. Cordova, *Il PSI e la nascita del partito di massa* (Anm. 76), S. 198.

91 Beinahe analog dazu glaubte Karl Mannheim 1929 eine „Aufsaugung der Utopie“ erkennen zu können, was er einerseits auf die Demokratisierung zurückführte, andererseits mit der Marginalisierung des Anarchismus (und damit einer Entspannung der ideologischen Konstellation) zusammenbrachte. K. Mannheim, *Ideologie und Utopie* [Anm. 43], S. 234, S. 242f.

schen Regime in beiden Ländern. In der Phase des Stalinismus wurde er vorübergehend durch einen totalitären Kult der Zukunft ersetzt, eine, wie sich 1956 besonders deutlich zeigen sollte, jedoch rasch versiegende Legitimationsquelle.<sup>92</sup> Im übrigen erscheint das 20. Jahrhundert, je ferner es rückt, im Gegensatz zum 19. als eine von Epigonentum geprägte Epoche.

---

92 A. v. Klimó, *La statalizzazione della Storia. I tentativi di creare una storia ungherese nazionale (1948–1956)*, in: *Le Carte e la Storia* V/2 (1999), S. 24-35.

---

**Martina Winkler**

**„In unteilbarer Einheit mit unserer Geschichte“:  
Die *Geschichte der KSC* als neue Meistererzählung**

Das Jahr 1989: In der damals noch bestehenden Tschechoslowakei bringt die so poetisch als „samtene Revolution“ bezeichnete Wende radikale Neuerungen – nicht nur in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht, sondern auch im Bereich der Kultur. Dichter sind nicht mehr auf den *samizdat* angewiesen, westliche Kirchen und östliche Religionen treten in einen Wettlauf um eine ungeahnte Zahl nach Glauben Dürstender, Tschechen und Slowaken wählen einen Präsidenten, der einen besseren Weg für die Zukunft zu weisen scheint: einen Weg der Wahrheit.

Entschieden betreten diesen Weg der Wahrheit auch die Historiker. Für sie ist es ein Weg des Wissens: Die Historiographie soll kein Instrument der Ideologie mehr sein, endlich soll sie ihre *wirkliche* Aufgabe erfüllen, Wissenschaft sein, Wahrheit schreiben. Die Buchhandlungen richten Abteilungen für „Literatur der Fakten“ ein, in denen nun auch Übersetzungen westlicher Klassiker stehen, die aber vor allem Werke tschechischer und slowakischer Autoren bieten.

Diese Bücher wenden sich an ein Publikum, das nach neuen Werten – die manchmal die alten sind – sucht, das die Frage nach der kollektiven Identität – die klar die nationale sein soll – neu stellt, das schließlich eine engagierte und verständliche, keinesfalls von elfenbeinerne Abgeschiedenheit geprägte Literatur erwartet. Es ist nicht nur die als revolutionär empfundene Situation nach 1989, es ist auch die Struktur des tschechischen und des slowakischen Lesepublikums, die den Historikern eine sehr deutlich mit gesellschaftlicher Verantwortung beschwerte Rolle zuweist: Nur ein sehr geringer Teil tschechischer wie slowakischer historiographischer Schriften richtet sich an ein eng begrenztes Fachpublikum, die meisten Bücher stehen in den Regalen nicht-spezialisierter Buchhandlungen und liegen dann auf den Nachttischen ebensowenig spezialisierten Lesern. Die Frage nach der heutigen Nutzbarkeit der Erkenntnisse, Schwierigkeiten der moralischen Wertung sowie das Problem der nationalen Identität stehen auch aus diesem Grunde sehr deutlich im Zentrum der Werke, während westliche formale Maßstäbe von Wissenschaftlichkeit – wie die Nachvollziehbarkeit durch Anmerkungs- und Literaturapparate – oft eine geringere Rolle spielen. Mit der gesellschaftlichen Bedeutung von Historiographie wird hier viel offensiver umgegangen als beispielsweise in Deutschland,

viele Autoren bekennen sich explizit zu einer „Wahrheit der Geschichte“, zu einem Dienst an der Nation, zu „unserer“ Vergangenheit.

Mit dieser Entscheidung für *die Wahrheit* erfolgt auch die ebenso dezierte Abgrenzung von *der Lüge*, von der Arbeit der Historiker während der als „Totalität“ bezeichneten Ära kommunistischer Herrschaft. Abgrenzung meint jedoch nicht unbedingt Auseinandersetzung, und obwohl sich aus dem Postulat der hohen gesellschaftlichen Bedeutung der Historiker auch eine Beschreibung der eigenen Disziplin entwickelt, steht die Historiographiegeschichte der Jahre 1948–1989 hier eher im Hintergrund.

Im folgenden soll eine erste Annäherung an die Untersuchung dieses Aspektes von Wissenschaftsgeschichte gemacht werden, und zwar mit deutlicher Konzentration nicht auf die institutionengeschichtliche Ebene, sondern mit einer Textanalyse, die nach den Strategien historischen Schreibens fragt.

### 1. Neue Geschichte nach 1945: die *Dějiny KSČ*

Das Jahr 1945: Das Ende des Weltkrieges führt die Tschechoslowakei auf einen Weg, der bereits zwei Jahre zuvor beschritten wurde und der drei Jahre später mit dem „siegreichen Februar“ vollendet werden soll. Politik, Wirtschaft und Kultur schlagen neue Richtungen ein, auch die Historiker sehen sich besonderen Herausforderungen gegenüber. Und während in den Jahren 1945–1948 die Geschichtswissenschaft zwischen der Orientierung am „Alten“, der Tradition der Ersten Republik, und der Suche nach „Neuem“, einer revolutionären Bewegung, schwankt, folgt dem Februar 1948 eine Kampagne, in der geschichtswissenschaftliche Institutionen ebenso wie die Vergangenheit selbst „gesäubert“ werden. Eine neue, nicht-bürgerliche Historiographie soll entwickelt, eine andere, die bisherigen Identitäten ablösende Geschichte geschrieben werden.

Wenn dieser Ansatz grundsätzlich in ganz Ostmittel- und Osteuropa zu beobachten ist, so zeigen sich doch deutliche Unterschiede in der konkreten Formulierung und Umsetzung. In der Tschechoslowakei stehen einander zwei offizielle, kollektiv verfaßte Geschichten gegenüber. Daß der *Přehled československých dějin* (*Überblick der Geschichte der Tschechoslowakei*) und die *Dějiny KSČ* (*Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei*) nebeneinander geschrieben werden, ist so selbstverständlich nicht, wie z.B. der Blick auf die DDR zeigt, wo man „einen kühnen Gegenentwurf zur nationalen Meistererzählung der deutschen Geschichte“<sup>1</sup> wagt, der sich vor allem in der Herausgabe einer achtbändigen *Geschichte der Arbeiterbewegung* manifestiert. Der bisher zentrale Code *Nation*, vom Nationalsozialismus kompromittiert und durch die Existenz zweier deutscher

1 K. H. Jarausch, Die DDR-Geschichtswissenschaft als „Meta-Erzählung“, in: M. Sabrow (Hrsg.), *Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR*, Leipzig 1997, S.19-34, hier S. 25.

Staaten problematisiert, ist nicht mehr erwünscht. Anders als beispielsweise beim klassischen *Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU (b)* – anders auch als im tschechischen Fall – weist hier der Titel auf eine stärker übergreifende Darstellung hin. Keine reine, das nationale Konzept ergänzende Parteigeschichte, sondern ein neues Geschichtsbild soll hier vorgelegt werden, mit dem das Alte – die nationale Geschichte – wirklich überwunden werden kann. Auch in Jugoslawien gibt es kein Nebeneinander von Partei- und Nationalgeschichte; das geplante Werk *Geschichte der Völker Jugoslawiens* kommt in dem Vielvölkerstaat nicht zustande, politische Differenzen machen eine einheitliche Erzählung unmöglich. Rumänien dagegen hat eine Nationalgeschichte, während eine „gültige“ Geschichte der Kommunistischen Partei fehlt.

Für eine Untersuchung historiographischer Konzepte und Umsetzungen nach 1945, für die Beantwortung der Frage nach den Strukturen der neuen Erzählungen, bietet es sich an, mit dem Fall der Tschechoslowakei zu beginnen: Das Nebeneinander zweier Geschichten, die sich offenbar an der alten Kategorie der Nation einerseits und dem neuen Konzept von Klasse und Internationalismus andererseits orientieren, verfaßt von einer durch radikale „Säuberung“ institutionell wie ideologisch sehr geschlossenen Historikerzunft, schafft gewissermaßen einen Idealtypus der Untersuchung historiographischer Entwicklungen nach 1945.

Das Buch *Dějiny KSČ, die Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei*, als Lehrwerk verfaßt, erscheint im Jahre 1961, zum 40. Jahrestag der Parteigründung und am Ende der ersten Entwicklungsphase der Historiographie der volksdemokratischen Tschechoslowakei. Es handelt sich somit um das kollektive Werk einer „gesäuberten“ Historikerschaft<sup>2</sup>, geschrieben nach dem fast vollkommenen Generationswechsel, aber vor den vollen Auswirkungen des XX. Parteitages der KPdSU und dem Beginn der Reformbewegung in der ČSSR.

## 2. Die Neuordnung von Geschichte

Der Anspruch der Autoren der *Dějiny KSČ*, das Geschichtsbild der Gesellschaft zu beeinflussen, ja zu bestimmen, ist ganz offensichtlich zu erkennen: man will die Entwicklung „ganzheitlich“<sup>3</sup> schildern, damit „die Aufgaben der Gegenwart“ und „die Richtung der zukünftigen Entwicklung“<sup>4</sup> eindeutig und „klar begriffen werden“ können, in einem Buch, das „ein unerläßliches, wichtiges Element der ideologischen Erziehung der Mitglieder und Funktionäre der KSČ und aller ergebener Erbauer der neuen Gesellschaft“<sup>4</sup> sein soll. Ideologische Erziehung, Aufgaben der Gegenwart, neue

2 Vgl. J. Conelly, Stalinismus und Hochschulpolitik in Ostmitteleuropa nach 1945, in: *Geschichte und Gesellschaft* (24) 1998), S. 5-23.

3 *Dějiny Komunistické strany Československa*, Praha 1961, S. 7.

4 Ebenda, S. 6.

Gesellschaft: Es stellt sich die Frage, wie ein solch ambitioniertes Unternehmen mit tief verankerten Geschichtsbildern umgeht, mit welchen Mitteln man versucht, den Leser anzusprechen und ihm die als neu begriffenen Werte und Bilder zu vermitteln.

Die unpersönliche Formulierung „man“ ist hier beabsichtigt: Das Konzept dieses Aufsatzes geht nicht von einer intentionalen, bewußt manipulativen Propagandageschichtsschreibung aus, sondern von dem Versuch, Gesellschaftsentwürfe über historische Darstellungen zu konzipieren und zu vermitteln und von der Notwendigkeit, solche Entwürfe mit bestehenden Werten zu verknüpfen. Es geht um einen Diskurs, jedoch weniger um einen eindeutig an bestimmte Institutionen und Personen gekoppelten Diskurs, der mit klaren Machtstrukturen funktioniert, als um einen von Codes<sup>5</sup> und Denkmechanismen bestimmten Diskurs in den Köpfen – in den Köpfen sowohl der Autoren als auch der Leser.

Für die Analyse eines solchen Diskurses sollen folgende Aspekte der *Dějiny KSČ* untersucht werden: Periodisierung, Bedeutung von Strukturen und Personen, der Umgang mit der Kategorie der Nation und nationalen Traditionen sowie die verwendete Zeitordnung und – abschließend – die Gesamtlinie der Schilderung.

#### a) Periodisierung

Mit dem Anspruch, die revolutionäre Vorgeschichte der KSČ ebenso wie die frühen Erfahrungen der Arbeiterbewegung darzustellen, setzt das Werk mit dem Jahr 1848 ein und greift damit nicht nur eine klassische Zäsur europäischer Geschichtsschreibung auf, sondern auch ein Reizdatum traditioneller tschechischer Geschichtskultur. Doch wird hier deutlich vermieden, die Zahl 1848 als narrative Abbeviatur<sup>6</sup> für tschechischen Heldenmut und Opfermentalität gleichermaßen einzusetzen, wie es in historiographischer wie belletristischer Literatur seit dem späteren 19. Jahrhundert häufig geschehen ist. Das Jahr 1844 aber, das statt dessen in der Kapitelüberschrift<sup>7</sup> angegeben wird, geht im eigentlichen Text unter: Der Aufstand der schlesischen Weber trägt über die traditionelle Zäsur hinweg und verhilft der Erzählung zu einem Hinweis auf „internationales“, nicht auf die böhmischen Länder konzentriertes Geschehen, die Bedeutung für die Dramaturgie des Buches wird jedoch nicht überzeugend deutlich.

5 Zum Begriff der Codes vgl. analog: B. Giesen, *Die Intellektuellen und die Nation. Eine deutsche Achsenzeit*, Frankfurt a. M. 1993.

6 Zu diesem Begriff vgl.: J. Rüsen, *Historische Orientierung. Über die Arbeit des Geschichtsbewußtseins, sich in der Zeit zurechtzufinden*, Köln/Weimar/Wien 1994, S. 217f.

7 *Vznik a vývoj dělnického hnutí v našich zemích do nástupu imperialismu (1844–1897)*. (Die Entstehung und Entwicklung der Arbeiterbewegung in unseren Ländern bis zum Beginn des Imperialismus [1844–1897]).

Dies ist nur der erste Hinweis auf den Versuch, eine andere als die bekannte, „bürgerlich“ geprägte Periodisierung zu etablieren: nicht 1867 (österreichisch-ungarischer Ausgleich), nicht 1914 und 1918 strukturieren die ersten Teile des Werkes, sondern 1897 (Gründung der Sozialdemokratischen Partei), 1917 (Russische Oktoberrevolution) und 1921 (Gründung der KSC) sind die entscheidenden Daten, und abgesehen von dem ersten, etwas verunglückten Versuch der Etablierung von 1844 als neuer Zäsur werden diese Zeitpunkte auch im Text zu echten Wendepunkten ausgebaut. Ein Vergleich mit dem 15 Jahre später erschienenen *Überblick über die Geschichte der KSC*<sup>8</sup> zeigt übrigens eine weitgehende Übereinstimmung der Periodisierung – mit dem Unterschied, daß dieses Werk konsequent 1848 einsetzt. Das gleichzeitig mit den *Dějiny KSC* publizierte Buch Václav Husas über die *Geschichte der Tschechoslowakei*<sup>9</sup> dagegen beginnt nicht nur früher, sondern weist auch eine enger am „bürgerlichen“ Schema orientierte Strukturierung auf. Die wie Signale wirkenden Jahreszahlen stehen hier allerdings im Hintergrund, in den Kapitelüberschriften werden stärker strukturelle, dem historischen Materialismus folgende Merkmale der Epochen betont. Ähnlich verhält es sich auch mit dem *Přehled československých dějin*.

#### b) Strukturen und Akteure

„Von entscheidender Bedeutung sind nicht die einzelnen Fakten, sondern die Zusammenhänge der historischen Entwicklung und die Lehren, die daraus folgen.“<sup>10</sup> Dieses Postulat am Beginn des Textes fordert eine Strukturgeschichte, in der individuelle Ereignisse und einzelne Persönlichkeiten eine nur geringe Rolle spielen.

Wie radikal man sich um eine Abkehr von einem an Personen orientierten Geschichtskonzept bemüht, zeigt besonders deutlich die Darstellung der Oktoberrevolution: Es handelt sich hier um ein Ereignis, nicht um eine Tat. Die Chance, das Geschehen in Petrograd als heroisch und spannend zu schildern, wird nicht genutzt, statt dessen wird die weltgeschichtliche Bedeutung der Revolution in abstrahierender Weise betont. „Die Große Sozialistische Oktoberrevolution durchbrach die Front des Weltimperialismus in einem der größten kapitalistischen Länder und eröffnete eine neue Epoche in der Geschichte der Menschheit“<sup>11</sup> – eine solche Darstellung läßt die Revolution als gesetzmäßiges Ereignis von absoluter Autorität, unabhängig von individuellen, „subjektiven“ Akteuren erscheinen. 1917 fallen nicht nur „objektive“ und „subjektive“ Voraussetzungen zusammen; die „subjek-

8 Přehled dějin KSC, Praha 1976.

9 V. Husa, Dějiny Československa, Praha 1961.

10 Dějiny KSC (Anm. 3), S. 7.

11 Ebenda, S. 114.

tiven Akteure“ gehen unter und spielen in der Darstellung keine Rolle mehr.

Dies wird paradoxerweise an der einzigen Person deutlich, die in *Dějiny KSČ* eine wirklich herausgehobene Stellung einnimmt: Lenin taucht vergleichsweise häufig in der Darstellung auf als „genialer Theoretiker“ von „herausragender Bedeutung“, niemals jedoch als Akteur. So wie die Revolution 1917 *geschieht*, aber nicht von „subjektiven Akteuren“ *gestaltet* wird, so schwebt auch Lenin über der Erzählung. Theoretiker, nicht Revolutionär, ein Mann, der Geschichte möglich macht, aber kein „Macher“; Autorität, aber kein Held.

Diese radikale Abstraktion der Darstellung bietet das Buch nur in Bezug auf russische Ereignisse, denen auf diese Weise überindividuelle, universal gültige Bedeutung zukommt. In dem auf die tschechische und slowakische Geschichte bezogenen Text dagegen konkurrieren zwei unterschiedliche historiographische Konzepte deutlich miteinander: Einerseits ist das Bemühen um Strukturgeschichte erkennbar, andererseits verfolgt der Text mit traditionellen, eingängigeren Darstellungsmethoden das Ziel, über „Erinnerungsfiguren“<sup>12</sup> Identität zu stiften, Identifikation zu ermöglichen.

Um den Leser einzubeziehen und Identifikation möglich zu machen, erfolgt eine – dem Postulat der Einleitung teilweise widersprechende – Konzentration auf Ereignisse, während historische Gesetze einfach – und häufig nicht überzeugend – neben die narrative Schilderung gestellt werden. Behauptungen wie die folgende stehen isoliert neben der Schilderung, die sich tatsächlich nur auf Ereignisse und das Fehlen eines „subjektiven Akteurs“, nämlich auf die Mängel der ideologischen Entwicklung der Arbeiterklasse, konzentriert und keine weitere erklärende Analyse bietet: „Aus der Analyse des Charakters der Revolution und der Beziehungen der einzelnen Klassen ergibt sich, daß günstige objektive Bedingungen dafür entstanden waren, daß unsere Arbeiterklasse sich an die Spitze der bürgerlich demokratischen und nationalen Revolution stellt und die Entwicklung stets weiter treibt zum Hinüberwachsen dieser Revolution in eine sozialistische Revolution. Es fehlte jedoch der subjektive Akteur.“<sup>13</sup>

Darüber hinaus sind weitere Strategien zur Erhöhung von Spannung und Identifikationswert zu erkennen, die neben dem strukturgeschichtlichen Anspruch stehen. Die Akteure sind in erster Linie anonym, dramatis personae bilden Bourgeoisie, Proletariat, Arbeiterklasse, Volk. Diese handeln durchgehend sehr undifferenziert entsprechend den postulierten historischen Gesetzen, doch zeigt die Darstellung auch Brüche und scharfe Übergänge von der Struktur zur – Identifikation ermöglichenden – Erzählung. Dem Blick auf die Makrohistorie beispielsweise, Imperialismus, Inflation,

12 J. Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, München 1999, S. 38.

13 *Dějiny KSČ* (Anm. 3), S. 126.

Produktionsverhältnisse während des Ersten Weltkrieges, folgt plötzlich eine sehr konkrete Schilderung der Versorgungszustände: „Die Menschen standen bei Kälte, Dunkelheit und Regen stundenlang Schlange, um ein Stückchen zerkrümelten Maisbrotes zu ergattern. [...] Statt Mehl gab es Ersatz, statt Kartoffeln Kohlrüben.“<sup>14</sup>

In ähnlicher Weise stößt der Leser von Zeit zu Zeit auf Tempuswechsel, die den Übergang zur konkreten Erzählung unterstützen: So werden beispielsweise die Ereignisse auf dem Gründungskongress der KSC 1921 konkret, emotional und im Präsens geschildert: „Die Delegierten erheben sich, umarmen sich, bewegt von der Größe des Augenblicks, singen das alte revolutionäre Lied ‚Die Rote Fahne‘ und rufen ein Hoch auf die III. Internationale.“<sup>15</sup>

Im Umgang mit Individuen ist aber nicht nur dem historiographischen Konzept geschuldete Zurückhaltung, sondern auch eine gewisse taktische, im Bemühen um Identitätsstiftung gründende Vorsicht zu erkennen: Auf Strukturen und Ereignisse konzentriert, erzählen die *Dějiny KSC* keine Heldengeschichte. Wenn von Zeit zu Zeit dennoch einzelne Personen erwähnt werden, so ist dies einmal dem Streben nach Vollständigkeit, andererseits aber auch dem Bemühen um Identifikation geschuldet. Die Aufzählung „unserer besten Wissenschaftler, Dichter und Schriftsteller“<sup>16</sup>, die sich im Jahre 1920 für die Linke eingesetzt haben, erfüllt die Funktion der Legitimierung und der Identitätsstiftung durch prominente Persönlichkeiten. Wie sehr, zeigt auch die Tatsache, daß der spätere gegen die Partei gerichtete Protest von Schriftstellern, zu denen einige der 1920 ihre Loyalität bekundenden Autoren gehörten, nicht erwähnt wird. Anders als im Falle des ersten Erwähnung bereits als späterer Verräter disqualifiziert wird, hat man den Identifikationswert Marie Majerová, Ivan Olbrachts und Josef Huras offenbar als so hoch eingeschätzt, daß man ihn nicht durch Abwertung mindern – und die eigene Position damit schwächen – wollte.

Eine ähnliche Vorsicht ist beim Umgang mit dem Präsidenten der Ersten Republik Thomas G. Masaryk zu erkennen, der die tschechische bürgerliche Geschichtskultur nicht nur als Autor entscheidend bestimmt hat, sondern auch als Held eine zentrale und sehr positive Rolle darin spielte. Der Vollständigkeit halber mußte Masaryk auch in einer marxistisch orientierten Geschichte erwähnt werden, trotz der seit den frühen fünfziger Jahren andauernden Angriffe auf seine Person und Politik. Kaum überraschend dabei ist, wie deutlich Masaryk in den Hintergrund gedrängt wird: Nach der Darstellung der ökonomischen, sozialen, nationalen und politischen Strukturen der neugegründeten Tschechoslowakischen Republik wird die

---

14 Ebenda, S. 116.

15 Ebenda, S. 171.

16 Ebenda, S. 15f.

Regierungsbildung unter Karel Kramář erwähnt. Darauf folgt lakonisch: „Präsident der Republik wurde T. G. Masaryk.“<sup>17</sup> Auffällig dagegen, wie vorsichtig er an einer späteren Stelle kritisiert wird als „typischer tschechischer Vertreter des bourgeois Reformismus“, „sehr geschickt in der Verknüpfung der internationalen revisionistischen Theorie mit ‚tschechischem Sozialismus‘ und ‚tschechischer Philosophie‘“<sup>18</sup> – eine solche Wertung unterscheidet sich deutlich von der sonst häufig gebrauchten pejorativen, ja hetzerischen Sprache.

Daß es sich bei der Beschreibung des nationalistisch-konservativen Karel Kramář ähnlich verhält, unterstützt die These vom besonderen, nutzbaren, aber auch potentiell gefährlichen Identifikationswert von Persönlichkeiten. Dem Leser kann durchaus eine radikale Verurteilung der „gierigen“, Bourgeoisie und der „hinterhältigen“ Sozialdemokratie geboten werden, auf die Identifikation mit Persönlichkeiten der tschechischen Geschichte aber muß Rücksicht genommen werden.

### c) Nation und Tradition

Der seit 1945 begonnene, mit dem Jahr 1948 deutlich intensiviertere Versuch, zur Unterstützung politischer Herrschaft eine neue Vergangenheits-sicht zu etablieren, ist in erster Linie mit dem in der bürgerlichen Geschichtsschreibung zentralen Wert der Nation konfrontiert. Die tschechoslowakische Historiographie entwickelt kein Programm der vollkommene Ablehnung der Kategorie Nation – wie es in der DDR der Fall ist –, sondern bemüht sich um Modifikation und Anpassung. Begriff und Idee der Nation werden durch Veränderung dem bürgerlichen historischen Code entzogen und für die neue, marxistische Geschichte verfügbar gemacht.

Diese Umcodierung erfolgt zunächst durch eine modifizierte Verwendung im Text: Der Begriff Nation (*národ*) erscheint in *Dějiny KSČ* nicht in substantivischer Verwendung, die Nation ist kein Akteur. Wenn im Jahre 1919 ein konservativer Politiker schrieb: „Die große Revolution unserer Zeit [...] wurde von *Nationen* geschaffen, die als moralische Figuren dafür die Macht ihrer Staaten nutzten“<sup>19</sup> und damit die aktuelle Vorstellung vom Wesen der Nationen als Akteure der Geschichte ausdrückte, so formulieren die Autoren von *Dějiny KSČ* ein anderes Konzept.

Hier wird der Begriff Nation fast ausschließlich adjektivisch verwandt: es gibt nationale Interessen und nationale Rechte, die Nation ist Trägerin von Geschichte und Freiheiten, sie ist ein Wert und eine Kategorie. Sie

17 Ebenda, S. 132.

18 Ebenda, S. 136.

19 F. Mareš, Vlastenectví je povinnost, *Národní listy* 26.10.1919, in: ders., *Otázky filosofické, národní a sociální v politice*, Praha 1997, S. 84-90, hier S. 85 [Hervorhebung im Original].

handelt jedoch nicht, und indem ihr diese Fähigkeit abgesprochen wird, verliert sie nicht nur einen Teil ihrer Bedeutung für historische Prozesse und gleichzeitig ihre problematische, diskussionswürdige Position, sondern auch eine weitere im bürgerlichen nationalen Schemma ganz zentrale Eigenschaft: Die Einheitslichkeit, die einer Persönlichkeit ähnliche Geschlossenheit, das *völkische, allnationale* Moment.

Es ist nicht die Nation, die historisch aktiv ist: „Die ganze Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung in unserem Land ist eine Bestätigung der Leninschen Wahrheit, daß die grundlegende bewegende Kraft der Geschichte das Volk [*lid*] ist.“<sup>20</sup> Akteure der *Dějiny KSČ* sind die Massen, das Proletariat oder auch die Bourgeoisie. Eine Errungenschaft des Kampfes der Arbeiterbewegung ist neben der „endgültigen Beseitigung“ von Hunger, Not und Arbeitslosigkeit ganz selbstverständlich auch die „definitive Beseitigung der nationalen Unterdrückung“. Es ist eine *nationale* Geschichte, welche die Grundlage der Arbeiterbewegung bildet.

Die Nation bildet eine kategoriale Grundlage der hier entworfenen Erzählung. Sie muß nicht als Begriff problematisiert werden, wie es in der Ersten Republik der Fall war, als der Nationsbildungsprozeß noch nicht abgeschlossen erschien, mehr noch: sie darf nicht in Frage gestellt werden, weil sie die Basis bildet für einen auf Identitätsstiftung ausgerichteten Argumentationsstrang dieser neuen Erzählung. Denn ohne daß die Nation hier explizit in den Mittelpunkt der Darstellung gerückt würde, spielt doch die Behauptung von Verdiensten um die „nationale Freiheit“ eine zentrale Rolle. Durchgehend bemüht sich das Werk um eine Widerlegung der klassischen Beschimpfung der Arbeiterbewegung als Verein vaterlandsloser Gesellen und das in der Ersten Republik im konservativen Lager gängige Argument, Klassenkampf sei antinational. Zu den Schlußthesen gehört unter anderem die Behauptung, „die Ergebnisse der Tätigkeit der KSČ [hätten] die bourgeoisen Lügen von einem angeblichen Widerspruch zwischen dem proletarischen Internationalismus und wirklicher Vaterlandsliebe widerlegt“, gefolgt von der Aussage, „wahre Vaterlandsliebe [könne] sich nur auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus entwickeln.“<sup>21</sup>

Wenn auch der Grundcode, die Nation, bestehen blieb, so kam es doch zu einer *Umformung*, die an verschiedenen Beispielen des Umgangs mit Topoi der nationalen Tradition verdeutlicht werden kann. Hier sollen kurz drei unterschiedliche Typen von Traditionsbildung analysiert werden: Ein Gründungsmythos, eine Form von Heldenbildung sowie die Codierung eines kollektiven Charakters.

Das Datum des 28. Oktober 1918 steht als narrative Abbeviatur für einen nationalen Gründungsmythos, die Ausrufung der Tschechoslowakischen Republik gilt in der bürgerlichen Tradition als Moment der Erfüllung

20 *Dějiny KSČ* (Anm. 3), S. 6 [Hervorhebung M.W.].

21 Ebenda, S. 697.

eines langen Kampfes für die nationale Freiheit. In *Dějiny KSČ* spielt das Datum durchaus eine Rolle, wird jedoch durch verschiedene Darstellungsformen in seiner Bedeutung geschwächt: zunächst bildet das Jahr 1918 keine Zäsur in der Periodisierung, außerdem wird der 28. Oktober relativiert durch eine Einordnung in eine Reihe von Ereignissen: den 14. Oktober als Datum des Generalstreiks beispielsweise sowie den 30. Oktober als Tag der Proklamation des Anschlusses der Slowakei.

Wenn der 28. Oktober anschließend dennoch beschrieben wird als „wichtiger Meilenstein in der Geschichte unserer Nationen“<sup>22</sup>, so wird ein Topos nationaler Tradition übernommen. Er erhält jedoch mit der Aussage „Das Volk kämpfte, aber die Bourgeoisie ergriff die Macht. So entstand die ČSR als bourgeoise Republik“<sup>23</sup> eine neue Bedeutung, wird dem klassischen Gründungsmythos entzogen und zum Element in der Geschichte der Kommunistischen Partei umfunktioniert, zu einem Beweis für die Fähigkeit und Bereitschaft des Volkes, den richtigen Weg, den Weg der nationalen Befreiung zu gehen.

Gegen die in der Zeit der Ersten Republik konkurrierenden Darstellungen der Verdienste um die Staatsgründung wird hier eine weitere gestellt. Auch hier geht es um die Legitimation aktueller Machtverhältnisse durch historische Darstellung, und auch hier steht das nationale Moment, das „eigene“ Verdienst im Vordergrund: Die Bedeutung der internationalen Entwicklungen, die Kapitulation Österreichs, die Andrassy-Note werden nur am Rande erwähnt. Die Nation bleibt zentraler Wert, die Entwicklung nationaler Stärke wird weiterhin betont – nur die Darstellung der Wege und der Helden ist eine andere.

Auffällig ist auch, wie hier, trotz der politisch erwünschten und in der Einleitung hervorgehobenen „gerechteren“ Perspektive auf das Verhältnis zwischen Slowaken und Tschechen, die *tschechische* historische Tradition vorherrschend bleibt. Ebenso wie die Geschichtsdarstellung der Ersten Republik verkauft auch das neue Konzept tschechische Traditionen als tschechoslowakische.

Im Zusammenhang des Gründungsmythos wird nicht nur das Volk als zentraler Akteur geschildert, alte Heldenbilder werden auch sehr konkret dekonstruiert: So im Falle der „Legionäre“, Truppen von Freiwilligen, die sich von 1914 bis 1920 in Rußland aufhielten und dort zunächst auf alliierter Seite im Weltkrieg, später dann gegen die Sowjetregierung kämpften – und in der Zeit der Ersten Republik besonders von konservativer Seite idealisiert und zu wichtigen, ja kriegsentscheidenden Helden hochstilisiert wurden. In *Dějiny KSČ* erscheinen sie in einem vollkommen anderen Licht: „reaktionär“ und „verbrecherisch“ verbreiten sie „weißen Terror“ und stel-

22 Ebenda, S. 120.

23 Ebenda, S. 130.

len sich mit ihrer „widerlichen Verleumdung Sowjetrußlands“ auf die Seite der „englischen und französischen Imperialisten“.<sup>24</sup>

Hier wird nicht nur ein Heldenbild aus begrifflichem politischen Interesse zerstört; die Gruppe der Legionäre wird auch verbal aus dem nationalen Kollektiv ausgeschlossen. Während im gleichen Kontext durchgängig die Rede vom „tschechoslowakischen Proletariat“ und den „tschechischen und slowakischen Kommunisten“ ist, wird die offizielle Bezeichnung der Legionen stets dieses identitätsstiftenden Adjektivs beraubt und nur abgekürzt wiedergegeben: „Čs. legie.“

Eine ähnliche Abstufung findet sich an anderer Stelle in Bezug auf die Bourgeoisie: Beginnt ein Satz mit dem schon im „bürgerlichen“ nationalen Diskurs üblichen Possessivpronomen „unser“, so zeigt sich im zweiten Teil eine ausgrenzende Abstufung: „Einen vollkommen gegensätzlichen Standpunkt als *unsere* Arbeiterklasse und *unser* Volk nahm in Bezug auf die Oktoberrevolution die *tschechische und slowakische* Bourgeoisie ein.“<sup>25</sup>

Diese Bezeichnung des Bürgertums als „tschechisch und slowakisch“ wirkt im konkreten Textzusammenhang eindeutig abwertend und ausschließend: Die Identifikation über das Possessivpronomen wird der Bourgeoisie nicht zugestanden. Stellt man diesen Satz aber in den weiteren Zusammenhang tschechischer nationaler Traditionsbildung, so ergibt sich folgendes, etwas paradoxes Bild: Die Bourgeoisie wird überhaupt erst in das nationale Kollektiv einbezogen, um anschließend wieder ausgeschlossen zu werden.

Der tschechische nationale Diskurs hat unter anderem ein Bild hervorgebracht, das mit dem Begriff der „kleinen Nation“ gefaßt werden kann: friedlich, ländlich oder kleinstädtisch, arbeitsam und ordentlich, ohne einen „eigenen“ Adel, erschien die Nation „klein“, ärmlich, sozial auf untere Schichten konzentriert. Die Vorstellung eines reichen, aufstrebenden, selbstbewußten Bürgertums paßt nicht in dieses Bild, und so erscheint allein die Wortfolge „tschechische Bourgeoisie“ ungewohnt. Eine marxistische Schilderung der tschechischen Vergangenheit konnte sich nicht auf das Bild einer strukturierten Gesellschaft stützen und mißliebige Gruppen ausschließen. Eine solche Gruppe mußte erst gegen die „bürgerliche“ Darstellung definiert werden, um dann, als „tschechische“, aber nicht „unsere“, ausgeschlossen werden zu können.

So wird hier, ähnlich wie der Topos des 28. Oktober, auch das Bild der „kleinen Nation“ übernommen – verkörpert im Begriff des „Volkes“ (*lid*). Dieser Begriff muß jedoch durch eine neue Abgrenzung umdefiniert werden. Nicht mehr eine andere, vorzugsweise die deutsche, Nation bildet den Gegenpol, sondern die bürgerliche Klasse innerhalb der eigenen Nation. Ebenso wie für den konservativ-bürgerlichen Diskurs in der Zwischen-

24 Ebenda, S. 124.

25 Ebenda, S. 117 [Hervorhebung M.W.].

kriegszeit die Kommunisten zwar einen Teil der Nation bildeten, aber mehr oder weniger direkt als Verräter an der nationalen Sache angesehen wurden, sind es jetzt die Bürger, welche das Ziel der nationalen Freiheit zugunsten ihrer eigenen materiellen Interessen aufgeben.

Zum Topos der „Kleinen Nation“ gehört noch ein weiterer Aspekt: Die Charakterisierung der tschechischen Nation als „Opfer“. Ereignisse wie die Schlacht am Weißen Berg 1620 und die erfolglose Revolution 1848 wurden schon im 19. Jahrhundert zu Topoi dieses Bildes, das später seinen Höhepunkt im „Verrat“ von München fand.

In *Dějiny KSČ* finden sich Spuren dieses Konzeptes gebrochen wieder: Zwar wird hier explizit die Geschichte eines guten, historisch gerechtfertigten Kampfes erzählt, ist es die Arbeiterbewegung, die als Hauptakteur dargestellt wird, sind Begriffe wie Revolution, Umbruch, Fortschritt eindeutig positiv besetzt. Und doch: der Text weist andere Bilder auf. Die Gründung der Kommunistischen Partei beispielsweise ist den Thesen zufolge zweifellos ein positiv zu wertendes Ereignis, eine Befreiungsaktion der Arbeiterklasse, von der Dramaturgie des Werkes lange vorbereitet. Dieser Aussage auf der Strukturebene aber widerspricht die Darstellung der Ereignisse: Denn hier wird eine Schuldzuweisung vorgenommen. Es ist die Bourgeoisie, welche die Arbeiter angreift, immer und immer wieder. Die Arbeiter wehren sich verzweifelt „mit allem, was sie in die Hände bekommen konnten“<sup>26</sup> – diese Formulierung ist zugleich ein Angebot an das kollektive Gedächtnis, den Vergleich zu den heldenhaften, mit Heugabeln und Spaten kämpfenden hussitischen Bauern zu ziehen. Die Arbeiter „wurden mit den Gewehren und Bajonetten der Gendarmen bis aufs Blut geprügelt und unterlagen der Übermacht.“ Die Arbeiterbewegung ist ein Opfer, das mehr reagiert, als daß es Geschichte aktiv gestalten würde; die Bourgeoisie greift die Arbeiter so brutal an, daß diesen gar nichts anderes übrigbleibt, als sich zu wehren. Die Verantwortung, ja Schuld für den Zerfall der Sozialdemokratischen Partei wird in der Erzählung den verräterischen „Rechten“<sup>27</sup> zugeschoben. So liegt die Vermutung nahe, daß auch dieses Element der Erzählung, das den selbstbewußten Vorreden in der Einleitung so deutlich widerspricht, ein Zugeständnis an das tschechische Antostereotyp des Opferdaseins bildet, ein Angebot zur Identifikation schafft.

#### d) Zeitkonzepte

Daß die Beschreibung der Vergangenheit stets mit dem Blick auf die Gegenwart und den Vorstellungen von Zukunft zusammenhängt, ist so richtig wie banal. Doch dürfte es wenige Textsorten geben, an denen Bedeutung

26 Ebenda, S. 159.

27 Hier wird durchgehend der eindeutig pejorative Begriff „pravičáci“ benutzt im Gegensatz zum neutralen „levice“.

und Ausformung dieser Tatsache so deutlich werden wie an den Arbeiten marxistischer Historiographie nach 1948.

Das Werk *Dějiny KSČ* beginnt damit, daß es Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft nebeneinander stellt: Der erste Satz des Buches geht von den vergangenen „historischen Siegen“ aus, der zweite und der dritte beschreiben die Gegenwart, in dem der Sozialismus gesiegt habe und die Verfassung der ČSSR die Richtigkeit des marxistisch-leninistischen Weges beweise, der vierte Satz schließlich bietet einen Ausblick auf die kommende Epoche des Aufbaus des Kommunismus.<sup>28</sup> Auf die extrem präsentistisch orientierte Einleitung folgt ein Text, in dem sich zwei Konzeptionen historischer Darstellung verbinden: Die Grundlinie ist klar chronologisch gehalten, es handelt sich um eine Erzählung, deren Dramaturgie auf die Erzeugung von Spannung zielt. Andererseits ist das bessere Wissen der Gegenwart ständig präsent, die Geschichte wird nicht als offen dargestellt, sondern einem festen Ziel zustrebend. Diese Variante des oben beschriebenen Nebeneinanders von Struktur und Erzählung zieht sich durch die gesamte Darstellung.

Dem Spannungsaufbau dient zunächst eine dramatische Sprache, die sich an einigen Stellen noch mit dem Wechsel zur Präsensform verbindet: „Unter dem unmittelbaren Einfluß der Oktoberrevolution kommt es im Jahre 1918 in Deutschland und auch in Finnland zu Revolutionen. Es gärt jedoch auch anderswo in Europa und auf anderen Kontinenten, es beginnt ein unerwarteter Aufschwung der Streikkämpfe.“<sup>29</sup> Formulierungen wie „die Oktoberrevolution wirkte wie ein Funke in einem Pulverfaß“<sup>30</sup>, Satzanfänge wie „unmittelbar nach...“, „schon in den ersten Tagen...“ und die ständige Angabe von Daten unterstützen die chronologische Ordnung und die Spannung, die ein solcher Aufbau erzeugen kann.

Diese Erzählform macht Identifikation möglich, doch läßt sie kein Geschichtskonzept zu, das Offenheit implizieren würde. Die geschilderten Situationen mögen stellenweise spannend sein, sie erscheinen jedoch nie offen, lassen niemals einen anderen Weg als den gegangenen zu. Der Darstellung fehlt jede Form von Historisierung. Begriffe wie „damals“, „zu dieser Zeit“ sind in den *Dějiny KSČ* nicht zu finden, was eine stets unmittelbare Bewertung möglich macht. In oft sehr pejorativer Sprache werden die Handlungen und Ideen der Akteure bewertet: als Mangel, Fehler, Verrat, Schwäche. Diese Wertungen erfahren keine historische Einordnung und damit Relativierung, sie stehen absolut und unangreifbar.

Neben einer formal strengen Orientierung an der chronologischen Ordnung steht also ein deutlicher – und in der Einleitung explizit formulierter – Blick aus der Gegenwart. Darüber hinaus wird die chronologische Ordnung

---

28 *Dějiny KSČ* (Anm. 3), S. 5.

29 Ebenda, S. 116.

30 Ebenda.

an bestimmten Stellen deutlich gebrochen: So an der sensiblen Stelle der Staatsgründung 1918. Allein der Begriff „Vormünchener Republik“ (*předmnichovská republika*) stellt einen solchen Bruch dar, impliziert er doch vorwegnehmend das Ende einer Periode. Doch hier wird, um den Gründungsmythos vollends unwirksam zu machen, das spätere Wissen noch deutlicher formuliert. Auf den Satz „So entstand die ČSR als bourgeoise Republik“ folgt sogleich die Erläuterung „Deshalb war auch die nationale Freiheit der Tschechen und Slowaken nicht gesichert, konnte es nicht sein. Die hürgerliche Tschechoslowakei konnte ihre staatliche Selbständigkeit nicht auf Dauer zwischen den imperialistischen Raubtieren erhalten. Früher oder später mußte sie in ihrem Kampf verschlungen werden, wie die weitere historische Entwicklung zeigte. Nur eine sozialistische Tschechoslowakei in der Familie der sozialistischen Nationen und Staaten kann dauerhaft Freiheit und staatliche wie nationale Selbständigkeit behalten.“<sup>31</sup>

Diese Verbindung von klarer Chronologie mit einem häufig impliziten Vorgreifen, aber kaum feststellbarer Historisierung läßt die Erzählung deutlich hervortreten, die Struktur eher im Hintergrund verweilen.

Zur Kategorisierung können hier die von White<sup>32</sup> untersuchten rhetorischen Figuren der Tropologie angewandt werden: Im Modus der Metonymie, die sich auf das Verhältnis der einzelnen Elemente zueinander bezieht, steht in *Dějiny KSČ* klar die Kausalität und die zeitliche Abfolge im Vordergrund. Wenn sich der Text weitestgehend auf die etablierte Form des Erzählens und die darin enthaltene – und scheinbar kaum widerlegbare – Logik des Aufeinanderfolgens und Entstehens konzentriert, so wird Nachvollziehbarkeit und damit Identitätsbildung möglich.

Daneben aber steht im Modus der Synekdoche, die das Gegenteil zur Metonymie bezeichnet, die teleologische Orientierung, die Beschreibung des Details aus dem Ganzen heraus. Die Synekdoche, „der vorzügliche Platz für Ideologiebildungen“<sup>33</sup>, ist im vorliegenden Text vorherrschend. Dieses Verhältnis von Metonymie und Synekdoche wird besonders deutlich angesichts der bereits erwähnten nicht überzeugenden Einschübe im Text, welche Analyse behaupten, Logik vorschieben, aber nicht aus dem Text selbst, sondern aus dem politisch bestimmten Blick, aus dem Modus der Synekdoche, entstehen.

Neben die etwas sperrige Kategorienbildung Hayden Whites sollen hier die Beschreibungen Goethes gestellt werden, der Epos, Drama, Rhapsodie

31 Ebenda, S. 130.

32 H. White, Einleitung Tropologie, Diskurs und die Formen des menschlichen Bewußtseins, in: ders., Auch Klio dichtet oder Die Fiktion des Faktischen. Studien zur Tropologie des historischen Diskurses, Stuttgart 1991, S. 7-35.

33 I. Wagner, Geschichte als Text. Zur Tropologie Hayden Whites, in: W. Küttler u.a. (Hrsg.), Geschichtsdiskurs. Band I: Grundlagen und Methoden der Historiographiegeschichte, Frankfurt a. M. 1993, S. 212-232, hier S. 217.

und Mimesis charakterisiert. Das Buch *Dějiny KSC* gibt sich äußerlich als ein Epos, vorgetragen „als vollkommen vergangen“. Geschichte ist geschehen, sie wird entsprechend ihrer objektiv erkennbaren Entwicklung dargestellt durch den omnipotenten Epiker, der aus dieser Position heraus zuweilen auch die Rolle des Rhapsoden übernimmt, welcher „in ruhiger Besonnenheit Geschehen übersieht, [...] er wird nach Belieben rückwärts und vorwärts greifen und wandeln, man wird ihm überall folgen“; der nicht zuletzt seine Wertungen in die Darstellung einfließen läßt. Daß die Autoren, ähnlich dem Mimen, den Leser von Zeit zu Zeit zwingen, Individualität zu erkennen, „daß man die Leiden seiner Seele und seines Körpers mitfühle“, verstärkt nicht nur die Machtposition des Epikers, sondern weist auch leise darauf hin, daß es sich hier letztlich und unterschwellig doch um ein Drama handelt, um Geschehen von „vollkommener Gegenwärtigkeit.“<sup>34</sup>

#### e) Die Linie der Erzählung

Die *Dějiny KSC* sind in elf Kapitel unterteilt, von denen das dritte, das auch hier im Vordergrund stand, einen dramaturgischen Höhepunkt darstellt: Unter der Überschrift „Die Entfaltung der Arbeiter- und nationalen Befreiungsbewegung unter dem Einfluß der Großen Oktoberrevolution. Die Entstehung der Tschechoslowakei. Der Kampf um die Schaffung der KSC“ konkurrieren nicht nur Gründungsmythen miteinander – die gesamte Darstellung erfährt eine entscheidende Wendung.

Als zentrales, universal gültiges Ereignis wird die Oktoberrevolution etabliert: Niemals als „russische“ Revolution beschrieben, kommt diesem Ereignis keine nationale, spezifische, sondern eine allgemeine, universale Bedeutung zu. Es ist die *Menschheit*, die hier immer wieder bemüht wird, für deren Geschichte das Jahr 1917 einen Meilenstein, den Beginn einer neuen Epoche bildet.

Für die tschechische und slowakische Arbeiterbewegung hat die Revolution vor allem die Bedeutung, neue Erkenntnis zu schaffen, einen Schritt in einer Geschichte zu ermöglichen, die im ersten Teil des Buches als *Befreiungsgeschichte* konzipiert ist. Die ersten drei Kapitel von *Dějiny KSC* führen uns vor, wie die Arbeiterbewegung sich langsam entwickelt und zur Selbständigkeit vordringt. Die Befreiung von der Bourgeoisie bildet den ersten Schritt. Das Buch setzt nicht umsonst mit der Revolution 1848 ein, von der Bourgeoisie geleitet und somit ein wichtiger Meilenstein nicht nur für die nationale und politische Entwicklung der tschechischen Nation, sondern dramaturgisch vor allem ein Mittel, die Ausgangsposition zu zeigen: Das Proletariat kämpft noch unter der Aufsicht der Bourgeoisie, ist politisch und theoretisch noch zu wenig entwickelt, um selbständig aufzu-

34 J. W. von Goethe, Über epische und dramatische Dichtung. Von Goethe und Schiller, in: J. W. von Goethe, Wirkungen der Französischen Revolution 1791–1797, II, hrsg. von K. H. Kiefer u.a., München 1986, S. 126–128.

treten. Diese Schwäche führt zu verschiedenen Fehlentwicklungen und unrichtigen Ansichten, nicht zuletzt in Bezug auf die nationale Freiheitsbewegung, die „fälschlich“ als für die Arbeiterbewegung unbedeutend angesehen wird.<sup>35</sup>

Diese Konstellation bildet die Ausgangslage für die weitere Entwicklung: Die Arbeiterbewegung geht einen Weg der Befreiung von der bürgerlich-nationalen Gesellschaft, sie findet aber dennoch den Weg zum national-sozialen Sieg.

Den nächsten entscheidenden Meilenstein auf diesem Weg bildet zunächst die Gründung einer sozialdemokratischen Partei, die eine Plattform für die folgende Entwicklung bietet. Doch spätestens die Ereignisse des Jahres 1918 zeigen in dieser Geschichte, daß der Weg der Sozialdemokratie sich als Irrweg herausstellen, daß die Arbeiterbewegung sich wieder lösen und befreien muß.

Ähnlich wie die Revolution 1848 bildet auch die Staatsgründung 1918 einen Meilenstein, wichtig auf dem Weg der nationalen Befreiung, in seiner Bedeutung jedoch geschwächt durch die Tatsache, daß die Arbeiterbewegung sich noch nicht verselbständigt hat. Sie steht noch unter dem Einfluß der „verräterischen“ Sozialdemokratie und des mächtigen Bürgertums.

Auf diese Weise werden in *Dějiny KSČ* zwei Befreiungsgeschichten miteinander verwoben: Die Entwicklung der Nation scheint einen hoffnungsvollen Weg zu gehen, sie kann jedoch ihr Ziel nicht erreichen, solange die Arbeiterbewegung ihre Befreiung nicht vollendet hat. Dies ist erst möglich – und hier wird ein neuer Gründungsmythos geschaffen –, als die Bewegung die in Einbahnstraßen führenden Wegabschnitte „bürgerlich-nationale Bewegung“ und „Sozialdemokratie“ hinter sich gelassen hat und nun, befreit und sich selbst treu, mit internationaler Unterstützung einen neuen Weg beschreiten kann. Dieser neue Weg ist ein Weg des Kampfes, das bisher vorherrschende „emplotment“ – um Whites Terminologie zu verwenden – der Befreiungsgeschichte wird abgelöst vom neuen Plot „Kampfgeschichte“.

Allein die Formulierung der Überschriften zeigt diese Entwicklung. Ab dem vierten Kapitel herrscht in den Kapitelbezeichnungen das Wort „Kampf“ (*boj*) vor, beginnend mit einem Bruch im Titel des dritten Kapitels selbst: Die bisherige „Bewegung“ (*hnuti*) wird abgelöst vom „Kampf“ um die Gründung der KSČ. Weniger wichtig als der aggressive Begriff des Kampfes ist derjenige des „Aufbaus“ (*budování*) und später der „Vollendung“ (*dovršení*), beide jeweils nur durch „Kampf“ möglich. Und so setzt sich die Befreiung der Arbeiterbewegung von ihren bisherigen Abhängigkeiten nicht nur in den Worten der Erzählung, sondern auch in deren Dramaturgie und Stil in eine Befreiung der Nation um: Dynamisch und radikal

<sup>35</sup> *Dějiny KSČ* (Anm. 3), S. 22.

löst der Begriff des Kampfes die tschechische wie die slowakische Nation von der traditionellen Opferrolle und führt sie zum Sieg.

Stellvertretend wird diese gewendete Haltung deutlich an der Beschreibung der Ereignisse vom September 1938. *München*, für Politiker wie Intellektuelle, Zeitgenossen wie Nachkommen gleichermaßen Symbol der tschechischen Opfer-, ja Märtyrerrolle, plötzlicher Schock und langfristiges Trauma, lähmend und zermürbend, erhält in der Darstellung der *Dějiny KSČ* eine neue Bedeutung. Das Kapitel endet nicht pessimistisch – wie noch der Abschnitt über die Staatsgründung – sondern mit einer Darstellung von Würde und Entschlossenheit: „Die einzige politische Partei, die fest zu unserem mutigen, freiheitsliebenden Volk stand, die nicht enttäuschte, war die kommunistische Partei. Sie hob die von der Bourgeoisie weggeworfene und zertretene Flagge der Demokratie und der nationalen Freiheit empor und trug sie zum Sieg.“<sup>36</sup>

### 3. Meistererzählungen: Neuer Wein und alte Schläuche

Die *Dějiny KSČ* weisen einige Elemente auf, die eine Beschreibung als „Meistererzählung“<sup>37</sup> nahelegen: Es handelt sich um den ausdrücklichen Versuch, eine Gesamtdarstellung zu liefern und eine die Gegenwart legitimierende Erfolgsgeschichte zu schreiben. Deutlich erkennbar sind Mechanismen der Identitätsformung durch Inklusion und Exklusion. Die Erklärungs- und Interpretationsangebote sind mehr als offensichtlich, die Autoren halten sich mit Wertungen nicht zurück. Und schließlich wirken all diese Elemente zusammen, um ein historisches Bewußtsein zu formen, mit dem Ziel der Herstellung von „Sinnbildung über Zeiterfahrung“.<sup>38</sup>

Entscheidend jedoch ist das Kollektiv, welches die Basis dieser Erfahrung bildet. Zentrale Kategorie in der Untersuchung moderner Kollektividentitäten ist die Nation – und paradoxerweise ist es eine Parteigeschichte, die, als Meistererzählung interpretiert und analysiert, diesen Ansatz stützt.

Wenn uns für die tschechoslowakische Geschichtsschreibung der fünfziger und frühen sechziger Jahre, in denen sich politisch-ideologische Erziehung ganz deutlich und explizit mit historischer Identitätsbildung verknüpfen, zwei zentrale Werke vorliegen, so sind dies keine widersprüchlichen oder konkurrierenden Schriften: Tschechoslowakische Parteigeschichte (*Dějiny KSČ*) und Nationalgeschichte (*Přehled československých dějin*) stehen nebeneinander, nicht gegeneinander; einander inhaltlich weitgehend entsprechend, formen sie gemeinsam eine neue Meistererzählung.

Eine Analyse zeigt, daß die traditionelle Kategorie der Nation auch in der Parteigeschichte eine zentrale Rolle spielt. Die Bedeutung der Partei

36 Ebenda, S. 382.

37 Im Sinne der Definition von M. Middell in diesem Heft, S. 23f.

38 Dazu J. Růsen, *Historische Orientierung* (Anm. 6), S. 8f. und passim.

aber wird in einigen immer aufs Neue wiederholten pointierten Thesen formuliert: So werde deutlich, „daß die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei, die sich auf die wissenschaftliche Theorie des Marxismus-Leninismus stützt, richtig die künftige Entwicklung unserer Heimat vorhergesagt hat, und daß sie deshalb fähig war, unsere Arbeiterklasse und unser ganzes Volk zum Sieg der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu führen. [...] Deshalb wird die Führungsrolle der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei vom ganzen Volk anerkannt und in der neuen Verfassung der Tschechoslowakischen sozialistischen Republik ausgedrückt.“<sup>39</sup> Die hier formulierte Behauptung wird im gesamten Text der *Dějiny KSČ* durch ein ständiges Rekurrenieren auf Traditionen einerseits und die Neuformulierung von Überkommenem andererseits betont. Auf den Punkt gebracht wird die Verbindung von Neuem und Altem in Sätzen wie „Die Arbeiterklasse trat als Erbin und Nachfolgerin aller ruhmvollen Traditionen unserer Geschichte hervor, der Traditionen des Kampfes um die soziale und nationale Freiheit. Schon seit den hussitischen Zeiten hat das tschechische und slowakische Volk sich um die Schaffung einer solchen gesellschaftlichen Ordnung bemüht, in dem alle Formen der Ausbeutung und Unterdrückung verschwinden.“<sup>40</sup>

In der Suche nach Anknüpfungspunkten, im Bemühen um die Kopplung neuer Identitäten an bewährte liegt ganz offenbar die Crux kommunistischer Geschichtsschreibung nach 1945. Die Etablierung der Partei als Führungselite kann sich natürlich nicht im Ergreifen politischer Machtpositionen erschöpfen. Es geht auch darum, der Partei eine Geschichte zu geben und sie – was noch entscheidender ist – in das bestehende Geschichtsbild einzufügen; es geht darum, eine *Meistererzählung* zu schaffen. Und so werden verschiedene Institutionen zur Erforschung und Darstellung der Parteigeschichte organisiert, wird der neuen Disziplin eine privilegierte Stellung zugewiesen, mit der gleichzeitig die nach 1945 einsetzende Dezentralisierung der Geschichtswissenschaft ein wenig aufgefangen werden kann.<sup>41</sup> Die *Dějiny KSČ* werden herausgegeben unter der Leitung des Institutes für die Geschichte der Kommunistischen Partei „in Zusammenarbeit mit den Lehrstühlen für die Geschichte der KSČ an der Parteihochschule und dem Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der KSČ“, und sie gehen aus von der These, daß „im Lichte der sozialistischen Entwicklung unserer Heimat die Geschichte der KSČ zum wichtigsten Bestandteil der neuzeitlichen Geschichte unseres Landes und unserer Nationen“ wurde.<sup>42</sup>

39 *Dějiny KSČ* (Anm. 3), S. 688.

40 Ebenda, S. 694.

41 A. Kostlán, *Ke změnám v institucionálním zázemí historické vědy 1945–1953*, in: *Věda v Československu v letech 1945–1953. Sborník z konference*, hrsg. von B. Zilynská und P. Svobodný, Praha 1999, S. 425–430, hier S. 428.

42 *Dějiny KSČ* (Anm. 3), S. 688.

Der Vorrangstellung der Partei im Gesellschaftskonzept entspricht ein Primat der Parteigeschichte im Vergangenheitsbild und eine privilegierte Position der Parteihistoriker im institutionellen Gefüge der Wissenschaft. Doch sind beide Ebenen nicht voneinander abgekoppelt; Parteigeschichte und Nationalgeschichte unterscheiden sich inhaltlich und konzeptionell nicht grundlegend voneinander, ihre Gegenstände sind eng aufeinander bezogen. So eng, daß man für diesen Diskurs kaum von einer Avantgardeposition der Partei sprechen kann. Zwar müsse die Nation „konsequent von einer revolutionären Partei geführt“<sup>43</sup> werden. Doch die Parteigeschichtsschreibung steht in so deutlicher Übereinstimmung mit der neuen Nationalgeschichtsschreibung und in so enger Abhängigkeit zur alten, daß die Verachtung der Tradition ebenso wie die Intoleranz gegenüber Überkommenem, vor allem aber die Einsamkeit, mit der eine Avantgarde dem Feind gegenübersteht,<sup>44</sup> hier nicht wiedererkannt werden können.

Der Partei wird also zwar eindeutig eine Vorrangstellung zuerkannt – „Die Geschichte unserer Partei bestätigt voll die grundlegende These des Marxismus-Leninismus, daß sich die Arbeiterklasse nicht vom Kapitalismus befreien und den Weg der neuen, sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft einschlagen kann, wenn sie nicht von einer konsequent revolutionären Partei geführt wird.“<sup>45</sup> –, was sich allein in der gesonderten Darstellung ihrer Geschichte zeigt. Doch wird diese Besonderheit nicht als Isolation begriffen. Die Einheit mit der Nation, die Einbeziehung in das identitätsstiftende Kollektiv ist von entscheidender Bedeutung. Diese historiographische und gesellschaftstheoretische These erklärt das Nebeneinander zweier Großtexte, wie sie mit den *Dějiny KSČ* und dem *Přehled* vorliegen. Beide bilden gemeinsam eine neue Meistererzählung, indem sie aus unterschiedlichen Perspektiven zu übereinstimmenden Ergebnissen kommen und sich so gegenseitig stützen. Unterschiedliche Gegenstände und dementsprechend verschiedene Periodisierungen der Schilderung fallen ins Auge – ebenso aber die einander entsprechenden Thesen und Schlüsse. Was in der DDR, Jugoslawien und Rumänien nicht möglich ist, funktioniert in der Tschechoslowakei: Die Niedersehrift einer umfassenden, „großen“ Erzählung, in der Neues und Altes, nicht zuletzt vertreten durch die Kollektive Partei und Nation, eine Einheit bilden – die „unteilbare Einheit“ der Geschichte der Partei und der „bisherigen reichen Geschichte unserer Nationen“<sup>46</sup>. Dies soll die Grundlage für die Meistererzählung der Zukunft bilden – das Geschichtsbild einer neuen Gesellschaft.

---

43 Ebenda.

44 Zum Avantgardebegriff u.a.: W. Wehle, *Avantgarde: ein historisch-systematisches Paradigma „moderner“ Literatur und Kunst*, in: *Lyrik und Malerei der Avantgarde*, hrsg. von R. Warning und W. Wehle, München 1982, S. 9-40.

45 *Dějiny KSČ* (Anm. 3), S. 688.

46 Ebenda, S. 5.

Das Jahr 1999: die westliche Wissenschaft gefällt sich in einer neuen Meistererzählung: der Erzählung vom Pluralismus, vom Zweifel, von der Skepsis. Aus dieser Perspektive kann Historiographie nun als „Fiktion“ betrachtet werden, die Historiker als völlig freie Literaten. Doch Historiographie, und ganz besonders politisch engagierte, einer ideologischen Linie verpflichtete Historiographie kann keine willkürlich bestimmte Literatur verfassen. Sie ist gezwungen, auf Traditionen Rücksicht zu nehmen, sie erwächst selbst aus diesen Traditionen und kann ihnen nur in begrenzter Form entgehen. Werke, die, wie die *Dějiny KSČ*, klar als Niederschrift von Meistererzählungen konzipiert sind – und hier ist der politische Rahmen nur zweitrangig –, zeigen deutlich die Bedeutung von Konstruktionen kollektiver Identität und die komplexen Wege, auf denen solche Konstruktionen neu- und umformuliert werden. Das Verfassen von Meistererzählungen, für das hier ein Beispiel vorgestellt wurde, kann nicht als Diktat erfolgen; es geht nicht um das Erfinden, sondern vielmehr um ein Aushandeln neuer Traditionen. Es mag nicht die Wahrheit historischer Fakten sein, die hier ausschlaggebend ist; doch eine andere Wahrheit, die Wahrheit historischer Identität, bestimmt das Schreiben von Geschichte und macht das Ergebnis in anderer Form „wahr“. Die Durchsetzungskraft solcher Erzählungen, die Chance, zur wirklichen Meistererzählung zu werden, hängt davon ab, wie sehr die Autoren sich an diese Wahrheit gehalten haben und wie gut es ihnen gelingt, passende neue Wahrheiten zu schaffen.

---

**Frank Hadler**

## **Meistererzählungen über die erste Jahrtausendwende in Ostmitteleuropa.**

### **Deutungen des Jahres 1000 in Gesamtdarstellungen zur polnischen, ungarischen und tschechischen Nationalgeschichte**

Mit der Jahreszahl 1000 werden in den einzelnen nationalgeschichtlichen Überlieferungen Ostmitteleuropas zum Teil sehr unterschiedliche Bilder von den damals handelnden Personen und den von ihnen geprägten Ereignissen assoziiert. In der polnischen Geschichte der Zeit um die erste Jahrtausendwende ist der Piastenfürst Bolesław Chrobry der Held, in der ungarischen König Stephan und in der tschechischen der Prager Bischof Adalbert. Als zentrale Ereignisse des Jahres 1000 in der gesamten Region gelten sowohl der Besuch Kaiser Ottos III. bei Bolesław Chrobry anlässlich seiner Pilgerfahrt zum Grab des 997 ermordeten und 999 heilig gesprochenen Adalbert samt der im „Akt von Gnesen“ bestätigten Gründung eines Erzbistums in Polen als auch die Übersendung der Königskrone durch Papst Silvester II. an den Árpádenfürsten Stephan, dessen Krönung in Gran und die Entstehung des ungarischen Staats- und Kirchenwesens. Auf der Grundlage einer sehr geringen Zahl mittelalterlicher Quellen über das politische Wirken der großen Welt- und Kirchenmänner entstand gleichwohl eine Vielzahl von neuzeitlichen Deutungen und Interpretation ihrer historischen Wirkung. Wie allein die im Laufe der beiden letzten Jahrhunderte von polnischen, tschechischen und ungarischen Historikern verfaßten Gesamtdarstellungen belegen, trat dabei im 19. Jahrhundert der nationale Erklärungsansatz so stark in den Vordergrund, daß man von einem allgemeinen Trend ostmitteleuropäischer Historiographieentwicklung sprechen möchte, der vielfach bis in die unmittelbare Vergangenheit fortwirkte.

Im Vorfeld der zweiten Jahrtausendwende ist eine beachtliche Zunahme der Zahl monographischer Arbeiten über das Jahr 1000 in Ostmitteleuropa zu beobachten. Sowohl die Konzeption als auch die Rezeption dieser Forschungen blieben nicht unbeeinflusst von den Veränderungen der internationalen Wissenschaftslandschaft, die sich nach der politischen Wende im Osten Europas zeitgleich vollzogen haben. In Deutschland und Polen sind Untersuchungen über Kaiser Otto III<sup>1</sup>, Bolesław Chrobry<sup>2</sup> sowie die Be-

---

1 K. Görich, *Otto III. Romanus Saxonicus et Italicus. Kaiserliche Raumpolitik und sächsische Historiographie*, Sigmaringen 1993; G. Althoff, *Otto III.*, Darmstadt 1996; E.

ziehungen beider Herrscher<sup>3</sup> erschienen. Wirken und Wirkung des Heiligen Adalbert wurde nicht nur in Tschechien thematisiert.<sup>4</sup> Ein wichtiges Ergebnis der ungarischen Forschungen über König Stephan erschien bereits 1988 in deutscher Sprache.<sup>5</sup>

Für das Jahr 2000 ist ein nicht nur jubläumsbedingtes Interesse der Politik an den historischen Vorgängen von vor eintausend Jahren festzustellen. Mitte März – so wie auch Otto III. und Boleslaw Chrobry – trafen sich in Gnesen die Präsidenten von Polen, Deutschland, Ungarn, Litauen sowie der Slowakei und gaben eine gemeinsame Erklärung heraus, in der sie betonten: „Unsere Gemeinsame Anwesenheit zeigt, daß selbst die schlechten und tragischen Seiten unserer gemeinsamen Geschichte überwunden werden können, wenn der Wille besteht, im Geist von Versöhnung, Partnerschaft und guter Nachbarschaft zu handeln“.<sup>6</sup> Das Wort von einer Osterweiterung vor zehn Jahrhunderten machte die Runde, und der Tagespiegel aus Berlin titelte sogar, Europa könne „an Gnesen genesen“.<sup>7</sup> Dieses Bemühen der Politiker, aus dem „Akt von Gnesen“ einen Ursprungsmythos der heutigen Europaidee zu entwickeln, wird von Historikern, die sich im Jahr 2000 auf zahlreichen wissenschaftlichen Millenniums-Konferenzen treffen, indes mit Skepsis verfolgt.<sup>8</sup> Unter Berücksichtigung der politischen Rahmenbedingungen entstand das vom Europarat unterstützte Projekt einer großen Wanderausstellung über „Europas Mitte um 1000“, mit der die Geschichte der ersten Jahrtausendwende in die Öffentlichkeit getragen werden soll. Start ist im August

Eickhoff, Kaiser Otto III. Die erste Jahrtausendwende und die Entfaltung Europas, Stuttgart 1999; J. Strzelczyk, Otton III, Wrocław 2000.

2 J. Strzelczyk, Boleslaw Chrobry, Poznan 1999.

3 J. Fried, Otto III. und Boleslaw Chrobry. Das Widmungsbild des Aachener Evangeliers, der „Akt von Gnesen“ und das frühe polnische und ungarische Königtum. Eine Bildanalyse und ihre historischen Folgen, Stuttgart 1989.

4 D. Třeštík/J. Zemlička (Hrsg.), Svatý Vojtěch, Čechové a Evropa (Der Heilige Adalbert, die Tschechen und Europa), Praha 1998; Svatý Vojtěch. Sborník mileniú (Der Heilige Adalbert. Sammelband zum Millennium), Praha 1997; Adalbert von Prag. Brückenbauer zwischen dem Osten und Westen Europas, hrsg. von H. Henrix, Baden-Baden 1997; Adalbertus. Wyniki programu badań interdyscyplinarnych (Adalbertus. Ergebnisse eines Programms interdisziplinärer Forschungen), hrsg. von P. Urbańczyk, Warszawa 1998.

5 G. Györfly, König Stephan der Heilige, Budapest 1988. Gleichzeitig T. Bogyay, Stephanus rex, Budapest 1988.

6 Zit. nach Bericht der Berliner Zeitung, 13. März 2000, S. 5. Die Präsidenten Tschechiens und der Ukraine waren verhindert.

7 Der Tagesspiegel, 11. März 2000, S. 32.

8 So z.B. auf einem am „Institut für vergleichende Geschichte Europas im Mittelalter“ der Humboldt-Universität zu Berlin Ende Januar veranstalteten Kolloquium. Vgl. Berliner Zeitung, 1. Februar 2000, S. 14 und Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Februar 2000, S. 52. Eine prägnante Zusammenschau aus der Sicht des Historikers bietet K. Zernack, Gnesen vor und nach tausend Jahren, in: Ansichten. Jahrbuch des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt 11 (2000), S. 15-22.

werden soll. Start ist im August 2000 in Budapest, wo Ende 1999 eine „Lex Millenaris“ (Über die Pflege des Andenkens an die Staatsgründung des Heiligen Stephan und die Heilige Krone) diskutiert und angenommen wurde.<sup>9</sup> Die Ausstellung wird in den kommenden zwei Jahren in Krakau, Berlin, Mannheim, Prag und Bratislava gezeigt.

Die Gebundenheit der Historiker an die lebensweltlichen Rahmenbedingungen ihrer eigenen Zeit anzuerkennen, zählt inzwischen zu den Konstanten der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Geschichte der Geschichtsschreibung. Gerade in politisch unruhigen Zeitläufen, wie sie in der Mitte Europas während der letzten zweihundert Jahre typisch waren, haben sich die Perspektiven von Geschichtsschreibern unter dem Eindruck der Tagespolitik immer wieder gewandelt. Die in der Gegenwart des frühen 19. Jahrhunderts einsetzenden *nationalpolitischen Abgrenzungen* zum Beispiel wurden bis ins späte 20. Jahrhundert von *nationalhistorischen Segmentierungen der Vergangenheit* begleitet. Namentlich im multiethnisch geprägten Osten der kontinentalen Mitte entwickelten sich konkurrierende Nationalbewegungen, die in der Regel auf nicht kompatiblen Konzeptionen über die Geschichte der gemeinsam bewohnten Länder und Gebiete basierten. Historiker wirkten hier nicht selten als „nationbuilders“<sup>10</sup>, ihre Geschichtswerke, besonders die zunächst allein und später in Gemeinschaftsarbeit verfaßten Gesamtdarstellungen, konnten zu nationalhistorischen Meistererzählungen werden. Als solche begriffen bieten sich diese Syntheseentwürfe für vergleichende Untersuchung an, zumal wenn in ihnen mit der Behandlung und Beurteilung gleicher historischer Ereignisse und Personen unterschiedliche Vergangenheitsbilder entworfen und nationalspezifische Traditionen begründet werden.

Die Untersuchung ausgewählter Beispiele der polnischen, ungarischen und tschechischen Geschichtsschreibung des 19. und 20. Jahrhunderts ermöglicht einen vergleichenden Blick auf die Bearbeitung des Jahres 1000 im Rahmen der jeweiligen nationalhistoriographischen Traditionsbildung. Daß dieser ebenso reizvolle wie komplexe Rückblick von der Perspektivik des Jahres 2000 beeinflusst ist, liegt auf der Hand. Scheint die international geführte Diskussion doch heute darauf zu zielen, alt hergebrachte, nationalperspektivisch verengte Ansichten als solche zu erkennen und sie durch neue Einsichten und die Überzeugung zu ersetzen, daß Ostmitteleuropa

---

9 Dazu demnächst S. Öze/N. Spannenberger, Zur Reinterpretation der mittelalterlichen Staatsgründung in der ungarischen Geschichtsschreibung des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Jahrbücher für Geschichte und Kultur Südosteuropas 1 (2000), H. 2.

10 Vgl. *Historians as Nation-Builders*. Central and South-East Europe, hrsg. von D. Delitant und H. Hanak, London 1988.

eine historisch gewachsene Geschichtsregion darstellt, die bereits im Mittelalter ausgeformt wurde.<sup>11</sup>

## I. Nationalhistorische Syntheseentwürfe in den Nationalgesellschaften des 19. Jahrhunderts

In Polen verfaßte Adam Naruszewicz (1733–1796) bereits in den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts eine mehrbändige „Historia narodu polskiego od początku chrześcijaństwa“ (Geschichte der polnischen Nation seit den Anfängen des Christentums), deren erster Band postum 1824 und somit erst nach den Teilungen Polens erschien. Das Konzept des Autors war ein monarchisches. Seine Aussage, Bolesław Chrobry sei im Jahre 1000 vom Römischen Kaiser zum König von Polen gekrönt worden, stützte der Autor auf die einhundert Jahre nach dem Gnesener Akt verfaßte *Chronica Polonorum* des Gallus Anonymus. Damit war an prominenter Stelle eine im 15. Jahrhundert von Jan Długosz (1415–1480) festgeschriebene These (re)formuliert, der sich auch der im westeuropäischen Exil wirkende Gründer der polnischen kritischen Historiographie, Joachim Lelewel (1806–1861), anschloß<sup>12</sup> und die bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts immer wieder bekräftigt wurde; erinnert sei an die 1895 in einer Sammlung veröffentlichten Werke des Krakauer Historikers Józef Szujski (1835–1883).<sup>13</sup> Der in der Zeit der bis 1918 andauernden polnischen Staatslosigkeit nationalpolitisch so wichtigen Krönungsthese widersprach die heute mehrheitlich akzeptierte Sicht, in Gnesen habe im Jahr 1000 keine Krönung stattgefunden, wenn auch Otto III. den Piastenherrscher zum *cooperator imperii* bestimmt habe. Unter Berufung auf den Chronisten der Jahrtausendwende, Thietmar von Merseburg, der lediglich von einer Rangerhöhung Boleslaws vom *tributarius* zum *dominus* berichtet, hatte der Breslauer Lehrer vieler bedeutender polnischer Historiker, Richard Roepell (1808–1893), in seiner 1840 erschienenen „Geschichte Polens“ argumentiert, die Nachricht von der Königskrönung sei „geradezu falsch“ und „nichts anderes als eine poetisch-pragmatische Ergänzung der überlieferten Geschichte, wie sie die Geschichtsschreiber des 15. Jahrhunderts überhaupt sich erlaubten“.<sup>14</sup>

Gänzlich unerwähnt blieb die polnische Krönungsfrage in der 1836 von František Palacký (1798–1876) veröffentlichten „Geschichte von Böh-

11 Vgl. Ch. Lübke, Die Prägung im Mittelalter; frühe ostmitteleuropäische Gemeinsamkeiten, in: Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas in vergleichender Absicht, hrsg. von F. Hadler (Comparativ 8 [1998] 5), S. 14–25.

12 Historia Polska do końca panowania Stefana Batorego (Polnische Geschichte bis zum Ende der Herrschaft von Stefan Batory), in: J. Lelewel, Dzieła (Werke), Bd. VI, Warszawa 1962, S. 62.

13 Dzieje Polski (Geschichte Polens), Bd. I, in: Dzieła Józefa Szujskiego (Die Werke Josef Szujskis), Serie II, Bd. I, Kraków 1895, S. 69.

14 R. Roepell, Geschichte Polens, T. I, Hamburg 1840, S. 113.

men“. Gleichwohl ist darin die Rede davon, daß Otto III., „der frommer Kaiser [...] zur Mehrung der Ehre Gottes“ im Jahre 1000 nach Gnesen gekommen sei und durch die Gründung des dortigen Erzbistums „zugleich, auf Kosten der Böhmen, die polnische Macht der Polen (mehrte)“.<sup>15</sup> Das entsprechende Kapitel war mit „Böhmens Verfall“ überschrieben, für den Palacký den im Jahre 1000 in Prag regierenden Přemysliden Boleslav III. verantwortlich machte. Der politischen Schwäche dieses „unwürdigste(n) Mann(es), der je das Scepter führte“<sup>16</sup>, setzte er die moralische Stärke des Prager Bischofs Adalbert entgegen, der als „erster geborener Böhme, der zu solcher Kirchenehre gelangte“, Maßgebliches zur Verbreitung des Christentums in den polnischen und ungarischen Ländern geleistet habe, und zu dessen Ruhm die Pilgerfahrt Ottos an das Gnesener Grab ein übriges getan hat.<sup>17</sup> Palackýs mehrbändiges Werk erschien ab 1848 auch übersetzt als „Dějiny národa českého v Čechách a v Moravě“ (Geschichte der tschechischen Nation in Böhmen und Mähren) und konnte unter diesem Titel<sup>18</sup> so zu einer historischen Meistererzählung der tschechischen Nation werden, obgleich die Geschichte darin nur bis zum Jahre 1526 behandelt wurde. In seinem ab 1912 veröffentlichten vielbändigen Werk „České dějiny“ (Tschechische Geschichte), das bis ins 19. Jahrhundert reichte, griff Václav Novotný (1869–1932) – wie schon Palacký – auf die wichtigste mittelalterliche Quelle der böhmischen Geschichte, die Chronik des Kosmas von Prag vom Anfang des 12. Jahrhunderts, zurück. Das Jahr 1000 behandelnd, hob Novotný die Gnesenreise Kaiser Ottos hervor, die dem Andenken Adalberts galt, jedoch „für die Entwicklung des polnischen Reiches epochale Bedeutung hatte“.<sup>19</sup>

Die Vorgänge der Jahrtausendwende in Ungarn finden sich im ersten Teil des „Handbuchs der Österreichischen Geschichte“ von 1858 wie folgt

15 F. Palacký, Geschichte von Böhmen, Bd. 1, Prag<sup>2</sup> 1844, S. 251.

16 „Boleslav III, auch Rothaar genannt, war ein gemeiner Wüstling; schwach, mißtrauisch, geizig, grausam und rachsüchtig, wie er war, entbehrte er alle die Tugenden, die einen Fürsten geachtet und geliebt, ein Volk glücklich, einen Staat blühend machen können“. Ebenda, S. 248.

17 Ebenda, S. 233.

18 Der in der Titelveränderung angezeigte Wandel in der Akzentsetzung von der Geschichte des Landes zur Geschichte der Nation war bei Palacký mit der Übersetzung des Werkes verbunden. Ein ähnlicher Fall, allerdings ohne Änderung der Sprache, war zuvor beim polnischen Historiker Jerzy Samuel Bandtkie (1786–1835) zu beobachten. Seine populäre Synthese *Krótkie wyobrazenie dziejów Królestwa Polskiego* (Kurze Darstellung der Geschichte der Königreichs Polen), Kraków 1810, erschien in zweiter Auflage 1820 als *Dzieje Królestwa Polskiego* (Geschichte der Königreichs Polen) und 1835 in dritter Auflage als *Dzieje narodu polskiego* (Geschichte der polnischen Nation).

19 „eine denkwürdige und die Aufmerksamkeit vielleicht aller Zeitgenossen erregende Pilgerfahrt“. V. Novotný, *České dějiny* (Tschechische Geschichte), T. I/I. *Od nejstarších dob do smrti knížete Oldřicha* (Von den ältesten Zeiten bis zum Tode des Fürsten Oldřich), Praha 1912, S. 662.

beschrieben: „Der Papst gab Stephan den Titel eines apostolischen Königs, und schenkte ihm eine goldene Krone, mit welcher er sich zu seiner größeren Verherrlichung in Gran im Jahre 1000 nach Christi Geburt krönen ließ“.<sup>20</sup> In ungarische Gesamtdarstellungen der Geschichte Ungarns<sup>21</sup> wurde dieses Ereignis von zwei Autoren eingehenden, die nach der Revolution von 1848/49 im Exil wirkten. Anders als die sechsbändige „Magyrország történelme“ des ehemaligen Unterrichtsministers Mihály Horváth (1809–1878) von 1860 reichte die ebenfalls in sechs Bänden erschienene „Magyarsország története“ (1852–1859) von László Szalay (1813–1864) nur bis zum Jahre 1707. Die letztgenannte Geschichte Ungarns blieb über den österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 hinaus für „lange Zeit das Meisterwerk, aus dem Generationen ihre Belehrung schöpften“.<sup>22</sup> Die zentrale mittelalterliche Quelle für die Ereignisse des Jahres 1000, die „Gesta hungarorum“, von einem anonymen Notar um 1200 am ungarischen Hofe in Romanform niedergeschrieben und weitere im Verlaufe des 19. Jahrhunderts in großer Zahl erschlossene und edierte Quellentexte wurden zur Grundlage der von Sándor Szilágyi (1830–1899) herausgegebenen „A magyar nemzet története“ (Geschichte der ungarischen Nation). Als Millenniumsgeschichte bezeichnet, da sie aus Anlaß der tausendsten Wiederkehr der ungarischen Landnahme 1895–1898 erschien, stellt das in zehn großen Oktavbänden gedruckte und mit tausenden Illustrationen ausgestattete Gemeinschaftswerk eine Großleistung in der ostmitteleuropäischen Historiographiegeschichte des ausgehenden 19. Jahrhunderts dar. Die Passagen über die Krönung Stephans im Jahre 1000 stammen aus der Feder von Henrik Marczali (1856–1940).<sup>23</sup> In großer Ausführlichkeit legen sie dar, was 1888 im ersten Ungarn-Band des sogenannten Kronprinzenwerkes „Die Österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild“ von Károly Szabó (1824–1890) so kommentiert worden war: „Dieser Act schloß das ungarische Zeitalter ab, dieser Tag gab der jungen ungarischen Nation

20 W. W. Tomek, Handbuch der Österreichischen Geschichte, T. I, Prag 1858, S. 162. Bemerkenswert ist, daß der als außerordentlicher Professor an der Prager Universität wirkende Autor als Tscheche darauf verweist, Stephan habe „die Herrschermacht in Ungarn wohl in ähnlicher Weise wie die böhmischen oder polnischen Fürsten“ gesichert und die Verwaltung „ganz nach dem Muster der damaligen slawischen Verfassung ein(gerichtet), wie diese in dem befreundeten Böhmen gestaltet war“ (S. 162, 163).

21 Eine Übersicht bietet Zsigmond Pál Pach, Old and New Syntheses of Hungarian History, in: Acta Historica Academiae Scientiarum Hungaricae 34 (1988), H. 2-3, S. 291-306.

22 Vgl. I. Kont, Geschichte der ungarischen Litteratur, in: Die Litteraturen des Ostens in Einzeldarstellungen, Bd. III, T. I, Leipzig 1906, S. 250.

23 H. Marczali, A vezérek kora és a királyság megalapítása (Die Zeit der Fürsten und die Gründung des Königreiches), in: A magyar nemzet története (Geschichte der ungarischen Nation), hrsg. von S. Szilágyi, Bd. I, Budapest 1895, S. 1-311.

die Weihe des Eintritt in die europäische Völkerfamilie.<sup>24</sup> Ein solcher Einropabezug war dann auch in dem der böhmischen Landesgeschichte gewidmeten Kapitel zu finden, den Konstantin Jireček (1854–1918) für den 1894 erschienenen Böhmen-Band der genannten Reihe verfaßt hatte. Hier wurde natürlich Adalbert, die „glänzende Zierde“ des Prager Bistums, zum „Vorkämpfer des Christentums“ stilisiert, in dem „nicht nur Böhmen, sondern auch Polen und Ungarn [...] den Helden der Kirche (verehrten)“<sup>25</sup>. Der Vergleichsfall Polen muß hier ausfallen, denn die polnischen „Tatorte“ des Jahres 1000 lagen nicht im österreichischen, sondern im preußischen Teilungsgebiet. Der Akt von Gnesen blieb im Galizien-Band der Wiener Prachtreihe unberücksichtigt.

## II. Gesamtdarstellungen in den „Nationalstaaten“ der Zwischkriegszeit

Im ostmitteleuropäischen Epochenjahr 1918, das den endgültigen Zerfall der Österreichisch-Ungarischen Doppelmonarchie und die Entstehung neuer Staaten brachte, erschien in der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart und Berlin ein Werk des wohl einflußreichsten ungarischen Historikers der ersten Jahrhunderthälfte, Gyula Szekfü (1883–1951). Das Buch „Der Staat Ungarn“ war mit „Eine Geschichtsstudie“ untertitelt und dennoch eine politische Schrift, deren Ziel in der historischen Begründung Ungarns als Nationalstaat bestand.<sup>26</sup> Die Voraussetzungen dafür seien – so Szekfü – durch niemand anderes gelegt worden, als durch Stephan, der „durch seinen gesunden politischen Sinn und das Unabhängigkeitsgefühl des stolzen Hirtenvolkes davon zurückgehalten (wurde)“, dem „böhmischen Beispiel“ zu folgen und, „wie Boleslaw“, sein Land dem römisch-deutschen Kaiser zu unterstellen. Anders als der Přemysliden – Boleslaw Chrobry wird nicht erwähnt – habe Stephan das „christlich-monarchische Prinzip“ verinnerlicht, was ihm die „äußere Anerkennung seiner waffengewaltigen Machtstellung“ durch den Papst und die Krone einbrachte, mit der er „zum ersten apostolischen König der Ungarn gekrönt“ wurde. Als solcher „besaß Stefan die Machtstellung eines römischen Kaisers, wie einst Karl der Große“.<sup>27</sup> Diese Gedanken flossen in die Ende der zwanziger Jahre gemein-

24 Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild, Ungarn, Bd. I, Wien 1888, S. 54.

25 Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild, Böhmen (1. Abtheilung), Wien 1894, S. 238f.

26 J. Szekfü, Der Staat Ungarn, Stuttgart/Berlin 1918. Das Buch wurde Anfang der zwanziger Jahre ins Ungarische übersetzt.

27 Ebenda, S. 21–24. Es ist unerheblich, daß Szekfü die Krönung Stephans in das Jahr 1001 verlegte. Erwähnenswert indes ist folgende Einschätzung des Königs: „Mit dem raschen Entschluß eines durch Zweifel nicht aufgehaltene Naturmenschen benützte er die neubefestigte Zentralgewalt zur Einfügung seines Volkes in das abendländische

sam mit Bálint Hóman (1885–1951) herausgegebene siebenbändige „Magyar történet“ (Ungarische Geschichte) ein, dessen Tenor durch die Überzeugung bestimmt wurde, daß die ungarische Geschichte nichts anderes sei als die Geschichte der ungarischen Seele.<sup>28</sup> Und diese war, da gab es keinen Zweifel, durch die Niederlage im Kriege und die im Trianon-Frieden von 1920 festgeschriebenen Gebietsverluste auf das tiefste verletzt. Die massierte Erinnerung an den heilig gesprochenen König Stephan sollte Linderung bringen.

Die beiden anderen 1918 neu bzw. wieder entstandenen Staaten Ostmitteleuropas, die Tschechoslowakei und Polen, zählten hingegen zu den Siegern des Krieges. In den Hauptstädten Prag und Warschau wurden nationalgeschichtliche Gesamtdarstellungen erarbeitet, die auf den erreichten nationalpolitischen Istzustand hinleiteten. Es waren Erfolgsgeschichten, in denen es fremdverursachte Kontinuitätsbrüche gab (die Niederlage der böhmischen Stände am Weißen Berg 1620 sowie die Teilungen Polen 1772, 1792 und 1795) und natürlich Höhepunkte, wie den „Akt von Gnesen“ des Jahres 1000, der im ersten Band der prachtvollen Darstellung „Polska, jej dzieje i kultura“ (Polen, seine Geschichte und Kultur) von 1928 ausführlich behandelt wurde. Das Werk vereinigte nicht nur polnische Historiker, die aus den Geschichtskulturen der drei Teilungsgebiete stammten, sondern auch die beiden im 19. Jahrhundert in Konkurrenz getretenen Traditionen in der Krönungsfrage Bolesław Chrobrys: Thietmar wird in Faksimile gedruckt, aus Gallus wird polnisch zitiert und dann folgt die Aussage: „Doch es war keine Krönung“.<sup>29</sup>

Als ein „Werk, nach dem schon lange gerufen wurde“<sup>30</sup>, erschien 1932 in Prag der Band „Dějiny“ (Geschichte) innerhalb der repräsentativen Reihe „Československá vlastivěda“ (Tschechoslowakische Heimatkunde). Die von Novotný verfaßten Passagen über das Mittelalter sparten das Jahr 1000 aus. Adalbert wird kurz als „von seinen Landsleuten abgelehnt“ erwähnt, und Bolesław Chrobry, der „mit jugendlichem Ungestüm vorgehende polnische Herrscher“, taucht zuerst im Zusammenhang mit dessen Eroberung Krakaus auf, das zuvor in den Machtbereich der Přemysliden gehörte hatte.<sup>31</sup> Die Zurücknahme der Heldenhaftigkeit Adalberts kann als

Gemeinwesen. Er gab ihm damit, ohne es zu fragen, einen neuen Lebensinhalt und schnitt ihm alle Wege der Rückkehr zum Nomadentum ab“ (S. 20f).

28 Zit. nach der Übersetzung von Pach, *Old and New Syntheses* (Anm. 21), 300, war im Vorwort zu lesen: „We have to strive to describe the soul of all Hungarians, the whole Hungarian soul in every period“.

29 *Polska, jej dzieje i kultura od czasów najdawniejszych do chwili obecnej* (Polen, seine Geschichte und Kultur von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart), T. 1, Warszawa o.J. (1928), S. 63.

30 *Československá vlastivěda*. (Tschechoslowakische Heimatkunde), T. IV, *Dějiny* (Geschichte), Praha, 1932, S. 5.

31 Ebenda, S. 31.

Beleg für das staatsideologische Bemühen gewertet werden, die katholische Tradition in den böhmischen Ländern durch die hussitische zu ersetzen. Der Verweis auf den frühen Territorialverlust erklärt sich aus den damals virulenten tschechoslowakisch-polnischen Gebietsrivalitäten, die unmittelbar nach dem Ende des Weltkrieges ausgebrochen waren. Im 1936 erschienenen Prachtband „Idea československého státu“ (Die Idee des tschechoslowakischen Staates) wurde diese historische Verlängerung eines aktuellen Politikproblems in das Jahr 1000 auf die Spitze getrieben: „Eher als die Polen haben die Tschechen ein staatliches Leben im Gebiet von Krakau organisiert ... und es hätte dauerhaft auch von der sprachlichen Seite tschechisch werden können, hätte es Boleslaw Chrobry später nicht den Přemysliden geraubt“. Adalbert erschien nun als „Erbauer der Kirchenorganisation in Polen und Ungarn“, und trotz der Tatsache, daß er damit den „Gegnern Böhmens im Osten“ geholfen hatte, wurde er zum „Kulturschöpfer allerersten Bedeutung“ ernaamt, dessen Wirken für immer ein „ausgezeichneter Beleg tschechischen Kulturschöpfung bleibt“.<sup>32</sup>

Aussagen wie diese erinnern an Szeffűs Idealisierung des ungarischen Geistes in der Person König Stephans. Zugleich waren sie Ausdruck für das Denken in einer Zeit, da über Ostmitteleuropa bereits der Schatten großdeutsch-nationalsozialistischer Weltherrschaftspolitik lag. Daß sich auch diese um historische Tiefe bemühte, ist vielfach beschrieben worden. Und doch darf hier der Hinweis auf die viel gelesene Deutsche Geschichte des Österreichers Richard Suchenwirt (bis 1937 in 270.000 Exemplaren erschienen) nicht fehlen, in der das Jahr 1000 als schicksalhaft dargestellt wurde. Otto III. habe „in seiner weltfremden Art“ in Gnesen einen Fehler gemacht. Indem er dem namentlich nicht genannten (!) „Polenherzog“ die Errichtung eines Erzbistums bewilligt hatte, sei „schwerer Schaden für das deutsche Königtum entstanden“. Auch die Krönung Stephans erscheint als „unglückselige Entscheidung“, die mit der Beeinflussung des „schwärmerischen Kaisers“ durch chiliastische Weltuntergangsszenarien begründet wurde.<sup>33</sup>

### III. Synthetisierende Überblickswerke in den Volksdemokratien

Nach 1945, als der mit Hitlers Überfall auf Polen begonnene Weltkrieg die Welt nun wirklich bis an den Rand des Unterganges gebracht hatte, gehörten die Staaten Ostmitteleuropas zu einem weltpolitischen Lager, in dem trotz unterschiedlicher Vergangenheiten unter Führung der Sieger-, Befreier-

32 *Idea československého státu*, Praha 1937, S. 35f.

33 „Als Otto in Gnesen so verhängnisvolle Vollmacht erteilt, schreibt man das Jahr Tausend, in welchem mit der Sekte der Chiliasten viele Menschen das Ende des tausendjährigen Reiches, damit das Ende der Welt erwarten“. Dieses und alle anderen Zit. R. Suchenwirt, *Deutsche Geschichte. Von der germanischen Zeit bis zur Gegenwart*, Leipzig 1934, S. 121.

und Besatzungsmacht eine gemeinsame Zukunft aufgebaut werden sollte. Die Geschichte als Wissenschaft erlebte nach den zum Teil ungeheuren menschlichen Verlusten einen konzeptionellen und institutionellen Neuanfang, der sich in allen drei Volksdemokratien unter dem Signum des mit politischen Mitteln durchgesetzten ideologischen Herrschaftsanspruchs des Marxismus/Leninismus vollzog. Von großen Autorenkollektiven wurden neue nationalhistorische Meistererzählungen entworfen, an denen gleichwohl – wie in Polen – Mitarbeiter der alten Synthesen beteiligt sein konnten. In Band I der „Historia Polski“ (Geschichte Polens) von 1957 finden sich dann auch die gleichen Faksimiles wie 1928, eingebunden in ein Kapitel über die „frühfeudale Monarchie“. Dem „Akt von Gnesen“ im Jahre 1000 wurden eininhalb Seiten gewidmet, sein Zustandekommen mit dem Interesse Ottos III. an einer „näheren polnisch-deutschen Verständigung“ begründet, das ihm den Rücken freihalten sollte für die Expansionspläne „der deutschen Feudalherren“.<sup>34</sup> In der nur englisch 1968 in Warschau erschienenen „History of Poland“ ist „Boleslaw the Brave“ wieder ein Held. Als Regent des östlich der Oder gelegenen „new and vigorous State whose alliance would be of immense value“ habe er von Otto III. im Jahre 1000 die Unabhängigkeit bekommen, was als „conspicuous Polish success“ gewertet wurde.<sup>35</sup> In der Zwischenzeit hatte der Redakteur des erwähnten ersten Bandes der „Historia Polski“, Henrik Łowmianski (1898–1984), begonnen, die Frühzeit des polnischen Staates im monumentalen Werk „Początki Polski“ (Die Anfänge Polens) darzulegen, das ab 1963 zum Millennium des Polnischen Staates in sechs Bänden (bis 1985) zu erscheinen begann.

In Prag führte die Suche nach den sozioökonomischen Grundlagen des Feudalismus und den klassenkämpfenden Volksmassen dazu, daß der Person des Heiligen Adalbert im ersten Band des „Přehled československých dějin“ (Überblick über die tschechoslowakische Geschichte) von 1958 nur noch ganze vier Zeilen zugestanden wurden. In Böhmen habe sich der Bischof u. a. deshalb nicht halten können, da er sich bemühte, „die Kirche aus der Untertänigkeit der weltlichen Feudalen zu lösen“.<sup>36</sup> Diese Aussage bleibt eben so unverständlich, wie die Tatsache, daß die Wallfahrt Ottos zu Adalberts Grab mit keiner Silbe Erwähnung fand – statt dessen wiederholte man die Betonung der böhmisch-tschechisch-polnischen Auseinandersetzungen. Im „Přehled dějin Československa“ (Überblick über die Geschichte der Tschechoslowakei) aus dem Jahre 1980 fand das Treffen von Gnesen dann wieder statt. Interessant ist die Umschreibung der Folgen für

34 Historia.Polski (Geschichte Polens), Bd. I/1, Warszawa 1957, S. 190f.

35 A. Gieysztor/S. Kieniewicz/E. Rostworowski/J. Tazbir/H. Wereszycki, History of Poland, Warszawa 1968, S. 63.

36 Přehled československých dějin (Überblick über die tschechoslowakische Geschichte), Bd. I, Praha 1958, S. 73f.

Böhmen: das Land wurde „nicht nur isoliert, sondern auch vorbestimmt, das Opfer von Angriffsgelüsten der neuen Verbündeten des Reiches zu werden“.<sup>37</sup> Parallel zu den damals vorbereiteten polnischen Millenniumsfeierlichkeiten wurde 1963 in der Tschechoslowakei die 1100. Wiederkehr der Mission des Byzantinischen Brüderpaares Cyrill und Method genutzt, um an das Großmährische Reich zu erinnern. Diese westslawische Herrschaftsbildung wurde später vom Mitautor des zitierten „Überblicks“ von 1980, Dušan Třeštík, als Modell nicht nur für den um das Jahr 1000 in die Krise geratenen Staat der Přemysliden angesehen, sondern zugleich für alle im 10. Jahrhundert in Ostmitteleuropa entstandenen nationes-Staaten.<sup>38</sup>

Die von der ungarischen Nachkriegshistoriographie vorgenommenen Veränderungen in der Interpretation Stephans und seiner Bedeutung werden mit dem Namen von Erik Molnár (1894–1966) verbunden bleiben. Der langjährige Direktor des Budapester Akademieinstituts für Geschichte hat mit seinen unmittelbar nach 1945 erschienenen Arbeiten Maßgebliches zur Entmythologisierung der Stephan'schen Heldenzeit geleistet. Die Gründung des ungarischen christlichen Königtums erschien bei ihm nicht mehr als das spezifische Produkt der „ungarischen Seele“ à la Szekfű. Molnár schrieb über die Entstehung einer feudalistischen Gesellschaftsformation, die von gegensätzlichen Klasseninteressen gekennzeichnet war, und in seiner 1964 veröffentlichten zweibändigen Synthese „Magyarország története“ (Geschichte Ungarns) wurde Stephan gemeinsam mit seinem Vater als „Vollstrecker der gesellschaftlichen Erfordernisse“ bezeichnet.<sup>39</sup> Ein neues Bild, das die gesamteuropäischen Zusammenhänge Staatsgründung be-

37 Přehled dějin Československa (Überblick über die Geschichte der Tschechoslowakei), Bd. I, Praha 1980, S. 109. Der Hinweis auf die „Verbündeten“ bezog sich auf den vorhergehenden Text in dem es hieß: „Otto III. näherte sich sowohl dem polnischen Herrscher Bolesław Chrabry als auch dem ungarischen Herrscher Stephan an. [...] Im Jahre 1000 besuchte Otto III. das Grab des Hl. Adalbert in Gnesen und bei der Gelegenheit erkannte er Bolesław Chrabry die Rolle eines ‚Mitarbeiters‘ (*spolupracovník*) der erneuerten Kaisermacht zu.“

38 „Die Bedeutung Großmährens besteht nicht darin, daß es der wahrscheinlich erste slawische Staat war, sondern darin, daß es offenbar das besondere mitteleuropäische Staatsmodell schuf, nach dem die Staaten der Přemysliden, Arpaden und Piasten gebildet worden sind“. Zit. nach F. Hadler, Der Magna-Moravia-Mythos zwischen Geschichtsschreibung und Politik im 19. und 20. Jahrhundert, in: Geschichtliche Mythen in den Literaturen und Kulturen Ostmittel- und Südosteuropas, hrsg. von E. Behring, L. Richter und W. F. Schwarz, Stuttgart 1999, S. 292.

39 E. Molnár, Magyarország története (Geschichte Ungarns), Bd. I, Budapest 1964, 49. Zit. nach G. Seewann, Geschichtswissenschaft und Politik in Ungarn 1915–1980, in: Südostforschungen, 41 (1982), 267. Hier findet sich auch die Information, daß die Staatsgründungstat von Stephan in der einbändigen deutschen Übersetzung der Synthese (Die Geschichte Ungarns, Budapest 1971, 28) nur mit dem folgenden Satz Erwähnung fand: „Das Streben nach Festigung der inneren Ordnung und der äußeren Sicherheit fand seine ideologische Begründung in der Konzeption des feudalen christlichen Königtums“.

rücksichtige, fand 1984 Eingang in den ersten Band der auf zehn Bände angelegten jedoch unvollendet gebliebenen Gesamtdarstellung „Magyarország története“ (Geschichte Ungarns). Die dort enthaltenen ausführlichen Passagen über das Jahr 1000 stammten aus der Feder von György Györffy, der mit seiner eingangs erwähnten Biographie des Heiligen Königs ein Stephan-Bild zeichnete, das in den europäischen Kontext eingebunden war.<sup>40</sup> Parallel hatte Jenő Szűcs (1928–1988), der mit seiner Schrift „Die drei historischen Regionen Europas“ (1983, deutsch 1990) einen wichtigen Beitrag zur historiographischen Konturierung der Geschichtsregion Ostmitteleuropa leistete, festgesetzt, daß Stephan „selbst ‘Europa’ ins Karpatenbecken (brachte) und so das barbarische Ungartum den werdenden Nationen Europas ein(ordnete)“.<sup>41</sup>

Im Ergebnis des vergleichenden Durchgangs durch ausgewählte Synthesen zur polnischen, ungarischen und tschechischen Nationalgeschichte ist abschließend festzuhalten, daß in den betrachteten Deutungen der ersten Jahrtausendwende eine Tendenz sichtbar wird, die von der im 19. Jahrhundert einsetzenden und lange dominierenden nationalgeschichtlichen Fixierung der Groß Erzählungen letztlich in Richtung einer erst am Ende des 20. Jahrhunderts verstärkt zu beobachtenden europahistorischen Kontextualisierung der Darstellungen führt. Diese Entwicklung in den Fachwelten Ostmitteleuropas korrespondiert sowohl mit dem bisherigen Gang der west- und mitteleuropäischen Historiographiegeschichte als auch mit dem gegenwärtigen europapolitischen Bemühen, durch die schärfere Konturierung der ostmitteleuropäischen Geschichtsregion eine Zukunftsregion Europas zu formieren. Bleibt abzuwarten, ob im Zuge dieser Vorgänge neue nationalhistorische Meistererzählungen entstehen werden, in denen die Geschichte der in Ostmitteleuropa vor eintausend Jahren parallel erfolgten dynastischen Territorialstaatsbildungen der Přemysliden, Árpáden und Piasten mit nationalgeschichtlichen Vorzeichen auf unterschiedliche Weise erzählt wird. Fest steht, daß kommende Synthesen an den hier in bezug auf die konkreten Ereignisse des Jahres 1000 untersuchten Gesamtdarstellungen zu messen sein werden, denn diese wirkten als nationalhistorische Meistererzählungen im doppelten Sinne: als Erzählungen von Meistern des Fachs und zugleich als Identifikations- und Orientierungshilfe innerhalb der nationalen Gesellschaften.

40 Das mit „Staatenorganisation“ überschriebene Kapitel enthielt einen Teil über das „Sich-Einfügen“ in Europa. *Magyarország Története*, Bd. I, Budapest 1984, S. 815–834.

41 J. Szűcs, König Stephan in der Sicht der modernen ungarischen Geschichtsschreibung, in: *Südost-Forschungen* 31 (1972) 40. Vgl. auch den Aufsatz: König Stephans „Institutionen – König Stephans Staat“, in: ders. *Nation und Geschichte. Studien*, Köln/Wien 1981, 247–262.

---

**Cathrin Friedrich**

## **Die Konstituierung von Regionalgeschichte in Sachsen und der Bretagne und ihre Rolle für regionale Identifikation**

1995 schlossen Sachsen und die Bretagne einen Kooperationsvertrag ab. Regionalpartnerschaften über kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit sind grundsätzlich nichts verwunderliches, zumal wenn eines ihrer Ziele, wie auch in diesem Fall, das Beantragen von EU-Geldern ist. Ungewöhnlich erscheint es höchstens, wenn zwei politisch und administrativ sehr asymmetrisch selbständige Regionen quasi wie zwei Staaten einen Vertrag abschließen, aber im Grunde auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene kaum Gemeinsamkeiten aufzuweisen haben. Was literarische, musikalische und andere kulturelle Traditionen anbetrifft, so können sich Gegensätze oft gegenseitig befruchten. Sobald es allerdings um wirtschaftliche Zusammenarbeit geht, entstehen Zweifel an den Berührungspunkten dieser beiden Regionen. Schon die geographischen Voraussetzungen lassen ahnen, daß die Bretagne, die als Halbinsel über eine hunderte Kilometer lange Küste zum Atlantik verfügt, beispielsweise hinsichtlich des wirtschaftlichen Sektors Fischfang in wesentlich anderen Kategorien denkt als Sachsen, das bekanntlich keinen Zugang zum Meer hat. Auch die traditionell agrarische Struktur der bretonischen Wirtschaft, die sich erst in den letzten Jahren mit dem Ausbau verschiedener Industriestandorte verändert hat, steht nicht auf den ersten Blick im Einklang mit dem im 19. Jahrhundert durchgreifend industrialisierten Sachsen. Es fragt sich, was die Vertreter der beiden Regionen bewogen hat, den Vertrag zu schließen.

Ein einigender Faktor, der nicht sofort ins Auge springt, aber bei näherem Hinsehen durchaus plausibel erscheint, liegt in der Tatsache, daß sowohl Sachsen als auch die Bretagne Regionen sind, die ihrer Geschichte einen hohen Stellenwert beimessen und ihre Identität bis in die Gegenwart auffallend über sie definieren. Zumindest fällt beim Blick auf die historische Entwicklung dieser beiden Regionen auf, daß sie zwar im Mittelalter große und einflußreiche Fürstentümer waren, gleichwohl spätestens seit dem 19. Jahrhundert kaum noch politische Bedeutung innerhalb der Nation hatten. Der Verdacht liegt nahe, daß solcherart ähnliche identitäre Befindlichkeiten auch aktuell verbindend wirken. Damit wird aber mit der Unterstellung gearbeitet, von dieser analogen historischen Tiefenstruktur ließe sich leben, was bekanntlich Marxisten (und nicht nur diese) unter Verweis auf die Priorität von Speis und Trank leugnen. Ist Geschichte eine Produk-

tivkraft? Und rechtfertigt die Existenz einer langen und bedeutenden Vorgeschichte eine Regionalpartnerschaft?

Regionale wie auch nationale Geschichte verfügt grundsätzlich über ein identitätsstiftendes Potential, sie kann also Antworten geben auf die Anforderungen eines breiten Publikums nach dem Angebot von Identitätsmustern. Zwar leistet sie keinen direkten Beitrag zur Identitätsbildung – sie vermag aber die Akzeptanz politischer oder gesellschaftlicher Entwicklungen zu erhöhen, wie beispielsweise im Falle des Wiedererstehens des sächsischen Freistaates 1990.<sup>1</sup> Regionale Geschichtsschreibung schafft indes – häufig in Reaktion auf bestimmte historisch-politische Konstellationen – Geschichtsbilder, die regionale Spezifika positiv besetzen, ein Bewußtsein der eigenen Originalität erzeugen und somit für die Region wichtige Identitätsangebote schaffen können. Diese Geschichtsbilder zeichnen sich durch jeweils typische diskursive Komponenten aus, d.h. inhaltliche Elemente sowie rhetorische Formen werden selektiert, kombiniert und schließlich wiederholt, womit die Arten, über Geschichte zu sprechen, reduziert und kontrolliert werden. Wenn sächsische Landeshistoriker seit dem 19. Jahrhundert stereotyp die wirtschaftlichen und kulturellen Erfolge ihres Landes in der Geschichte hervorheben oder bretonische Historiker sich auf Sprache, Religion und die traditionelle Kultur der Bretagne überhaupt beziehen, so lenken sie damit von der sinkenden politischen Bedeutung ihrer Regionen ab und richten die kollektiven Wahrnehmungsmuster auf eine positive Entwicklungslinie aus. Diese – bewußte oder unbewußte – Perspektivierung der Texte durch die Verfasser hat zum Ziel, ein bejahendes und entspanntes emotionales Verhältnis zur Region herzustellen, das historische und aktuelle Defizite und Inkonsistenzen durch den Bezug auf die erfolgreichere frühe Entwicklung wegzudeckeln hilft. Die entstandenen Grunderzählungen spiegeln so neben historischen Informationen auch einen verborgenen aktuellen Diskurs wider.

In Analogie zur „nationalpädagogischen“ Aufgabe, die die deutschen Historiker zu Beginn dieses Jahrhunderts für sich sahen, kann man bei vielen Regionalhistorikern eine „regionalpädagogische“ Aufgabe bemerken – erkennbar auch daran, daß die landesgeschichtlich arbeitende akademische Zunft ihre Forschungsergebnisse nicht nur in wissenschaftsadäquaten Publikationen vorlegt, sondern bewußt oft zugleich in die lokale, regionale oder supraregionale Öffentlichkeit hineinwirkt. Zugleich findet eine weitere Popularisierung durch die Laienforscher statt, die eher durch pragmatische Überlegungen oder emotionelle Bezüge zum Gegenstand motiviert sind.

1 Hier soll natürlich nicht in Frage gestellt werden, daß letztlich der komplette Transfer der Institutionenordnung laut Grundgesetz der Bundesrepublik zur Gründung der Länder in Ostdeutschland geführt hat. Aber die schnelle und wirksame Publikation regionalhistorischer Texte scheint in Sachsen zur Beschleunigung des Prozesses beigetragen zu haben.

Die anfangs angedeutete Konstellation läßt einen Vergleich des Umgangs mit regionaler Geschichte in Sachsen und der Bretagne lohnend erscheinen. Obwohl oder gerade weil sie in ihren politischen und historischen Voraussetzungen extrem unterschiedlich sind, eignen sich diese Regionen dazu, ideelle Gemeinsamkeiten auf Echtheit oder Vermeintlichkeit zu prüfen. Innerhalb des Zeitraums zwischen 1800 und 1920 werden daher folgende Vergleichskategorien aus der Vielzahl möglicher Größen herausgegriffen:

1. Beispiele für über historische Texte vermittelte Geschichtsbilder und deren identitätsstiftende Wirkung;
2. die institutionellen Strukturen, unter denen sich Regionalgeschichte in Sachsen und der Bretagne im 19. Jahrhundert herausbildete;
3. die Bedeutsamkeit des Verhältnisses von Region und Nation im historisch-politischen Kontext für die Regionalgeschichte;
4. der Topos des ethnischen Ursprungs.

Der Vergleich soll ermöglichen, institutionelle und diskursive Gemeinsamkeiten und Unterschiede wahrzunehmen, um sowohl allgemeine Entwicklungslinien von Regionalgeschichte als auch lediglich regional relevante Variablen zu erkennen.

Vorab noch einige Worte zum Begriff Regionalgeschichte.<sup>2</sup> Im Vordergrund der Betrachtung steht die Konstituierung der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Raum unterhalb der Ebene des Nationalstaates, und hier muß in Deutschland als erstes die ältere Landesgeschichte genannt werden, gegen die sich die moderne Regionalgeschichte sowohl begrifflich als auch methodisch bewußt abgrenzt.

„Regionalgeschichte“ steht indes im umgangssprachlichen Gebrauch heute oft stellvertretend für eine ganze Gruppe spezifischer Bemühungen um die Region, die zwar häufig nicht fundamental Unterschiedliches meinen, im Einzelfall aber eigentlich genauer nach ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Phasen bzw. verschiedenen Paradigmen der Disziplinentwicklung hinterfragt werden müßten: Dynastie- und Stammes-, Territorial- und Provinzialgeschichte, Kulturraumforschung und historische Landeskunde, Siedlungsgeschichte, Heimat-, Lokal-, und selbst Ortsteilgeschichte – um nur einige Begriffe zu nennen. Nach Auseinandersetzungen um Gegenstand und Methoden können aber heute auch die Landesgeschichte und die im Laufe ihrer Entfaltung von ihr entwickelten methodischen und inhaltlichen Konzepte in den Begriff Regionalgeschichte eingeschlossen werden. Dies ist u.a. deshalb sinnvoll, weil sich der Terminus Regionalgeschichte besser für den Vergleich über den nationalen Rahmen hinaus eignet: Wo sich die

---

2 Genau genommen müßte es am deutschen Beispiel um eine wenige Jahrzehnte alte Forschungsrichtung gehen, die die Methoden der Historischen Sozialwissenschaft auf den kleinen Raum überträgt. Vgl. z.B. E. Hinrichs, Regionalgeschichte, in: C.-H. Hauptmeyer (Hrsg.), Landesgeschichte heute, Göttingen 1987, S. 19.

Landesgeschichte in Deutschland bis heute stark auf die politischen Einheiten der Länder bezieht, betonen die Varianten der Geschichtsforschung in anderen europäischen Regionen – immer auch abhängig von der jeweiligen nationalstaatlichen Entwicklung – viel stärker das lokale oder regionale Element.

### 1. Geschichtsbilder und „historische Aufträge“. Zwei Beispiele

1996, anlässlich des 100. Jahrestages der Gründung der Sächsischen Kommission für Geschichte, stellte sich der Historiker Karlheinz Blaschke nach fünfzig Jahren der Beschäftigung mit sächsischer Geschichte eine Frage.<sup>3</sup> Nicht nach dem Sinn der Geschichte an sich fragte er, auch nicht nach dem Sinn der Existenz Sachsens – ein solches Vorhaben entferne sich seiner Meinung nach zu weit vom wirklichen Leben und verlöre sich allzu sehr im Bereich der Theorie. Aber das Handeln der Menschen, die Wirksamkeit von Kräften in der Geschichte führe doch zu der Frage nach dem Ziel des historischen Weges. „Ob nicht die sächsische Geschichte eine Aufgabe oder einen Auftrag zu erfüllen habe“ und wenn ja, wer der Auftraggeber gewesen sei. Hinsichtlich des Auftraggebers seien verschiedene Möglichkeiten denkbar: „Gott, der Weltgeist, die Gesetzmäßigkeit der Geschichte, das Schicksal oder der Zufall, womit im letzteren Falle allerdings eine längerfristige Auftragslage schon nicht mehr zu begründen wäre“. Auf der Grundlage von Toynbee's geschichtsphilosophischem Modell „challenge and response“ entschied sich Blaschke für das Land als Auftraggeber. Das sächsische „Land mit seinen Möglichkeiten und seinen Angeboten“ stelle eine historische Herausforderung an seine Bewohner dar und stelle sie durch seine geographischen Gegebenheiten als naturräumliche Einheit vor die Aufgabe, „es auch mit einer einheitlichen politischen Organisation zu überziehen“.

Die Erfüllung dieser Aufgabe fiel seit 1089 dem Haus Wettin zu, unter dessen Herrschaft die Sachsen seitdem standen. Bis zu Beginn des 15. Jahrhunderts entwickelte sich Sachsen ‚auftragsgemäß‘ zur mächtigsten Territorialmacht Mitteld Deutschlands zwischen Elbe und Werra. Diese Entwicklung hätte nun, nach Blaschke, eigentlich in der Erfüllung einer nationalen Aufgabe münden müssen. Nach dem Ende der Staufer und der darauf folgenden Ohnmacht des deutschen Königtums hatte sich gezeigt, daß eine starke Zentralgewalt nötig war, um das deutsche Reich zum Nationalstaat umgestalten zu können. Der Naturraum Mitteldeutschlands bot sich nach Blaschkes Meinung geradezu an für eine solide Grundlage eines Territorialstaates im Rahmen einer föderativen Reichsverfassung. Nur: Geschichte

3 Alle folgenden Zitate aus: K. Blaschke, Sachsens geschichtlicher Auftrag. Zum 100. Jahrestag der Gründung der Sächsischen Kommission für Geschichte, in: Neues Archiv für sächsische Geschichte 68 (1997), S. 277-312.

wird von Menschen gemacht, und das Haus Wettin – quasi der Auftragnehmer – zeigte sich im Verlauf der weiteren Geschichte diesem Auftrag einfach nicht gewachsen. Seine „zumeist mittelmäßigen“ Fürsten in der Neuzeit verspielten die Möglichkeiten zur Vollendung ihres geschichtlichen Auftrags. Allen Katastrophen voran ging die Leipziger Teilung von 1485, in der die ernestinische und die albertinische Linie der Wettiner begründet und das Territorium in das albertinische Sachsen und das ernestinische Sachsen-Thüringen geteilt wurden. 1697 folgte das „polnische Abenteuer des Kurfürsten Friedrich August I.“ – nach Blaschkes Meinung eine „sinnlose Vergeudung der Kräfte“ und ein „für den geschichtlichen Auftrag Sachsens nutzloser Irrweg“. Schließlich lag es „überhaupt nicht im Interesse des Landes, daß sich sein Kurfürst eine Königskrone aufsetzen mußte“. Auf dem weiteren Weg versäumten die verantwortlichen Männer, den sich aufbauenden Konflikt mit Preußen zu erkennen. Und in den Napoleonischen Kriegen schließlich verbündete sich Sachsen wieder einmal mit der falschen Seite – was schließlich zu dem verhängnisvollen Gebietsverlust von 1815 führte.

Die sächsischen Fürsten hatten versagt, die nationale Aufgabe Sachsens war verloren und die regionale in Gefahr. Aber Rettung war nahe: das sächsische Volk – diszipliniert, fleißig, findig, intelligent und bescheiden – löste seine Fürsten im Erfüllen des regionalen historischen Auftrags ab. Vom Freiburger Silberbergbau des 12. Jahrhunderts bis zum Aufwachen des Industriestandortes Sachsen im 19. Jahrhundert nutzte die Bevölkerung das natürliche Angebot, um aus dem Land etwas zu machen. Auch in der Kulturgeschichte trug Sachsen besonders über die Reformation seinem Auftrag Rechnung. „Die Leute in Sachsen haben aus diesem Lande etwas gemacht, sie haben seine Entwicklung als Aufgabe angenommen oder, wie man mit Blick auf den über Jahrhunderte hinweg sich erstreckenden Gang der Dinge sagen kann, als einen Auftrag, dem die Bewohner des Landes gefolgt sind.“<sup>4</sup>

Das sächsische Volk als Auftragnehmer für den historischen Auftrag – welcher wahre Sachse fühlte sich durch diese Metapher nicht angesprochen? Welcher Leser spürte nicht die identitätsstiftende Wirkung der Geschichte des kleinen Raums, noch dazu wenn Blaschke am Ende seines Textes davon spricht, daß es für ihn als Historiker „eine schöne und bewegende Aufgabe“ sei, „sächsisches Geschichtsbewußtsein zu vermitteln“?

Der Bremer Historiker Yves Le Gallo, der 1993 eine Einleitung für die Präsentation einer Ausstellung in Deutschland verfaßte, sieht für sich ebenfalls eine regionalpädagogische Aufgabe. Sein Text trägt den Titel: „Ein

---

4 Ebenda, S. 296f.

verfehltes Schicksal: Die Bretagne“.<sup>5</sup> Er handelt in seiner Oberflächenstruktur von den Eckdaten bretonischer Geschichte, auf der Bedeutungsebene geht es aber auch hier um eine „historische Aufgabe“: „Die Bretagne hätte eine Art Portugal werden können“ mit einer Zukunft „als große Seefahrer- und Kolonialmacht“ ... „Aber die Bretagne ist unter den Völkern und ethnischen Gruppen im Grunde nichts Besonderes, ja kaum überhaupt noch etwas...“ Während in der Mitte des 9. Jahrhunderts, auf dem Höhepunkt der bretonischen Königsmacht, noch alle Möglichkeiten für eine mächtige und dauerhafte Dominanz der Region bestanden, wandelte sich das Schicksal seit dem Anfang des 10. Jahrhunderts, und das Land erschien von da an „wie dahingeworfen“. Die romanischen und französischen Einwirkungen verdrängten nicht nur die aus dem Keltischen stammende bretonische Sprache, sie verhinderten auch die Herausbildung einer „politischen und moralischen Einheit“ im Sinne einer Nation. Nicht eine einzige überragende Stadt entwickelte sich, die als Hauptstadt hätte dienen können. Die Verantwortung für den langsamen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Ruin der Bretagne lag „zum großen Teil [bei] den im allgemeinen mittelmäßigen oder jedenfalls nicht gerade genialen Herzögen“. Diese verzichteten z.B. auf „eine anspruchsvolle und kohärente Seefahrtspolitik“, ließen die „verhängnisvolle“ Teilung des Territoriums in Ober- und Nieder-Bretagne zu und legten somit den Grund für das endgültige „Verderben“ im Zeitalter der Französischen Revolution. Erst von diesem Zeitpunkt an „war zu bewundern, wie die Bretonen endlich ihrer früheren Lethargie entsagten, tapfer Feindseligkeiten die Stirn boten und ihren Unternehmungsgeist frei entfalteten. Indem sie sich ihrer eigenen Originalität bewußt wurden – besonders seit einer literarischen Wiedergeburt zu Beginn des 19. Jahrhunderts –, gelang es ihnen, bis in unsere Tage kulturelle Initiativen und materiellen Erfolg zusammenzuführen.“

Die Ähnlichkeiten beider Texte muß man kaum kommentieren. Sowohl Blaschkes wie auch Le Gallos Text erkennen zwar den historischen Mißerfolg ihrer Region in politischer Hinsicht, interpretieren den Geschichtsverlauf aber trotz des schwindenden politischen Einflusses als eine „Erfolgsgeschichte“ der jeweiligen Gesellschaften und Kulturen. Dabei übernehmen sie übrigens in erstaunlicher Detailgetreue entscheidende Argumente und stilistische Elemente aus den wichtigsten Darstellungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Beide Autoren sind sicher, daß ihrem Volk ursprünglich eine historische Aufgabe zugeschrieben war, die sich sowohl auf die regionale als auch auf die nationale Ebene bezog. Beide Autoren meinen, daß die verantwortungslosen Fürsten des Mittelalters und der Frühen Neuzeit, die jeweils ihre nationale Aufgabe hätten erkennen müssen,

5 Y. Le Gallo, Ein verfehltes Schicksal: Die Bretagne, in: Breizh: Zwischen keltischem Erbe und französischer Gegenwart. Die Bretagne und ihre kulturelle Identität, hrsg. von B. Lauer und B. Plötner, Kassel 1993, S. 43-56.

die historischen Möglichkeiten verspielt haben. In beiden Fällen besinnt sich das Volk früher oder später, übernimmt die Verantwortung und rettet, was zu retten ist. Die Fähigkeiten dazu besitzt es „schon immer“ in Form bestimmter Charakterzüge, die es gewinnbringend einzusetzen vermag. Die Sachsen verfügen über Fleiß, Bescheidenheit, Geschick, Intelligenz und Weltoffenheit, die sie seit dem Mittelalter befähigen, über den Silberbergbau, die gewerbliche Produktion und den weltweiten Handel ihrem Land auf wirtschaftlichem und kulturellem Wege zu Ruhm zu verhelfen. Die durchgreifende Industrialisierung im 19. Jahrhundert ist nur eine logische Folge dieser Entwicklung.

Bei den Bretonen sind es eher ihre liebenswerte Treue, Religiosität und wilde Naturhaftigkeit, die sie in den Stand setzen, sich auf ihre wahren Werte zu besinnen und über eine literarische Renaissance die bretonische Idee zu neuem Leben zu erwecken.<sup>6</sup>

Die Tragfähigkeit solcher Geschichtsbilder reicht vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart, weil sie sich hervorragend für jeweils aktuelle identitätsbildende Diskurse instrumentalisieren lassen. Nicht zufällig war Karlheinz Blaschke einer der ersten Akteure, die nach der deutschen Wiedervereinigung nachdrücklich auf die historische Legitimation der Wiedergründung des Freistaats Sachsen hinwiesen.

## 2. Akteure und Institutionen

Geschichtskonstruktion findet nicht im „luftleeren Raum“ statt, sondern wird von Akteuren intentional betrieben. Diese sind häufig eingebunden in Institutionen<sup>7</sup> und verfügen über unterschiedliche Ressourcen und Medien, mit denen sie ihre Versionen der jeweils dominanten Meistererzählungen verbreiten können. Der Blick auf die Produktionsstrukturen von Regionalgeschichte stellt den Bezug zur sozialen Praxis historischer Erzählung her und bildet daher einen interessanten Vergleichsaspekt, der im Falle Sachsens und der Bretagne erste formale Parallelen ergibt. In beiden Regionen wird die Besinnung auf regionale Geschichte zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit der Gründung von Vereinen durch private Akteure intensiviert und damit eine neue Form von Geschichtskultur initiiert. Diese *erste Phase* der sowohl inhaltlichen als auch organisatorischen Konstituierung von Regionalgeschichte wird jeweils von lokalen und regionalen kulturellen Eliten getragen, die in Sachsen dem Bildungsbürgertum, in der Bretagne zunächst dem Adel, später zunehmend dem Bürgertum entstammen.

6 Vgl. zu den Kategorien für die kulturelle Konstruktion der Bretagne im 19. Jahrhundert: C. Bertho, L'invention de la Bretagne. Genèse sociale d'un stéréotype, in: Actes de la Recherche Sociale n° 35, novembre 1980, S. 45ff.; G. Brunn, Die Neugeburt der Bretagne – ein Paradigma für Regionsbildung im 19. Jahrhundert, in: Interregiones 5 (1996).

7 Der Begriff der Institution wird hier im Sinne von materiellen Rahmenbedingungen und Strukturen verstanden, die die wissenschaftliche Kommunikation organisieren.

Auf der Grundlage einer Periode der Keltomanie zu Beginn des 19. Jahrhundert gründete eine Gruppe von Gelehrten von Paris aus bereits 1805 eine Keltische Akademie, die sich u.a. der Erforschung der Megalithen, aber auch dem Schutz der architektonischen Reichtümer in der Provinz widmete.<sup>8</sup> Die Aktivitäten dieser Akademie setzten sich später durch die Gründung von *Sociétés savantes* in der Bretagne selbst fort, wo zwischen 1820 und 1830 ein umfangreiches Netz von Institutionen und Publikationsorganen entstand, die sich der Geschichte und der Archäologie, den Denkmälern, der Schönheit der alten Landessprache sowie der keltischen Vergangenheit verschrieben.<sup>9</sup>

In Sachsen wurden 1824/25 die ersten Altertumsvereine gegründet, deren Publikationen für die Landesgeschichte und die Archäologie im Laufe des 19. Jahrhunderts zunehmend an Relevanz gewannen, die ihre Arbeit aber im wesentlichen auf die Denkmalpflege beschränkten. Erst in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts begann eine flächendeckende Gründung von lokalen Geschichtsvereinen.<sup>10</sup> Zwar vertraten die Professoren für Geschichte an der sächsischen Landesuniversität seit dem 18. Jahrhundert auch die Landesgeschichte, die wesentlichen Darstellungen zu diesem Themenfeld jedoch entstanden während des 19. Jahrhunderts außerhalb der Universität, vor allem auf Anregung des bildungsbürgerlichen Engagements.

Eine *zweite Phase* in der Entwicklung der Geschichtskultur ist in beiden Regionen von Verwissenschaftlichung und Professionalisierung gekennzeichnet, was wichtige Aktivitäten an die Universitäten verlagert. Mit dem Aufbau von akademischen Institutionen grenzen sich die professionalisierten Wissenschaftler von den Laien ab. Damit übernehmen sie die Aufgabe, nicht nur den gegenwärtigen Forschungsstand zu reflektieren, sondern den Erkenntnisprozeß zu steuern, Standards zu entwickeln und neue Wissensordnungen zu entwerfen.

In der Bretagne spielen als erste Anstöße für die intensivierete Beschäftigung mit der Geschichte Quelleneditionen eine wichtige Rolle, wobei hier besonders literarische Werke in bretonischer Sprache im Vordergrund stehen. Ein Beispiel ist die 1839 und 1845 von La Villemarqué herausgegebene Sammlung bretonischer Volkslieder mit dem Titel „Barzaz-Breizh“, die

8 R. Dupuy, Zur Geschichte der Bretagne von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart, in: Breizh (Anm. 5), S. 73-84. Vgl. im selben Band: R. Pollés, Sinnbilder, Mythen und Megalithen in der Bretagne des 19. Jahrhunderts, S. 93-104.

9 J.-Y. Guiomar, Le bretonisme. Les historiens bretons au XIXe siècle, Mayenne 1987; vgl. dazu auch: J.-P. Chalinc, Sociabilité et érudition. Les Sociétés savantes en France, Paris 1998.

10 Vgl. M. Middell/J. Eidson/C. Friedrich, „Sachsen ist klein, aber seine Geschichte ist groß“, in: H.-W. Wollersheim/S. Tzschaschel/M. Middell (Hrsg.), Region und Identifikation, Leipzig 1998, S. 57-82; K. Blaschke, Die sächsische Landesgeschichte zwischen Tradition und neuem Anfang, in: Neues Archiv für sächsische Geschichte, Bd. 64 (1993), S. 7-28.

die bretonische Sprach- und Geschichtsforschung wie kein zweites Werk angeregt hat. Für die beginnende wissenschaftliche Beschäftigung mit der Geschichte waren vor allem Zeitschriften wie die „Revue de la Bretagne et de Vendée“ hilfreich, die 1857 von dem Historiker Arthur de la Borderie – für Jahrzehnte einer der wichtigsten Akteure der bretonischen Regionalgeschichte – begründet wurde.

Bereits bevor 1890 an der *Faculté des Lettres* der Universität Rennes die akademische Institutionalisierung bretonischer Regionalgeschichte einsetzte, gab es dort einen *Cours complémentaires* zur keltischen Sprache und Literatur. Die Besonderheit des 1890 neu eingerichteten *Cours libre* für Geschichte der Bretagne<sup>11</sup> war, daß seine Lehrkraft, der bereits erwähnte Arthur de la Borderie, von der Stadt Rennes finanziert wurde, die sich auf Initiative der *Sociétés Savantes* dazu entschlossen hatte, den Kurs zu stiften. Dem französischen Zentralstaat, der das Universitätssystem trug, war nicht an diesem Kurs gelegen, der die bretonische Identität fördern konnte.

Mit der Installation der Regionalgeschichte an der Universität, spätestens jedoch zu Beginn des 20. Jahrhunderts ließ die inhaltliche und methodische Bedeutung der während des 19. Jahrhundert sehr einflußreichen gelehrten Gesellschaften spürbar nach, und der Einfluß wissenschaftlicher Kriterien, die sich aus der nationalen Diskussion ergaben, stieg an.

In Sachsen erhielt die Forschungstätigkeit auf landesgeschichtlichem Gebiet mit dem Beginn der Edition des *Codex diplomaticus Saxoniae regiae* in den sechziger Jahren erste professionelle Impulse. Ein weiterer Schritt auf diesem Weg war die Gründung der Zeitschrift „Neues Archiv für Sächsische Geschichte“, die seit 1880 Hubert Ermisch herausgab, Archivar am Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden und einer wichtigsten Akteure in der Landesgeschichte vor der Jahrhundertwende. Die Zeitschrift diente bis 1942 als Hauptorgan der landeshistorischen Forschung und spielte für die Standardisierung des wissenschaftlichen Handwerks, genauso wie für Information und Koordination der Aktivitäten in der landesgeschichtlichen Arbeit eine entscheidende Rolle. Auch andere Initiativen gingen seit den 1870er Jahren vom Hauptstaatsarchiv aus, indem die eigenen Bestände neu geordnet und Bestände anderer Archive erfaßt wurden, um sie zunehmend der wissenschaftlichen Benutzung sowie der Edition zu öffnen.

Den Beginn eines offiziell staatlich geförderten Betreibens von Landesgeschichte in Sachsen bezeichnet die Gründung der Sächsischen Kommission für Geschichte im Jahr 1896. Den Schritt zur akademischen Institutionalisierung schließlich stellte nur zehn Jahre später die Gründung des Seminars für Landesgeschichte und Siedlungskunde 1906 an der Universität Leipzig dar.<sup>12</sup> Es gab nun ein Universitätsinstitut, das nicht nur in Ar-

11 *Annuaire de l'instruction publique et des beaux-arts pour l'année 1891*, Paris 1891.

12 Vgl. u.a. W. Held/U. Schirmer (Hrsg.), Rudolf Kötzschke und das Seminar für Landesgeschichte und Siedlungskunde an der Universität Leipzig, Beucha 1999.

beitstellung mit der Historischen Kommission das Forschungsgebiet sächsische Geschichte unter anthropogeographischem Aspekt bearbeitete, sondern auch Lehrveranstaltungen anbieten konnte. Damit wuchs der Druck zur Entwicklung innovativer Konzepte für die Erfassung des Regionalen. Einflußreich in dieser Hinsicht wurde die von Rudolf Kötzschke auf der Grundlage seiner siedlungsgeschichtlichen Forschungen seit den zwanziger Jahren vertretene Volksgeschichte, die den Boden und das darauf lebende Volk zur Grundlage ihrer Geschichtstheorie und ihrer Methoden machte.

Ein besonderes Kennzeichen der Produktionsstrukturen von Regionalgeschichte, das sowohl in Sachsen wie in der Bretagne auftritt, ist die parallele und z.T. nicht klar zu trennende Wirksamkeit beider Arenen: Auch nach Verfestigung der akademischen Strukturen arbeiten die Geschichtsvereine aktiv weiter. Zugleich präsentiert die akademische Zunft ihre Forschungsergebnisse nicht nur in wissenschaftsadäquaten Publikationen, sondern weiterhin in der lokalen, regionalen oder supraregionalen Öffentlichkeit.

### 3. Region und Nation

Innerhalb der Gruppe von Faktoren, die den Begriff Meistererzählung strukturieren, spielt die Identitätsstiftung deshalb eine wichtige Rolle, weil sie über ihre soziale Integrationswirkung die Geltungskraft historischer Erzählungen verstärken kann. Spätestens mit Blick auf das Verhältnis von Region und Nation im 19. Jahrhundert stößt man aber auf die Frage nach konkurrierenden Erzählungsentwürfen, die aus der realen politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzung von regionalen und nationalen Modellen erwachsen und demnach verschiedene Identitäten zu konstituieren suchen. Wenn es stimmt, daß eine Meistererzählung zumindest grundsätzlich einen hegemonialen Anspruch entwickelt, müßte die regionale Version nach dem Sieg des nationalen Modells mehr und mehr in der Bedeutungslosigkeit versinken und somit anen in ihrer identitätsstiftenden Wirkung nachlassen.

Für beide hier betrachteten Regionen läßt sich beobachten, daß die Regional- bzw. Landesgeschichte nach Herstellung der nationalen Einheit jeweils Argumente für die historisch legitimierte separate Identität der individuell verfaßten Staaten zu finden vermochte (Partikularismus bzw. Separatismus). Zwangsläufig stießen diese Argumente mit den politischen Erwartungen der nationalen Historiographie zusammen.<sup>13</sup> Landesgeschichte als potentielle Verteidigungskraft der größtmöglichen Autonomie der

---

13 Vgl. I. Veit-Brause, The Place of Local and Regional History in German and French Historiography: some general reflections, in: Australian Journal of French Studies 15 (1978), S. 447-478.

Staaten sollte sich „rücksichtslos“ dem Bild der nationalen Geschichte zuwenden, um die mühsam gewonnene Einheit nicht zu gefährden.<sup>14</sup>

Die Akteure in den Geschichtskulturen Sachsens und der Bretagne verhielten sich in bezug auf dieses Problem jeweils unterschiedlich. Beim Vergleich der beschriebenen ersten Phase der Geschichtskultur, die von den Geschichtsvereinen getragen wird, fällt z.B. auf, daß die bretonischen *Sociétés Savantes* früher und intensiver aktiv werden als ihre sächsischen Pendanten. Meines Erachtens kann man das auf einen Motivations- und Innovationsstreb zurückführen, der in der Bretagne im Zusammenhang mit der weit früheren Bildung des französischen Nationalstaats und dessen zentralistische Struktur erfolgte. Die Bretagne, die bis 1532 unabhängiges Herzogtum gewesen war, wurde 1789 verwaltungstechnisch vollständig eingegliedert. Das hatte neben politischen auch Auswirkungen auf über Jahrhunderte gewachsene gesellschaftliche und kulturelle Traditionen. Ein Beispiel ist das Bildungssystem, in dem die bretonische Sprache unterdrückt und dessen historische Inhalte sehr früh vom Zentralstaat verstärkt auf französische Geschichte ausgerichtet wurden.<sup>15</sup>

Dabei hatte die Bretagne während der Französischen Revolution im Kampf gegen die Privilegien des Adels und auch im Moment der nationalen Integration zunächst eine frühe Begeisterung gezeigt, die sich im Aufstand von Rennes im Januar 1789 ausdrückte. Im Verlauf der Folgejahre allerdings wich der anfängliche Enthusiasmus einer verbreiteten Revolutionsverweigerung, die besonders vom ländlichen Klerus ausging. Als bedeutendste öffentliche Kraft entstand seit der Französischen Revolution und verstärkt seit 1830 „Le Bretonisme“, eine von rechten katholischen Kreisen getragene leidenschaftliche Protestbewegung, zu der auch die wichtigsten bretonischen Historiker des 19. Jahrhundert in engem Zusammenhang standen.<sup>16</sup> Sie wandte sich gegen die Zentralisation Frankreichs und setzte sich für die Bewahrung der traditionellen Zivilisation und die Emanzipation der Bretagne ein. Im Bezug auf die Französische Revolution gehörte die Bretagne bald in einem manichäischen jakobinischen Weltbild zu ihren separatistischen Feinden. Dies speiste die Erinnerung und soziale Integration im 19. Jahrhundert bis weit ins 20. Jahrhundert hinein. Die Bretagne fand nur in geringem Maße Anschluß an die nationalgeschichtliche Repräsentation. Sie grenzte sich nicht vorrangig von anderen französischen Regionen im Kampf um die kulturelle Deutungshoheit in der Nation ab, sondern betonte ihre periphere Lage. Dies führte bis zur Mobilisationsbereitschaft für einen z.T. noch romantisch aufgeladenen regionalen Sezessionismus in Teilen der Bevölkerung. Erst in den achtziger Jahren konnte die-

14 Erich Keyser, Deutsche Landesgeschichte, in: HZ 139 (1929), S. 252.

15 Vgl. C. Gendre/F. Javelier, École, histoire de France et minorités nationales, Lyon 1978.

16 J.-Y. Guiomar, Le bretonisme (Ann. 9).

ser Regionalismus mit der nationalen Erinnerung versöhnt werden, als auch „les résistances à la révolution“ in dieses *mémoire* aufgenommen wurden.<sup>17</sup>

Sachsen hingegen war zum Zeitpunkt der Herausbildung der ersten Geschichtsvereine noch ein eigenständiges Königreich. Allerdings hatte es seit der Mitte des 18. Jahrhunderts seinen politischen Einfluß mehr und mehr an seinen Konkurrenten Preußen verloren. Spätestens nach dem Ende des Wiener Kongresses, auf dessen Beschlüsse hin das Land mehr als die Hälfte seines Territoriums abgeben mußte, fand auch Sachsen sich in eine Außenseiterrolle gedrängt. Das Bewußtsein des Bedeutungsverlusts verschärfte sich mit zunehmender preußischer Dominanz im Nationalisierungsprozeß. Wie in der Bretagne stand die sächsische Historiographie daher von Anfang an im Spannungsfeld zwischen Nationalem und Regionalem und erfuhr einerseits eine ideologische Aufwertung als Kompensation dieser Widersprüche. Andererseits strebten in Sachsen breite Kreise die nationale Einigung an, so daß die Stärkung regionaler Identität dem sich festigenden Nationalbewußtsein nicht grundsätzlich entgegenwirkte. Deshalb läßt sich in Sachsen eher eine Konkurrenz mit anderen Regionen als zur Nation beobachten. Diese Regionenkonkurrenz bleibt aber in Deutschland ein „weicher“ Identifikationsfaktor unterhalb der politischen Mobilisationsschwelle, weswegen sich Sachsen auf lange Sicht auch mit der preußischen Dominanz arrangieren konnte.

Dem widerspricht auch nicht der Institutionalisierungsschub in der Landesgeschichte, der in Sachsen nach der Gründung des Deutschen Reichs von 1871 erfolgte und auf zumeist staatlich geförderten Strukturen beruhte. Zum einen befiel die föderalistische Struktur des Deutschen Reichs die Verantwortung für Kultur- und Bildungspolitik bei den Einzelstaaten, was nicht für Protest, sondern eher für das Ausnutzen der vorhandenen Möglichkeiten spricht. Zum anderen beruhte diese Entwicklung auf einem anderen Denkmodell. Während vor, während und unmittelbar nach der Einigungsperiode die nationale Geschichte im Mittelpunkt der Bestrebungen der Historiker stand, durfte nun auch die regionale Geschichte wieder zum Zuge kommen. Dies um so mehr, als sie von den Historikern der Jahrhundertwende häufiger als Testfeld der in der Nationalgeschichte entwickelten Methoden betrachtet wurde denn als Gegenentwurf zum gesamtdeutschen Modell.

Im Vergleich zeigt sich also, daß die Verhaltensmuster regionaler Historiker im politischen Prozeß sehr unterschiedlich sein können. Während sie in Sachsen eher auf ein Arrangieren mit dem nationalen Entwurf einer Meistererzählung zielten, wurden sie in der Bretagne viel stärker für ein separatistisches politisches Modell instrumentalisiert.

---

17 So der Titel einer Konferenz von 1985 in Rennes, deren Ergebnisse von Roger Dupuy und François Lebrun herausgegeben wurden.

#### 4. Der Topos des ethnischen Ursprungs

Ein wichtiges identitätsstiftendes Element historischer Texte kann die Verlängerung der Geschichte so weit wie möglich in die Vergangenheit sein, um zum einen Kontinuität, Tradition und Zeitlosigkeit zu betonen und zum anderen die Legitimität des Anspruches auf Macht und Einfluß herzustellen. Sowohl viele sächsische als auch bretonische Darstellungen bedienen sich dieses Mittels.

Im Vergleich findet sich hier aber auch ein entscheidender Unterschied: Die Besonderheiten der Bretagne lassen sich ethnisch aufladen – während dies in Sachsen nicht funktioniert. Das führt zu unterschiedlich konstruierten Erzählmustern und verschiedenen narrativen Elementen, die von den Historikern benutzt werden.

Auf dem Gebiet der späteren Bretagne hielten bereits 700 v. Chr. die Kelten in Form von gallischen Stammesverbänden Einzug, womit die bretonische Geschichte deutlich früher als die sächsische beginnt.<sup>18</sup> Zwar ist ebenso wie in Sachsen das „eponyme“ Volk der Britannier, die im 5.-7. Jahrhundert vom südlichen Britannien über den Ärmelkanal kamen, ein Spätankömmling. Es vertrieb aber die Kelten nicht, sondern vermischte sich mit ihnen. Auch die verschiedenen Besatzungsmächte, denen die Bretagne im Laufe der Geschichte immer wieder ausgesetzt war, konnten diese Ursprungslegende nicht zerstören – die Bretonen gingen auch aus verlorenen Schlachten und jahrhundertlangen schweren Besatzungszeiten stets als die moralischen Sieger hervor. Einen wichtigen Beitrag zum Gefühl einer ethnischen Reinheit der ursprünglichen Bevölkerung leistete die aus dem Keltischen stammende bretonische Sprache, die zwar als Amtssprache mit der Französischen Revolution vom Französischen abgelöst worden war und als Sprache der ländlichen Bevölkerung und der niederen Klassen immer geringer geachtet wurde, in weiten Teilen der niederen Bretagne aber bis heute lebendig ist. Alle Faktoren zusammen suggerierten schließlich einen abgeschlossenen Raum, der sich auf ein kontinuierliches Anderssein vom Mittelalter bis in die Gegenwart berufen konnte. Dies war ein weiteres Argument für die Bretagne, nicht die französische Dominanz zu beanspruchen, sondern vor allem den Kontrast zur französischen Nation zu pflegen; der sich historisch immer dann noch zuspitzte, wenn die Einheits- und Zentralisierungsbestrebungen stärker wurden. Auch dieser Gegensatz konnte als nachhaltiges Argument einer politisch Instrumentalisierung, z.B. in der Separatistenbewegung, dienen.

Anders in Sachsen, dessen späteres Territorium im 8. und 9. Jahrhundert durch slawische Stämme besiedelt wurde, die in den Ortsnamen und der Existenz einer slawisch sprechenden Minderheit in der Lausitz deutliche

---

<sup>18</sup> H. Duranton, „Nos ancêtres, les Gaulois“. Genèse et avatars d'un cliché historique, in: Cahiers d'histoire 14 (1969), S. 339-370.

Spuren hinterließen. Das Nationalvolk bilden für die Historiker des 19. Jahrhunderts aber die Deutschen, die im Zuge der Ostkolonisation auch in den sächsischen Raum eindringen. Zwar bezieht sich die Geschichtsschreibung eindeutig auf die „eponymen“ Sachsen, die aus dem Raum Niedersachsen im 10. Jahrhundert in Richtung Südosten zogen. Die Besiedlung im Mittelalter erfolgte aber nicht nur aus einer Gegend. Diese Durchmischung von Slawen, Sachsen und anderen germanischen Stämmen bildet ein wesentliches Problem der historischen Beschäftigung mit dem sächsischen Raum, da sie keine klare Ursprungslegende zuläßt und somit den Beginn der „eigentlichen“ sächsischen Geschichte in Frage stellt. Zwar bezieht sich die sächsische Geschichtsschreibung fast durchweg auf die deutsche Besiedlung, die sich mit der Bekehrung zum Christentum verbindet. Das slawische Erbe hingegen taucht kaum auf. In der historischen Selbststilisierung herrscht dennoch nie das Bild des abgeschlossenen Raums, sondern eher das einer ethnischen Mischzone, das letztlich die Aufgeschlossenheit gegenüber anderen deutschen Regionen widerspiegelt (z.B. Sachsen als Kaufleute).

Das könnte übrigens ein Grund dafür sein, daß bereits im 19. Jahrhundert von Sachsen ein ernsthaftes Interesse für die Geschichte der Bretagne und für die dort kultivierte Keltologie ausging – was allerdings nicht auf Gegenseitigkeit beruhte.<sup>19</sup>

## 5. Zusammenfassung

Jeweils zwei entscheidende Übereinstimmungen und Unterschiede regionalgeschichtlicher Entwicklung in Sachsen und der Bretagne im 19. Jahrhundert sollten im vorangegangenen Text deutlich geworden sein:

1. Hinsichtlich der formalen Aspekte der Institutionalisierung, die in beiden Fällen in zwei Phasen verläuft, ergeben sich grundsätzliche Ähnlichkeiten: In einer ersten Phase erweist sich die Organisation der Akteure in Vereinen auf privater Basis als günstig. In der zweiten Phase setzt die akademische Institutionalisierung ein, die in Sachsen vom Staat, in der Bretagne von regionalen oder kommunalen Trägern finanziert wird. In beiden Fällen bleiben daneben bis heute die Laien in der Popularisierung der Geschichtsbilder aktiv.
2. Der unterschiedliche Ausgang der Auseinandersetzungen zwischen Region und Nation schlägt sich auch im sich verändernden Verhältnis zwischen nationalem und regionalem Entwurf historischer Meistererzählungen nieder. Als Indikatoren für die unterschiedlichen Verläufe können die Zeitpunkte dienen, zu denen die Akteure auf den Plan treten.

---

<sup>19</sup> B. Plötner, Zur vermittelnden Rolle sächsischer Verleger in der Frühzeit der vergleichenden Keltologie, in: M. Espagne/M. Middell (Hrsg.), Von der Elbe bis an die Seine. Kulturtransfer zwischen Sachsen und Frankreich im 18. und 19. Jahrhundert, Leipzig 1993, S. 295-313.

Die Bretagne wird wesentlich früher vom erheblich auf Zentralisation ausgerichteten Frankreich assimiliert, was jahrhundertlang gewachsene Traditionen stört oder gar nivelliert. Daraufhin entsteht bereits zu Anfang des 19. Jahrhunderts ein intensiver Vergangenheitsbezug breiter Kreise, der sich in hohen Mitgliederzahlen sowie stärkeren und über die lokale Ebene weit hinausreichenden Aktivitäten der *Sociétés savantes* äußert. Regionale Geschichtskonstruktionen können hier viel stärker für politischen Separatismus instrumentalisiert werden. – Die sächsischen Geschichtsvereine hingegen finden erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu verstärktem Engagement. Dafür setzt hier mit der Jahrhundertwende eine intensive akademische Institutionalisierung ein, die auch in methodischer Hinsicht hohe Strahlungskraft entwickelt. Die herkömmliche territorialgeschichtliche Meistererzählung allerdings verliert in Sachsen auf Dauer ihren Hegemonieanspruch. Auch wenn sich die Akteure nicht in jeder Hinsicht der Deutungshoheit der Nationalgeschichte unterwerfen, arrangieren sie sich doch aus politischen Gründen mit ihr. Dadurch degeneriert die sächsische Meistererzählung zu einer Suberzählung, die den nationalen Entwurf stabilisiert.

3. Eine weitere Gemeinsamkeit beider Fälle ist die Herausbildung typischer Geschichtsbilder und Sinnkonstruktionen, die helfen, den Geschichtsverlauf der Region als eine „Erfolgsgeschichte“ zu interpretieren. In der sächsischen wie in der bretonischen Historiographie scheint die Vorstellung einer „historischen Aufgabe“ Wirksamkeit entfaltet zu haben. Diese Aufgabe schien in der Laufbahn der Geschichte an der Unfähigkeit der Fürsten zunächst gescheitert, wird aber vom Volk übernommen, welches durch spezifische Charakterzüge zur Erfüllung befähigt ist.
4. Große Unterschiede indes – sowohl in der historiographischen Konstruktion als auch in ihrer identitätsstiftenden Wirksamkeit – enthalten die inhaltlichen Elemente und rhetorischen Formen, auf die sich die Sinnzuschreibungen im einzelnen stützen. Dies zeigt der Topos des ethnischen Ursprungs, der die bretonische Geschichte durch ihren ausgeprägten Bezug auf die Kelten ethnisch aufladbar macht. Er führt zu dem Bild von der Bretagne als authentischem, abgeschlossenem, ethnisch reinem Raum, der sich auch politisch nachhaltig instrumentalisieren läßt. Sachsen hingegen, dessen slawisch-germanische Besiedlung eine solche Aufladung nicht zuläßt, präsentiert sich nach außen eher als offene Mischzone, die dementsprechend dem Nationalisierungsprozeß kaum etwas entgegensetzt.

Bei genauerem Hinsehen entpuppen sich also die Gemeinsamkeiten der hohen vertragsschließenden Seiten eher als Unterschiede. Eine Aufgabe der Historiker sollte es sein, über die Mißverständnisse aufzuklären, die durch die Konstruktion vorgeblicher historischer Übereinstimmungen auf die Geschichte abgeladen werden.

Árpád v. Klimó

### **„Runde“ Jahrestage in der DDR und in Ungarn.<sup>1</sup> Überlegungen zu einem Vergleich staatssozialistischer Gründungsfeiertage**

Eine Reise für zwei Personen auf die Salomoninseln als Hauptpreis schrieb kürzlich die ungarische Brauerei Dreher aus, Einsendeschluß: der 20. August 1999. Dieses Datum ist kein willkürlicher Termin, sondern seit 1990 höchster Staatsfeiertag, der sogenannte „St. Stephanstag“. Gäbe es noch die ungarische Volksrepublik, wäre sie nicht wie die DDR 1990 „untergegangen“, so hätte man an diesem Tag außerdem den 50. Jahrestag dieses sozialistischen Staates feiern können. Statt dessen wird in diesem Jahr die tausendjährige Wiederkehr der Krönung von Ungarns erstem König, eben jenes Heiligen Stephan, mit viel Aufwand begangen. Mit diesen Feststellungen könnte man es mit dem Vergleich zwischen dem „tausendjährigen“ Ungarn und der vierzigjährigen DDR unter Verweis auf deren Unvergleichbarkeit bereits bewenden lassen. Daß sich ein Vergleich der Gründungsfeiern beider sozialistischer Staaten dennoch lohnt, zeigt ein Blick auf 1989 und 1959.

Am 7. Oktober 1989 ließ die SED mit großem Pomp den 40. Jahrestag der DDR inszenieren. Mehr als 100.000 Mitglieder der FDJ zogen am Abend in einem Fackelzug durch die Hauptstadt und „bekräftigen ihren festen Willen, den Sozialismus in der DDR zu stärken und zu schützen sowie die Ideen von Marx, Engels und Lenin unter Führung der SED zu verwirklichen.“<sup>2</sup> Honecker betonte in seiner Festansprache, daß dem Sozialismus die Zukunft gehöre. Nur knapp sechs Wochen zuvor fand dagegen das 40. Jubiläum der Volksrepublik in den Reden führender ungarischer Politiker keine Erwähnung. Anders als die SED-Funktionäre werteten die ungarischen Reformkommunisten die vergangenen Jahrzehnte negativ, zugleich sprachen sie sich aber selbst zu, die Zukunft gestalten zu können. Neue Akteure, wie die Mitglieder des Ungarischen Demokratischen Forums, der zukünftigen Regierungspartei (1990–1994) oder das Oberhaupt

---

1 Der vorliegende Beitrag ist die Erweiterung einer Rezension des kürzlich erschienenen Bandes *Wiedergeburten. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR*, hrsg. von M. Gibas, R. Gries, B. Jakoby und D. Müller, Leipzig 1999. Die kurze Rezension erscheint in der *Neuen Politischen Literatur*. Außerdem beziehe ich mich auf die Beiträge in der *Universitas* 54 (April 1999), Nr. 634.

2 M. Gibas/R. Gries, *Die Inszenierung des sozialistischen Deutschland. Geschichte und Dramaturgie der Dezentennialfeiern in der DDR*, in: *Wiedergeburten*, S. 11-40, hier S. 11.

der katholischen Kirche, konnten erstmals öffentlich eigene Feierlichkeiten veranstalten. Wenig später, am Wochenende, als in Berlin der 40. „Geburtstag“ der DDR begangen wurde, änderte die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei ihren Namen und versuchte, sich von ihrer Vergangenheit als Staatspartei zu lösen und als sozialdemokratische Partei (west-) europäischen Typs wiederzuerstehen.<sup>3</sup> Doch noch war unklar, in welche Richtung die weitere Entwicklung gehen würde. So hielten sich die ungarischen Genossen weiterhin an das im Warschauer Pakt bewährte Ritual und schickten offizielle Grußtelegramme an die SED sowie eine kleine Funktionsdelegation nach Berlin.<sup>4</sup>

Dreißig Jahre zuvor hatte das Bild noch ganz anders ausgesehen, nämlich relativ einheitlich. Beide Länder feierten den zehnten „Geburtstag“ ihrer staatssozialistischen Verfassungen. Sogar die Vermittlung des Ereignisses war sehr ähnlich: In beiden Ländern verkörperten zehnjährige Jungpioniere die großen Aufbauertfolge des vergangenen Jahrzehnts und verwiesen auf die strahlende Zukunft „ihrer“ jungen „Arbeiter- und Bauernstaaten“.<sup>5</sup>

Die 1950 eingeführten Nationalfeiertage stellten Versuche der Staatsparteien dar, ihre Herrschaft nicht nur als „Sieg der Geschichte“, als Vollzug historischer Gesetzmäßigkeiten zu legitimieren, sondern zugleich das gesamte Staatsvolk über die Vermittlung einer neuen Zeitordnung in das System zu integrieren.<sup>6</sup> Mit der Durchsetzung einer dualistischen Zeitordnung, welche die Vergangenheit, die Zeit vor 1945 zur „Zeit der

3 Die „Népszabadság“ (Volksfreiheit), das Zentralorgan der Partei, titelte am 7. Oktober 1989 noch etwas linkisch: „Der Kongreß der Diskussionen hat begonnen. Unser Ausgangspunkt kann nur das sein, was das ungarische Volk wünscht. Eine oder zwei Nachfolgeparteien?“

4 Die „Népszabadság“ berichtet auf Seite 13 derselben Ausgabe über die Feierlichkeiten in der DDR. Unter dem Titel „Jahrestagsfeiern in Berlin. Gorbatschow: Die Vielgestaltigkeit ist nicht Hemmung, sondern Motor der Zusammenarbeit“. Im Beitrag kritisierte Pál Léderer, der Berliner Korrespondent, daß die Rede Honeckers, „die aus einer Aufzählung von Erfolgen bestand, weder zur Innen- noch zur Außenpolitik neue Elemente enthielt.“ In derselben Ausgabe wird der Polizeieinsatz gegen Demonstranten in Leipzig und die polizeiliche Ausweisung von Léderer gemeldet. Vgl. Népszabadság (NSz), 7. Oktober 1989.

5 Zum „So alt wie unsere Republik“-Motiv in der DDR: Wiedergeburten, S. 32f., 135, 286, 290, 292, 294, 298f. In der „Népszabadság“ erschien zum 20. August 1959 eine doppelseitige Einlage mit Bildern und kurzen Texten, welche die Erfolge in Wirtschafts- und Sozialpolitik des letzten Jahrzehnts illustrieren sollte. Auf dem ersten Photo wird Gábor Mészáros „vorgestellt“, „geboren am 20. August 1949, am Geburtstag der Verfassung unserer Volksrepublik“. Zu sehen ist ein jubelnder Junge in Pionieruniform. Auf einem Bild in der Mitte ist Gábor als Besucher des „am 20. August 1954 geborenen Martinbetriebs“ in Sztálinváros (Stalinstadt, heute: Dunaújváros) zu sehen, die „bis heute schon 800.000 Tonnen Stahl produzierte“. NSz, 20. 8. 1959.

6 R. Gries, Die runden „Geburtstage“, künstlicher Pulsschlag der Republik. Zeitkultur und Zeitpropaganda in der DDR, in: Wiedergeburten, S. 285-304.

Unterdrückung“, die Jahre danach zur „Zeit der Befreiung“ machte, verbanden sich unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe der verschiedenen „Zeitalter“. So konnten die „Befreier“ von 1945 in den Jahren 1953 bzw. 1956 auch gar nicht als „Unterdrücker“ auftreten, sondern nur als „Retter“ jener „gerechten Ordnung“, welche „Mächte der Vergangenheit“ („Faschisten“) umstürzen wollten.<sup>7</sup> Aus diesem Grund spielte die Neubewertung von 1956 in Ungarn eine so herausragende Rolle beim „Systemwechsel“ 1989/90.<sup>8</sup> Die Wiederbestattung von Imre Nagy im Juni wurde zur herausragenden Massenveranstaltung der ungarischen Wendezeit.<sup>9</sup> Der Aufstand in der DDR spielte in der ostdeutschen Wende dagegen kaum eine Rolle. Auch der Versuch, in der BRD einen „17. Juni“-Kult zu installieren, scheiterte.<sup>10</sup> Viel symbolträchtiger war der Mauerfall.<sup>11</sup> Die beiden Ereignisse: Mauerbau 1961 und 1956 markierten die jeweils tiefsten Krisen der beiden sozialistischen Staaten. Ihre Überwindung 1989 wurde daher auch zu den wichtigsten Symbolen der jeweiligen Wende, zu Zeichen des Umsturzes der 1949 errichteten Zeitordnungen. Im folgenden sollen die Gründungsfeiern beider sozialistischer Staaten als Tage der Erinnerung und Bestätigung dieser Zeitordnungen verglichen werden. Zunächst wird der Charakter der beiden Gründungsfeiertage verglichen (I.), dann die unterschiedliche Entwicklung der Feiertagspropaganda an den „runden“ Jahrestagen 1959, 1969, 1979 betrachtet (II.), um am Ende einige Fragen für eine vergleichende Untersuchung formulieren zu können (III.).

---

7 Kádár formulierte dies 1959 anlässlich der Feiern zum Verfassungstag so: „Diese Macht ist heute die wichtigste Waffe des werktätigen Volkes, mit welcher es die Welt der Unterdrückung und der Entbehrung: die kapitalistische Vergangenheit endgültig vernichtet und für immer begräbt [so wie Imre Nagy! A. v. K.] und das sozialistische Land der Freiheit und des Wohlstands zum vollkommenen, endgültigen Sieg führt. Die früheren Kapitalisten, die früheren Großgrundbesitzer, die Faschisten und die Revisionisten – unterstützt von ihren ausländischen Freunden und der ganzen internationalen Reaktion – schlugen 1956 gegen die Volksherrschaft los.“ Vgl. NSz., 22. 8. 1959. Kádár starb wenige Tage vor der Exhumierung von Imre Nagy.

8 Vgl. H. Nyssönen, Der Volksaufstand von 1956 in der ungarischen Erinnerungspolitik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1999 (im Druck).

9 Eine eindringliche Analyse dieses Ereignisses bietet: I. Rév, Paralell Autopsies, in: Re-presentations 49 (Winter 1995), S. 15-39.

10 E. Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 45 (1998), S. 3-15.

11 So sprachen zahlreiche Transparent von DDR-Demonstranten die Mauer, fast keine jedoch den 17. Juni an, vgl. D. Müller, 40 Jahre DDR und – Tschüss, in: Wiedergeburten, S. 171-183.

## I. Der unterschiedliche Charakter der „Gründungstage“ 20. August und 7. Oktober und die Feiertagsordnung der beiden sozialistischen Staaten

Auf den ersten Blick ähnelte die Feiertagsordnung beider sozialistischer Staaten einander sehr. Neben dem 1. Mai waren die wichtigsten Feiertage die „Tage der Befreiung“, die in beiden Ländern verschiedene Funktionen erfüllten. Ungarn war am Angriff auf die Sowjetunion beteiligt. Ihm haftete der zweifelhafte Ruf des „letzten Verbündeten Hitlers“ an, weil ungarische Soldaten bis April 1945 an der Seite der Wehrmacht kämpften und es keinen nennenswerten antifaschistischen Widerstand gab. Die ungarischen Regierungen standen schon vor der Besetzung durch deutsche Truppen im Frühjahr 1944 und vor der Errichtung einer faschistischen Diktatur in Herbst als „Bastion des christlichen Abendlandes“ fest zum „Kreuzzug“ gegen den „atheistischen Bolschewismus“. Vor diesem Hintergrund kam daher dem „Tag der Befreiung“ des Landes, dem 4. April, eine ähnliche Bedeutung wie dem 8. Mai in der DDR zu, als Erinnerung daran, daß mit der Befreiung durch die Rote Armee die ungarische Nationalgeschichte eine radikale „Zeitenwende“ erfuhr. Dieser höchste Nationalfeiertag diente zudem – wie in der DDR – der Propagierung des antifaschistischen Gründungsmythos der Volksrepublik.

Andererseits hatte sich in Ungarn bereits im Dezember 1944 auf Anweisung der Sowjetunion eine neue, provisorische Zentralregierung gebildet. So konnte die ungarischen Kommunisten später im Gegensatz zu ihren deutschen Genossen noch einen zweiten Gründungsmythos konstruieren: den der Befreiung schon im Jahre 1944. Dies wirkte sich auf die Planung der Patriotischen Volksfront Ungarns zu den Feiern der „Jahrestage der Befreiung der sozialistischen Brüdervölker“ im Jahre 1969 aus. Außenminister János Péter ordnete anlässlich der 25. Jahrestage der Befreiung Rumäniens und Bulgariens Kranzniederlegungen an den rumänischen und bulgarischen Ehrenmälern im Lande an.<sup>12</sup> Die „führende Rolle“ der Sowjetunion wurde protokollarisch dadurch betont, daß man die sowjetischen Ehrenmäler in diesem Jahr sogar dreimal „begränzte“: am 23. Februar („Geburtstag der Roten Armee“ vor 50 Jahren), am 4. April (Befreiungstag) und am 7. November. Der DDR wurden solche Ehrungen nicht zuteil – sie hatte, nach Ungarn, die schwächste „antifaschistische“ Tradition aufzuweisen. Die versteckte protokollarische Zurücksetzung der DDR hing wohl auch mit der in den Jahren nach 1945 virulenten antideutschen Propaganda der Kommunistischen Partei Ungarns und ihrer Verbündeten zusammen, die es erlaubte, den Krieg und die Kriegsverbrechen den „Deutschen“ allein anzulasten und einen kleinen Teil der ungarischen

<sup>12</sup> MOL 288 /22/1969, 1. öe. Vorschlag an das Politische Komitee zu den politischen Feiern.

Kriegsverbrecher als „Verräter“ aus der „Nation“ auszuschließen.<sup>13</sup> Dennoch betonte die Sowjetunion auch gegenüber Ungarn je nach Bedarf entweder dessen „antifaschistische Tradition“ oder aber dessen „faschistische Vergangenheit“.

Die Feiertagstrias komplettierte in beiden Ländern der Tag der Inkraftsetzung der neuen staatssozialistischen Verfassung. Der 20. August, der, wie gesagt, auch heute noch ungarischer Nationalfeiertag ist, hatte aufgrund seiner Vorgeschichte allerdings eine andere Bedeutung als der 7. Oktober.<sup>14</sup> Der Feiertag ging auf die Heiligsprechung von König Stephan im 11. Jahrhundert zurück.<sup>15</sup> Im Laufe des 19. Jahrhunderts bauten die politischen Eliten den Tag allmählich zum „Nationalfeiertag“ aus, der die staatliche Unabhängigkeit und die „christlich-katholische“ Begründung des ungarischen Staates symbolisieren sollte. Nach dem Ersten Weltkrieg rückte ihn das Horthy-Regime in den Mittelpunkt seiner „national-christlichen“ Propaganda. Seit den späten 1930er Jahren nutzten ihn auch antideutsche Kräfte, vergeblich, für die Propagierung einer ungarischen Neutralität gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland. Im Jahr 1947 avancierte der Tag zu einer von der katholischen Kirche organisierten Massenveranstaltung mit einer halben Million Teilnehmer. In seiner Festrede betonte der 1948 inhaftierte Kardinal Mindszenty den „christlichen“ Charakter der ungarischen Nation; eine Botschaft, die eindeutig gegen den Machtanspruch der Kommunisten gerichtet war. Die vereinigte Arbeiterpartei verhinderte 1948 erstmals die katholische Feier und inszenierte an gleicher Stelle, auf dem Budapester Heldenplatz, ihre eigenen „Feiern des Neuen Brotes“.

Diese „Brotfeiern“ waren eine Art politisches Erntedankfest, das seit 1945 das „Bündnis von Bauern und Arbeitern“ symbolisieren sollte.<sup>16</sup> Repräsentanten der Industriearbeiterschaft erhielten von Repräsentanten des

13 M. Szöllösi-Janze, „Pfeilkreuzler, Landesverräter und andere Volksfeinde.“ Generalabrechnung in Ungarn, in: Politische Säuberungen in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg, hrsg. von K.-D. Henke u. H. Woller, München 1991, S. 311-357.

14 Leider erfährt man in „Wiedergeburten“ nichts darüber, warum ausgerechnet der 7. Oktober als Gründungstag gewählt wurde. Hierin zeigt sich, wozu der Vergleich gut ist: er gibt dem scheinbar Unwichtigen und Zufälligen Bedeutung.

15 Ausführlich dazu: A. v. Klimó, Die Heilige Rechte des Königs. Eine Reliquie als Objekt der Zeitgeschichte, in: „Geschichte Macht Körper – Körper Macht Geschichte“, hrsg. vom Bielefelder Graduiertenkolleg Sozialgeschichte, Gütersloh 1999, S. 75-99; Ch. M. Hann, Socialism and King Stephen's Right Hand, in: Religion in Communist Lands 18/1 (1990), S. 4-24.

16 P. Niedermüller, Die Volkskultur und die Symbolisierung der Gesellschaft: Der Mythos der Nationalkultur in Mitteleuropa, in: Tübinger Korrespondenzblatt 40 (1991), S. 27-43; K. Sinkó, Zur Entstehung der staatlichen und nationalen Feiertage in Ungarn, in: Der Kampf um das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa, hrsg. von E. Brix u.a., Wien 1999, S. 251-272, hier S. 267 weist auf protestantische und sowjetische Vorbilder für diese Art von Feiern hin.

„Bauerntums“ das „neue Brot“ überreicht und revanchierten sich mit „Geschenken“, wie etwa Traktoren oder landwirtschaftlichen Werkzeugen.<sup>17</sup> Doch die „Brotfeiern“ als politische Erntedankfeste waren keine „Erfindung“ der KP, sondern des Horthy-Regimes.<sup>18</sup> So kopierten die neuen Staatsparteien Zeremonien ihrer Vorgänger: die SED die Fackelzüge des Nationalsozialismus, die Partei der Ungarischen Werktätigen die Feuerwerke aus der Zeit des Horthy-Regimes.

Aus Platzgründen kann ich dies hier nicht weiter ausführen. Wichtig scheint mir, daß die genannten Unterschiede der Gründungstage auf mindestens drei wesentliche Unterschiede zwischen der DDR und der VR Ungarn verweisen: das unterschiedliche Vorgängerregime, die unterschiedlichen Feindbilder sowie unterschiedliche sozio-ökonomische und kulturelle Faktoren.

Erstens war das Horthyregime keine „faschistische“ Diktatur wie das nationalsozialistische Deutschland, sondern ein autoritärer Staat mit feudalen Zügen. In diesem hatten die Kirchen aufgrund der national-christlichen Ideologie eine hervorgehobene Rolle gespielt. Die nationalsozialistische Diktatur baute hingegen auf einer neuheidnischen Ideologie auf und bemühte sich, die Kirchen aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen. Aufgrund ihrer wichtigen Funktion im Horthy-Regime stellte die sogenannte „klerikale Reaktion“ den Hauptgegner der KP dar, der nicht nur mit Gewalt, sondern auch durch die Ersetzung von dessen Zeremonien durch neue Rituale bekämpft werden sollte. Mit der Übernahme des Stephansfestes und seiner Umdeutung zum „Verfassungstag“ sollte der katholischen Kirche ihr wichtigster nationalhistorischer Erinnerungsort entrisen werden. Die Jugend sollte durch das Budapester „Weltjugendtreffen“ am 20. August 1949 von der Kirche weg- und zur Partei hingezogen werden. Die Propaganda-Abteilung des Budapester Parteikomitees meldete am 23. August:

„Es ist uns gelungen, den diesjährigen 20. August vollständig dem Einfluß der klerikalen Reaktion zu entziehen. Erfolgreich wurde er zum Tag des werktätigen

17 R. Gries, „.... deckt alle mit den Tisch der Republik!“ Kleine Geschichte der Geburtstagsgeschenke, in: Wiedergeburten, S. 86-90.

18 Horthy hatte 1941 eine ganz ähnliche Veranstaltung, den „Tag des ungarischen Neuen Brotes“ inszenieren lassen, und zwar in Szabadka (heute: Subotica, Jugoslawien), einer ehemals ungarischen Stadt, die im Zuge des deutschen Überfalls auf Jugoslawien wieder an das Königreich Ungarn angegliedert wurde. Anlässlich dieser Feier überreichte ein Bauer in ungarischer Tracht dem Reichsverweser das „neue Brot“ – vier Jahre später, am 20. August 1945, ließ sich Rákosi, der spätere stalinistische Diktator, von einem Bauern in ungarischer Tracht das „neue Brot“ überreichen. Das Brot symbolisierte das neue Leben, die alljährliche „Wiedergeburt“ der Gemeinschaft. In seiner politisierten Form vertraut der „Bauer“, der die gesamte Nation verkörpert, bei der Feier dem „Führer“ die Geschicke des Volkes an.

Volkes, der Verfassung, des Neuen Brotes. Wir haben den 20. August mit einem neuen Inhalt gefüllt.“<sup>19</sup>

Warum die SED den 7. Oktober, einen historisch „unbedeutenden“ Tag als Gründungsdatum wählte, bleibt eine offene Frage. Es gab keinen 20. August (daß es in Deutschland keine seit dem 19. Jahrhundert durchgängige Nationalfeiertage gab, hängt u.a. mit der föderalen Verfassung des Reiches zusammen). Vielleicht sollte der provisorische Charakter des Teilstaates hervorgehoben werden, vielleicht der historische Neuanfang (ähnlich wie in Bonn)? Schließlich hatte die SED sich noch 1948, wie ihre ungarischen Genossen auch, geschichtspolitischer Mittel bedient, indem sie sich als „Erbin“ der national-revolutionären Traditionen aufspielte.<sup>20</sup> Zwar betonte auch die SED Adenauers enge Beziehungen zur katholischen Kirche, um ältere antikatholische, aus dem protestantischen Nationalismus stammende Affekte zu mobilisieren (Katholiken als „Reichsfeinde“), aber doch in wesentlich geringerem Maße als in Ungarn.

Drittens war Ungarn ein noch größtenteils agrarisches Land gewesen, wo die KP stärker mit dem Problem der Integration des „Bauerntums“ konfrontiert war – hier konnte sie allerdings mehr von der Sowjetunion „lernen“.

Interessant wäre auch ein Vergleich der Architekturen staatlicher Repräsentation in Budapest und Berlin<sup>21</sup>: Das riesige Parlamentsgebäude an der Donau, die Verkörperung der Idee eines „tausendjährigen“ ungarischen Staates aus dem späten 19. Jahrhundert und der ebenfalls zum Millennium 1896 errichtete „Heldenplatz“ sowie das Nationalmuseum gaben auch im sozialistischen Ungarn die Kulisse für die großen Staatsfeiern ab. Man knüpfte so an den bürgerlich-adligen Nationalismus an, jedoch nicht an die Habsburgermonarchie: Die Budapester „Burg“ wurde erst in den sechziger Jahren wiederaufgebaut und beherbergt seither Museen und die Staatsbibliothek. Zudem wurden neue Feierstätten wie das riesige Stalin-Denkmal errichtet (1956 von wütenden Demonstranten niedergerissen), doch erlangten diese keine vergleichbare Bedeutung. Der Willen zum historischen Neuanfang scheint in beiden deutschen Staaten ausgeprägter gewesen zu sein als in Ungarn. Das zeigt etwa die Entscheidung für Bonn statt Frank-

<sup>19</sup> Zit. n. MOL 95.f. 3. cs. 239 ö.e., Bl. 66-67.

<sup>20</sup> Von der Paulskirche bis zum Volkskongreß. Politische Richtlinien zur Durchführung der Veranstaltung „1848 bis 1948“, in: Dokumente der SED I, S. 265 ff.; Ungarn: A. v. Klimó, 1848/49 in der politischen Kultur Ungarns, in: 1848 im europäischen Kontext, hrsg. von H. Fröhlich u.a., Wien 1999, S. 204-222.

<sup>21</sup> Vgl. den Beitrag von J. Düwel, „Willst Du für Jahrhunderte bauen, dann mußt Du Menschen erziehen“. Architektur und Stadtplanung in Berlin, Hauptstadt der DDR, in: Wiedergeburt, S. 103-118.

furt/Main als Hauptstadt<sup>22</sup>, aber auch die Staatsarchitektur *beider* Teilstaaten.

## II. Die Veränderung der Feiern zum „Verfassungstag“ in Ungarn 1959, 1969, 1979

Wie bereits gesagt, wurde der jeweilige Verfassungstag in beiden Ländern relativ ähnlich begangen. Es gab Aufmärsche und Festreden, Volksfeste, „Übergaben“ von Betrieben, Einweihungen von LPGs. 1953 wurde das Budapester „Nép(Volks)stadion“ zum Verfassungstag feierlich eingeweiht. Doch sollten die ähnlichen Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag nicht über einen wichtigen Unterschied hinwegtäuschen: Der Aufstand von 1956 veränderte die kommunistische Diktatur wohl tiefgreifender als der 17. Juni die DDR. Dies sollte sich auch beim ersten „runden“ Geburtstag zeigen. Der 10. Jahrestag der ungarischen Volksrepublik fiel in die erst 1961 bedendete Phase der Rache und der Unterdrückung jeglichen Widerstands, die durch Hunderte von Hinrichtungen gekennzeichnet war. Die Feiertagsreden waren geprägt von Verurteilungen der „Konterrevolutionäre“ von 1956. Auf dem Titelblatt der auflagenstarken Literaturzeitschrift „Élet és Irodalom“ (Leben und Literatur), die zum Verfassungstag ihren Titel auf rotem Grund (sonst: blau) trug, ließ sich der linientreue (1956 von den Antistalinisten zum Rücktritt gezwungene) evangelische Bischof und Publizist László Dezséry über das Thema „Die zehnjährige Verfassung und die nationale Moral“ aus. Er unterstrich, daß „Ungarn für nun und für immer das Land der Werktätigen sei“ und daß die Verfassung von 1949 den Abschluß des 1848/49 begonnenen nationalen Kampfes und die nationale Zukunft darstelle und die Konterrevolution von 1956 dagegen die „Spuren der Vergangenheit“ in sich trüge. Dieselbe Zeitschrift brachte 1969 nur noch einen kleineren, eher zurückhaltenden Leitartikel (zwei von insgesamt fünf Spalten) zum „Verfassungstag“. Jeder Staatsbürger solle sich persönlich um die Weiterentwicklung der Verfassung kümmern, so der Autor, denn die „Fehler“ (damit ist der Stalinismus gemeint!), die es in den vergangenen Jahrzehnten gegeben hätte, wären nicht „wegen, sondern trotz der Verfassung“ geschehen. 1979 wird der „Geburtstag“ der Volksrepublik in „Élet és Irodalom“ nicht mehr erwähnt, der Staat hatte seine Propaganda aus diesem Bereich der Öffentlichkeit zurückgezogen.

Insgesamt scheint die Bedeutung der „nunden“ Jahrestage der Volksrepublik – im Gegensatz zu jenen der DDR – seit 1959 kontinuierlich abgenommen zu haben. 1969 überlagerte ein anderes Jubiläum den Feiertag: der 50. Jahrestag der ungarischen Räterepublik. Während der 20. August 1969 eher routinemäßig „abgefeiert“ wurde, was sich etwa in der relativ

<sup>22</sup> Auf der Ausstellung „Einigkeit und Recht und Freiheit“ im Martin-Gropius-Bau (bis 3. Oktober 1999) konnte man die ausgefallene Dankesrede des Frankfurter Oberbürgermeisters hören: Er bezog sich v.a. auf die Paulskirchen-Tradition.

kurzen Vorlaufphase der Feiern zeigte, wurde das 50. Jubiläum ganzjährig begangen. Es ist zu vermuten, daß die ungarische Führung damit mehrere Absichten verband: Im Vergleich zur DDR, die sich ja auch bemühte, die eigene sozialistische Tradition mit den frühen kommunistischen Aufständen der Jahre nach dem Ersten Weltkrieg (Luxemburg-Liebknecht-Feiern) aufzuwerten, konnte Kádár die Erinnerung an die Räterepublik, den „allerersten“ sozialistischen „Staat auf ungarischem Boden“ dazu nutzen, seinen eigenen „Mittelkurs“ zwischen dem Stalinisten Rákosi und dem Revisionisten Imre Nagy historisch zu legitimieren. Mit der Erhebung von Béla Kun zum Helden, einem Mann, den Stalin hatte ermorden lassen, identifizierte sich das Regime in gewissem Sinne auch mit den Opfern des Stalinismus. Dazu eignete sich Rosa Luxemburg wenig. Aber sie konnte als „Antifaschistin“ avant la lettre aufgebaut werden (was auch die PDS heute nutzt: eine Frau, Jüdin, Polin, eine geradezu ideale Opfergestalt für die deutsche Linke), aber sie hatte den „Fehler“ begangen, Lenin zu kritisieren. So konnte die DDR-Führung sich immer nur halbherzig mit dieser Tradition schmücken.

1979 fielen die Geschenke der Staatsführung an das „Volk“ nicht nur in der DDR bescheidener aus. Auch Ungarn erlebte eine tiefe ökonomische Krise. Im Zentrum der Planung der Propaganda-Abteilung der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei standen erstens die Vorbereitung des XII. Parteitagkongresses 1980 und zweitens der 35. Jahrestag der Befreiung (4. April 1980).<sup>23</sup> Die Feiern zum 30. Geburtstag wurden wieder nur wenige Wochen vorher geplant. Der Verfassungstag bedeutete nur eine Etappe beim Wettbewerb zum Parteikongreß im kommenden Jahr. Der Bericht des Parteisekretärs der Stahl- und Eisenwerke Csepel (früher: „Rákosi“-Werke) gibt Auskunft über den entpolitisierten Charakter der Feiern, und dies in der Hochburg der ungarischen Arbeiterklasse.

„Große Massen nahmen an den Feiern teil. Auf drei Bühnen (Kinder, Sport und Unterhaltung) gab es non-stop niveauvolle Programme. [...] Viele erwähnten die Sonderangebote beim Blumenmarkt. Zahlreiche Teilnehmer der Feierlichkeiten bemerkten, daß die Waren, die in den Zelten der Kulturzentren Bulgariens, der ČSSR und der DDR zum Verkauf angeboten wurden, teuer und oft Schund wären. Die Verfassungsfeiern endeten mit dem Straßenball.[...] Zu Ehren des XII. Parteikongresses und des 35. Jahrestages der Befreiung unserer Heimat übernahmen die Csepel-Werke Selbstverpflichtungen. [...] Die Wasser- und Luftparade und das Feuerwerk [in der Hauptstadt, A.v.K.] fand man farbig und schön. Die Teilnahme ausländischer Flugzeuge an der Luftparade bedeute eine Erhöhung des Niveaus der Feier.“<sup>24</sup>

23 MOL 288. /22/1979, 2. öe., Bl. 11-19. Vertraulicher Halbjahres-Arbeitsplan der Agitprop-Abteilung des Zentralkomitees der USAP für die zweite Jahreshälfte 1979. Verantwortlicher war Kádárs späterer Nachfolger Károly Grósz.

24 MOL 288. /22/1979, 2. öe., Bl. 96-98.

Zwar gab es auch in Ungarn Ende der siebziger Jahre noch einmal Maßnahmen gegen Regimegegner, doch standen diese in keinem Vergleich etwa zu den „Präventivmaßnahmen“ der Stasi anlässlich des 30. Jahrestages der DDR.<sup>25</sup> Während in der DDR der Machtapparat immer mehr ausgebaut wurde, verkleinerte die Staatspartei Ungarns „ihre“ Staatssicherheit zunehmend. Mitte der 1980er Jahre beschleunigten sie die Reformen, sich ganz im Einklang mit der Sowjetunion Gorbatschows sehend. Die Wende dort begann lange vor dem 40. Geburtstag der Volksrepublik. Die immer pompöseren Feiern zum „runden“ Geburtstag und die immer weniger hervorgehobenen zum ungarischen Verfassungstag scheinen die unterschiedlichen politischen Entwicklungen der beiden Brudervölker zu reflektieren.

### 3. Fragen für eine vergleichende Untersuchung der Staatsjubiläen der DDR und Ungarns

Vor dem Hintergrund der Staatsfeiern in der Volksrepublik Ungarn ergeben sich somit neue Perspektiven auf die „runden“ Geburtstage der DDR. Ich greife drei Themenkomplexe heraus.

1. In „Wiedergeburten“ wird zwar häufig davon gesprochen, daß die DDR-Propaganda Feierelemente verschiedener älterer Traditionen übernahm. Es wird jedoch nirgends genauer untersucht, warum welche Elemente ausgewählt wurden und welche Bedeutung und Funktion diese hatten. Der Beitrag „Zur Programmatik sozialistischer Massenfeste“<sup>26</sup> blendet zahlreiche Traditionsstränge aus, insbesondere religiöse Feiern, die eine eminent wichtige Bedeutung nicht nur für die deutsche, sondern besonders für die sowjetische Arbeiterbewegung hatten. Er rezipiert nicht die neueste Literatur zum Stalinismus und zum Nationalismus. Die einzelnen Elemente der DDR-Feiern müßten noch einmal genauer nach ihren bewußten und unbewußten Vorbildern befragt werden. Die zu beobachtenden Ähnlichkeiten mit den Feiern in Ungarn verweisen einerseits auf den sowjetischen Einfluß, andererseits auf den Status beider Länder als Verliererstaaten. Es wäre danach zu fragen, bei welchen Feierelementen man von der Sowjetunion „lernte“ und bei welchen nicht und warum dies so war.

2. Zu wenig erfährt man in „Wiedergeburten“ auch über den Ursprung der Jahresfeiern 1949: Warum ausgerechnet am 7. Oktober? Selbst wenn dies Zufall war, wäre dies von Bedeutung. Wie sah die Propaganda der Partei in der SBZ vor 1949 aus? In welchem Verhältnis stand sie zur DDR-Propaganda? Wenn man die ähnliche Ausgangslage der Agitprop-Funktionäre beider Parteien betrachtet, ihre Aufgabe, die ehemaligen

<sup>25</sup> Zur „Wahrnehmung“ und Teilnahme der Stasi bei den Jubiläumsfeiern: B. Jakoby, „Besondere Vorkommnisse?“, in: Wiedergeburten, S. 198-218.

<sup>26</sup> M. Hofmann, „Mit uns zieht die neue Zeit“, in: Wiedergeburten, S. 41-54.

„Feindstaaten“ (im Zweiten Weltkrieg) nach innen und außen in „Brudervölker“ zu verwandeln, dann ergeben sich daraus zahlreiche Möglichkeiten, den je eigenen Weg, seine Hintergründe, seine Entwicklung, sein Scheitern genauer nachzuzeichnen, als dies bisher der Fall war.

3. Von eminenter Bedeutung bei den Feiertagen war die Darstellung des Staates nach außen. Mir scheint, als verstelle die deutsch-deutsche Perspektive, die sicher sehr wichtig war, den Blick auf die komplizierten Beziehungen zwischen der DDR und ihren „Bruderländern“ ebenso wie die zur Sowjetunion. Die Geschichte der Konkurrenz der „Meistererzählungen“ der einzelnen sozialistischen Staaten ist noch zu schreiben. Die Beiträge in „Wiedergeburten“ bedeuten einen vielversprechenden Anfang.

---

## Mitteilungen und Berichte

### Der Konstitutionalismus im letzten Drittel des langen 19. Jahrhunderts und die Herausforderung der Massengesellschaft im europäischen Vergleich. Überlegungen zu einer Tagung

An der vom Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin in Zusammenarbeit mit dem Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin und dem Italienischen Kulturinstitut Berlin im Januar 2000 veranstalteten Tagung beteiligten sich Historiker, Juristen und Politologen aus Deutschland, Großbritannien, Italien, Österreich und der Türkei. Die Veranstaltung wurde vom *Istituto Italiano per gli Studi Filosofici Napoli* unterstützt und von der Volkswagen-Stiftung gefördert.

Innerhalb eines Tagungszyklus zur europäischen Verfassungsgeschichte des Konstitutionalismus im 19. Jahrhundert handelte es sich um die dritte Veranstaltung, die sich, nachdem die vorherigen der ersten Jahrhunderthälfte bzw. der Zeit um 1848 gewidmet waren,<sup>1</sup> der Zeit zwischen 1870 und 1914/18 zuwenden sollte. Die Situation des Verfassungsstaates um 1900 unterschied sich von seiner bisherigen Geschichte seit 1789, denn die vielen im 19. Jahrhundert immer wiederkehrenden, unterschiedliche Länder ergei-

fenden „Verfassungswellen“ (um 1799, um 1815, nach 1830, um 1848, um 1870), die die Entwicklung des europäischen Konstitutionalismus so deutlich geprägt hatten, schienen in den 40 Jahren vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs abzuebben. Die Verrechtlichung der politischen Handlungsbedingungen mit Hilfe einer Konstitution hatte sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen (Bulgarien, Rußland), nicht nur in allen Ländern Europas durchgesetzt, sondern war auch in den Staaten mit einer längeren konstitutionellen Tradition zur Ruhe gekommen. Gleichzeitig setzte die vermehrte Rezeption des Konzepts des Konstitutionalismus im islamisch geprägten Osmanischen Reich und im fernöstlichen Japan ein. Innerhalb Europas gewann in der Zeit ab etwa 1870 bis 1914 die zuvor nur in Großbritannien vollkommen durchgesetzte, parlamentarische Ausformung des Konstitutionalismus mehr und mehr an Boden (Frankreich, Norwegen, mit gewissen Einschränkungen auch Italien und Belgien, später dann Dänemark), ohne daß hierbei der Fext der Konstitution eine Änderung erfuhr, gleichwohl blieb die monarchische Variante des Verfassungsstaates noch die überwiegende Form in Europa.

Der Konstitutionalismus sah sich seit 1870 statt dessen verstärkt den Problemen der Entstehung einer Massengesellschaft ausgesetzt. Die Gesellschaft hatte sich in vielen europäischen

---

1 M. Kirsch/P. Schiera (Hrsg.), Denken und Umsetzung des Konstitutionalismus in Deutschland und anderen europäischen Ländern in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1999 (= Schriften zur Europäischen Rechts- und Verfassungsgeschichte, Bd. 28); dies. (Hrsg.), Verfassungswandel um 1848 im europäischen Vergleich, Berlin [vorauss. Herbst] 2000.

Staaten im Verlaufe des 19. Jahrhunderts aufgrund der einsetzenden oder fortschreitenden Industrialisierung und Agrarreformen stark gewandelt, was mit einer schrittweisen Delegitimierung anfangs der ständischen Besitzstände, später der auf Besitz und Bildung beruhenden Privilegien einherging. Die damit verbundenen Schwierigkeiten des wechselseitigen Verhältnisses von Verfassungsstaat und Gesellschaft ließen sich mit dem formalrechtlichen Konzept einer Konstitution allein nicht mehr lösen, vielmehr mußte mit weiteren rechtlichen Regeln versucht werden, die politische Struktur einer Gesellschaft zu beeinflussen, aber auch in der umgekehrten Richtung versuchten bestimmte gesellschaftliche Gruppen sich den Verfassungsstaat dafür nutzbar zu machen, ihre Interessen mit Hilfe des Rechts umzusetzen.

Die europäischen Zusammenhänge des Konstitutionalismus um 1900 herauszuarbeiten und nicht die bislang zumeist üblichen nationalstaatlichen Perspektiven zu untersuchen, war das zentrale wissenschaftliche Anliegen der Tagung, denn die bisherige Forschung hat bislang nur in vorsichtigen Ansätzen die transnationalen Aspekte behandelt. Zwar enthält etwa Salvo Mastellone Untersuchung einen ausführlichen Abschnitt zu diesem Zeitraum, doch bleibt seine Analyse beinahe vollständig im Bereich der Ideengeschichte.<sup>2</sup> Die entsprechenden Abschnitte in den unter europäischem Blickwinkel geschriebenen, allgemeinen historischen Überblickswerken können diese verfassungshistorische

Lücke nicht auffüllen,<sup>3</sup> oder es fehlt sogar an einem entsprechenden, die Verfassungssituation näher beleuchtenden Kapitel.<sup>4</sup> Die uns hier interessierende Fragestellung ist auch in dem Tagungsband zu „Europa um 1900“ nicht berücksichtigt, und Otto Büschs anregende Überlegungen zur vergleichenden Betrachtung des Konstitutionalismus können ebenfalls eine eingehendere Analyse der europäischen Verfassungsgeschichte vor dem Ersten Weltkrieg nicht ersetzen.<sup>5</sup>

Für einzelne Aspekte der Verfassungssituation in Europa um 1900 gibt es indes wichtige vergleichende Untersuchungen, die teils wie G. A. Ritters und Breuillys deutsch-britische Analy-

2 S. Mastellone, *Storia della democrazia in Europa. Da Montesquieu a Kelson*, Torino 1986, S. 181-298.

3 L. Gall, *Europa auf dem Weg in die Moderne 1850-1890*, München<sup>3</sup> 1997; G. Schöllgen, *Das Zeitalter des Imperialismus*, München<sup>3</sup> 1994; Th. Schieder, *Europa im Zeitalter der Nationalstaaten und europäischen Weltpolitik bis zum I. Weltkrieg (1870-1918)*, in: ders. (Hrsg.), *Handbuch der europäischen Geschichte*, Bd. 6, Stuttgart 1968, S. 1-196; H. Schulze, *Phoenix Europa. Die Moderne von 1740 bis heute*, Berlin 1998; R. Girault, *Peuples et nations d'Europe au XIXe siècle*, Paris 1996, S. 205-234.

4 M. Pugh (Hrsg.), *A Companion to Modern European History 1871-1945*, Oxford 1997.

5 F. Klein/K. O. von Arentin (Hrsg.), *Europa um 1900. Texte eines Kolloquiums*, Berlin (DDR) 1989; O. Büsch, *Gesellschaftlicher und politischer Ordnungswandel in europäischen Ländern im Zeitalter des Konstitutionalismus. Ansatz und Appell zu einer vergleichenden europäischen Geschichtsschreibung*, in: ders./A. Schlegelmich (Hrsg.), *Wege europäischen Ordnungswandels. Gesellschaft, Politik und Verfassung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, Hamburg 1995, S. 7ff.

sen oder Schieras italienisch-deutsche Überlegungen zwei Länder in das Blickfeld nehmen<sup>6</sup>, oder aber wie Rokkan und Luebbert aus einer soziologischen bzw. politologischen Perspektive deutlich mehr Länder miteinander vergleichen.<sup>7</sup> Auch die Studie des Verfassers dieses Beitrages behandelt aufgrund ihrer typologisch, diachron vergleichenden Anlage nur Teilaspekte

der bestehenden Forschungslücke.<sup>8</sup> Paolo Pombeni geht nur selten ausschließlich europäisch vor, aber er durchbricht die nationalgeschichtliche Perspektive doch immer wieder, indem er zu Einzelaspekten manche Länder, wie z.B. Spanien und Italien, zusammenzieht.<sup>9</sup>

Die vergleichend angelegte Forschung hat sich am stärksten noch dem entstehenden politischen Massenmarkt im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zugewandt und dabei das Interesse auf die damit verbundene Entwicklung des Parteiensystems gelenkt, welches auf die zunehmende Wahlrechtserweiterungen reagieren mußte. Eine vergleichende Analyse des Parteiensystems kann auf M. Duvergers Studie zum „Janusgesicht des Westens“ zurückgreifen und hat zudem die entsprechenden Abschnitte in Giorgio Gallis Werk zu beachten.<sup>10</sup> Differenzierst man die parteiengeschichtlichen Untersuchungen nach politischen Richtungen,

6 G. A. Ritter, Deutscher und britischer Parlamentarismus. Ein verfassungsgeschichtlicher Vergleich, in: ders., Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1976 S. 190-221; J. Breuilley, Civil society and the labour movement, class relations and the law: a comparison between Germany and England, in: ders., Labour and liberalism in nineteenth-century Europe. Essays in comparative history, Manchester/New York 1992, S. 160-196; P. Schiera, Centralismo e federalismo nell'unificazione statale nazionale italiana e tedesca. Spunti per una comparazione politologica, in: O. Janz/H. Siegrist/ders. (Hrsg.), Centralismo e federalismo tra Otto e Novecento. Italia e Germania a confronto, Bologna 1997, S. 21-46.

7 S. Rokkan, Massendemokratie und Wahlen in den kleineren europäischen Ländern. Eine Entwicklungstypologie, in: O. Büsch/P. Steimbach (Hrsg.), Vergleichende europäische Wahlgeschichte. Eine Anthologie, Beiträge zur historischen Wahlforschung vornehmlich West- und Nordeuropas, Berlin 1983 S. 301-350; G. M. Luebbert, Liberalism, Fascism, or Social Democracy. Social Classes and the Political Origins of Regimes in Interwar Europe, New York/Oxford 1991, S. 1-187; S. Berstein, Démocraties, régimes autoritaires et totalitarismes au XXe siècle. Pour une histoire politique comparée du monde développé, Paris 1992 S. 7-31.

8 M. Kirsch, Monarch und Parlament im 19. Jahrhundert. Der monarchische Konstitutionalismus als europäischer Verfassungstyp – Frankreich im Vergleich, Göttingen 1999, S. 396ff.

9 P. Pombeni, La politica nell'Europa del '900, Roma/Bari 1998, S. 3-53 (nur S. 3-14 „europäisch“).

10 M. Duverger, Demokratie im technischen Zeitalter. Das Janusgesicht des Westens, München 1973; Giorgio Gallis, Storia dei partiti politici europei, Milano 1990; vgl. auch die entsprechenden Beiträge von Biagini (Liberalism), Tanner (Socialist parties) und Feuchtwanger (Conservatism) in: M. Pugh (Hrsg.), Modern European History. Der Sammelband von Brigaglia enthält hingegen nur Fallstudien zu jeweils einem Land: M. Brigaglia (Hrsg.), L'origine dei partiti nell'Europa contemporanea 1870-1914, Bologna 1985.

so scheint die komparatistische Erforschung der Arbeiterbewegung bislang die umfassendsten Fortschritte gemacht zu haben, auch wenn Stefan Berger ausdrücklich betont, daß es bislang nur wenige detaillierte Vergleichsstudien zu den Arbeiterparteien Europas gäbe.<sup>11</sup> Für die vergleichende Geschichte des Liberalismus in den europäischen Ländern gilt es, die Forschungen von Langewiesche und W.J. Mommsen zu beachten, über die Entwicklung von katholischen Parteien informiert J.-M. Mayeur, und erste Ansätze eines deutsch-englischen Vergleichs des Konservativismus bietet R. v. Friedeburg.<sup>12</sup>

- 11 S. Berger, *Ungleiche Schwestern? Die britische Labour Party und die deutsche Sozialdemokratie im Vergleich. 1900–1931*, Bonn 1997, S. 5ff.; J. Kocka, *Die Trennung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie im europäischen Vergleich. Fragestellungen und Ergebnisse*, in: ders. (Hrsg.), *Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1983, S. 5-20.
- 12 D. Langewiesche, *Liberalismus und Bürgertum in Europa*, in: J. Kocka (Hrsg.), *Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich*, Bd. 3, München 1988, S. 360-394; ders., *Deutscher Liberalismus im europäischen Vergleich: Konzeptionen und Ergebnisse*, in: ders. (Hrsg.), *Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich*, Göttingen 1988, S. 11-19, sowie die entsprechenden britisch-deutschen Vergleiche in demselben Band; W. J. Mommsen, *Gesellschaft und Staat im liberalen Zeitalter. Europa 1870–1890*, in: ders., *Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur des deutschen Kaiserreiches*, Frankfurt a. M. 1990, S. 86-108; J.-M. Mayeur, *Des partis catholiques à la démocratie chrétienne*, Paris 1980; R. v. Friedeburg, *Konservativismus und Reichsko-*

Die vergleichende Erforschung der Rolle der Öffentlichkeit und auch der Entstehung einer Verfassungsgerichtsbarkeit steht noch sehr in den Anfängen,<sup>13</sup> während die komparatistische Untersuchung von Wahlen und Wählerbewegungen bereits weiter fortgeschritten ist.<sup>14</sup> So haben unabhängig von einander sowohl J. Kohl als auch M. Mattmüller auf die Einführung des

---

lonialrecht. Konservatives Weltbild und kolonialer Gedanke in England und Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, in: *HZ* 263 (1996), S. 345-393.

- 13 R. Huard, *Opinione pubblica, suffragio e democrazia in Europa. Saggio di tipologia degli stati*, in: P. Pombeni (Hrsg.), *La trasformazione politica nell'Europa liberale 1870–1890*, Bologna 1986, S. 283-307. Einen allgemeinen Überblick über den Forschungsstand der Geschichte der Öffentlichkeit vermittelt J. Requate, *Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 25 (1999), S. 5-32; J. Luther, *Idee e storie di giustizia costituzionale nell'ottocento*, Torino 1990.
- 14 Vgl. etwa die Beiträge in BÜSCH/Steinbach (Hrsg.), *Vergleichende europäische Wahlgeschichte* (Anm. 7); O. Büsch (Hrsg.), *Wählerbewegungen in der europäischen Geschichte. Ergebnisse einer Konferenz*, Berlin 1980; G. Therborn, *The Right to Vote and the Four World Routes to/through Modernity*, in: R. Torstendahl (Hrsg.), *State Theory and State History*, London usw. 1992 S. 62-92; *Synthesen zur Wahlrechtspolitik und Darstellung der verschiedenen nationalen Forschungstraditionen in Deutschland, Belgien, Frankreich, Spanien, Großbritannien und Italien bieten die diversen Beiträge* in: S. Noiret (Hrsg.), *Political Strategies and Electoral Reforms: Origins of Voting Systems in Europe in the 19th and 20th Centuries*, Baden-Baden 1990.

allgemeinen Männerwahlrechts als eines gesamteuropäischen Vorgangs verwiesen, ohne daß aber ihre Befunde in der jüngeren deutschen Historiographie Aufnahme gefunden hätten. Seit kurzem liegt nun auch ein vergleichender Überblick zur Durchsetzung des Frauenwahlrechts von G. Boek vor.<sup>15</sup>

Angesichts des Forschungsstandes konnte es auf der Tagung nicht darum gehen, die bisherigen nationalen Einzelforschungen bereits zu europäischen Synthesen zusammenzuziehen, vielmehr konnten nur zu unterschiedlichen Problemfeldern vergleichend oder rezeptionsgeschichtlich angelegte Analysen präsentiert werden. Dementsprechend sollte die wechselseitige Durchdringung von Verfassungsstaat und Massengesellschaft in den Staaten Europas unter drei verschiedenen Gesichtspunkten untersucht werden:

- erstens hinsichtlich der Entstehung eines politischen Massenmarktes im Rahmen des Konstitutionalismus;
- zweitens unter dem Blickwinkel, wie gesellschaftliche Probleme und Entwicklungen; die mit den Instru-

mentarien allein des Verfassungsrechts nicht greifbar waren, die Suche nach anderen rechtlichen Lösungen verursachten bzw. das Rechtsdenken im allgemeinen beeinflussten;

- drittens schließlich in der Perspektive des Vergleichs und der Rezeption von Verfassungselementen innerhalb Europas, aber auch durch Rechtskulturen mit deutlich anderen Traditionen; denn in der Geschichte des Konstitutionalismus spielte die nachahmende oder aber auch ablehnende Orientierung an ausländischen Modellen eine wichtige Rolle.

Nach einer Einführung von *Pierangelo Schiera*, in welcher er auf die Problematik verwies, welche zunehmende Bedeutung den Wissenschaften und der Verwaltung bei der Neutralisierung der gesellschaftlichen Probleme mit Hilfe der konstitutionell verfaßten Politik zukam, stand im ersten Tagungsabschnitt das Wechselverhältnis von Konstitutionalismus und politischem Massenmarkt im Vordergrund. Dieser Zugang über die politische Kultur des Konstitutionalismus bot sich deswegen an, weil sich durch die immer stärkere Einbeziehung größerer Bevölkerungskreise mit Hilfe des Wahlrechts die Handlungsbedingungen der Politik im Rahmen der Verfassung grundlegend wandelten. Es bedurfte einer stärkeren Vermittlung zwischen Wählermassen und dem weit entfernten Zentrum der politischen Macht mit Hilfe von Parteien, die entsprechend eine bedeutendere Stellung innerhalb des Regierungssystems erlangten.

*Raffaella Gherardi* machte in ihrem Beitrag zu den Verfassungsmodellen im italienischen Liberalismus deutlich, daß die liberalen Politiker versuchten, einen „Mittelweg“ zwischen den fran-

15 J. Kohl, Zur langfristigen Entwicklung der politischen Partizipation in Westeuropa, in: Büsch/Steinbach (Hrsg.), Vergleichende europäische Wahlgeschichte (Anm. 7), S. 396f.; M. Mattmüller, Die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts als gesamteuropäischer Vorgang, in: B. Junker u.a. (Hrsg.), Geschichte und politische Wissenschaft. Festschrift für Erich Gruner, Bern 1975 S. 213-236; G. Boek, Frauenwahlrecht – Deutschland um 1900 in vergleichender Perspektive, in: M. Grüttner u.a. (Hrsg.), Geschichte und Emanzipation. Festschrift für Reinhard Rürup, Frankfurt a. M./New York 1999, S. 95-136; dies., Frauen in der europäischen Geschichte. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, München 2000, S. 201ff.

zösischen, englischen und deutschen Modellen zu finden, um sich so vor den „extremen“ Auswirkungen der Demokratie schützen zu können. Ergänzend betonte *Monica Cioli* in einem Vergleich des deutschen und italienischen Liberalismus, daß der letztere auch aufgrund der geringer ausgebildeten Nation dem Partikularismus verhaftet blieb, während in Deutschland die Liberalen aufgrund ihrer stärkeren nationalen Ausrichtung zumindest zeitweise auch die Grundstrukturen des Staates beeinflussen konnten. Diese deutsch-italienischen Unterschiede abschwächend argumentierte *Martin Kirsch*, der nur gewohnheitsrechtlich und nicht aufgrund einer ausdrücklichen Verfassungsrevision vollzogene Wandel zu einem dauerhaften parlamentarisch-demokratischen Konstitutionalismus sei stark von der Fähigkeit der Liberalen abhängig gewesen, sich den Bedingungen des veränderten Männerwahlrechts anzupassen, was ihnen in Frankreich, Dänemark und der Schweiz besser als in Deutschland und Italien gelang. Der andere Teil dieses Referats widmete sich den Verfassungskonflikten im monarchischen Konstitutionalismus (Frankreich, Preußen/Deutschland, Dänemark, Norwegen im Vergleich) und zeigte, daß eine etwaige Parlamentarisierung maßgeblich von der Stärke des Monarchen und der Liberalen im Parlament abhängig war. *Paolo Pombeni* betonte nachfolgend aus politologischer Sicht, daß die Auseinandersetzung um die „Repräsentation der Macht“ zwischen Monarch und Parlament und den jeweiligen Gruppen der politischen Klasse zu sehr unterschiedlichen nationalen Formen des Verfassungsstaates im 19. Jahrhundert geführt habe und grenzte sich insofern von der Interpretation seines

Vorredners eines dominanten (nämlich monarchischen) Typs innerhalb des europäischen Konstitutionalismus ab.

Für das Verhältnis von „modernen“ Recht und „traditionellen“ Mechanismen der politischen Kultur bei den Wahlen mußten diese Unterschiede im Verfassungssystem aber nicht unbedingt Konsequenzen haben, denn *Markus Schacht* arbeitete in seinem preußisch-italienischen Vergleich überzeugend heraus, daß trotz sehr unterschiedlicher Wahlsysteme (allgemein-ungleich-offen vs. beschränkt-gleich-geheim) amtliche Wahlmache und routinemäßige Wahlbeeinflussung zum festen Bestandteil einer häufig im lokalen Bereich klientelär verstandenen politischen Kultur gehörten. *Maria Serena Piretti* verwies zudem auf Ähnlichkeiten mit dem System der Wahlmanipulation in Spanien (*caciquismo*). Auch wenn also von einer freien Ausübung des Wahlrechts kaum gesprochen werden konnte, so forderten doch gleichzeitig auch bislang von der Mitbestimmung ausgeschlossene gesellschaftliche Gruppen – wie die Frauen – ihr Recht zur politischen Partizipation ein. In einem Dreiländervergleich zwischen Deutschland, Österreich (Cisleithanien) und Großbritannien konnte *Birgitta Bader-Zaar* zeigen, wieviel Ähnlichkeiten trotz unterschiedlicher rechtlicher Rahmenbedingungen in den Entwicklungsmustern der Frauenwahlrechtsbewegungen zwischen den drei Staaten zu erkennen sind. *Brigitte Mazohl-Wallnig* schlug dann nochmals den Bogen zum verfassungsrechtlichen Rahmen und argumentierte, daß die föderale Struktur in Deutschland und Österreich den Erfolg der Bewegung im Gegensatz zu Großbritannien erschwert habe, denn auf der britischen Insel hätte sich der Kampf ganz auf die

nationale Ebene konzentrieren können. Auf der anderen Seite gelang es der österreichischen Frauenbewegung nicht, aus dem Umstand Vorteile zu ziehen, daß das ständisch geprägte Wahlrecht teilweise Frauen die Stimmabgabe erlaubte – der die ständische Ungleichheit bekämpfende Anspruch des Konstitutionalismus erwies sich (wie bereits 1789 in Frankreich) als Nachteil.

Bereits *Bader-Zaar* betonte die größere Bedeutung der nationalen Öffentlichkeit innerhalb der Strategie der britischen Frauenbewegung, so daß *Jörg Requate* hier gut den Faden aufnehmen konnte, inwiefern der Kommunikationsraum Öffentlichkeit sich allmählich zu einer „vierten Gewalt“ im Rahmen der faktischen Verfassung entwickeln konnte. In seinem britisch-französisch-deutschen Vergleich arbeitete er die Unterschiede zwischen der Insel und dem Kontinent heraus, denn in Großbritannien hatte sich bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts bereits eher eine unabhängige Presse entwickelt, die eine Kontrollfunktion gegenüber der Politik übernehmen konnte, während in Deutschland die Zeitungen entweder bewußt unpolitisch blieben oder sich eng an eine Partei anlehnten, während sie in Frankreich aufgrund der schwach ausgebildeten Parteienstrukturen vielfach als Organisationsersatz dienten. Unausgesprochen blieb hierbei die Frage nach der etwaigen verfassungsgeschichtlichen Erklärung, also inwiefern der frühe Übergang Großbritanniens zum parlamentarischen System und die Durchsetzung des stabilen Zweiparteiensystems mit Mehrheitswahlrecht seit der Wahlrechtsreform von 1867 hierfür eine entscheidende Rolle spielten – eine Antwort darauf könnte sich vielleicht aus einem dia-

chronen Vergleich Englands mit Frankreich in der Zeit eines schwachen Parteiensystems (1840–1860er in Gegenüberstellung zur Dritten Republik) ergeben. *Alexander Schmidt-Gernig* verwies zudem auf die zunehmende Kommerzialisierung der angloamerikanischen Presselandschaft und sehlg außerdem vor, den politischen Skandal als Gradmesser für Herrschaftskontrolle heranzuziehen. Denn in der zunehmend auf Einhaltung von (legalen und legitimen) Verfahren ausgerichteten politischen Kultur des Konstitutionalismus würden auch die einem derartig nachvollziehbaren Entscheidungsprozeß widersprechenden, klandestinen Machtpraktiken vermehrt skandalisiert werden (Dreyfus, Panama; Daily-Telegraph, Maximilian v. Harden). Für eine Überprüfung einer derartigen These müßten aber auch die politischen Skandale vor der Konstitutionalisierung, wie Rasputin in Rußland, miteinbezogen werden (*Dominic Lieven*). Außerdem betonte *Pierangelo Schiera*, daß die Wissenschaft als eine wichtige Teilöffentlichkeit mit zunehmendem Machteinfluß innerhalb des konstitutionellen Staates zu berücksichtigen sei.

Wenn also der Öffentlichkeit innerhalb der dualistischen Struktur des Konstitutionalismus des 19. Jahrhunderts nur in vorsichtigen Ansätzen die Rolle einer „dritten“ Gewalt zukam, gelang es statt dessen dann vielleicht einer Gerichtsbarkeit diese Funktion zu übernehmen? *Jörg Luther* betonte, daß sich eine politikbestimmende Verfassungsgerichtsbarkeit am Ende des 19. Jahrhunderts nur langsam ausbildete, denn die spätkonstitutionelle Theorie zog den Vorrang der Konstitution zugunsten einer stärkeren Gewichtung der materiellen Verfassung in Zweifel – nur innerhalb föderaler Systeme

nahm die Verfassungsstreitigkeit eine bedeutendere Rolle ein. Der Dualismus des konstitutionellen Systems im 19. Jahrhundert behinderte also massiv, so führte *Dieter Grimm* aus, die Entstehung einer Verfassungsgerichtsbarkeit, denn weder Monarch noch Parlament wollten sich einer unabhängigen Kontrolle unterwerfen. Durch ein prozessuales Verfahren gesteuerte Lösungen von Verfassungskonflikten, und hier schloß sich der Kreis zum Vortrag von *M. Kirsch*, blieben damit in Europa um 1900 noch die Ausnahme, denn nur in Norwegen beugte sich der Monarch dem Urteil über seine Minister, während in Dänemark das Parlament nach seiner Niederlage vor dem mit Parteigängern des Königs besetzten Verfassungsgerichtshof den Kampf fortsetzte. *Gerald Stourzh* erklärte den österreichischen Fall einer frühen Entwicklung der Verfassungsgerichtsbarkeit aus der föderalen Tradition, der aufgrund der Konkurrenzlage zwischen Bund und Ländern eine gebrochene Souveränitätsvorstellung des Staates zugrunde lag, die die Anrufung einer unabhängigen Instanz ebenso wie in den USA möglich machte.

Der Vortrag von *Dominic Lieven* über die Konstitutionalisierung und Demokratisierung von multinationalen Reichen (Großbritannien, Österreich-Ungarn und Rußland im Vergleich) nahm das schwierige Problem des Verhältnisses von Nations- und Staatsverständnis während der Hochblüte des Nationalismus in den Blick und schlug damit gleichzeitig den Bogen zum zweiten Tagungsabschnitt über die Auswirkungen der gesellschaftlichen Entwicklungen auf den Verfassungsstaat. Er argumentierte, daß die Ausdehnung der politischen Partizipation den Zusammenhalt der imperialen

Strukturen erschwert hätte, da es nicht gelang, die unterschiedlichen ethnischen und sozialen Interessen mit Hilfe einer Identität jenseits des Nationalismus zu überbrücken – insofern konnte Rußland aufgrund seiner späten und nur kurzzeitigen Konstitutionalisierung seine machtpolitische Ausdehnung länger erhalten. Daß Partizipationsausdehnung auch in gemischtethnischen Ländern erfolgreich möglich sein konnte, hätte vielleicht ein diachroner Vergleich mit der Schweiz und deren föderaler und auf Minderheitenschutz angelegter Verfassungsidentität zeigen können. Das Dilemma des zunehmend demokratisierten Konstitutionalismus zwischen national(istisch)em Mehrheitsvotum und Schutz von aus der Nation ausgegrenzten Gruppen rückte auch bei *Otto Dams* Überlegungen zu Gleichheitsrechten in der Zeit des ethnischen Nationalismus in den Vordergrund, denn das ursprünglich antiständisch und integrationsausgerichtete Gleichheitspostulat wurde nun antiegalitär gegen die inneren „Reichsfeinde“ eingesetzt. *Dieter Gosewinkel* konnte anhand des Staatsbürgerrechts um 1900 zeigen, daß aufgrund der fehlenden verfassungsrechtlichen Gewährleistung von Grundrechten und Minderheitenschutzrechten in der Reichsverfassung der Konstitutionalismus nicht gegen die inhaltlichen Folgen des ethnischen Nationalismus gewappnet war und dementsprechend ein doppelbödiges Recht mit Staatsbürgern „erster“ und „zweiter Klasse“ eingeführt werden konnte. *Robert von Friedeburg* verwies für die längere Perspektive darauf, daß zwar das auf Besitz gestützte Wahlrecht durch das allgemeine zunehmend verdrängt, aber gleichzeitig durch die Anbindung an die Nationalität ein neues Kriterium

der Ungleichheit eingeführt worden sei.

Während also der Grundsatz der Rechtsgleichheit mit Hilfe des Staatsbürgerrechts ethnisch durchbrochen wurde, zeigte sich auch bei der Gleichheitsfrage im Arbeitsrecht, daß hier bewußt nach Geschlecht und Alter differenziert wurde, worauf *Margarete Grandner* in ihrem Beitrag zur Nationalisierung und Gleichbehandlung in der Entwicklung des Arbeitsrechts in Österreich und der Schweiz zu Recht verwies. Die Ansprüche nach stärkerer sozialer Partizipation von Seiten der Arbeiterschaft wurden je nach Land mit Hilfe des Zivilrechts oder des öffentlichen Rechts berücksichtigt – der damit entstehende Wohlfahrtsstaat wurde aber nicht in formell konstitutionelles Recht eingebunden. In der langfristigen Perspektive der Geschichte des Konstitutionalismus, so betonte *Pierangelo Schiera*, zeige sich am Ende des 19. Jahrhunderts ein Rückgriff auf dessen Entstehungsbedingungen, denn der Ausgangspunkt für die rechtliche Formalisierung der politischen Handlungsbedingungen mit Hilfe einer Konstitution im ausgehenden 18. Jahrhundert rühre aus der Sorge um das Gemeinwohl, daß nun wieder aufgrund der sich verschärfenden sozialen Frage einen höheren Stellenwert erhalten habe. *Hartmut Kaelble* gab zu bedenken, ob nicht die fehlende Verfassungseinbindung der sozialen Frage möglicherweise damit im Zusammenhang stehe, daß sie nur ein Teil der Gesellschaft betraf, und es sich also nicht – anders als ansonsten für die Konstitution typisch – um einen universalen Geltungsanspruch handelte. Schließlich machte *Maurizio Ricciardi* darauf aufmerksam, daß innerhalb des sozialwissenschaftlichen Diskurses über die

Rolle der Arbeit zunehmend Verfassungsideen Eingang fanden, so daß die Einführung von arbeitsrechtlichen Betriebsverfassungen auch als ein Moment der Konstitutionalisierung verstanden werden könne, ohne daß es sich hierbei um Staatsrecht handeln mußte.

An *Ricciardi*s Blickrichtung auf das Verhältnis von Massengesellschaft und Verfassungsstaat anknüpfend, nahm *Christoph Schönberger* in gewisser Weise *Gherardis* bzw. *Schieras* Hinweis auf die Wissenschaft als „konstitutionellen Faktor“ zum Ausgangspunkt, indem er nach dem gesellschaftspolitischen Hintergrund des staatsrechtlichen Denkens in Deutschland und Österreich fragte. Während es in der deutschen staatsrechtlichen Diskussion nach einem Siegeszug des Rechtspositivismus zu einem Rückbezug auf die Homogenität von Volk und Nation kam, erschien im Vielvölkerstaat die pure Rechtsformalisierung der gangbare Weg einer Konfliktschlichtung zwischen den verschiedenen Ethnien. *Gerald Stourzh* wies aber ergänzend darauf hin, daß das Rechtsverständnis im ebenfalls multinationalen Transleithanien diesen Weg aufgrund der starken ständischen Tradition Ungarns nicht beschritt. Die Auseinandersetzung mit den gesteigerten Partizipationsforderungen der Massengesellschaft im Rechtsdenken konnte auch über den Einbezug der nationalen Geschichte geschehen, wie *Anne G. Kosfeld* in einem deutsch-englischen Vergleich über Gierke und Maitland aufzeigte, denn beide Wissenschaftler versuchten die Balance zwischen individueller Freiheit und nationaler Verfassungseinheit mit Hilfe der Idee von der Genossenschaft bzw. dem „trust“ herzustellen. *Hans Boldt*

machte zusätzlich darauf aufmerksam, daß es sich hierbei um die Versöhnung zweier verschiedener Gestaltungsprinzipien des Staates handele, nämlich der Perspektive von „unten“ (Genossenschaft) mit derjenigen von „oben“ (monarchischer Staat). Daß die beiden Denker ähnliche Konzepte verwendeten, war kein Zufall, denn sie standen im engen wissenschaftlichen Austausch, womit die Frage des Transfers von Recht(swissen), der im dritten größeren Abschnitt der Tagung in den Mittelpunkt rückte, bereits angeschnitten wurde.

Im Bereich der auf der Tagung behandelten Verfassungsproblematik können zwei Arten des Transfers unterschieden werden: 1) die ganz konkrete Rezeption von Rechtsnormen und 2) die Übernahme oder auch nur die Auseinandersetzung mit Ideen aus anderen Ländern. Zu dem ersten Komplex gehörte etwa die Rezeption der schweizerischen Arbeitsschutzregeln in Österreich (*Grandner*), das Wechselverhältnis von Verfassungsgerichtsbarkeit und Föderalismus, das seinen Weg aus den USA über die Paulskirche nach Österreich fand (*Stourzh*), oder auch die Regeln der Ministeranklage, die von der dänischen aus der norwegischen Konstitution übernommen wurden, in den jeweiligen Verfassungskonflikten um die Parlamentarisierung aber zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen führten (*Kirsch*). Es ließ sich aber auch der umgekehrte Fall berichten, daß trotz differierender rechtlicher Rahmenbedingungen der Transfer von erfolgreichen politischen Organisations- und Strategiemöglichkeiten – in der Frauenbewegung – zu ähnlichen Entwicklungsmustern führen konnte (*Bader-Zaar*). Damit bewegen wir uns bereits im Bereich des Ideentransfers,

der sich z.B. darin zeigte, wie das wissenschaftliche Konzept des Rechtspositivismus sich vor dem Hintergrund der Nationalitätenproblematik in Deutschland und Österreich unterschiedlich entwickelte (*Schönberger*), oder wie die italienischen Liberalen versuchten, in der Auseinandersetzung mit dem englischen, französischen und deutschen Modell zu einer eigenen Konzeption zu finden (*Gherardi*) – ob es sich etwa im letzten Fall um den Prozeß einer nationalen Ausdifferenzierung oder aber um eine Europäisierung liberaler Politikvorstellungen handelte, blieb in der Diskussion offen.

Schließlich trat das Problem der Rezeption mit dem Blick anderer Rechtskulturen auf Europa im dritten Tagungsabschnitt nochmals ausdrücklich in den Vordergrund. *Gülñihal Bozkurt* zeigte, wie die osmanische Konstitution von 1876 vom belgischen und maßgeblich vom preußischen Vorbild geprägt war, denn das letztere sicherte besser den Einfluß des Sultans auf die Politik. Die Stellung des Monarchen insbesondere im Hinblick auf das Militär war auch für die japanischen Verfassungsgeber von 1889 ein wichtiger Grund, warum man sich ebenfalls am preußischen Modell orientierte, worauf *Bernd Martin* in seinem Vortrag verwies. In beiden Reichen erfolgte die Modernisierung des Staates aus der Defensive und sollte die Unabhängigkeit der entstehenden Nation stärken und traf dementsprechend auf Ablehnung der imperialistischen europäischen Mächte. Der Einfluß der Großmächte war im Osmanischen Reich aber sicherlich nur einer von mehreren Gründen, weshalb die erste konstitutionelle Phase bereits 1879 zu Ende ging, denn es gab auch erheblichen Widerstand gegen das Par-

lament von Seiten der Bürokratie, der um ihre Steuervorteile bangenden Bankiers und der Koranschulanhänger. Das große Problem der osmanischen Gesellschaft, die konkurrierenden Rechtssysteme in eine staatliche Rechts(einheit) umzuformen – worauf *Peter Heine* ausdrücklich varwies –, sollte erst nach dem Ersten Weltkrieg durch die strikte Laizisierung des Staates und damit die Herausnahme des islamischen Rechts aus diesem Bereich gelingen. Ob die verfassungshistorische „Wahlverwandtschaft“ zwischen (Preußen-)Deutschland und Japan maßgeblich zu der Annäherung der beiden Länder in den 1930er Jahren beitrug – so die These von *B. Martin* – blieb in der Diskussion umstritten.

In der Abschlusss Diskussion rückte nochmals die Frage in den Vordergrund, inwiefern sich für die einzelnen Teilbereiche des Wechselverhältnisses von Konstitutionalismus und Massengesellschaft (z.B. Wahlrecht, Öffentlichkeit etc.) „gemeineuropäische“ Entwicklungsmuster erkennen ließen, oder es aber hingegen zu spezifisch nationalen „Lösungen“ kam, die sich in anderen Staaten nicht wiederfanden. Die Tagungsbeiträge versuchten in dreifacher Weise sich dem Problem der „europäischen“ Strukturen zu nähern: einerseits durch einen Vergleich Europas mit anderen Teilen der Welt, andererseits mehrerer Einheiten innerhalb Europas und schließlich drittens mit Hilfe der Untersuchung des Transfers zwischen den europäischen Staaten. Die erste Vorgehensweise kann im Falle eines Kontrastvergleichs die innereuropäischen Ähnlichkeiten besser erkennbar werden lassen, während der zweite Ansatz – ähnlich wie bei der deutschen, italienischen oder schweizerischen „nationalen“ politischen Ge-

schichte vor der Nationalstaatsgründung – aus dem Vergleich der verschiedenen Einzelstaaten gleichsam das „Europäische“ herausdestilliert (aus der Perspektive des Zivilisationsvergleichs spricht *H. Kaelble* in diesem Zusammenhang vom „Außen-“ bzw. „Binnenvergleich“)<sup>16</sup>. Damit ist aber noch nicht die Problematik gelöst, was für ein geographischer und inhaltlicher „Europa-Begriff“ für den Vergleich zugrunde gelegt wird, denn an dieser Stelle beginnt die Konstruktion des „Anderen“ und „Außereuropäischen“. Werden also Japan oder das Osmanische Reich aufgrund des Transfers „europäisch“ trotz ihrer kulturellen „Fremdheit“ in Sprache, Religion und kollektiven Wertorientierungen, da sie nun in der Verfassungsstruktur einen hohen Grad an Verwandtschaft mit westlichen Ländern aufweisen?<sup>17</sup> Der inhaltliche Europabegriff ist insofern nicht von dem geographischen trennbar und kann zudem je nach betrachteter Sachfrage wechseln, was an den nachfolgenden auf der Tagung vorgestellten Beispielen verdeutlicht werden kann.

16 *H. Kaelble*, Der historische Zivilisationsvergleich, in: ders./*J. Schriewer* (Hrsg.), Diskurse und Entwicklungspfade. Der Gesellschaftsvergleich in den Geschichts- und Sozialwissenschaften, Frankfurt a. M./New York 1999, S. 29-52, hier 46ff.; *J. Kocka*, Probleme einer europäischen Geschichte in komparativer Absicht, in: ders., Geschichte und Aufklärung. Aufsätze, Göttingen 1989, S. 21ff.

17 Allgemein zu dieser Problematik: *J. Osterhammel*, Transkulturell vergleichende Geschichtswissenschaft, in: *H.-G. Haupt/J. Kocka* (Hrsg.) Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt a. M./New York 1996, S. 274ff.

Hinsichtlich des Wechselverhältnisses von Regierung und Parlament war der monarchische Typ des Konstitutionalismus um 1900 der in Europa dominierende, gleichzeitig gewann die parlamentarische Variante an Boden, während die amerikanische Form des Präsidialsystems in den europäischen Ländern keine Verbreitung fand – aber die Rezeption des erstgenannten Typus des Verfassungsstaates in Japan, dem Osmanischen Reich und Rußland wies gleichzeitig bereits über den geographischen Raum Europas hinaus, ohne daß sich dabei eine große Veränderung des inhaltlichen Konzepts des Konstitutionalismus vollzog. Rückt hingegen der Bereich der Öffentlichkeit und die Entstehung einer vierten Gewalt in den Vordergrund, so zeigen sich große Ähnlichkeiten zwischen Großbritannien und den USA, während Kontinentaleuropa eine davon unterschiedene Einheit bildete. Auch bei dem Problem der Verfassungsgerichtsbarkeit zeigte sich innerhalb Europas eine Zweiteilung, denn in der Mehrheit der europäischen Länder bildete sich aufgrund der dualistischen Verfassungsstruktur eine derartige Justiz im 19. Jahrhundert nicht aus, während in Staaten mit föderaler Tradition und einer damit verbundenen gebrochenen Souveränitätsvorstellung diese Institution in gewandelter Weise erhalten blieb – gleichzeitig konnte in diesem Zusammenhang an den amerikanischen Fall angeknüpft werden. Gerade die Einbeziehung des Transfers in den Vergleichsansatz zeigt also, wie schwierig es sein kann, das „Europäische“ zu bestimmen. Das Wechselverhältnis von inhaltlichem und geographischem Europabegriff gilt selbstverständlich auch für die zentrale Analyseeinheit „Konstitutionalismus“, denn je nach deren

sachlicher Konzeption wird man diese oder jene Länder als „europäisch“ bezeichnen. Die inhaltliche Ausfüllung des Konstitutionalismusbegriffs blieb aber auf der Tagung umstritten: Soll hierbei stärker die formell- oder besser die materiellrechtliche Seite betont werden? Es wird eine Aufgabe der zukünftigen Forschung sein, diese beiden Aspekte des Konstitutionalismus miteinander zu verbinden, also nicht nur die Kontrolle politischer Herrschaft mit Hilfe (in der Konstitution festgelegter) formeller Verfahren zu betonen, sondern zugleich die in der Verfassung (im weiteren Sinne) kodifizierten Werte mit kollektivem Geltungsanspruch zu analysieren. Und je nachdem welche Seite des Konstitutionalismus man betont, wird man entweder von einem Versagen oder von einer bloßen Anpassung der bisherigen rechtlichen Steuerungsinstrumente des Konstitutionalismus gegenüber der entstehenden Massengesellschaft sprechen. Aber auch hier wird wieder inhaltlich und nach Ländern zu differenzieren sein, denn gegenüber dem Nationalismus als Zeichen der Fundamentalpolitisierung der Gesellschaft sah sich der Verfassungsstaat in Deutschland nicht gewappnet, denn die in der Konstitution vorgesehenen Verfahren verhinderten nicht eine ethnische Überformung des Nationsbegriffs im Staatsbürgerrecht, während in Österreich gerade die Formalisierung des Rechts als Lösung für die mit der Multinationalität verbundenen Probleme angesehen wurde. Es kam aber auch zur Übertragung von institutionellen Strukturen des Konstitutionalismus ins Arbeitsrecht und damit zu einer Umformung des Verfassungsstaates, ohne daß hierbei die verfahrensrechtliche Seite darunter gelitten hätte.

Das beginnende Zeitalter der Massengesellschaft veränderte aber das Verhältnis der möglicherweise in sich gespaltenen politischen Eliten gegenüber dem Konstitutionalismus, denn die weitergehenden politischen Mitbestimmungs- und sozialen Ansprüche in einer Atmosphäre des Nationalismus erschwerten den Machtausgleich im dualistischen Verfassungssystem.

Wie stark das Gelingen eines derartigen Interessenausgleichs im Rahmen einer Konstitution von den sozialen

Konfliktlinien bzw. Koalitionsmöglichkeiten in den jeweiligen Gesellschaften abhängig war und inwieweit sich hierbei bereits europäische Muster erkennen lassen, konnte auf der Tagung nur als Forschungsaufgabe benannt werden, zu deren Lösung eine engere Kooperation von vergleichend arbeitenden Verfassungs- und Gesellschaftshistorikern nötig wäre.

Martin Kirsch

## Buchbesprechungen

**Friedemann Neuhaus, Geschichte im Umbruch – Geschichtspolitik, Geschichtsunterricht und Geschichtsbewußtsein in der DDR und den neuen Bundesländern 1983–1993, Peter Lang, Frankfurt a. M. u.a. 1998, 442 S.**

In seiner Erfurter Dissertation untersucht der Historiker und Theologe die Transformation des Geschichtsunterrichtes von der späten DDR bis zur Einführung des westdeutschen Schulsystems 1992/93, wobei er sich für die „Wende“- und Nachwendezeiten sowie für die subjektive Dimension weitgehend auf das Bundesland Thüringen stützt und die anderen neuen Bundesländer nur kursorisch abhandelt. Dabei geht er von der seines Erachtens erstaunlichen Tatsache aus, daß der Unterricht im ideologiebehafteten Fach Geschichte ohne Unterbrechung mit großer inhaltlicher Kontinuität weitergeführt wurde – im Gegensatz zur zeitweiligen Aussetzung des Geschichtsunterrichtes in allen vier Besatzungszonen nach dem Ende des NS. Diese so scheinbar „selbstverständliche Überführung“ (S. 406) stellt sich ihm dar als „einzige theoretische Möglichkeit für einen Neuanfang“ (ebd.).

Diese These begründet er, indem er die Merkmale der begonnenen Lehrplanreformen seit 1985 herausarbeitet und den Widerspruch zwischen wachsender Fakten- und Schülerorientierung der Reformvorschläge einerseits und dem Primat der ideologischen Überwältigung in Margot Honeckers Volksbildungsministerium andererseits akzentuiert. Er formuliert die These, „daß die durch seinen Funktionsverlust

drohende Entlegitimierung des Geschichtsunterrichtes dadurch kompensiert werden konnte, daß sein ideologischer Gehalt abrupt fallengelassen und durch reines Faktenwissen verdrängt wurde und das Bildungswissen damit den Vorrang vor dem ideologischen Wissen errang. Diese Entideologisierung des Geschichtsunterrichtes war allerdings nicht allein eine Folge der ‘Wende’, so die These, sondern hatte sich bereits in der DDR in einer in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre durchgeführten Lehrplanreform angebahnt.“ (S. 16f.). Die strukturelle Übereinstimmung mit den konservativeren Konzeptionen der bundesdeutschen Geschichtsdidaktik sei der sog. „Tendenzwende“ der späten siebziger Jahre (Rohlfes; fakten- statt problemorientierte Lehrpläne vor allem in den süddeutschen Ländern) zeige sich deutlich und habe so für die Nachwende-Zukunft das Überleben garantiert. Die stärkere Hinwendung zum Faktenwissen in der DDR-Geschichtsmethodik und –Lehrplandebatte lokalisiert Neuhaus in der Erbe-Tradition-Diskussion der späten siebziger und frühen achtziger Jahre, die etwa zur gleichen Zeit einsetzte, als in der konservativen Geschichtsdidaktik der BRD Lerninhalte wieder an Stellenwert gegenüber curricularen Lernzielen zu gewinnen begannen. „Bildungswissen“ sollte in diesem Rahmen als Kontinuitätsgarant fungieren und gleichzeitig, in Verbindung mit etwas schülerfreundlicheren Lehrmaterialien, die Defizite im ideologischen Bewußtsein und im DDR-Patriotismus der Jugend der achtziger Jahre auffangen. Den Spielraum bestimmte aber am Ende

Margot Honecker mit ihrem Festhalten an der sozialistischen Einheitsschule und dem Primat ideologischen Bewußtseins. Je mehr sich der reformierte Lehrplan dem 19. und 20. Jh. näherte, desto weniger wich er von seinem Vorgänger und den Themen, Inhalten und Zielstellungen des Staatsbürgerkunde-Unterrichtes der 7. Klasse ab. Damit mußte die Lehrplanreform, so *Neuhaus*, defensiv und widersprüchlich bleiben.

Neben dieser inhaltlichen Kontinuität akzentuiert *Neuhaus* anhand von Befragungen eine große Kontinuität der Fachlehrer in ihrem Selbstverständnis, Vermittler von Faktenwissen als Teil einer umfassenden Allgemeinbildung zu sein: Mit dieser auf Kontinuität setzenden Ich-Identität gewannen die Lehrer die subjektive Stärke, sich zum einen der in Fragebogen-Überprüfungen nach Entlassungen wahrgenommenen „Entwertung ihrer bisherigen Lebensleistung“ zu erwehren und zum anderen eine Distanz gegenüber dem „vom Westen übergestülpten“ neuen Regelungen und Vorgaben im Schulbereich zu wahren. So resultierte diese Kontinuität auch aus dem Mangel eigener kreativer Umbrechtsbewältigung bei den meisten ostdeutschen Geschichtslehrern, was wiederum einen Sonderweg im Vergleich zu den Bedingungen anderer Transformationsländer darstelle (S. 18).

Die „Defensive Reform des Geschichtsunterrichtes in der DDR“ spiegelt das grundsätzliche Dilemma zwischen Reformwillen und Reformunfähigkeit der SED wider (S. 34). So konnten die Mängel des Lehrplanes von 1966 und seiner kleineren Änderungen, nämlich die Faktenauswahl, die Fälschungen und das Grundverständnis von Schülern „als Objekt zielgerichteter Einwirkung“, nicht überwunden werden. Die reformwilli-

gen Kreise der Geschichtsmethodik, die sich durch einen enger gezogenen Fragehorizont von der westdeutschen Geschichtsdidaktik strukturell unterscheiden, seien aus innerem Stalinismus und Selbstzensur nicht herausgekommen (S. 46-64). Durch die oben genannten Einschränkungen hätten die systemimmanenten Reformansätze der allgemeinen wie der fachbezogenen Lehrplanreform die bestehenden Dilemmata, namentlich die seit dem 8. Parteitag 1971 und der Proklamation des „real existierenden Sozialismus“ bestehende latente Finalitätskrise den SED und die Erosion des staatstragenden Bewußtseins der Jugend<sup>1</sup>, verschärft (S. 65-76). Diskussionen in der Arbeitsgruppe um Horst Richert in der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften in Potsdam und in der Hauptabteilung Unterricht im Ministerium für Volksbildung griffen differenzierter die Impulse der Erbe-Tradition-Diskussion auf, reduzierten die abstrakte und formalistische Arbeit mit Begriffen und versuchten die allseits beklagte hohe Stofffülle zu reduzieren (S. 99). Der auf dieser Basis entstandene Lehrplan-Entwurf von 1986 wurde – was für die DDR ein absolutes Novum war und in bundesdeutschen Vor- und Nachwende-Kultusministerien eine Ausnahme darstellt – nach einem entsprechenden Aufruf in der Fachlehrer-öffentlichkeit diskutiert – wobei sich am Ende die Diskussion als eine schein-demokratische Veranstaltung herausstellte (S. 100-121). Im endgültigen Lehrplan von 1988 erwiesen sich dann aber die Klasse 10 (überwiegend Parteitagsgeschichte der SED) und die Abiturstufe als die am wenigsten reformierten Teile (S. 121, 124, 136, 139, 148).

Doch lasse sich aus diesen inneren Widersprüchen kein „permanenter Gegensatz zwischen reformorientierten Kräften an der Basis in den Schulen

und Hochschulen und reformunfähigen Parteifunktionären konstruieren [...] Vielmehr zeichnete sich auch ein Teil der Lehrer, die aus Angst vor dem Verlust an Handlungssicherheit nicht auf eindeutige Begriffe und Lernziele verzichten wollten, selbst durch einen gewissen methodischen Konservatismus aus. Zum anderen ließen die in dem System von äußerer und innerer Disziplinierung gefangenen Geschichtsmethodiker die zu einer wirklichen Reform notwendige Konsequenz vermissen. [...] Die Unnachgiebigkeit der Parteiführung, die sich in den Fragen des Hitler-Stalin-Pakts und der Geschichte der DDR zeigte, war nicht Ursache, sondern lediglich ein sichtbarer Ausdruck für die Reformunfähigkeit des gesamten Bildungs- und Erziehungskonzepts. Der Ansatz der Lehrplanreform, die historischen Fakten 'für sich sprechen' zu lassen, 'Geschichte so zu lehren, wie sie wirklich war', den Geschichtsverlauf in seiner Komplexität zu erfassen usw., hätte in letzter Konsequenz die Aufgabe des Monopolanspruchs der Partei auf Welt- und Geschichtsdeutung zur Folge gehabt. Diesen Aspekt hat in der gesamten Lehrplandiskussion niemand zur Sprache gebracht...' (S. 156f.). Mag die Analyse in diesem Resümee zu den Entwicklungen zu DDR-Zeiten zutreffen, so bereitet das Urteil über die Begrenztheiten der Lehrplan-Reformer einiges Unbehagen. *Neuhaus* formuliert einen in der Situation ahistorischen Anspruch, den seinerzeit noch nicht einmal Gorbatschow toleriert hätte.

Es genügt m. E. festzuhalten, daß diese Geschichtsmethodiker Gefangene ihrer Herkunft und Überzeugung, der subjektiven Wahrnehmung ihrer Handlungs- und Denkspielräume waren und blieben, folglich aus einem aus strukturellen Gründen nicht mehr tragfähigen

Paradigma nicht mehr ausbrechen konnten.

Im Teil B behandelt *Neuhaus* die Erneuerung des Geschichtsunterrichts nach der „Wende“ im Rahmen eines allgemeinen bildungsgeschichtlichen Ereignisabrisses (S. 158-194) und beschreibt den Befund, daß die Methodiker das Fach seines ideologischen Gehaltes weiter entkleideten und ihm die Aufgabe der Faktenvermittlung zuwiesen (S. 194). Anhand eines Fragenkatalogs (S. 201) analysiert er die drei den Lehrern de facto zur Auswahl stehenden Lehrpläne des Sommers 1990: Die sog. Berliner Arbeitsgrundlage der Akademie für pädagogische Wissenschaften als weiter entideologisierte und auf vermeintlich sicheres Terrain des Faktenwissens zurückgezogene Weiterführung des Lehrplans von 1988, den Dresdner Plan mit einer Mixtur aus sächsischer Regionalgeschichte, normativer Betrachtung westlicher Demokratie, unbegründeter Übernahme der liberalen Totalitarismustheorie und ganzheitlicher Lehrmethoden sowie den methodisch eigenständigen, inhaltlich von der Utopie des „Dritten Weges“ geprägten Potsdamer Entwurf (S. 201-244). In Thüringen, neben Hessen das einzige Bundesland mit dem Verfassungsgebot eines nicht verfälschenden Geschichtsunterrichts, setzte sich der konservativ-historistische Ansatz westdeutscher Geschichtsdidaktik einschließlich seiner immanenten Dilemmata durch; vor allem die Frage nach den Kriterien für die Stoffauswahl mußte so unbeantwortet bleiben. Dennoch entwickelte Thüringen, wie die anderen Neuen Länder, einen eigenen Lehrplan, um nach der schulorganisatorischen Angleichung an die westlichen Bundesländer wenigstens die innere Bildungsreform eigenständig zu gestalten (s. v.a. S. 255), und vergab die Überarbei-

tung nach dem Motto „Lehrpläne für Lehrer von Lehrern“ an Kollegen aus verschiedensten Landkreisen (S. 256). Diese personelle Konstellation begünstigte, wie sich am Text nachweisen läßt, die Fiktion einer schultechnischen Normalität, ohne die Tatsache des Umbruchs und dessen Bedeutung für Ziele, Inhaltsauswahl und Methoden zu reflektieren und in diesem Sinne dem fachtypischen Auftrag, Vergangenheit aufzuarbeiten, nachzukommen. (S. 259) *Neuhaus* bilanziert die Ambivalenz: „Insofern waren die Vorläufigen Lehrplanhinweise nur zum Teil geeignet, den Übergang vom Geschichtsunterricht der DDR zu dem eines Landes der Bundesrepublik Deutschland zu gestalten. Auf der einen Seite entsprachen sie der Umbruchssituation besser, als es jeder Rahmenplan aus den alten Bundesländern getan hätte, da sie nur Stichworte zu Inhalten, aber weder Interpretationen oder Bewertungen noch Lernziele vorgaben. Auf diese Weise konnten die Lehrerinnen und Lehrer nicht einfach ein neues Geschichtsbild als ‘von oben’ verordnet übernehmen, sondern sie mußten sich selbst sowohl um ein neues Selbstverständnis als Geschichtslehrer als auch um ein neues Geschichtsverständnis bemühen. Bei aller Dürftigkeit der Lehrplanhinweise war die Möglichkeit nicht gegeben, mit ihnen so zu verfahren wie einst mit dem Lehrplan der DDR. [...] Die auf allen Ebenen durch den Umbruch hervorgerufene Verunsicherung, die durch die existentiellen Ängste der Lehrerinnen und Lehrer noch verstärkt wurde, führte dazu, daß viele Kollegen sich mehr und ausführlichere Vorgaben in den Lehrplänen wünschten.“ (S. 267) Der Vorläufige Lehrplan von 1993 spitze dieses Dilemma weiter zu, indem er den fundamentalen Wandel entdramatisierte und ein Maß an bundesrepublikanischer

Normalität vorgaukelte, das für die Lehrenden in der Form nicht gegeben sei, und leiste somit der Gefahr, daß Lehrer ein Geschichtsbild opportunistisch gegen ein neues austauschen, Vorschub (S. 277, ähnlich S. 288).

Ein Überblick über die Lehrpläntypen aller neuen Länder ergibt: Die unter westdeutscher Ägide entstandenen Lehrpläne exemplifizieren mit dem problem- statt stofforientierten Rahmenplan Brandenburgs und dem linear-chronologisch strukturierten Stoffkanon Sachsens die beiden Grundpositionen bundesdeutscher Geschichtsdidaktik. Der letzteren Position entsprechen strukturell die von Ostdeutschen erstellten Lehrpläne der anderen seinerzeit von der CDU regierten Länder und schreiben damit das vorcurriculare Stoffdenken der DDR-Geschichtsmethodik fort, allerdings nicht ohne regionale Unterschiede in der inhaltlichen Akzentsetzung (S. 287-289).

In Teil C integriert *Neuhaus* in seinen lehrplananalytischen Befund die subjektive Dimension, die er auf 25 Interviews mit Lehrern und mit einigen wenigen Schülern aus dem Raum Erfurt stützt. Dabei versteht er das Bedürfnis der Lehrer, nach einer Konsistenz in der eigenen Biographie über den Umbruch hinweg zu suchen, nicht als Residuen alten Denkens, sondern – erkenntnisstrategisch wie politisch-psychologisch m.E. ertragreicher – als notwendige Voraussetzung dafür, den schulischen und geschichtsunterrichtlichen Umbruch zu bewältigen und neue Denk- und Handlungsspielräume zu öffnen (S. 291). Die Befragten haben die Wende – was zwar nicht überrascht, aber als Verstehensmoment zu oft unterbelichtet wird – als starke Verunsicherung erlebt und sind in Identitätskrisen geraten, was mit der Debatte um Christa Wolfs Artikel in der „Wochenpost“ über die psychi-

schen Folgen des DDR-Schulsystems vom Oktober 1989 (Titel: Das haben wir nicht gelernt) begann (S. 293). Was sich unterrichtspraktisch als der Verlust von inhaltlicher und methodischer Handlungssicherheit auswirkte, wurde durch die in Thüringen betriebenen Lehrerüberprüfungen verschärft (S. 302), da diese den Sinnzusammenhang von Lebensvergangenheit und Lebensgegenwart zerstörten und – so das Urteil – bei geringem Nutzen großen Schaden angerichtet hätten (S. 310f.). *Neuhaus* läßt hier leider offen, welche Alternative denkmöglich und sinnvoll gewesen wäre. Darüber hinaus lotet er konkretere Auswirkungen dieser Befindlichkeiten auf den Geschichtsunterricht nicht weiter aus. Es scheint kein Kollege auf die Idee gekommen zu sein, mit der eigenen Verunsicherungserfahrung einen veränderten, für Vergleiche offenen Blick auf andere Umbruchepochen zu gewinnen und für seinen Unterricht fruchtbar zu machen. Aus dem sonst Gesagten läßt sich ableiten, daß die meisten der Praxis ihrer beruflichen Tätigkeit von ihrer psychischen Befindlichkeit abgespalten haben und sich somit tendenziell auf die Vermittlung von Fakten vermeintlich politisch unsensibler Epochen zurückgezogen haben.

Methodisch im Prinzip überzeugend dargelegt (S. 311-315), gewinnt *Neuhaus* seine Ergebnisse zur subjektiven Seite mit der Technik halbstandardisierter Interviews. Deren Ergebnisse präsentiert er in einer Auswahl von z.T. sehr eindrücklichen Kurzbiographien, die vor allem Westdeutschen ohne direkte „Ostkontakte“ zur Lektüre empfohlen seien. Insgesamt ermittelt *Neuhaus* folgende Trends: Das Faktum einstiger SED-Mitgliedschaft indiziert kaum eine bestimmte Einstellung zu DDR-, „Wende“- oder Nachwendezeiten (S. 339). Darüber hinaus, so der

zweite Trend, wurde die „Wende“ auch in Geschichtslehrerkreisen sehr unterschiedlich erlebt (ebd.). Diesen Befund nutzt der Interviewer aber nicht ausreichend, um Auswirkungen individuellen Erlebens auf die jeweilige Unterrichtspraxis auszuloten, sondern verharrt bei der Konstatierung von Selbstbildern und Einstellungen. Den dritten Trend, den oft beklagten Verlust der engen Beziehung zwischen Lehrern und Schülern (, die de facto durch die verordneten gemeinsamen Nachmittagsaktivitäten, nicht durch das eigentliche Schulleben entstanden), verortet *Neuhaus* – m.E. nicht zu Unrecht – in einem autoritär-paternalistischen Einstellungsmuster (S. 340), ohne allerdings nach weiteren Konsequenzen zu fragen.

Die Mehrheit der Geschichtslehrer steht – so der vierte Trend – der deutschen Einheit bzw. der neuen Bundesrepublik distanziert gegenüber (S. 340), ohne daß dies mit einer substantiellen DDR-Nostalgie gleichgesetzt werden müsse. Der Befund überrascht angesichts der Vorwendebiographien und der o.g. Identitätskrisen nicht besonders. Eine morphologische Differenzierung des Befundes, z.B. durch gezieltere Nachfragen nach dem Politikverständnis, hätte hier neue Erkenntnisse hervorbringen können. Geradezu stereotype Topoi wie paternalistisches Staatsverständnis, Antinstitutionalismus in der sog. Nischen- und Mangelgesellschaft, vopolitisches Gerechtigkeits- und Gleichheitsdenken mit starker normativer Aufladung und der viel zitierte „antifaschistische Grundkonsens“ prägen, so meine im Anschluß an Wolfgang Englers „Die Ostdeutschen“ (Berlin 21999) zumindest heuristisch taugliche Arbeitshypothese, das historisch-politische Denken deutlich und generieren in den betroffenen Kategorien, mit denen sie Sach-

und Werturteile amalgamieren und so scheinbar naturwüchsig über die Umbruchszeiten urteilen. In diesem Set von Topoi haben die Gerechtigkeitsnorm und der antifaschistische Grundkonsens, die als Legitimatoren eines ansonsten an seiner inneren Widersprüchlichkeit und an der Abhängigkeit von bestimmten Außenbedingungen gescheiterten Sozialismus die Mentalität des gelernten DDR-Bürgers nachhaltig prägten, auch im nachhinein ihre normative Kraft nicht verloren; man kann davon ausgehen, daß dies für die genannten Geschichtslehrer in geradezu idealtypischer Weise zutrifft und damit die in der Umbruchszeit wahrscheinlichen Denkspielräume umschreibt. Dieser Mangel an Vorstrukturierung der Interview-Themen, die auch innerhalb der gewählten Form des halboffenen Interviews möglich gewesen wäre, versperrt *Neuhaus* den Zugang zu konkreteren Ausformungen der Befindlichkeiten, die über aus der veröffentlichten Meinung bekannte Topoi allgemeiner Ost-Befindlichkeiten wirklich hinausgingen. Vor allem kann er aufgrund dieser Barriere die subjektiven Befindlichkeiten einerseits und die Unterrichtspraxis und -reflexion andererseits nicht verknüpfen, sondern vermag bei historischen Lehrgegenständen (z.B. zu Otto III. oder Stauffenberg) zusammenhanglose Einzelurteile allenfalls zu registrieren. Der knappe Abriss der fragten Themen macht den Mangel an sachlicher Tiefenstrukturierung leider offenkundig (S. 314).

Übereinstimmend, so der fünfte Trend, bleiben die Überprüfungen und die Verfahrensweisen bei der Neuzusammensetzung der Kollegien in negativer Erinnerung (S. 341).

Der Präsentation der Kurzbiographien folgt eine Zusammenfassung der Erfahrungen der Lehrer gegenüber dem

Umbruch im Geschichtsunterricht, die ebenfalls die pragmatische Ebene (Chaoserfahrung im improvisierten Übergang, ab S. 342, und Autoritätsverlust bei Schülern, v.a. S. 352) thematisiert oder die psychologische Ebene nur oberflächlich (Entwertungssyndrom durch das Eintreffen bunter Westlehrbücher und Konfrontation mit sendungsbewußten „Besserwessis“ auf Fortbildungen, S. 367-376) darstellt. Geradezu leitmotivisch kann die im Kapitelzusammenhang leicht deplaziert wirkende, eben deshalb für die narzißtische Getroffenheit der Interviewten noch einmal besonders aussagekräftige Formulierung die Wertungen bündeln: „Das Scheitern [der DDR] darf in ihren [der Interviewten] Augen nicht gleichgesetzt werden mit dem Scheitern der Menschen und ihrer Biographien, die in diesem Staat gelebt haben. Vielmehr muß unterschieden werden zwischen der individuellen Lebensleistung auf der einen und der politischen Leistung und der historischen Bedeutung der DDR auf der anderen Seite.“ (S. 379) Diesen Anspruch allerdings werden m.E. aufgrund der nicht wegzudiskutierenden wechselseitigen Bedingtheit von individuellem Leben und politischem Rahmen weder die Betroffenen selbst noch Interviewer von außen einlösen können. Hier ist, auch für die Praxis von Geschichtsunterricht, ein Weiterdenken erforderlich: Eine Anforderung, die eine am Wirkzusammenhang von Ich-Identität und Beschäftigung mit Geschichte interessierte Geschichtsdidaktik aufgreifen sollte.

Stabilisiert sich angesichts der Umbrueherfahrungen das objektivistische und stofforientierte Selbstverständnis ostdeutscher Geschichtslehrer und somit ein struktureller Unterschied zur Masse westdeutscher Kollegen (vgl. v.a. S. 396), dann verwundert es, daß

*Neuhaus* die Wahrnehmung der „West-Importe“, die die Fortbildungsveranstaltungen durchführten, nicht weiter erforscht hat, sondern letztlich beim Kolonialisierungstypus verharret ist, ohne die gegenseitigen Sprachlosigkeiten und Verstehensblockaden in Inhalten, Auftreten und Umgangsweisen wirklich analysieren zu können.

Um zur abschließenden Beurteilung überzuleiten: Die subjektiven Befunde lassen sich bündeln als eine durch Topoi der Distanz gegenüber DDR und BRD und durch die Stilisierung zum reinen Stoffvermittler simulierte Kontinuität, die sich in die objektiven Zusammenhänge einpassen kann dank einer Kette zunehmend faktenorientierter Lehrplanreformen, welche ihrerseits harmonisieren mit den konservativen Trends bundesrepublikanischer Fachdidaktik. Diesen Gesamtbefund ermittelte zu haben, verdient dank dessen großer Komplexität und hohen hermeneutischen Leistungskraft sowie noch möglicher Potentiale großen Respekt. Dessen Qualitäten gehen deutlich über die Potentiale der These Freya Kliers, wonach die DDR in den Schulen überwinterte, hinaus, ohne deren Beobachtungen und Befunde prinzipiell zu negieren.

In der Suche nach den Ursachen einer solchen Kontinuität (immer mit Ausnahme Brandenburgs, das nun wirklich einer ähnlichen Untersuchung harret) fehlt die westdeutsche Dimension insofern, als das von *Neuhaus* behauptete Scheitern einer lernzielorientierten Geschichtsdidaktik und eine oberflächliche Analogisierung dieser mit den bewußtseinsbildenden Vorgaben der Honecker-Ära nicht reflektiert diskutiert wird und evtl. mögliche Abwehrreflexe gegen diese Art von West-Importen erklären könnte (vgl. S. 418). Darüber hinaus könnte der Konstruktcharakter diverser Stoffkanons eventu-

ell schärfer strukturiert werden, wenn man die Umbruchproblematik mit den Ansätzen Aleida und Jan Assmanns zur Gedächtnis- und Erinnerungskultur darstellen würde. In der insgesamt schlüssigen Untersuchung fällt der Ertrag der Befragungen aufgrund der genannten systematischen und folglich erkenntnisökonomischen Mängel leider ab, wodurch evtl. subkutane, aber à la longue dennoch wirksame Veränderungen dem Forscherblick entgehen.

Insgesamt stellt *Neuhaus* mit hohem Erklärungswert Verlauf und Erscheinungsform des Umbruchs vor allem für Thüringen, mutatis mutandis auch für Sachsen, dar. Der anders strukturierte Fall Brandenburg bedürfte einer eigenen Untersuchung. Obwohl der Autor deutlich aus westdeutschem Erfahrungshintergrund schreibt, kann er die Eigendynamik des Prozesses aus den inneren Widersprüchen der DDR-Entwicklung anerkennen, ohne in „Ostalgie“ oder sich engagiert gebende „Pseudo-Ostalgie“ zu verfallen.

Friedemann Scriba

- 1 Individualisierungsprozesse in der Jugend mit entsprechender Abkehr von bestimmten Wertvorstellungen der Aufbau- und Elterngenerationen liefen allerdings auch in der BRD ab und schufen einen ebenfalls veränderten Bedingungsrahmen für Geschichtsunterricht. Um des Verfassers Überlegungen an dieser Stelle überzeugend scheinen zu lassen, wäre eine gründlichere, möglichst vergleichende Morphologie dieser Erosionsprozesse vonnöten. Da *Neuhaus* über die subjektive Wirkkraft und die individualpsychologischen Funktionen von nicht-professioneller Beschäftigung mit Geschichte sowie über deren entwicklungspsychologische Bedeutung nicht reflektiert, entgehen ihm hier Erkenntnispielräume.

**Siegfried Jäger, Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, DISS, Duisburg 1999, 404 S.**

Das Buch von *Siegfried Jäger* stellt für das Profil einer Zeitschrift, die sich der Förderung vergleichender Studien verpflichtet fühlt, eine doppelte Herausforderung dar. „Herausforderung“ einmal im Sinne von „Ermutigung“, weil hier der Versuch unternommen wird, den exklusiven Spezialdiskurs der Linguisten zu durchbrechen. „Es geht mir“, schreibt *Jäger* in seiner Einführung, „nicht um die ‘Etablierung des diskursanalytischen Paradigmas im Rahmen linguistischer Theoriebildung’ ... sondern um die Bereitstellung eines Verfahrens zur Analyse von Diskursen.“ (S. 12) Die Entwicklung von Forschungstechniken ist für ihn aber kein Selbstzweck; der Anspruch ist viel ehrgeiziger. Sein Interesse, so schreibt er weiter, galt schon immer dem Zusammenhang von Gesellschaft, Individuum und Sprache. „Es geht mir also letzten Endes um die Entwicklung eines integrierten theoretischen und methodologischen kulturwissenschaftlichen Ansatzes für Gesellschaftstheorie und Gesellschaftsanalyse“ (S. 25) Das scheint dem Anliegen vergleichender kulturgeschichtlicher Untersuchungen, die ja überwiegend auch mit Textanalysen arbeiten, deren wissenschaftlicher Ehrgeiz traditionell allerdings eher auf die präzise Quellenarbeit gerichtet war, während bei der Auswertung intuitiv-hermeneutische „Methoden“ bevorzugt wurden, entgegengzukommen.

Zu fragen wäre daher, inwieweit diese Instrumente der Gesellschaftsanalyse für vergleichende historiographische Studien nutzbar gemacht werden können. Immerhin liegt hier ein ausgefeiltes Methodeninstrumentarium für die Untersuchung von Texten vor, das

gerade nicht auf Momentaufnahmen, sondern auf die Analyse von sozialhistorischen Verläufen (Diskursen) zielt. (S. 225)

Dennoch scheint der Ansatz sich für vergleichende Studien als (zu) sperrig zu erweisen. Wenn von „Herausforderung“ die Rede ist, ist daher immer auch „Provokation“ gemeint.

Ob eingestanden oder nicht, keine vergleichende Analyse kommt bei ihrer Suche nach gültigem Wissen ohne die Annahme interkultureller Maßstäbe aus. Dem scheint aber die Orientierung der Diskursanalyse am „Historismus“ Foucaults entgegenzustehen. „Was jeweils als ‘Wahrheit’ gilt“, zitiert *Jäger* Jürgen Link, „ist ja nichts anderes als ein diskursiver Effekt. Wahrheit ist demnach nicht irgendwie diskurs-extern vorgegeben, sondern wird jeweils erst historisch-diskursiv erzeugt.“ (S. 129) Das scheint jedem vergleichenden Ansatz den sicheren Boden zu entziehen. Allerdings dürfte damit auch dem Anliegen einer kritischen Diskursanalyse kaum gedient sein. *Jäger* scheint sich hier in einen offenen Widerspruch zu verwickeln, indem er einerseits behauptet, daß Wissenschaft die Aufgabe habe, universelle Einsichten zu fördern (S. 226), während er mit Foucault andererseits davon ausgeht, daß es keine Wahrheiten gibt, die die Zeit überdauern und für alle Menschen gelten (S. 215).

Insofern ist von besonderem Interesse, welche Auswege *Jäger* aus diesem Dilemma findet.

Das Buch ist in drei Teile untergliedert, ergänzt durch eine Zusammenstellung von Musteranalysen im Anhang.

Der *erste theoriekritische Teil* enthält eine Abgrenzung von den (der Diskurstheorie nahen) Forschungsparadigmen der Soziolinguistik und der qualitativen Sozialforschung.

Der Hauptmangel des traditionellen linguistischen Paradigmas besteht aus *Jägers* Sicht darin, daß hier Sprache und Texte immer primär ohne Beachtung der durch Sprache transportierten Inhalte, des jeweils gegebenen Weltwissens untersucht werde (S. 18). Dieser Verzicht bedeute eine technokratische Verkürzung wissenschaftlicher Forschung. (S. 13) Das gilt nun nach *Jäger* in gewisser Weise auch für die *Soziolinguistik*. Zwar werde hier programmatisch die gesellschaftliche Realität in die Sprachwissenschaft einbezogen. Ein Mangel bestehe jedoch in der falschen Bestimmung des Verhältnisses von Gesellschaft und Sprache, darin, daß in diesem Konzept die Ursache-Wirkung-Beziehungen vertauscht würden. Gesellschaft gründe sich nicht auf Sprache, sondern Sprache sei auf der Grundlage von Gesellschaft zu interpretieren und daher sei hier beim Problem der Sprachbarrieren ansetzen. (S. 44f.) Schmerzhaft bemerkbar mache sich das Fehlen einer allgemeinen Gesellschaftstheorie, auf deren Grundlage die Verwurzeltheit der Sprache im gesellschaftlichen Zusammenhang erklärt werden könnte. (S. 45) Zudem sei Soziolinguistik vom methodologischen Ansatz her verfehlt, weil sie primär quantifizierend vorgehe, Sozialdaten und Sprachdaten schlicht aufeinander beziehe, ohne deren inneren Zusammenhang zu thematisieren. (S. 50)

An der traditionellen *Soziologie* sei ein anderes Phänomen kritikwürdig, und zwar ein bestimmter (naiver) Umgang mit Texten, der meist mit einem Verzicht auf jegliche linguistische Methodologie einhergehe: (S. 19) Dieser Mangel trete in den Debatten um die *qualitative Sozialforschung* sehr deutlich zutage. Zu bemängeln sei die geringe Anzahl an Textbelegen, die Nicht-Nachprüfbarkeit des Gesagten

und die Oberflächlichkeit der sprachlichen Analyse. (S. 76) Außerdem bleibe der „vorgenommene Versuch, soziologisch vom Individuum zur Gesellschaft vorzudringen, ... mechanisch“. (S. 21)

Im zweiten Teil des Buches begibt sich *Jäger* auf die Suche nach Lösungsansätzen. Dafür wird zunächst die Tätigkeitstheorie Leontjews herangezogen. Hier ist zunächst der Mut hervorheben, gegen den „main stream“ an einer Theorie festzuhalten, die so offensichtlich mit Marx'schen Theorieversatzstücken operiert.

Worin sieht er die Leistungsfähigkeit dieses Ansatzes, seine Brauchbarkeit für die Fundierung des diskursanalytischen Ansatzes?

Vor allem erhofft er sich eine Lösung des theoretischen Problems des Verhältnisses von Individuum, Sprache und Gesellschaft. Leontjews Arbeiten liefern, so meint er, Anknüpfungspunkte für einen die Inhalte berücksichtigenden Sprachbegriff. Obwohl dessen Tätigkeitstheorie als psychologische Theorie zunächst auf das einzelne Individuum gerichtet sei, werde das Individuum von vornherein als gesellschaftliches Produkt, als in historisch-gesellschaftliche Diskurse eingebunden begriffen. (S. 79) Dabei diene ihm der Begriff der gegenständlichen Tätigkeit vor allem als Instrument, um wesentliche Strukturgleichheiten von materieller und ideeller Tätigkeit aufzudecken und damit den unseligen Dualismus von Körper und Geist zu überwinden. (S. 93) Werkzeuge wie Sprache, führt *Jäger* in Anschluß an Leontjew aus, seien als Vergegenständlichung von materiellen und geistigen Operationen zu begreifen (103). Das hat Konsequenzen für das Sprachverständnis. Es sei die spezifische Gegenständlichkeit, der Werkzeugcharakter der Sprache zu beachten, ebenso ihre reale Wirkung auf das Verhalten der Subjekte. Inso-

fern könne man, schlußfolgert *Jäger*, von einer spezifischen Materialität der Diskurse sprechen. Allerdings würden Überreste der Widerspiegelungstheorie in der Tätigkeitstheorie Leontjews die Aufnahme des Ansatzes behindern. In diesem Ansatz gelte die Wirklichkeit gegenüber dem Diskurs als präexistent. Das Gegebensein der Diskurse als eigenständige Materialitäten komme noch nicht in den Blick (S. 112).

Auswege, so der Autor, hietet erst ein entfalteter Diskursbegriff, der im dritten Teil des Buches dargestellt wird: Während der Tätigkeitsbegriff, faßt *Jäger* Ergebnisse der bisherigen Überlegungen zusammen, um das Individuum (in Gesellschaft) zentriert sei, konzentrierte sich der Diskursbegriff auf die Gesellschaft (in der sich das Subjekt konstituiert) (S. 148). Ganz allgemein sei unter der Auffassung vom Text als Diskurs die Betrachtung von Texten in ihren gesellschaftlichen Bezügen und Wirkungen zu verstehen. (S. 25)

Bei der näheren Bestimmung des Diskursbegriffs wird nun insbesondere auf Foucaults Diskurstheorie zurückgegriffen. Diskurse, schreibt er, sollen „als eine artikulatorische Praxis begriffen werden, die soziale Verhältnisse nicht passiv repräsentiert, sondern diese als Fluß von sozialen Wissensvorräten durch die Zeit aktiv konstituiert.“ Diese Bestimmung markiere einen entscheidenden Perspektivenwechsel gegenüber korrespondenztheoretisch argumentierenden sozialwissenschaftlichen Ansätzen. Dem Diskurs werde damit ein ganz anderer Stellenwert beigemessen, da er selbst als Gesellschaft bewegende Macht verstanden werde (S. 23). Dieser Rückgriff auf Foucault ist besonders deshalb bemerkenswert, weil Foucaults Ansatz vielen Sozialwissenschaftlern bisher als nicht operationalisierbar und damit als

für empirische Forschungen nicht brauchbar erschien.

Dem Vorwurf begrifflicher Unschärfe des Diskursbegriffs versucht *Jäger* in Anschluß an Link durch eine Reihe begrifflicher Unterscheidungen zu entgehen. Die Struktur des Diskurses wird auf mehreren Ebenen untersucht. Auf einer ersten Ebene seien *Spezialdiskurse* (wissenschaftliche Diskurse) und *Interdiskurse* (nichtwissenschaftliche Diskurse) zu unterscheiden. Auf einer zweiten Ebene werden *Diskursfragment* (Einzeltext), *Diskursstrang* (thematisch verbundene Diskursfragmente) und (*gesamtgesehlicher*) *Diskurs* (die Diskursstränge einer gegebenen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit) voneinander abgehoben. Wichtig für die Diskursanalyse sei drittens, die *diskursiven Ereignisse* (und den entsprechenden diskursiv vermittelten historischen Kontext) zu rekonstruieren, die *diskursiven Positionen* (die ideologischen Positionen der Diskursteilnehmers) herauszuarbeiten und die Spezifik der *Diskursebenen* (Wissenschaft, Politik, Erziehung usw.) zu beachten (S. 158ff.).

Die von *Jäger* vorgeschlagenen Operationalisierungsschritte zur empirischen Erfassung dieser Strukturelemente des Diskurses können hier nicht im einzelnen erläutert werden. Ich beschränke mich darauf, darzustellen, worin aus *Jägers* Sicht der Wert der „kritischen Diskursanalyse“ besteht. Anschließend werde ich auf einzelne Unschärfen und Widersprüche dieses Ansatzes aufmerksam machen.

Was *Jäger* als Vorzug der von ihm entwickelten Diskursanalyse ansieht, läßt sich in acht Punkten zusammenfassen:

1. Dieser Ansatz erlaubt es, die in linguistischen Ansätzen dominierende Ignoranz gegenüber den Inhalten von Texten zu überwinden. Mit dem Inhalt

aber, darauf macht *Jäger* richtig aufmerksam, kommt die Gesellschaft rein in Analyse.

2. Für die traditionelle Linguistik ist die größtmögliche Untersuchungseinheit der Einzeltext. Hingegen werden im Rahmen der Diskursanalyse Texte als Bausteine eines überindividuellen sozio-historischen Zusammenhangs analysiert.

3. Diskursanalytische Ansätze richten sich gegen verkürzende ökonomistische und machtheoretische Deutungen der Gesellschaft. Diskurse sind mehr als ein „Ausfluß“ ökonomischer Verhältnisse. Sie sind auch nicht nur das, womit gekämpft wird. Diskurse üben selbst als „Träger“ von Wissen Macht aus (S. 149).

4. Die Diskurstheorie erlaubt einen radikalen Bruch mit Widerspiegelungsmodell. In Diskursen wird nicht einfach eine gegebene gesellschaftliche Wirklichkeit widerspiegelt, vielmehr gewinnen Diskurse gegenüber der Wirklichkeit ein Eigenleben. Mehr noch, das, was als Wirklichkeit gilt, wird selbst zu großen Teilen diskursiv hergestellt.

5. Mit dem Diskursbegriff wird eine Überwindung des Dualismus materielle – ideelle Tätigkeit angestrebt. Diskurse stellen selbst Materialitäten sui generis dar (S. 144). Als institutionalisierte, geregelte Redeweisen, die an Handlungen gekoppelt sind, üben sie reale (Macht-)Wirkungen aus (S. 127).

6. Diskurstheorien sind gegen den vorherrschenden Subjektivismus und Individualismus in der zeitgenössischen Sozialwissenschaft gerichtet. Was mit Diskurs gemeint ist, ist mehr als eine bestimmte Form der Interaktion zwischen Anwesenden. Das Wissen wird nicht einfach im individuellen Subjekt erzeugt, vielmehr wird es von Generation zu Generation aktiv tradiert und weiterentwickelt (S. 62). Zentral

ist die Annahme, daß die Individuen in soziale Diskurse verstrickt sind (S. 66).

7. Die angebotene Diskursanalyse bietet Lösungen für das Problem der Kohärenz der Diskurse und damit für die Möglichkeit intersubjektiver Verständigung, ohne auf übliche transzendentalphilosophisch-phenomenologische oder anthropologisch-biologistische Ansätze zurückgreifen zu müssen. Im Ansatz von *Jäger* wird in Anschluß an Link besonders auf die Funktion sogenannter Kollektivsymbole, das heißt von (in der Regel bildhaften) Symbolen, deren Bedeutung von allen Mitgliedern einer Gesellschaft geteilt wird, aufmerksam gemacht.

8. Entgegen Tendenzen zur Verabschiedung kritischer Gesellschaftstheorie, der Dominanz des „objektivistisch-kausalanalytischen Paradigmas“ in den zeitgenössischen Sozialwissenschaften will *Jäger* am Projekt einer kritischen Diskursanalyse festhalten. Kritische Diskursanalyse zehre dabei von der Möglichkeit von Gegendiskursen im Rahmen herrschender Diskurse. „Diskursanalyse“, so *Jäger*, „kann insofern kritisch sein, als sie verdeckte Strukturen sichtbar macht ... Sie wird aber im eigentlichen Sinn erst dann kritisch, wenn sie mit begründeten moralisch-ethischen Überlegungen gekoppelt wird“ (S. 25).

Natürgemäß wird dieser Anspruch der Kritik selbst die meiste Kritik auf sich ziehen. Bevor ich mich damit auseinandersetze, möchte ich jedoch auf bestimmte Widersprüche im Begründungsansatz selbst aufmerksam machen.

Zunächst zur Behauptung der Materialität der Diskurse. Wir erinnern uns: Der berechtigte Anspruch besteht darin, den Dualismus von materieller und geistiger Tätigkeit aufzulösen (S. 116). Damit erst wird es möglich, die

in manchen Theorien lediglich unterstellte wirklichkeitskonstituierende Rolle sprachlichen Handelns zu erklären. Wenn *Jäger* jedoch behauptet, es gäbe keinen prinzipiellen Unterschied zwischen materieller und ideeller Tätigkeit (S. 147), schüttet er m. E. das Kind mit dem Bade aus. Macht die Unterscheidung zwischen der „Gewalt“ von Worten und der körperlichen Gewalt in unserer Zeit keinen Sinn mehr? Zudem bleibt im Dunkeln, wie sich die spezifische Materialität des Diskurses von anderen Materialitäten unterscheidet, ob es ein „Jenseits“ des Diskurses gibt und wenn ja, wie dieses zu beschreiben ist. Der Vorwurf, daß in diskurstheoretischen Ansätzen die gesellschaftliche Wirklichkeit in Diskurse aufgelöst wird, ist deshalb nicht gänzlich von der Hand zu weisen. Wenn alles Diskurs ist, der Begriff die gesellschaftliche „Totalität“ umfaßt, verwandelt er sich in einen metaphysischen „Großbegriff“. Das dürfte nicht ohne Folgen für seine empirische Relevanz sein.

Des weiteren möchte ich auf sprachtheoretische Defizite des Ansatzes hinweisen. Der Begriff des Diskurses, so *Jäger*, werde in seinem Ansatz hinter das rein Sprachliche zurückgenommen und auf die Ebene des Denkens, des Umgangs mit Wissen verlagert (S. 147f.). M. E. sind hier noch Überreste einer alten bewußtseinsphilosophischen Auffassung der Sprache vorhanden, eine Auffassung, die Sprache als ein bloßes Instrument, als Mittel zur Darstellung einer dahinterstehenden Realität des Bewußtseins auffaßt. Der Gedanke der Sprache als Instrument ist fest mit einer bestimmten Subjekttheorie verknüpft, die davon ausgeht, daß Sprache von Individuen für bestimmte Zwecke (Gedanken auszudrücken), erfunden wurde. Er nährt den Anschein, als ob Individuen

über der Sprache stehen. Dieser Verdacht wird durch den eingeführten Diskursbegriff, der stark um den Begriff des Wissens zentriert ist, verstärkt (S. 23). Hier weicht *Jäger* deutlich von Foucault ab, der eine klarere Vorstellung davon hat, daß dasjenige, wodurch Menschen in die Gesellschaft verstrickt sind, häufig gerade nicht den Charakter eines Wissens hat.

Eine Schwäche der Diskurstheorie von *Jäger* sehe ich auch in der weitgehenden Vernachlässigung der Wirkungsforschung. Diese Unterschätzung läßt sich recht gut quantifizieren; gerade zwei Textseiten (S. 169-170) sind der Untersuchung der „Wirkung“ des Diskurses auf individuelles und kollektives Bewußtsein gewidmet. Dennoch liegt hier nicht einfach ein Versehen vor. Die Vernachlässigung ist konzeptionell bedingt. Wenn etwa behauptet wird, daß Diskurse geregelte Redeweisen sind, die an Handlungen gekoppelt sind und daher Machtwirkungen ausüben, wird eine quasi automatische „Wirkung“ von Texten in Form von Diskursen unterstellt. Von Foucault wird dann auch konsequenterweise die Unterscheidung Text-Wirkung (Textproduzenten-Textrezipienten) zugunsten seines Begriffes diskursiver Ausschließungs- und Einschränkungszustände gänzlich aufgehoben. Wer diese Prämisse einer quasi automatischen „Wirkung“ nicht teilt, und ich denke, es gibt genügend Grund für Skepsis, dem wird nichts anderes übrig bleiben, als auf die Möglichkeiten quantitativer Sozialforschung zurückzugreifen.

Nicht zu Ende gedacht ist meines Erachtens auch das von Foucault inspirierte Bemühen *Jägers*, die Widerspiegelungstheorie gänzlich zu verabschieden. Einerseits wird behauptet, daß das einzig Faktische das diskursiv Faktische ist, daß die konkreten Gegenstän-

de, das, was man gemeinhin Wirklichkeit nennt, als Resultat menschlicher historisch-gesellschaftlicher Tätigkeit zu begreifen sind. (S. 226) Andererseits wird von ihm die Notwendigkeit betont, zu schauen (zu reflektieren), was wirklich geschieht. *Jäger* beruft sich dabei unter anderem auf Marx, der gegen idealistische Geschichtsauffassungen die Bedeutung von empirisch konstatierbaren Voraussetzungen der Geschichtsanalyse betont. (S. 222) Jede Kritik, faßt er seine Überlegungen zusammen, muß sich dem Test der Wirklichkeit, der Aktualität unterwerfen. (S. 232) Letztere Zitate verweisen m.E. darauf, daß es ihm nicht gelingt, die Korrespondenztheorie der Wahrheit ohne Rest zu verabschieden. Sicher ist es richtig, wenn *Jäger* betont, daß Diskurse nicht einfach einer vorausliegenden sozialen Realität gegenübergestellt werden können, sondern in bestimmtem Sinne selbst als sozialkonstitutiv betrachtet werden müssen. Das heißt doch aber nicht, daß sie nicht ihrerseits von sozialhistorischen Bedingungen und Ereignissen abhängig sind, auf die sie referieren und die sie in ihren Struktur auch irgendwie ausdrücken. Zumindest in seiner Argumentation gegen die Soziolinguistik muß *Jäger* dies auch einräumen. Der Soziolinguistik wirft er nämlich gerade vor, daß hier die Ursache-Wirkung-Beziehung vertauscht werde. Sprache sei *auf der Grundlage* von Gesellschaft zu interpretieren, nicht umgekehrt. Zwar sei die Erfassung der Wirklichkeit weitgehend sprachlich, deshalb gelte noch nicht die Schlußfolgerung, daß die Sprache als solche die Gesellschaft bedinge. Weltbilder, die durch sprachliche Zeichen repräsentiert werden, haben ihre Wurzeln, so betont er, in vorausgesetzten gesellschaftlichen Zusammenhängen. (S. 44f.)

Mir geht es hier gar nicht so sehr darum, *Jäger* Inkonsistenzen bei Verabschiedung der Widerspiegelungstheorie nachzuweisen. Vielmehr will ich auf die These hinaus, daß empirisch angelegte Projekte ohne die Annahme solcher vorausgesetzter Realitäten gar nicht auskommen. Insofern sind Dogmatisierungen des (philosophischen) Ansatzes von Foucault zu vermeiden.

Damit zum Projekt einer „kritischen“ Diskursanalyse: Die Problematik dieses Projekts beschreibt *Jäger* selbst sehr deutlich: „Ich habe (mit Foucault) behauptet, daß es keine wirklichen ‘Wahrheiten’ gibt ... Wenn dies so ist, so lautet meine Frage nun, worauf kann ich mich stützen, wenn es mir um die Kritik der Diskurse zu tun ist?“ (S. 215) Seine erste Antwort lautet: Diskursanalyse ist kritisch, da sie zeigt, „mit welchen Mitteln und für welche ‘Wahrheiten’ in einer Bevölkerung Akzeptanz geschaffen wird, was als normal und nicht normal zu gelten habe, was sagbar (und tubar) ist und was nicht“ (S. 223). Mit anderen Worten, Diskursanalyse beschreibt (in kritischer Absicht) verdeckte Herrschaftsmechanismen. Bis zu diesem Punkt stimme ich mit *Jäger* überein.

Aber Diskursanalyse soll nach *Jäger* mehr leisten als Sachverhalte beschreiben. Es gehe immer auch um die Kritik, Bewertung der gefundenen Sachverhalte, darum, Gegendiskurse zu organisieren (S. 223). Hier ergibt sich nun aber, dessen ist er sich sehr wohl bewußt, das Problem des (festen) Standpunkts, von dem aus Kritik möglich ist. Die von van Dijk und anderen angebotene Lösung, ausgehend von einer bestimmten *sozialen* Position, der Parteinahme für die Beherrschten, den diskursiven Machtmißbrauch der Eliten zu kritisieren, weist er zurück, da hier eine bestimmte Position fraglos gesetzt werde (S. 225). Seine Lösung besteht,

kurz gesagt, darin, nach gültigen *ethisch-moralischen* Maßstäben der Kritik zu suchen. Für ihn ist „die Frage nach der Wahrheit kein wissenschaftsinternes Problem..., sondern ein gesellschaftlich-humanes. (...) Hat man sich dafür entschieden, daß die Anwesenheit des Menschen auf dieser Welt irgendwie Sinn macht, ... hat die Wissenschaft zugleich auch den Maßstab für die kritische Interpretation von Wirklichkeit(en)...“ (S. 227). Das Problem besteht nun aber, so mein Einwand, darin, wie dieser normative Maßstab des Humanismus, der in unserer Kultur zweifellos breite Anerkennung findet, seinerseits interpretiert und fundiert werden kann.

*Jäger* räumt zwar ein, daß es weder den universellen Menschen noch die universelle Moral gibt. Er meint aber, daß es in den jeweiligen Moralsystemen neben dem Reflex auf besondere Lebensbedingungen immer auch einen Bezug auf universell-allgemeine Eigenschaften des Menschen gebe (S. 229f.). „Der letztendliche Fluchtpunkt der Kritik ... ist das Bild des allgemeinen (universellen) Menschen...“ Diese Lösung mag als provisorischer Haltepunkt durchgehen; zufriedenstellen kann sie nicht.

Das wird sofort deutlich, wenn es um die Konkretisierung des Begriffs der menschenwürdigen Existenz geht. *Jägers* Interpretation, damit würden sich zum Beispiel alle Formen von Gewalt als Mittel der Politik verbieten (S. 228), ist ja durchaus strittig, wie die Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Kosovo-Krieg gezeigt haben. Hier beißt sich die Katze in den Schwanz. Die Definition „humanistischer Werte“ ist selbst umkämpft. In dieser Frage kann auch *Jäger* nur Partei sein.

Weiter zu diskutieren wären daher solche offenen Flanken der Diskurstheorie wie die Verbindung von Referenz auf und Konstruktion von Wirklichkeiten, von Determination und Subjektivität, von Kritik und nüchternem „Positivismus“. Das wird nicht möglich sein, ohne Foucaultsche Positionen selbst in Frage zu stellen. Rein fachintern werden sich Lösungen nicht finden lassen. Das kann nur, hier stimme ich *Jäger* zu, Aufgabe einer transdisziplinär angelegten, kulturwissenschaftlich orientierten Gesellschaftstheorie sein. Es bedarf dazu eines neuen Flusses von Texten, eines neuen (Gegen-)Diskurses. Dafür hat *Jäger* mit wichtige Anregungen geliefert.

Wolfgang Lutz

---

## Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

*Cathrin Friedrich*, Dr. phil., Universität Leipzig, Sonderforschungsbereich  
417

*Monika Gibas*, Dr. sc., Institut für Kultur- und Universalgeschichte e.V.,  
Leipzig

*Frank Hadler*, Dr. phil., Geisteswissenschaftliches Zentrum für Geschichte  
und Kultur Ostmitteleuropas e.V., Leipzig

*Martin Kirsch*, Dr. phil., Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für  
Geschichtswissenschaften

*Árpád v. Klimó*, Dr. phil., Zentrum für Zeithistorische Forschungen  
Potsdam e.V.

*Wolfgang Lutz*, Dr. phil. habil., Universität Leipzig,  
Sonderforschungsbereich 417

*Matthias Middell*, Dr. phil., Universität Leipzig, Zentrum für Höhere  
Studien

*Friedemann Scriba*, Dr. phil., Evangelisches Schulzentrum Leipzig

*Martina Winkler*, Dr. phil., Universität Leipzig, Historisches Seminar und  
Zentrum für vergleichende Geschichte Europas Berlin

# Aus dem Inhalt

## Aufsätze

*Matthias Middell,  
Monika Gibas,  
Frank Hadler*

Sinnstiftung und Systemlegitimation durch historisches Erzählen: Überlegungen zu Funktionsmechanismen von Repräsentationen des Vergangenen

*Árpád v. Klimó*

Nationale Geschichtskulte als Teile einer Geschichtskultur:  
Ungarn im europäischen Kontext

*Martina Winkler*

„In unteilbarer Einheit mit unserer Geschichte“:  
Die *Geschichte der KSC* als neue  
Meistererzählung

*Frank Hadler*

Meistererzählungen über die erste Jahrtausendwende in Ostmitteleuropa. Deutungen des Jahres 1000 in Gesamtdarstellungen zur polnischen, ungarischen und tschechischen Nationalgeschichte

*Cathrin Friedrich*

Die Konstituierung von Regionalgeschichte in Sachsen und der Bretagne und ihre Rolle für regionale Identifikation

## Forum

*Árpád v. Klimó*

„Runde“ Jahrestage in der DDR und in Ungarn. Überlegungen zu einem Vergleich staatssozialistischer Gründungsfeiertage